

**Staatsvorstellung, Mentalität
und ökonomisches Denken
des deutschen Wirtschaftsbürgertums
im 19. Jahrhundert**

**– am Beispiel des Rheinisch-Westfälischen
(Handels- und) Gewerbevereins**

**Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades des Dr. phil.
im Fachbereich 1
der Universität Siegen**

**Vorgelegt von
Hye-Sim Na
Siegen
2002**

urn:nbn:de:hbz:467-962

**Hye-Sim Na
Talstraße 91a
57076 Siegen**

Siegen, im Juli 2002

Inhalt

I. Einleitung	1
1. Forschungsstand und Leitfragen	1
2. Forschungsgegenstand	17
2.1. Zum Begriff „Industrieunternehmer“	17
2.2. Interessenverbände als Forschungsgegenstand	20
2.3. Schutzzöllner als Forschungsgegenstand	24
II. Das deutsche Wirtschaftsbürgertum und die Wirtschaftspolitik in der Mitte des 19. Jahrhunderts	26
1. Voraussetzungen	26
2. Die Auseinandersetzung zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern	29
2.1. Die theoretischen Grundlagen der Auseinandersetzung	32
2.2. Die Geschichte der Auseinandersetzung um die Zollfrage	37
2.2.1. Die Diskussionsgeschichte um die Zollfrage im frühen 19. Jahrhundert	40
2.2.2. Wirtschaftsbürgerliche Positionen zur sozialen Frage und die Zollfrage in der Mitte des 19. Jahrhunderts	47
2.2.3. Die Auseinandersetzung um die Zollfrage und die Bürgerlichkeit des deutschen Wirtschaftsbürgertums im 19. Jahrhundert	52
III. Die Geschichte des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins	54
1. Der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein 1847/48 bis 1858	54
1.1. Die Gründungsgeschichte	54
1.2. Organisationen und Ziele	59
1.2.1. Organisationen	59
1.2.2. Zweck des Vereins	63
1.3. Entwicklung	66
1.3.1. Die Tätigkeit im Vormärz	66
1.3.2. Die Tätigkeit in der Revolution 1848/49: Petitionsbewegung	69
1.3.3. Die Tätigkeit nach der Revolution	78
1.3.3.1. Die Tätigkeit in Bezug auf die Industrieentwicklung: Die Industrieausstellung	78

1.3.3.2.	Die Tätigkeit in Bezug auf die Handelspolitik.....	82
1.3.3.3.	Die Tätigkeit in Bezug auf die soziale Frage: Verbindung mit dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen	87
2.	Der Handels- und Gewerbeverein in Rheinland und Westfalen von 1858 bis 1868 ..	93
2.1.	Die Gründungsgeschichte.....	94
2.2.	Organisationen und Zwecke	100
2.2.1.	Organisationen	100
2.2.2.	Zwecke	101
2.3.	Entwicklungsgeschichte	103
2.3.1.	Tätigkeit am Ende der 1850er Jahre	103
2.3.1.1.	Die Tätigkeit im Hinblick auf die Zollsätze und die öffentlichen Verkehrstarife.....	104
2.3.1.2.	Die Tätigkeit in Bezug auf die soziale Frage: Die Gesetzgebung bezüglich der Arbeits- und Quittungsbücher	109
2.3.2.	Tätigkeit in den 1860er Jahre.....	117
2.3.2.1.	Die Tätigkeit in Bezug auf die Handelspolitik.....	120
2.3.2.2.	Die Bemühungen in Bezug auf den politischen Einfluß	124
2.3.2.3.	Tätigkeit in Bezug auf die soziale Frage	127
3.	Die historische Bedeutung der Organisation und der Tätigkeit der Industrieunternehmer: Zusammenfassung	129
IV.	Zielvorstellung für die moderne Wirtschaft: Schutz der nationalen Arbeit	131
1.	Einstellungen zur sozialen Fragen und zur Industrialisierung.....	136
2.	Die Bedeutung der Nation in der Einstellung zur Industrialisierung.....	147
3.	Einstellungen zum Staat.....	153
4.	Die Wahrnehmung der Industriegesellschaft durch die Industrieunternehmer	158
V.	Soziale Beziehungen im wirtschaftlichen Leben: ihre sozialgeschichtliche Bedeutung	161
1.	Einleitung.....	161
2.	„Soziale Beziehung“	163
3.	Ansätze einer Theorie der sozialen Beziehungen in der Ökonomie	165
3.1.	Menschen und Transaktionen im Wirtschaftsleben.....	165
3.2.	Die sozialgeschichtliche Anwendung der Neuen Institutionenökonomie	171

3.3. Ein neuer Blick auf die sozialen Beziehungen im Wirtschaftsleben.....	177
4. Soziale Beziehungen im Wirtschaftsleben.....	179
5. Die bürgerliche Familie und ihre Bedeutung für die sozialen Beziehungen	182
5.1. Soziale Beziehung – Kultur – Familie.....	182
5.2. Die bürgerliche Familie als Mittelpunkt der Kultur	183
5.3. Bürgerliche Familie und Geschäft.....	189
5.3.1. Familiengeschäft	189
5.3.2. Die Bedeutung der Eheschließung für das Leben des Industrieunternehmers.....	191
5.3.3. Die Bedeutung des Familiennachwuchses für das Geschäft.....	194
5.3.4. Die Rolle der Ehefrauen und Witwen im Familienbetrieb.....	195
6. Funktion der Familie und bürgerliche Kultur	197
VI. Schlußwort	199
VII. Quellen- und Literaturverzeichnis	202
1. Quellen.....	202
1.1. Ungedruckte Quellen.....	202
1.2. Gedruckte Quellen.....	205
1.3. Zeitungen, Zeitschriften und zeitgenössischer Jahrbücher.....	205
2. Darstellungen	206

I. Einleitung

1. Forschungsstand und Leitfragen

Die Frage nach Struktur, Profil und Mentalität des deutschen Wirtschaftsbürgertums läßt sich nicht von der Frage nach der allgemeinen Entwicklung von Bürgertum und Bürgerlichkeit sowie der Spezifik des deutschen Modernisierungsprozesses im 19. Jahrhundert trennen. In den bisherigen Forschungen ist das Wirtschaftsbürgertum oft als die eigentlich treibende Kraft dieses Prozesses angesehen worden, d.h. der das 19. Jahrhundert stark bestimmende Fortschrittsglaube mit seinen Konsequenzen im ökonomisch-technischen, gesellschaftsphilosophischen und politischen Bereich ist weitgehend mit der genannten Personengruppe identifiziert worden. Umgekehrt ist aber auch von Bedeutung, daß die Besonderheiten des allgemeinen bürgerlichen Geschichtsverständnisses, wie es sich im 19. Jahrhundert durchgesetzt hat, vielerlei Auswirkungen auf die Selbstsicht und Handlungsstrategien des Wirtschaftsbürgertums gehabt haben. Um dessen spezielle Rolle und Bedeutung herausarbeiten zu können, ist es deshalb notwendig, zunächst knapp die bisher von der Forschung herausgestellten allgemeinen Grundzüge der Bürgertumsentwicklung und des Modernisierungsprozesses in Deutschland sowie das sich durchsetzende, am Kernbegriff des Fortschritts orientierte neue Geschichtsbewußtsein darzustellen. Dieser Vorspann dient auch dazu, einige Lücken in der bisherigen Erforschung des Wirtschaftsbürgertums zu identifizieren.

Ein erheblicher Aufschwung der historischen Bürgertumsforschung ist in Deutschland erst seit Beginn der 1980er Jahre festzustellen. Der erste Zugriff war auf die Erforschung des Bildungsbürgertums gerichtet, und diese Initiative ging 1980 vom Heidelberger Arbeitskreis für Sozialgeschichte, anschließend vom Historischen Kolleg in München, aus. Von der sogenannten „Bielefelder Schule“ wurden dann in einem umfangreichen Sonderforschungsbereich weiterführende Forschungsansätze entwickelt. Anregung und Vorarbeiten lagen dazu aber schon seit längerer Zeit vor. Dabei konnte auf ältere Untersuchungen von Werner Conze und Otto Brunner aus dem Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgegriffen werden, die bereits interdisziplinäre, insbesondere historische und soziologische Perspektiven verbindende Fragestellungen verfolgt hatten. In der Soziologie wurden gleich-

zeitig in den 1960er und 1970er Jahren klassentheoretische und strukturanalytische Zugriffsweisen für die Sozialstrukturanalyse fruchtbar gemacht.¹ Die Geschichtsanschauung der Frankfurter Schule und die Klassen- und Schichtentheorie, die alle eine fortschritts-optimistische Sicht vertraten, scheinen auch in den Ansätzen von Conze ihren Niederschlag gefunden zu haben. Mit dieser Perspektive auf den Modernisierungsprozeß, dessen Beginn mit dem Ende des 18. Jahrhunderts angesetzt wird, fand eine strukturgeschichtliche Ausrichtung in der Erforschung des Bürgertums Anwendung. Die Strukturgeschichte und das Denken in Kategorien des Fortschritts wurden zu einem zentralen Element innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft bis Ende der 1970er Jahre.

Dieses Interesse an Strukturen in der Geschichtswissenschaft ist auch ein Ausdruck dafür, daß Conze und andere Historiker die herkömmliche Politikgeschichte zu überwinden suchten. Dabei hat Conze auf die Unterscheidung Fernand Braudels, dem damaligen Hauptprotagonisten französischen Annales-Schule, zwischen „histoire evenementielle“ und „histoire des structures“ zurückgegriffen² und versucht, die Tatsachen- oder Ereignisgeschichte, wie sie von der herkömmlichen Politikgeschichte betrieben wurde, durch eine Strukturgeschichte zu überwinden. Für Conze sind Kontinuitäten und Veränderungen der Verhältnisse das Entscheidende, nicht so sehr die durch sie hervorgerufenen Ereignisse. Auch die Bürgertumsforschung ist durch diese Form der Sozialgeschichte beeinflusst und bestimmt worden. Die heute sichtbaren Probleme und Lücken der bisherigen Forschungen über das Wirtschaftsbürgertum lassen sich aus diese geschichtswissenschaftlichen Entwicklungen und die eingeschränkten Zugriffsweisen der Sozialgeschichte zurückführen.

Diese Defizite der neueren deutschen Sozialgeschichte auf dem Gebiet der Bürgertumsforschung sollen im folgenden ausführlicher dargelegt werden. Zunächst ist die fortschrittsoptimistische Beurteilung des Modernisierungsprozesses zu kritisieren. Seit Ende des 18. Jahrhundert ist der Glauben an den Fortschritt in verschiedenen Bereichen verbreitet,³ und

¹ Geißler, Rainer: Kein Abschied von Klasse und Schicht. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 48 (1996), S. 2.

² Schieder, Wolfgang: Sozialgeschichte zwischen Soziologie und Geschichte. Das wissenschaftliche Lebenswerk Werner Conzes. In: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), S. 255.

³ Koselleck zufolge ist der Begriff „Fortschritt“ seit Ende des 18. Jahrhunderts benutzt worden. Koselleck, Reinhart: Fortschritt. In: Brunner, Otto/ Conze, Werner / Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland Bd. 2. Stuttgart 1975, S. 384ff.

diese Fortschrittsauffassung wurde in der Sozialgeschichte mit der Bedeutung des Klassenkonflikts in der Industriegesellschaft verbunden. In der Gegenüberstellung von Fortschrittsgewinnern und Fortschrittsverlierern prägte sich eine dualistische Auffassung der Modernisierungsgeschichte aus, die erst gegen Ende der 1970er Jahre angezweifelt und massiv kritisiert wurde. Die Kritik bezog sich vor allem auf eine Geringschätzung derjenigen Tatsachen und Ereignisse, die nicht ohne weiteres mit Strukturbegriffen zu erfassen waren. Thomas Nipperdey zufolge ist in der strukturgeschichtlichen Forschung zu viel Wert auf Strukturen und Prozesse, auf Veränderungen und Kontinuitäten gelegt worden, während die Intentionen der handelnden Akteure und deren vor-intentionales Selbstverständnis vernachlässigt worden sind.⁴ Zudem habe es die Sozialgeschichtsschreibung bei der Analyse sozialer Ungleichheiten versäumt, Bereiche wie Familie, Alltagsleben sowie Mentalitäten in den Blick zu nehmen.⁵

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Formen der Kategorisierung und Verallgemeinerung in der Sozialgeschichte eine starke Tendenz zur Einebnung der Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit der geschichtlichen Tatsachen beinhalten. Da die Untersuchung geschichtlicher Prozesse im Vordergrund steht, arbeitet die Sozialgeschichte mit den Unterscheidungen zwischen Typus und Einzelfall. Lothar Gall hat in diesem Zusammenhang auch die „Steifheit“ in der Kategorisierung kritisiert, die im Falle der Geschichte des Bürgertums und der Verwendung des Begriffs „bürgerlich“ zu einer Art Metakategorie führt, die zu sehr auf eine bestimmte Ordnung, ein bestimmtes „System“ zielt.⁶

Der Zusammenhang von Bürgertum und Moderne ist einer Denktradition verpflichtet, die letztlich auf die Bedeutung des Bürgertums in der Französischen Revolution zurückgeht. In der strukturorientierten Sozialgeschichte hat sich diese Denktradition zu einer idealtypischen Rolle des Bürgertums als der „modernen“ Klasse verdichtet, die über die bürgerliche Revolution eine Modernisierung von Politik, Sozialstruktur und Kultur herbeiführt. Allerdings tendiert die in dieser Weise vorgehende Bürgertumsforschung zu einer übermäßigen

⁴ Nipperdey, Thomas: Wehlers Gesellschaftsgeschichte. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 403.

⁵ Nipperdey, Wehlers Gesellschaftsgeschichte, S. 412ff.

⁶ Vgl. Gall, Lothar (Hg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft. München 1993, S. 2.

Generalisierung, bei der gleichsam alle Angehörigen des „Bürgertums“ in dieser Rolle aufgehen und ihrer (vorgegebenen) Modernisierungsaufgabe gerecht werden müssen.

Diese Vorstellung von der Bedeutung des Bürgertums für die gesellschaftliche Modernisierung ist durch verschiedene Forschungen in Frage gestellt worden. Alfred Cobban ist bei seiner Untersuchung über den „Mythos der französischen Revolution“⁷ zu der Auffassung gelangt, daß die Mehrzahl der an der Französischen Revolution Beteiligten Beamte und Freiberufler gewesen sind. Aus diesem Grund hat er Charakterisierung der Französischen Revolution als bürgerliche Revolution zurückgewiesen. Andere Historiker wie Elisabeth L. Eisenstein, Jeffrey Kaplow, Georg V. Taylor haben ihm zugestimmt, denn viele der sogenannten bürgerlichen Träger der Revolution seien Mitglieder der Adelschicht gewesen, da ihr Reichtum aus dem Feudalbesitz herrührte.⁸ Des weiteren seien viele Kaufleute durch den Kauf eines Amtes in den Adelsstand aufgestiegen.⁹ Unabhängig davon, ob diese Interpretationen zutreffend sind, haben diese Forschungen Anlaß gegeben, über die Zusammensetzung des Bürgertums erneut nachzudenken, und sie haben eine neue Diskussion über das Modernisierungspotential des Bürgertums eröffnet. Auf die deutsche Geschichtswissenschaft haben diese Kontroversen der späten 1960er Jahre offenbar wenig Einfluß gehabt.

Eine weitere Kritik an der engen Verknüpfung von Bürgertum und Modernisierung stammt von den englischen Sozialhistorikern David Blackbourn, Geoff Eley und Richard J. Evans, die die These des deutschen Sonderwegs in die Moderne kritisierten.¹⁰ Sie haben „die“ bürgerliche Revolution, die in Vergleichen mit der „mißlungenen“ Revolution in Deutschland als vorbildlich betrachtet worden ist, als eine Konstruktion entlarvt, die es so nie gegeben habe.¹¹ Zudem stellten sie die Frage, ob die enge Verbindung von Wirtschaftsbürgertum und Feudalität wirklich nur in Deutschland existiert habe.¹² Diese neuen Interpretationen

⁷ Cobban, Alfred: *The Myth of the French Revolution. Aspect of the French Revolution*. New York 1968.

⁸ Vgl. Taylor, George V.: *Noncapitalist Wealth and the Origins of the French Revolution*. In: *The American Historical Review*. LXXII. 1967, S. 471.

⁹ Vgl. Taylor, *Noncapitalist Wealth*, S. 488.

¹⁰ Blackbourn, David/ Eley, Geoff: *Mythen deutscher Geschichtsschreibung: Die gescheiterte bürgerliche Revolution*. Frankfurt a. M. 1980. Blackbourn, David/ Eley, Geoff: *The Peculiarities of German History*. Oxford/New York 1984. Evans, Richard J.: *Rethinking German History*. London/ Boston 1987.

¹¹ Eley, Geoff: *The British Model and the German Road*. In: Blackbourn/ Eley. *The Peculiarities*, S.10.

¹² Eley, *The British Model*, S. 13.

über die bürgerliche Revolution und die Diskussion über die Rolle des Wirtschaftsbürgertums in Deutschland haben weitere Historiker angeregt, über die bisherige Annahme einer engen Verbindung zwischen dem gesamten Bürgertum und dem Modernisierungsprozeß nachzudenken.

Diese Anregungen zeigten auch in Deutschland Wirkung, wobei sich die neueren Tendenzen der Forschung über das deutsche Bürgertum des 19. Jahrhunderts folgendermaßen zusammenfassen lassen:

1. Die Neubestimmung des Verhältnisses von Modernisierung und Bürgertum

Die Auffassung, die Ursache des mangelnden Modernisierungspotentials in seiner Anlehnung an die Adelskultur zu sehen, hat in der Bürgertumsforschung eine lange Tradition. Während dieser Erklärungsansatz zunächst nur für die Rolle des Wirtschaftsbürgertums galt, wird inzwischen das Modernisierungspotential des Bürgertums insgesamt in Frage gestellt. Darauf hat zuerst die Stadtgeschichtsforschung aufmerksam gemacht. Paul Nolte hat den badischen Liberalismus der Zeit zwischen 1800 und 1850 untersucht und konnte nachweisen, daß dessen Vorstellungen auf die Erfahrungen der Gemeindefradition der vorindustriellen Gesellschaft zurückgehen.¹³ Der badische Liberalismus sei nicht im Klima einer zentralen, staatlichen Modernisierung gewachsen, sondern sei stark von einer ständisch-korporativen Bürgermentalität beeinflußt worden. Daher sei der radikale Republikanismus des Liberalismus in Baden auf die „Wiederherstellung“ einer verloren geglaubten Ordnung ausgerichtet gewesen. Diese Art der Modernisierung hat also ihre Ursprünge in der ständischen Gemeindefradition.

Manfred Hettling hat die Vorstellung, daß das Ereignis der bürgerlichen Revolution als Sturz des Feudalsystems zu betrachten sei, bei dem das Bürgertum eine aktive, zentrale Rolle gespielt habe, am Beispiel Württembergs kritisiert. Nach seiner Meinung war Württemberg vor 1800 ein Land ohne Adel und nach 1800 ein Land ohne Proletariat.¹⁴ In Württemberg hatten der Landtag und die kommunalen Repräsentativorgane eine wichtige Bedeutung im politischen Gefüge. Die lokalen Organisationen, die wichtige Kommunikations-,

¹³ Vgl. Nolte, Paul: Gemeindefbürgertum und Liberalismus in Baden 1800-1850. Göttingen 1994.

¹⁴ Vgl. Hettling, Manfred: Bürgertum und Revolution. In: Puhle, Hans-Jürgen (Hg.): Bürger in der Gesellschaft. Göttingen 1991, S. 213.

Versorgungs- und Fürsorgefunktionen hatten, begannen im Jahre 1830 politische Zielvorstellungen zu entwickeln. Als die Gemeindemitglieder und ihre Organisationen im Jahre 1830 begannen, sich nach ökonomischen, sozialen, kulturellen oder politischen Zielen gesondert zu organisieren, gerieten sie in einen Konflikt zwischen den Ansprüchen des Staates und den Bedürfnisse des Individuums. Der Sicherung der Tradition standen die Verlockung des Fortschritts entgegen. Deshalb beteiligte sich das württembergische Bürgertum nicht aktiv an den Revolutionsereignissen. Daraus zieht Hettling die Schlußfolgerung, daß die Demokratie aus einer korporativen Tradition erwachsen ist und es sich weniger um eine Revolution als um die allmähliche Durchsetzung von Reformen gehandelt hat.

Sowohl Hettling als auch Nolte sehen die Grundlage der Modernisierung in Deutschland nicht in einer bürgerlichen Revolution, sondern in einem Prozeß kommunaler, traditioneller und korporativer Selbstorganisation. Daran kann man nicht nur die Abneigung gegen die staatliche Modernisierung, sondern auch die Modernität des Bürgertums ablesen, die in der Tat die bürgerlichen Revolution begleitet zu haben scheint.

2. Die Heterogenität des Bürgertums

Wolfgang Kaschuba hat Bürgerlichkeit nicht mit systematischen, sondern eher mit deskriptiven und assoziativen Kategorien beschrieben. Bürgerlichkeit bezeichnet demnach keinen schichtmäßigen Rechtsstatus, sondern ist ein ebenso komplexer wie komplizierter sozialer Statusbegriff, der sich auf eine Vielzahl unterschiedlichster Kriterien wie Besitz, Beruf, Geschmack, Bildung etc. bezieht und letztlich auf die Umsetzung all dieser Kriterien in eine angemessene Form bürgerlicher Kultur und bürgerlichen Lebensstils zielt.¹⁵ Auch Thomas Nipperdey hat das „Abstufungsangebot“ in der Bürgerlichkeit betont.¹⁶ Hans-Jürgen Puhle unterscheidet nach Bürgertum, Bürgerlichem und Bürgerlichkeit und hebt hervor, daß die bürgerlichen Revolutionen des Westens in jüngster Zeit entmythologisiert worden sind und deshalb auch die These vom deutschen Sonderweg relativiert werden muß.¹⁷

¹⁵ Vgl. Kaschuba, Wolfgang: Deutsche Bürgerlichkeit nach 1800: Kultur als symbolische Praxis. In: Jürgen Kocka (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Bd. 3. Göttingen 1987, S. 9.

¹⁶ Vgl. Nipperdey, Thomas: Kommentar: „Bürgerlich“ als Kultur. In: Kocka, Jürgen (Hg.): Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Göttingen 1987, S. 143.

¹⁷ Puhle, Bürger, S. 8.

Am Beispiel von sechzehn Städten hat Lothar Gall die Unterschiede innerhalb des deutschen Bürgertums herausgearbeitet.¹⁸ Die Unterschiede zwischen den verschiedenen städtischen Bürgerschichten vergrößerten sich vor allem in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung, was insbesondere für den Aufstieg der Kaufleute zu einer bürgerlichen Leistungselite gilt.¹⁹ Trotz der Hierarchisierung und Fragmentierung hat das Bürgertum seine städtische Selbständigkeit gegen die staatliche Verwaltung verteidigt und darüber sein einheitliches Auftreten als Bürgertum gewahrt.²⁰ Während der Staat sich noch um ein schlüssiges Programm für eine Wirtschaftsordnung bemühte, hat das Bürgertum die Organisation der Wirtschaft selbst in die Hand genommen.²¹ Diese kommunale Selbstregierung und Selbstverwaltung konnte vor 1848 noch weitgehend die Risse überdecken, die sich in ökonomischer und sozialer Hinsicht zunehmend innerhalb des städtischen Bürgertums bemerkbar machten. Aber die Einheitlichkeit des Stadtbürgertums wurde durch die Revolutionszeit von 1848/49 mehr und mehr klassenmäßig verhärtet. Gall spricht in diesem Zusammenhang vom Übergang von der „klassenlose Bürgergesellschaft“ zur „Klassengesellschaft“.

Richard J. Evans hat das städtische Bürgertum in Hamburg untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die reichsten Kaufleute zumeist Ehepartner aus anderen reichen Familien gewählt haben.²² Diese Familien haben sich in eigene Wohngebiete zurückgezogen und stark von den anderen bürgerlichen Gruppierungen separiert. Dadurch ist die Fragmentierung des Bürgertums vorangeschritten. Die Befunde einer starken inneren Fragmentierung erschweren die Anwendung des Bürgertum-Begriffs zunehmend. Franz J. Bauer beispielsweise betont die „höchst unterschiedlichen Erscheinungsformen bürgerlicher Existenz“²³ und stellt fest: „[...] die Einheit des Bürgertums ist überhaupt nur ein Postulat, ein Konstrukt und eine Chimäre [...]“²⁴.

3. Die kulturelle Identität des Bürgertums

¹⁸ Vgl. Gall, Lothar: Staat und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft. München 1993, S. 4ff.

¹⁹ Vgl. Gall, Staat und Bürgertum, S. 7.

²⁰ Vgl. Gall, Staat und Bürgertum, S. 8.

²¹ Vgl. Gall, Staat und Bürgertum, S. 11.

²² Vgl. Evans, Richard: Family and class in the Hamburg grand bourgeoisie 1815-1914. In: Blackburn, David/Evans, Richard J. (ed.): The German Bourgeoisie. London/New York 1993, S.116-117.

²³ Vgl. Bauer, Franz J.: Bürgerwege und Bürgerwelten. Göttingen 1991, S. 16.

²⁴ Bauer, Bürgerwege, S. 15.

Trotz der Kritik am Modernisierungspotential des Bürgertums und trotz seiner Fragmentierungserscheinungen hat das Bürgertum seine Identität nicht gänzlich verloren. Thomas Nipperdey, Ute Frevert und David Blackbourn haben, obwohl sie die Abstufungserscheinung im Bürgertum in Rechnung stellen, doch eine Vereinheitlichungstendenz des Bürgertums nicht ganz verneint. Dabei kann die Kultur, die den Bürger vom Nichtbürger unterscheidet, als ein einheitliches Kriterium für das Bürgertum herangezogen werden. Thomas Nipperdey beispielsweise hat die Entstehung der Moderne aus dem Geist der bürgerlichen Kunstkultur des vorigen Jahrhunderts abgeleitet. Demzufolge waren in älterer Zeit die Künste grundsätzlich an die vorbürgerlichen Hierarchien gebunden und dienten deren Bedürfnissen, doch seit dem späten 18. Jahrhundert sei die Kunst an sich wesentlich gewesen und habe sich verbürgerlicht. Obwohl das Bürgertum auf politischer und sozialer Ebene konservativ war, hat es eine Modernisierung der Kunst vorangetrieben.²⁵

Wolfgang Kaschuba hat die Bürgerlichkeit als einen sozial bestimmten und kulturell geformten Habitus definiert.²⁶ Untersuchungen von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Hardtwig weisen in die gleiche Richtung. Wolfgang J. Mommsen hat bemerkt, daß das Bürgertum als Ersatz für die fehlende Möglichkeit politischer Teilhabe durch seine kulturellen Aktivitäten die Nationalisierung betrieben hat.²⁷ Hardtwig hat die kulturellen Wurzeln des Nationalismus aus der Mediävistik abgeleitet, da die Identifikation über die gleiche Sprache den Ausgangspunkt des Nationalismus geschaffen habe. Die Entwicklung des Nationalismus steht für Hardtwig deshalb in enger Beziehung zum Bedeutungsgewinn des Bürgertums.²⁸

In der Schrift „Von der bürgerlichen Kultur zur modernen Massenkultur“ wird die bürgerliche Kultur als eine sozialen Kategorie bewertet. Weder in Deutschland noch in anderen Ländern stelle „das Bürgertum“ eine geschlossene und eindeutige definierbare soziale Ein-

²⁵ Vgl. Nipperdey, Thomas: *Wie das Bürgertum die Moderne fand*. Berlin 1988.

²⁶ Vgl. Kaschuba, *Bürgerlichkeit*, S. 9.

²⁷ Vgl. Mommsen, Wolfgang J.: *Die Herausforderung der bürgerlichen Kultur durch die künstlerische Avantgarde*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 20 (1994).

²⁸ Vgl. Hardtwig, Wolfgang: *Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500-1914*. Göttingen 1994.

heit dar.²⁹ Der Begriff „bürgerlich“ wird hier als ein Ensemble von Wertordnungen und Symbolwelten, von Verhaltensstandards und Lebensstilen verstanden.³⁰ Nach Manfred Hettling und Stefan-Ludwig Hoffmann waren bis zum Ende des 18. Jahrhundert bestimmte Grundsätze für das bürgerliche Leben bestimmend, aber danach standen die Konfrontation mit dem Anforderungen der Welt und die Entwicklung des Einzelnen im Mittelpunkt des bürgerlichen Lebens.³¹ Mit bürgerlichen Leben ist hier die Innenlenkung des Verhaltens hin zur Selbstverantwortlichkeit gemeint.³²

Mit den Veränderungen in der allgemeinen Bürgertumsforschung korrespondierten Verlagerungen des Forschungsschwerpunktes in den Analysen des Wirtschaftsbürgertums. Eine in diesem Zusammenhang diskutierte Frage war die nach den feudalen Charaktermerkmalen des Wirtschaftsbürgertums. Gerald N. Izenberg vertritt die Meinung, daß man nicht von einer allgemeinen Feudalisierungstendenz sprechen könne, obgleich der Adel in der Zeit zwischen 1860 und 1880 großen politischen Einfluß gehabt und das Wirtschaftsbürgertum im 19. Jahrhundert die Nähe zur adligen Kultur gesucht habe.³³ Damit setzte er sich deutlich von den Forschungsergebnisse und Feststellung über den Zusammenhang von Wirtschaftsbürgertum und Feudalität ab.

In dem bürgerlichen Streben nach Titeln oder Orden, das oft als ein Zeichen für Feudalisierung interpretiert worden ist, sieht Karin Kaudelka-Hanisch in ihrer Arbeit über den Preußischen Kommerzienrat ein spezielles Verhältnis des deutschen Wirtschaftsbürgertums zum

²⁹ Reulecke, Jürgen u.a.: Deutscher Beitrag zum Generalthema „Social movements and culture“ der „International Commission for the history of social movements and structures“ 1993/94 (o.O), S. 2.

³⁰ Vgl. Reulecke, Jürgen u.a.: Deutscher Beitrag zum Generalthema „Sozial movements and culture“ der „International Commission for the history of social movements and structures“ 1993/94.

³¹ Hettling, Manfred/Hoffmann, Stefan-Ludwig: Der bürgerliche Werthimmel. In: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 333-334.

³² Vgl. Hettling/ Hoffmann, Werthimmel, S. 338.

³³ Vgl. Izenberg, Gerald N: Die „Aristokratisierung“ der bürgerlichen Kultur im 19. Jahrhundert. In: Hohendahl, Peter U./Lützeler, Paul M.: Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaft 11; Legitimationsskrisen des deutschen Adels 1200-1900. Stuttgart 1979, S. 241.

Staat.³⁴ Richard J. Evans hat in einer Studie über eine bürgerliche Familie in Hamburg betont, daß das Wirtschaftsbürgertum in der Tat kein großes Interesse an Titeln gehabt habe.³⁵

Für Hartmut Kaeble stellen Adelsimitation und Verflechtung mit dem Adel im 19. Jahrhundert den universalhistorischen Normalfall des Übergangs zur Industriegesellschaft dar. In diesem Zusammenhang hat er betont, daß nicht der Feudalisierung des deutschen Bürgertums, sondern im Gegenteil der schrittweisen Verbürgerlichung des Adels die Aufmerksamkeit der Forschung gelten sollte.³⁶

Auch die Frage der Klassenidentität des Wirtschaftsbürgertums wird nicht mehr eindeutig beantwortet, demgegenüber werden das Phänomen der Abgrenzung gegenüber anderen sozialen Gruppen und die Abstufung innerhalb der eigenen sozialen Gruppe betont. Insbesondere die Heiratspolitik des Wirtschaftsbürgertums wird als eine Methode der sozialen Schließung hervorgehoben.

Nach Zunkel versuchte das Rheinisch-Westfälischen Unternehmertum innerhalb dieses beruflichen Standes zu heiraten und man hielt Abstand zu den familiären Verbindungen mit den Adelshäuser. Eheliche Verbindungen mit den unteren sozialen Schichten waren gesellschaftlich nicht legitim beurteilt.³⁷ Er hat die bürgerliche Heiratspolitik als Ausdruck einer Verbindung mit den gleichen beruflichen Kräften gesehen darin einen weiteren Beweis für die Feudalisierung des Bürgertums gefunden. Dies These unterstützt David Blackbourns Auffassung der Isolierung des Bürgertums.

Der große Zahl von Heiraten innerhalb des Wirtschaftsbürgertums habe zu einer Absonderung von anderen Teilen des Bürgertums geführt und auf diese Weise die Schwäche des Wirtschaftsbürgertums befördert.³⁸ Jörg Engelbrecht sieht demgegenüber im Heiratsverhalten eine Tendenz zu Öffnung des Wirtschaftsbürgertums. In seiner Untersuchung über das

³⁴ Vgl. Kaudelka-Hanisch, Karin: The titled businessman: Prussia commercial councillors in the Rhineland and Westphalia during the nineteenth century. In: Blackbourn/ Evans, *Bourgeoisie*, S. 90.

³⁵ Vgl. Evans, Richard J.: Family and class in the Hamburg grand bourgeoisie 1815-1914. In: Blackbourn/ Evans, *Bourgeoisie*, S. 130.

³⁶ Vgl. Kaeble, Hartmut: Das aristokratische Modell im deutschen Bürgertum des 19. Jahrhundert. Bielefeld 1986/87 (MS.), S. 7-10.

³⁷ Vgl. Zunkel, Friedrich: Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer 1834-1879. Köln/ Opladen, S. 95-96.

³⁸ Vgl. Blackbourn/ Evans, *Bourgeoisie*, S. 9.

Herzogtum Berg weist er nach, daß einige Unternehmer nach einem heiratsbedingten Umzug bereits nach wenigen Jahren fest in den Honoratiorenkreis ihrer neuen Heimatstadt integriert waren. Engelbrecht deutet dies als eine prinzipielle Offenheit der wirtschaftlichen und politischen Führungsschicht des Unternehmertums.³⁹

Eine andere Forschungsrichtung stellt die wirtschaftlichen Leistungen des Bürgertums in den Mittelpunkt und legt das Hauptgewicht auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaftsbürgertum im Prozeß der Industrialisierung. Dabei werden zwei unterschiedliche Ansätze vertreten. Der eine steht in Zusammenhang mit der Sonderwegsthese und betont die besondere Rolle des Staates und die Schwäche des Wirtschaftsbürgertums im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß der deutschen Industrialisierung. Jürgen Kocka hat den Staat als „die entscheidende Triebkraft“ im Industrialisierungsprozeß bezeichnet,⁴⁰ da das Wirtschaftsbürgertum sich durch Organisations- und Führungsmängel, die auf das Festhalten an handwerklichen und kaufmännischen Traditionen zurückzuführen sind, ausgezeichnet habe. Demgegenüber wird in der stadt- und regionalgeschichtlichen Forschung das relativ dynamische Potential des Wirtschaftsbürgertums betont. Jürgen Reulecke hat in seiner Darstellung der Industrialisierung des Rheinlands den besonderen Beitrag der Unternehmer hervorgehoben.⁴¹ Dieses eigenverantwortliche Handeln des Wirtschaftsbürgertums wurde dadurch begünstigt, daß der Staat die unternehmerische Handlungsfreiheit so wenig wie möglich einengen wollte.⁴² Auch Jörg Engelbrecht unterstreicht die Handlungspotentiale des Wirtschaftsbürgertums, wenn er herausarbeitet, daß die staatliche Wirtschaftsförderungspolitik, die den Typus des merkantilistischen „Entrepreneurs“ hervorgebracht hat, für den Unternehmer in der Frühindustrialisierung bestenfalls ein Faktor war, mit dem er zu rechnen hatte. Keinesfalls verband er jedoch seine eigenen ökonomischen Ziele mit denen des Staates.⁴³

³⁹ Vgl. Engelbrecht, Jörg: Das Herzogtum Berg in Zeitalter der Französischen Revolution. Paderborn/München 1996, S. 171ff.

⁴⁰ Vgl. Kocka, Jürgen: Unternehmer in der deutschen Industrialisierung. Göttingen 1975, S. 28.

⁴¹ Vgl. Reulecke, Jürgen: Rheinland-Westfalen von den 1850er Jahren bis 1914: Der Aufbruch in die Moderne. In: Briesen, Detlef u.a.: Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte Rheinlands und Westfalens. Köln 1995, S. 88.

⁴² Vgl. Reulecke, Rheinland-Westfalen, S. 94.

⁴³ Vgl. Engelbrecht, Herzogtum.

Aus Perspektive der Stadtgeschichte kommt Lothar Gall wiederum zu anderen Forschungsergebnissen. In der Stadt habe das Bürgertum eine geschlossene Einheit gegen den Staat in Form einer kommunalen Selbstregierung und Selbstverwaltung gebildet. Das habe zu einer freizügigen Interpretation des vom Staat vorgegebenen Verfassungsrahmens sowie zu einer möglichst intensiven Nutzung des bestehenden Handlungsspielraums auf der Ebene der Verfassungspolitik geführt, wodurch eine deutliche Artikulation der eigenen Interessen auf wirtschaftlicher Ebene ermöglicht wurde.⁴⁴ Auch Karin Schambach hat nachgewiesen, daß in den Städten viele Institutionen existierten, die trotz staatlicher Intervention an ihren Aufgaben als wirtschaftliche Interessenvertretungen des Bürgertums festhielten. Die Handelskammer in Köln, die dem französischen Modell nachgebildet war, die Polytechnische Gesellschaft in München und Augsburg, Gewerbevereine und Interessenverbände in vielen Städten nach 1850 sind dafür einige Beispiele.⁴⁵

Die neueren Forschungstendenzen führen letztlich zu einer Vervielfältigung des Charakters des Wirtschaftsbürgertums. Aus der pragmatischen Haltung des Bürgertums leitet Morten Reitmayer⁴⁶ die Begrifflichkeit der Bürgerlichkeit als Habitus ab. Demzufolge verbindet sich der besondere Charakter des Wirtschaftsbürgertums mit der von Max Weber definierten Zweckrationalität: „Oberste Priorität für ihr Handeln genoß in fast jeder Hinsicht die Prosperität des Unternehmens, dem sie Reichtum, Ansehen, und Macht verdanken.“⁴⁷

Über diese genannten Forschungsergebnisse hinaus gibt es weitere Aspekte, die für das Verständnis der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Handlungen des deutschen Wirtschaftsbürgertums von Bedeutung sind. Die leitende Fragestellung der vorliegenden Arbeit lautet: Wie nahm das deutsche Wirtschaftsbürgertum die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen des Industrialisierungsprozesses wahr und welche Ziele, Konzepte und Ordnungsvorstellung im wirtschaftlichen und kulturellen Leben wurden in diesem Zusammenhang verfolgt? Dabei konzentriert sich diese Untersuchung auf die Industriellen als eine Gruppe innerhalb des Wirtschaftsbürgertums. Gegens-

⁴⁴ Vgl. Gall, Lothar (Hg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft. München 1993, S. 11.

⁴⁵ Vgl. Schambach, Karin: Städtische Interessenvertretungen und staatliches Wirtschaftsbürgertum. In: Gall, Stadt und Bürgertum, S. 384ff.

⁴⁶ Reitmayer, Morten: Bürgerlichkeit als Habitus. In: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 66-93.

⁴⁷ Reitmayer, Bürgerlichkeit, S. 75.

tandsbereiche der Untersuchung werden dabei in erster Linie Organisation, Tätigkeit und öffentliche Argumentation eines unternehmerischen Verbandes sein. Mit den folgenden theoretischen Erörterungen soll aufgezeigt werden, daß eine Verknüpfung sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Ansätze neue und fruchtbare Impulse für die Erforschung des Wirtschaftsbürgertums zu leisten vermag.

Eine angemessene Darstellung der Interessengruppe der Industriellen kann nicht von der Einbettung des Industrialisierungsprozesses in das weltwirtschaftliche Gefüge absehen. Immanuel Wallerstein zufolge ist die Weltwirtschaft seit dem 16. Jahrhundert in ein einheitliches System eingebettet.⁴⁸ Von Interesse für die vorliegende Arbeit ist hier weniger die Vorstellung von einem weltumfassenden einheitlichen System der kapitalistischen Weltwirtschaft, sondern die grenzüberschreitende Dynamik der wirtschaftlichen Akteure und das aufeinander bezogene Verhältnis der wirtschaftlichen Aktivitäten der unterschiedlich entwickelten (entstehenden) Nationalstaaten in den internationalen Beziehungen.⁴⁹ Seit der Entstehung des Kapitalismus konnten sich die einzelnen Territorien nicht mehr vollständig gegeneinander abschotten. Die Reflektion über die Erfordernisse der internationalen Wirtschaftsbeziehungen hat auch die Meinungsbildung der deutschen Industriellen und ihre Aktivitäten im Industrialisierungsprozeß beeinflußt. In der deutschen Wirtschafts- und Sozial-

⁴⁸ Als Soziologe versuchte er eine „Geschichte der Neuzeit unter gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive zu schreiben, um die Gesetze der weltweiten kapitalistischen Entwicklung und Unterentwicklung zu rekonstruieren“. Blaschke, Jochen: Einleitung. Strukturen der Weltökonomie und soziale Bewegungen. In: Ders. Perspektiven des Weltsystems. Frankfurt a. M/ New York 1983, S. 8. Nach Blaschke wollte Wallerstein einem Dilemma der modernen Soziologie begegnen: „der Fixierung auf dem Nationalstaat, das heißt, auf nationale Grenze als Grenzen soziale Systeme“. Zitat nach dem eben genannten Artikel, S. 8. Obwohl seine Hauptwerke *The Modern World-System* I(1974), II (1980) und III (1989) erwecken den Eindruck einer Forschungsarbeit aus dem Bereich der Wirtschaftsgeschichte, jedoch gilt allgemein die Annahme, dass Wallerstein ursprüngliches Interesse auf die sozialen Grundlagen der politischen Konflikte seiner Gesellschaft fokussiert war. Nicht nur bezüglich des Klassenproblems im Sinne von Marx und dem Element der Klasse, Statusgruppe und Partei im Sinne von Weber, sondern hat er in dem Weltsystem, wobei nicht die politischen Verhältnisse sondern die ökonomischen Verhältnisse die bedeutende Rolle spielen soll, die Grundlage der gesellschaftlichen Konflikte und der sozialen Entwicklungen (Change) gesehen. Vgl. Wallerstein, Immanuel: *The Modern World-System* I . New York u.a. 1974, S.15ff. / Wallerstein: *Das Moderne Weltsystem*. Frankfurt a. M. 1986, S. 13.

⁴⁹ Kaplan schildert den Kernpunkt der Gedanken von Wallerstein wie folgt: „the entire game is resumed in the internal relations, ... of core the periphery, of bourgeois to P.T., of hegemonis culture to culture of resistance, of dominant strata... to institutionally oppressed racial and ethnic strats, of the party of order to the party of movement“. Barbara Hockey Kaplan (ed.) *Social change in the Capitalist World Economy*. London/Beverly Hills 1978, S. 12.

geschichte ist diesbezüglich der Begriff des „time-lag“ eingeführt worden.⁵⁰ Am Beispiel des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen hat Jürgen Reuleck beschrieben, daß die deutschen Liberalen durch einen Industrialisierungsrückstand gegenüber England wichtige Anregungen für die deutsche Sozialreform erhalten haben.⁵¹ Demzufolge ist in zahlreichen Untersuchungen der Einfluß des frühindustrialisierten England auf Deutschland und besonders auf die fortschrittsoptimistischen bürgerlichen Eliten nachgewiesen worden. Die Konstellation der internationalen Wirtschaftsbeziehungen hat zur Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland zu einer Auseinandersetzung darüber geführt, auf welche Weise die deutsche Volkswirtschaft auf die Anforderungen des kapitalistischen Marktes reagieren und mit welchen Zielvorgaben das eigene Wirtschaftssystem ausgebaut werden sollte. Über die im Zentrum dieser Auseinandersetzungen stehende Kontroverse zwischen Freihändlern und Schutzzöllner lassen sich zentrale Aspekte der Wahrnehmungs- und Einstellungsgeschichte des Wirtschaftsbürgertums beleuchten.

Eine weitere theoretische Anregung für die Erforschung der Geschichte des Wirtschaftsbürgertums bietet die Neue Institutionenökonomik. Die dort benutzte Unterscheidung zwischen formellen und informellen Institutionen ermöglicht es, wirtschaftliche Tätigkeit und kulturelle Lebensweise des Wirtschaftsbürgertums miteinander in Beziehung zu setzen.⁵² Für die vorliegende Untersuchung sind insbesondere die Begriffe Transaktion und Transaktionskosten von Interesse. Roland H. Coase thematisierte die Bedeutung von Transaktionen im Wirtschaftsleben hauptsächlich in den beiden Artikel „The Nature of the Firm“ und „The Problem of Social Cost“ wie in dem zusammenfassenden Werk „The Firm, the Market, and the Law“⁵³, ein Sammelband seiner wichtigsten Artikel. Darin versucht er zu belegen, daß Transaktion als eine wirtschaftliche Realität aufzufassen sei, wobei er die Bedeutung dieses Begriffes für das Wirtschaftsleben beispielhaft herausarbeitet.

⁵⁰ Vgl. Reulecke, Jürgen: Sozialer Frieden durch soziale Reform. Wuppertal 1983, S. 264.

⁵¹ Vgl. Reulecke, Sozialer Frieden, S. 264-265.

⁵² „Unter Institutionen werden sehr allgemein Regeln verstanden, die den Menschen in ihrem sozialen Verhalten Restriktionen auferlegen. (...) Gewöhnlich unterscheidet man zwischen formellen oder externen Institutionen – staatliche Gesetze, Verordnungen oder allgemein Regelungen – und informellen oder internen Institutionen – soziale Normen, Sitten oder Traditionen.“ Ambrosius, Gerold: Institutioneller Wettbewerb im europäischen Integrationsprozeß seit dem 19. Jahrhundert. In: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), S. 547.

⁵³ Coase, Roland H.: The Firm, the Market, and the Law. Chicago/London 1988.

In den Wirtschaftswissenschaften werden unter Transaktionskosten im allgemeinen die mit den Vereinbarungen über einen als gerecht empfundenen Leistungsaustausch verbundenen Kosten verstanden. Manchmal werden sie auch als die für das Funktionieren eines Wirtschaftssystems notwendigen Kosten definiert.⁵⁴ Diese Kosten haben einen sehr großen Anteil an den gesamten Wirtschaftsaktivitäten. Nach North und Wallis entsprechen diese Kosten mehr als 45% des Volkseinkommens⁵⁵ und haben sich in den vergangenen 100 Jahren anteilmäßig mehr als verdoppelt, so daß sie in modernen Marktwirtschaften inzwischen 70-80% des Nettosozialproduktes umfassen.⁵⁶ Die Bedeutung der Transaktion kann man sich vor Augen führen, wenn man bedenkt, welche Elemente in die Gesamtkosten der Produktion einfließen: „Die Gesamtkosten der Produktion setzen sich zusammen aus den Aufwendungen für Boden, Arbeit und Kapital, die zur Transformation der physischen Eigenschaften eines Gutes (Größe, Gewicht, Farbe, Standort, chemische Zusammensetzung usw.) benötigt werden, als auch denjenigen, die zur Transaktion benötigt werden: d.h. zu Begrenzung, Schutz und Durchsetzung der Eigentumsrechte an Gütern (Benützungrecht, Einkommensbezugsrecht, Ausschließungsrecht, Tauschrecht).“⁵⁷

Während der Begriff der Transaktion in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Kostenfaktors für das wirtschaftliche Handeln betont, zielt seine Anwendung im Bereich der Sozialgeschichte darauf, die wirtschaftliche und zugleich gesellschaftliche Dimension menschlichen Handelns zu verstehen. Der hohe Anteil an Transaktionskosten im Wirtschaftsleben deutet an, welche Bedeutung dem Begriff der Transaktion bei der Untersuchung von sozialen Beziehungen im wirtschaftlichen und sozialen Leben innerhalb der Sozialwissenschaft zukommen kann.

Die Bedeutung der Existenz und der Rolle der Transaktionen im Wirtschaftsleben ist für Coase mit der grundsätzlichen Überlegung verbunden, welche Aufgabe wirtschaftswissenschaftliche Forschung hat. In der Einleitung seines Buches „The Firm, the Market and the Law“ zitiert er die Auffassung von Robbins über den Zweck der Wirtschaftswissenschaften:

⁵⁴ Richter, Rudolf: Institutionen ökonomisch analysiert. Tübingen 1994, S. 5.

⁵⁵ North, Douglass C.: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen 1993, S. 33.

⁵⁶ Vgl. Richter, Institutionen, S. 5 und S. 9.

⁵⁷ North, Institutionen, institutioneller Wandel, S. 33.

„Economics is the Science which studies human behaviour as a relationship between ends and scarce means which have alternative uses.“ Coase leitet daraus ab, daß der Zweck der Wirtschaftswissenschaften primär die Erforschung der menschlichen Entscheidung als Wahlakt sein solle.⁵⁸ In der praktischen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung würde die Bedeutung von Leistung und Effektivität des menschlichen Zusammenwirkens deshalb nicht in Betracht gezogen. Coase interessiert sich in diesem Zusammenhang für den „versteckten Menschen im Wirtschaftssystem“, und zwar insbesondere in Bezug auf die naturgegebenen Handlungsziele des Menschen.⁵⁹ Die Vorlieben der Menschen, die innerhalb der Wirtschaftswissenschaft als ein grundlegendes Prinzip angesehen würden, seien durch das instinktive Streben nach Leben und Überleben bestimmt, weswegen die Menschen in der Gesellschaft geeignete Verhaltensregeln entwickeln würden. Coase schlägt vor, die wirtschaftswissenschaftliche Forschung mit dem soziobiologischen Ansatz zu verbinden, von dem in der Zukunft wichtige Erkenntnisse über die menschliche Natur zu erwarten seien.⁶⁰

Diese Anregung ist später von anderen Wissenschaftlern im Rahmen der Entwicklung der soziobiologischen Forschung aufgegriffen und in einer wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsgruppe mit dem Namen „Neue Institutionenökonomik“ verwirklicht worden. Die Überlegungen von Coase über den menschlichen Naturtrieb sind für dieses Forschungsprogramm als beachtenswert eingeschätzt worden, weil dadurch der Mensch im Wirtschaftssystem zum Subjekt erhoben wurde, somit der soziobiologische oder natürliche Instinkt als ein Element für das Funktionieren von Wirtschaftssystemen angesehen wird. Die weiteren Ansätze, die mit der grundlegenden Idee der Bedeutsamkeit der Transaktion eng verbunden sind, und ihre Anwendungsmöglichkeiten in der Sozialgeschichte werden in Kapitel V ausführlicher dargelegt.

⁵⁸ Coase, *The Firm*, S. 1-2.

⁵⁹ Die NIÖ (Neue Institutionenökonomik) will „gerade die Entstehung und den Wandel von Institutionen sowie deren Wirkungen auf das menschliche Verhalten erklären“. Ambrosius, Gerold: *Staat und Wirtschaftsordnung*. Stuttgart 2001, S. 42.

⁶⁰ Die Soziobiologie als Zweig der Verhaltensforschung befaßt sich mit dem Sozialverhalten von Tieren und Menschen, aber auch von sozialen Institutionen. „It may be, therefore, that ultimately the work of sociobiologists (and their critics) will enable us to construct a picture of human nature in such detail that we can derive the set of preferences with which economists start.“ Coase, *The Firm*, S. 4. Coase betonte die Bedeutung des menschlichen Überlebensinstinkts auch für das Verständnis von wirtschaftlichen Handlungen.

Eine weitere theoretische Anregung kommt aus der Kulturosoziologie. Max Weber hat die Kultur als ein elementares Regulativ der menschlichen Lebensführung expliziert. Kultur ist demnach zum einen der Vorgang einer Generierung von Handlungsmotiven und einer gegenwartstranszendierenden Vorstellung; Kultur ist darüber hinaus die Summe der handlungsorientierenden Deutungsmuster der Lebenspraxis; Kultur ist schließlich das Ensemble ethischer und politischer Kriterien des menschlichen Handelns.⁶¹ Eine Verbindung des Konzeptes der Transaktion mit der Bedeutung der Kultur für das Wirtschaftsleben läßt sich über die Bestimmung der Kultur als Funktion, wie sie von Malinowski vorgenommen wird, herstellen. Auch diese theoretischen Überlegungen werden in Kapitel V dieser Arbeit ausführlicher dargestellt.

2. Forschungsgegenstand

2.1. Zum Begriff „Industrieunternehmer“

Die dem Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbeverein angehörenden Personen waren in den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen wie Textil-, Bank-, Frachtgewerbe, Eisengießerei und Bergbau tätig. Da der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein schon im Winter 1847/48 gegründet worden war, ist die Bezeichnung „Industrieunternehmer“ für seine Mitglieder nicht ganz korrekt, denn man kann in dieser Zeit noch nicht von einer Industrie im heutigem Sinn sprechen. Dennoch gibt es Gründe, diesen Begriff zu verwenden.

Die vielen Begriffen, mit denen in der Forschung diese „Industrieunternehmer“ umschrieben worden sind – wie Bourgeois, Unternehmer, Kapitalist etc. – enthalten jeweils schon eine Vorentscheidung über die für wesentlich gehaltenen Charakteristika der damit bezeichneten Personen. Der Begriff „Bourgeois“ ist, abgesehen von der Schwierigkeit seiner präzisen Definition, je nach Forschungsrichtung mit unterschiedlichen Wertungen aufgeladen. Auf der einen Seite wird dieser Begriff seit der Französischen Revolution mit einer positiven Bedeutung verknüpft, die besonders die Fortschrittlichkeit der Bourgeoisie betont. Auf der anderen Seite gilt der Bourgeois als Inbegriff des Verteidigers des Status quo, der

⁶¹ Jaeger, Friedrich: Der Kulturbegriff im Werk Max Webers und seine Bedeutung für eine moderne Kulturgeschichte. *Geschichte und Gesellschaft* 18 (1992), S. 372.

den weitem Fortschritt verhindert. Jürgen Kuczynski z.B. hat die Bourgeoisie als egoistische Gruppe beschrieben, die nur den eigenen wirtschaftlichen Interessen folgen würde.⁶²

Auch der in der Sozialgeschichte häufig verwendete Begriff „Wirtschaftsbürgertum“ enthält bestimmte Implikationen, denn damit ist meist eine Betonung der innovativen Leistungen der Wirtschaftsbürger im Prozeß der Modernisierung verbunden.

Die Bezeichnung „Kapitalist“ ist zu eng, wird hier doch nahezu ausschließlich auf die wirtschaftliche Seite sowie den Klassencharakter Bezug genommen. Damit lassen sich jedoch die sozialen, politischen sowie die nicht den Klassenkampf betreffenden wirtschaftlichen Aspekte nicht in den Blick nehmen.

Es gibt jedoch einen Begriff, der es ermöglicht, die oben genannten Aspekte im Zusammenhang zu analysieren: „Unternehmer“. Auch hier steht zwar die wirtschaftliche Seite im Mittelpunkt, doch verweist der Begriff auch auf das soziale und politische Umfeld.

Jürgen Kocka hat im Zusammenhang mit der Erforschung des Modernisierungsprozesses in Deutschland die Bezeichnung „Unternehmer“ verwandt. Damit legte er den Forschungsschwerpunkt auf die sozialen Verhältnisse des Wirtschaftens im Industrialisierungsprozeß, da weder die menschlichen Handlungen und Intentionen, noch die wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und Strukturen allein den Prozeß der Industrialisierung erklären könnten.⁶³

Es gibt keinen Zweifel, daß das Bürgertum auf dem Weg in die Moderne die Hauptrolle gespielt hat. Die wirtschaftlichen, sozialen, staatsrechtlichen und philosophischen Neuansätze erwiesen sich der alten Sozial-, Staats- und Wirtschaftsstruktur gegenüber als überlegen. Die Kultur des Bürgertums, wozu auch eine spezifische Wirtschaftsweise gehörte, verbreitete sich in der Welt und löste die alten Systeme ab.

Eine Interpretation des Bürgertums von diesem Resultat her würde dem Gegenstand jedoch nicht gerecht, denn die Wahrnehmungsweisen und Deutungsmuster blieben dabei unberücksichtigt. Es bleibt zu fragen, welche Bedeutung die Industrialisierung, die Entstehung der Nation und die Neubestimmung des Staates für das Bürgertum hatte. Welche Vorstel-

⁶² Kuczynski, Jürgen: Geschichte des Alltag des Deutschen Volkes. Bd. 3. Berlin/Köln 1981, S. 60.

⁶³ Vgl. Kocka, Unternehmer, S. 5ff.

lungen und Ziele waren mit diesen Umwälzungen verbunden? War die Art und Weise des Modernisierungsprozesses vom Bürgertum intendiert?

Die Sozialhistoriker haben dem Wirtschaftsbürgertum die führende Rolle bei den massiven Umwälzungen des 18. und 19. Jahrhunderts zugemessen. In dieser Arbeit wird eine derartige Interpretation dahingehend relativiert, daß die Industrieunternehmer zwar durchaus eine tragende Funktion im Modernisierungsprozeß inne hatten, diese aber quasi die natürliche Folge ihres Wirtschaftens und nicht eines ausgefeilten Planes war.

Zum zweiten wird die vorherrschende These, daß es sich beim Wirtschaftsbürgertum um eine einheitliche Schicht bzw. Klasse handle, hinterfragt. Innerhalb des Wirtschaftsbürgertums gab es zahlreiche verschiedene Meinungen über die Wirtschaft selber, die auch unterschiedliche Ansichten zu politischen und sozialen Themen nach sich zogen. Zudem nahmen die als Wirtschaftsbürgertum bezeichneten Personen selbst Differenzierungen vor, indem sie sich als Industrielle, Kaufleute, Freihändler etc. verstanden.

Im folgenden sollen die Mitglieder des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins mit dem Begriff „Industrieunternehmer“ belegt werden. Wenn man das wirtschaftliche Entwicklungsniveau in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland betrachtet, ist klar, daß man hier noch nicht von einer industrialisierten Ökonomie reden kann. Die Landwirtschaft war nach wie vor der größte wirtschaftliche Sektor und die Produktionsweise war weitgehend noch vorindustriellen Methoden verhaftet. Es gab jedoch schon Personen, die die Industrialisierung indirekt, nämlich in Nachbarländern – vor allem in England – erlebt hatten. Diese Männer zeigten ein großes Interesse an der neuen Art des Wirtschaftens und strebten danach, auch in Deutschland eine gewerbliche, auf Maschinen basierende Produktion zu etablieren.

Der Begriff „Industrieunternehmer“ verweist zugleich auf eine soziale und kulturelle Dimension. In Bezug auf die wirtschaftlichen Leistungen wurden bisher hauptsächlich die Faktoren Kapital, Boden und Arbeit berücksichtigt. Kocka hat darauf aufmerksam gemacht, daß auch das wirtschaftliche Verhalten, die Motive und Ziele des Handelns für die Beurteilung der Leistungen der Wirtschaftsbürger wichtig sind. Werner Sombart umschrieb das

Spezifische der Bourgeoisie mit den Begriffen „kapitalistischer Geist“, „Unternehmungsgeist“, „Erwerbsstreben“, „Bürgergeist“ und „Rechenhaftigkeit“.⁶⁴

„In dem, was wir heute als kapitalistischen Geist bezeichnen, steckt außer dem Unternehmungsgeist und außer dem Erwerbstrieb noch eine Menge anderer seelischer Eigenarten, von denen ich einen bestimmten Komplex unter dem Begriffe der bürgerlichen Tugenden zusammenfasse.“

2.2. Interessenverbände als Forschungsgegenstand

Der zeitgenössische Erfahrungshorizont der Industrieunternehmer soll hier am Beispiel eines Interessenverbandes, nämlich des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins analysiert werden. Diesen Verband kann man den bürgerlichen Vereinen und deren Organisationskultur zurechnen. Die sich auf das bürgerliche Vereinwesen günstige auswirkenden Zeitumstände – wie zum Beispiel das Vereinsgesetz aus dem Jahre 1848 – hatten auch einen positiven Einfluß auf die verschiedenen Interessenverbände. Besonders die Industrialisierung und Urbanisierung haben nicht nur ein für die Vereinsverbreitung, sondern auch die Interessenverbände günstiges Klima geschaffen.

Der Name „Rheinisch-Westfälischer (Handels- und) Gewerbeverein“ könnte dazu verleiten, in dieser Organisation einen der zahlreichen Gewerbevereine zu sehen. Doch sowohl hinsichtlich der Mitglieder wie auch in Bezug auf die Ziele unterschied sich der Rheinisch-Westfälische (Handels- und) Gewerbeverein von anderen Vereinen. Die meisten Gewerbevereine sind von Handwerkern gegründet worden.⁶⁵ Die Mitglieder kamen aus verschiedenen sozialen Schichten; darunter waren auch Beamte, Akademiker und Industriellen.⁶⁶ Auch wenn demnach durchaus Industrielle vertreten waren, war das Hauptziel dieser Organisationen die Unterstützung des Handwerks, um es in einer sich industrialisierenden Wirtschaftswelt leistungs- und konkurrenzfähig zu erhalten. Der Rheinisch-Westfälische (Handels- und) Gewerbeverein hingegen sah das Absterben des alten Handwerks zwar als eine bedau-

⁶⁴ Vgl. Werner Sombart: Der Bourgeois. Köln/Berlin 1988, S. 108-129.

⁶⁵ Vgl. Ullmann, Hans-Peter: Interessenverbände in Deutschland. Frankfurt a. M. 1988, S.44.

⁶⁶ Vgl. Ullmann, Interessenverbände, S. 44.

erliche, aber nichtsdestotrotz notwendige Phase innerhalb des Industrialisierungsprozesses an.⁶⁷

Es gibt noch einen weiteren wichtigen Unterschied zwischen dem Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbeverein und anderen Gewerbevereinen. Bei den meisten Gewerbevereinen handelte es sich um Gründungen, die entweder direkt vom Staat initiiert worden waren oder allmählich in eine mehr oder weniger starke Abhängigkeit von der Staatsverwaltung gerieten.⁶⁸ Dagegen wurde der Rheinisch-Westfälische (Handels- und) Gewerbeverein auf Anregungen von Privatpersonen gegründet und von staatlicher Seite zeitweise argwöhnisch beobachtet. Demnach kann man den Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbeverein als eine vom Staat unabhängige Organisation betrachten, die die Wahrung der Interessen der Industriellen zum Ziel hatte.

Die Geschichte der Organisation der Unternehmer kann man in drei Phasen einteilen: 1. die Periode der staatlich anerkannten und vom Staat mit Aufgaben betrauten Handelskammern, 2. die Periode der Entfaltung freier Branchenvereine, 3. die Periode der Kartellierung und Bildung industrieller Arbeitgebervereinigungen.⁶⁹

Den Rheinisch-Westfälische (Handels- und) Gewerbeverein kann man in der Zeit zwischen der ersten bis zum Beginn der zweiten Periode verorten. Während dieser beiden Perioden bildeten sich nach Ullmann zwei Interessenorganisationen heraus: zum einen das Handelskammerwesen, zum anderen ein „staatsfreier Entwicklungsstrang industrieller Interessenvertretung“.⁷⁰

An den Handelskammern hatte nicht nur die Wirtschaft ein Interesse, sondern auch der Staat. Die Wirtschaft formulierte über diese Organisationen ihre Ziele und Wünsche und

⁶⁷ Tenfelde verwies darauf, daß mancherorts, so zeitweise in Bayer, die eigentlich kammertypischen Gutacher- und Beraterfunktionen von staatlich geförderten Gewerbevereinen wahrgenommen wurden. In Norddeutschland hätten hingegen teilweise auch noch andere Ziele wie Bildung, Fortbildung und Geselligkeit in den Gewerbevereine weiterbestanden. Vgl. Tenfelde Klaus: Die Entstehung des Vereinswesens während der industriellen Revolution in Deutschland (1850-1873). In: Dann, Otto (Hg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. München 1984, S. 88.

⁶⁸ Vgl. Ullmann, Interessenverbände, S. 44.

⁶⁹ Vgl. Schulz, Gerhard: Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung. In: Varain, Heinz Josef (Hg.): Interessenverbände in Deutschland. Köln 1973, S. 36.

⁷⁰ Vgl. Ullmann, Interessenverbände, S. 25.

versuchte, die politischen Entscheidungen zu beeinflussen. Der Staat seinerseits hatte einen gesteigerten Bedarf nach Expertenwissen im Bereich der Wirtschaft, das er teilweise von diesen Organisationen bezog.

Das Vorbild für die staatsfreien Verbände industrieller Interessenvertretung war der Deutsche Handels- und Gewerbeverein, den List im Jahr 1819 gegründet hatte. Der Rheinisch-Westfälische (Handels- und) Gewerbeverein ist sowohl der Organisationsstruktur nach als auch inhaltlich von dieser Organisation beeinflusst worden. Die Gründung der freien Verbände ging auf die Kritik an den Handelskammern zurück, vor allem an deren enger Zielsetzung, die die überregionalen und nationalen Interessen kaum berücksichtigte. Diese negative Beurteilung des Handelskammerwesens war auch ein Grund für die Entstehung des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins.

Manche Historiker haben die Anfänge dieser Verbände in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts verlegt. Wie man am Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbeverein sehen kann, gab es jedoch auch schon Vereinsgründungen im Vormärz und die inhaltlichen und formal-organisationsstrukturellen Wurzeln reichen noch weiter zurück. Diese frühen Verbänden zielten darauf ab, ihre Interessen in die Öffentlichkeit zu tragen und zu popularisieren sowie auf den politischen Entscheidungsprozeß einzuwirken. In dieser Hinsicht macht es Sinn, wenn Langewiesche den Verbänden in der Revolutionszeit 1848/49 eine ähnliche Rolle wie den Parteien zuschreibt.

Damit die Interessen bestimmter Gruppen ins Bewußtsein der Zeitgenossen gelangen können, ist es erforderlich, daß bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Dies war in Bezug auf die Industriellen zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht der Fall, da die Wirtschaft vom Agrarsektor dominiert wurde. Die Gründung des Zollvereins im Jahre 1834 verschaffte der Industrie in der Gesellschaft jedoch eine gewisse Aufmerksamkeit. Die Probleme und Leistungen der Industrie drangen in den Horizont der Zeitgenossen ein. Besonders die frühindustrialisierten Nachbarländer und deren negativer Einfluß auf die deutschen Produzenten hat die Probleme der Industrie bewußt gemacht und eine pressure group entstehen lassen.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung stellten die „Industriellen“ zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine verschwindende Minderheit dar, so daß die Gründung von Organisationen, die deren Interessen wahrnahmen, zunächst erstaunt. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die Interessenverbände in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nach Branchen gegründet wurden, sondern sich um die zwei entgegengesetzten Haltungen zur Zollfrage herum bildeten.

Eine dritte Voraussetzung für die Entstehung des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins ist im politischen Bereich zu suchen. Bei der Gründung dieses Vereins war die allgemeine Gesetzgebung dafür nicht günstig, aber die revolutionäre Stimmung und die dadurch erfolgende Lockerung des Vereinigungsgesetzes erleichterte solche Gründungen. Hinzu kam dann in der Revolution die Hoffnung, mit der Nationalversammlung einen Adressaten zu haben, bei dem man seine Interessen besser durchsetzen konnte. Die Beeinflussung der Nationalversammlung war eines der Hauptziele des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins, denn man wollte sowohl die Politiker als auch die Öffentlichkeit für sich gewinnen.

In der Forschung werden die Gründungen von Wirtschaftsinteressenverbänden meist auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts datiert. Hinter dieser Datierung steckt der Gedanke, daß sich in der Zeit der Hochindustrialisierung zahlreiche solcher Verbände konstituierten, die zumeist die Interessen einer Branche vertraten. Sie galten vielfach als Ausdruck der „unmodernen“ Wirtschaftsbürger, weshalb sie kaum eingehender untersucht worden sind. Man hat sich vielmehr auf die bürgerlichen Vereine konzentriert, um die bürgerliche Kultur und Lebenswelt zu verstehen.⁷¹ Die Geschichte des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins zeigt jedoch, daß diese Organisation weder nur die Interessen einer Branche vertrat noch sich nur zu wirtschaftlichen Problemen äußerte.

Der Rheinisch-Westfälische Handels- und Gewerbeverein unterscheidet sich noch in einem weiteren Punkt von anderen Interessenverbänden. Diese sind zumeist von einer organisatorischen Schwäche gekennzeichnet, was sich vor allem in deren relativ kurzer Existenz zeigt. Im Gegensatz dazu hat der Rheinisch-Westfälische Handels- und Gewerbeverein relativ lange bestanden, was eng mit dessen Überlebensstrategie und Anpassungsfähigkeit zusammenhängt. In der Restaurationszeit verhielt sich dieser Interessenverband verhältnismäßig

⁷¹ Die Vereinigungsfreiheit und die daraus resultierende Vermehrung der Vereinsgründungen spiegelt die veränderte soziale, politische und wirtschaftliche Situation wieder. Die Vereine sind durch mehrere Kennzeichen charakterisiert: Sie stellen einen freien organisatorischen Zusammenschluß von Personen dar, sowohl der Beitritt als auch der Austritt erfolgen aufgrund freier Entscheidung, die Vereine haben das Recht, sich aufzulösen, die Vereine stellen ein eigenes Rechtssubjekt dar, das unabhängig vom rechtlichen Status der Mitglieder ist, die Vereine wurden vom Bürgertum geleitet und nahezu alle bürgerlichen Aktivitäten fanden ihren Niederschlag auch in Vereinen. Nipperdey beschrieb die Vereinskultur aufgrund dieser Merkmale als bürgerlich. Vgl. Nipperdey, Thomas: Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. In: Ders.: Gesellschaft, Kultur und Theorie. Göttingen 1976, S. 174ff.

ruhig, in wirtschaftlichen Krisenzeiten vertrat er seine Ansichten jedoch sehr deutlich. Man muß die Wirkung dieser Meinungsäußerungen auf die Zeitgenossen untersuchen, da dieses Verhalten sehr viel zum „Überleben“ des Rheinisch-Westfälischen Handels- und Gewerbevereins beigetragen hat.

Man kann den Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbeverein als pressure group bezeichnen, die versuchte, den Staat für ihre Interessen zu gewinnen. In dieser Arbeit wird es aber nicht nur um diesen Aspekt gehen, sondern vor allem um die Wahrnehmung wirtschaftlicher, sozialer und staatlicher Probleme durch die in diesem Interessenverband organisierten Industrieunternehmer.

2.3. Schutzzöllner als Forschungsgegenstand

Bei den Schutzzöllnern handelte es sich nicht um feste Gruppierungen, sondern um sich mit der jeweiligen Wirtschaftssituation sowie den allgemeinen Ansichten zur Sozial- und Wirtschaftspolitik wandelnde Vereinigungen. Die Ansichten der Schutzzöllner sind meistens als rückständig charakterisiert worden, da im wirtschaftlichen Bereich Fortschritt mit einer liberalen Haltung gleichgesetzt worden ist. Die Schutzzöllner galten als reine Interessengruppe, die nur ihre eigenen Ziele verfolgte und der wirtschaftlichen Entwicklung im Wege stand. Es gilt jedoch zu beachten, daß die Schutzzollvereinigungen Teil einer größeren sozialen, oppositionellen Bewegung waren.

In der Forschung konzentriert man sich beim Thema Schutzzoll meist auf die Zeit ab 1873, besonders jedoch auf das Jahr 1879, als der Schutzzoll zur staatlichen Leitlinie für den Außenhandel wurde. Aber die Frage des Schutzzolls wurde in 19. Jahrhundert schon wesentlich früher aufgegriffen, fand aber kaum Beachtung, da die modernisierungstheoretisch abgeleiteten Forschungen darin nur ein die Modernisierung behinderndes Moment sahen. Es ist jedoch nahezu unmöglich, die Wahrnehmungsweisen und Deutungsmuster des Wirtschaftsbürgertums in der Zeit vor 1873 zu begreifen, ohne das Thema „Schutzzoll“ zu berücksichtigen.

Das Untersuchungsobjekt „Schutzzoll“ lenkt außerdem den Blick auf die internationale Verflechtung der Wirtschaft im 19. Jahrhundert. Die Ungleichzeitigkeit in der industriellen Entwicklung führte in den „rückständigen“ Ländern zu einer spezifischen Einstellung gegenüber der Industrialisierung und dem Kapitalismus. Es entstand vor allem innerhalb der Industrieunternehmer eine Art Verteidigungsmentalität, die den Binnenmarkt vor der Konkurrenz schützen wollte.

Allerdings gilt es zu beachten, daß die Schutzzöllner keine ein für allemal bestehende Ziele vertraten. Ihre Ansichten wandelten sich mit den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umständen, da sie spezifische, zeitbezogene Interessen vertraten. In diesen Wandlungen der Interessenpolitik zeigt sich die Anpassungsfähigkeit der deutschen Industrieunternehmer besonders deutlich.

Die Beschäftigung mit der Schutzzollfrage ermöglicht zudem einige wichtige Aussagen über das Wirtschaftsbürgertum im allgemeinen. Dieses Wirtschaftsbürgertum war keineswegs so einheitlich, wie es oft geschildert wird. Gerade anhand der Zollfrage lassen sich die unterschiedlichen Ansichten nicht nur zur Frage der Zölle im engeren Sinne, sondern auch zu allgemein wirtschaftlichen sowie zu sozialen und politischen Problemfeldern einer sich modernisierenden Gesellschaft ablesen.

Im folgenden sollen sowohl das Handeln der Schutzzöllner als auch die Motive für dieses Handeln analysiert werden. Beide Untersuchungsebenen gilt es, im zeitgenössischen Kontext zu verorten.

II. Das deutsche Wirtschaftsbürgertum und die Wirtschaftspolitik in der Mitte des 19. Jahrhunderts

1. Voraussetzungen

Um die Wirtschaftspolitik in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu verstehen, muß man einen kurzen Blick auf die ideologischen und bürokratisch-institutionellen Voraussetzungen werfen.

Der Verlauf der Französischen Revolution und seine Wahrnehmung haben bei vielen Deutschen eine Ablehnung der Revolution hervorgerufen. Allerdings wurden nicht die Ziele der Revolution verworfen, sondern nur die Art und Weise, wie diese erreicht werden sollten. Statt durch eine Revolution wollte man in Deutschland die Forderungen und Ideen der Französischen Revolution durch Reformen verwirklichen. Das grundlegende Ziel dieser Reformen war die Befreiung des Einzelnen aus sozialen und wirtschaftlichen Beschränkungen, die bisher seinen gesellschaftlichen Aufstieg behindert hatten.⁷²

In Preußen war schon im „Allgemeinen Preußischen Landrecht“ von 1791/94 die Freiheit der Individuen festgeschrieben worden.⁷³ Aufbauend auf diesem Grundsatz wurde 1807 die Freiheit des Grundstückerwerbs, 1810 die Gewerbefreiheit, 1811 die Aufhebung des Innungs- und Zunftzwanges und 1818 ein liberales Handels- und Zollgesetz eingeführt.⁷⁴ Auch in anderen Ländern fielen staatliche Einschränkungen der individuellen Freiheit. Zu nennen wären die Bauernbefreiungen in Baden (1783), in Mecklenburg (1820) und in Han-

⁷² Vgl. Zippelius Reinhold: Kleindeutsche Verfassungsgeschichte. München 1995, S. 90. Fritz Hartung schreibt, daß das durch die preußischen Reformen verwirklichte Neue nicht schlechthin die Ideen von 1789 widerspiegelte, sondern allgemeiner die Ideen des 18. Jahrhunderts, v.a. den Individualismus der Zeit, der auf die Kraft der auf sich selbst gestellten Persönlichkeit setzte. Vgl. Hartung, Fritz: Deutsche Verfassungsgeschichte. Stuttgart 1950, S. 240.

⁷³ Nach Koselleck strebten die Gesetzesstifter eine Synthese des aufgeklärten Absolutismus mit einer noch zu liberalisierenden Gesellschaft an, obwohl die Durchführung des Landrechts von dem aufgeklärten Grundkonzept entschieden abwich. Vgl. Koselleck, Reinhart: Staat und Gesellschaft in Preußen 1815-1848. In: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte. Düsseldorf 1981, S. 56.

⁷⁴ Wolfgang Zorn hat diese Maßnahmen und den Freihandel als eine liberale Modernisierungsordnung bezeichnet, die auf einer Privatrechtsgrundlage stehe. Vgl. Aubin, Hermann/Zorn, Wolfgang (Hg.): Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 2. Stuttgart 1976, S. 150-151.

nover (1831)⁷⁵ sowie die Einführung der Gewerbefreiheit in der Pfalz (1791) und im Königreich Westfalen (1808).⁷⁶

Auch der Einfluß der Wirtschaftslehre von Adam Smith in Deutschland ist für das Verständnis der Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung. In seinem Hauptwerk „The Wealth of Nations“ (1776) behandelte Smith systematisch die Wirtschaftslehren des 18. Jahrhunderts und begründete mit diesem Buch die klassische Nationalökonomie. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik in Deutschland sollen zwei wichtige Elemente seiner Lehre betrachtet werden: das Postulat einer freien, von keinerlei Eingriffen des Staates gehemmten Gesellschaft⁷⁷ und die Idee der Verantwortlichkeit des Staates für den Abbau institutioneller und gesetzlicher Beschränkungen der natürlichen Freiheit.⁷⁸

Diese Ideen Smith's beeinflussten die wirtschaftsliberale Reformpolitik in Deutschland, was sich z.B. an der Einführung der Gewerbefreiheit und des Freihandels in Preußen ablesen läßt. Sie waren „die beiden Pfeiler, die das liberale Wirtschaftssystem Preußens tragen sollten“, und zu diesem Zweck wurde außerdem die Freiheit des Grundstückserwerbs 1810 eingeführt und 1818 das Handels- und Zollgesetz erlassen.⁷⁹ Der Bedarf nach wirtschaftli-

⁷⁵ Vgl. Hennig, Friedrich-Wilhelm: Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands. Paderborn 1996, S. 53-55.

⁷⁶ Dieses Gesetzes war in Deutschland umstritten, und es gab viele skeptische Meinungen wie die von Karl Marx. Die Realisierung des Gesetzes dauerte sehr lange; erst in den 1860er Jahren wurde das Gesetz allmählich eingehalten. Vgl. Hennig. Wirtschafts- und Sozialgeschichte. 2. Paderborn 1996, S. 128-137.

⁷⁷ „In sum, Smith's system of perfect liberty was designed to give prominence to the free action of individuals, and requires that the state should provide the minimum level of service necessary to facilitate its working, while conforming to the constraints of human nature and the market mechanism“ Smith, Adam: The Wealth of Nations (with an introduction by Andrew Skinner). Harmondsworth 1970/74, S. 78.

⁷⁸ „Smith thus ascribed to the State a responsibility for reform; a responsibility for removing various institutional and legal impediments to the system of natural liberty, such as ...“ Smith, Wealth of Nations, S. 97.

⁷⁹ Mieck, Ilza: Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806-1844. Berlin 1965, S. 207. Vgl. auch Zorn, W.: „Der wichtigste deutsche Anhänger von A. Smith war der Professor für Staatswissenschaft an der Universität Königsberg Chr. Jakob Kraus (1753-1807), der starken Einfluß auf die preußischen Reformgesetze hatte. Frhr. von Stein hat Hauptwerke von A. Smith gründlich gelesen, Hardenberg schätzte ihn hoch“. Aubin, H./ Zorn, W. (Hg.): Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 2. Stuttgart 1976, S. 151. Die Lehre von Adam Smith wurde außerdem durch die überall bestehenden und geschaffenen Universitätslehrstühle für Kameralwissenschaft und Staatswissenschaft verbreitet, und es gab zahlreiche Bücher sowie Zeitschriften über diese Theorie, vor allem Übersetzungen aus England.

cher Liberalisierung war im damaligen Deutschland zwar vorhanden, die tatsächliche Liberalisierung setzte sich jedoch erst langsam durch.⁸⁰

Trotz des großen Einflusses liberaler Ideen blieben die deutschen Länder obrigkeitsstaatlich, so daß die Reformen von den Regierungen eingeführt wurden. Das Beamtentum, das diese Reformen plante und durchsetzte, orientierte sich an Smith⁸¹, ebenso die mit dem Beamten eng in Kontakt stehenden Wissenschaftler, was dazu führte, daß die Reformen vielfach nicht die Wünsche und Interessen der Unternehmer widerspiegeln.

So wurde z.B. die Bitte der rheinischen Industriellen nach einem ausgeprägteren Schutz ihrer Güter, insbesondere der Qualitätswaren, von den Politikern zurückgewiesen.⁸²

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch der persönliche Kontakt zwischen Politikern und Wissenschaftlern. John Prince Smith, einer der Führer der Freihandelsbewegung in Deutschland, hatte enge Kontakte mit Manteuffel, dem preußischen Ministerpräsidenten der 1850er Jahre. Dieser Kontakt spielte bei den Entscheidungen über die Wirtschaftspolitik im Jahre 1856 eine bedeutende Rolle, da der Zollverein über diese Verbindung auf die preußische Regierung einzuwirken und Werbung für den Freihandel und eine Zollvereinsversammlung zu machen versuchte.⁸³ Dieses Beispiel zeigt, daß die enge Verbindung zwischen Wissenschaftlern und Politikern Auswirkungen auf wichtige politische Entscheidungen hatte. Dabei wurden jedoch häufig die Interessen der Unternehmer übersehen, was sich u.a. daraus erklärt, daß die preußische Wirtschaftspolitik meist von wirtschaftlich ungebildeten Politikern verantwortet wurde. Reinhart Koselleck hat deshalb die preußische Regierung als „Beamtensaat“ bezeichnet, der eine liberale Wirtschaftsgesellschaft zu entfalten suchte.⁸⁴ Carl Brinkmann konstatiert ebenfalls sachliche Mängel der preußischen Handelspolitik und nennt als Ursache die leitende Rolle des wirtschaftlich nicht geschulten Beamtentums.⁸⁵

⁸⁰ Eine Mischung aus wirtschaftlichem Liberalismus und staatlicher Intervention erschien vielen Zeitgenossen als ein Ideal. Vgl. Brinkmann, Carl: Die preußische Handelspolitik vor dem Zollverein und der Wiederaufbau vor Hundert Jahren. Berlin/Leipzig 1922, S. 10.

⁸¹ Vgl. Mieck, Preußische Gewerbepolitik, S. 207.

⁸² Vgl. Lütge, Friedrich: Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Berlin/Heidelberg/ New York 1976, S. 464.

⁸³ Vgl. Henderson, W.O.: Prince Smith and Free Trade in Germany. In: The Economic History Review 2. 1950, S. 299.

⁸⁴ Koselleck, Staat und Gesellschaft, S. 57.

⁸⁵ Vgl. Brinkmann, Die preußische Handelspolitik, S. 3-8.

Ein letzter Punkt, der für das Verständnis der Wirtschaftspolitik in Deutschland wichtig ist, betrifft die Hoffnung auf einen Nationalstaat, die mit der Gründung des Zollvereins verbunden wurde.⁸⁶ Auch wenn in den neueren Forschungen⁸⁷ ein direkter Einfluß des Zollvereins auf die Gründung eines einheitlichen Staates sowie auf die Industrialisierung nicht gesehen wird,⁸⁸ kann es als gesichert gelten, daß der Zollverein von den Zeitgenossen, besonders von den Industriellen und Politikern, als ein wichtiger Faktor für die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes angesehen wurde. Das ursprüngliche Ziel des Zollvereins war die Beseitigung der Binnenzölle, aber die Außengrenzen konnten zugleich als Grenzen eines wirtschaftlich und politisch einheitlichen Komplexes interpretiert werden, der einem Staat ähnelte.

In diesem Zusammenhang wurden die Beziehungen zum Ausland und der Außenhandel zu einem wichtigen Thema.

2. Die Auseinandersetzung zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern

Die preußische Reformen zeigen, daß in Deutschland eine liberale Wirtschaftspolitik betrieben wurde, obwohl die politische Organisationsstruktur konservativ und obrigkeitsstaatlich war.

Aber in der liberalen Wirtschaftspolitik spiegelten sich nicht immer die Wünsche und Interessen der in der Wirtschaft Tätigen wider und die Zeitgenossen stimmten ihr keinesfalls stets zu. Dies ist eine der Ursachen für die oppositionelle Bewegung gegen die preußische Regierung. Dabei ist zu beachten, daß es in diesem Konflikt keine klaren Grenzen zwischen Regierung und Wirtschaftsbürgertum gab, denn die Wirtschaftsbürger waren selber uneinig.

Den Differenzen zwischen Regierung und Wirtschaftsbürgertum sowie innerhalb des letzteren hinsichtlich der Zollfrage kommt eine große Bedeutung zu, wenn man die Wichtigkeit

⁸⁶ Die Kontroverse um die Zollfrage im Rheinland zeigt, daß seit 1832 das Wirtschaftsbürgertum die Idee einer „nationale(n) Gesamtindustrie“ äußerte und mit der Gründung des Zollvereins ab 1834 die Hoffnungen auf einen einheitlichen Staat vergrößert wurden. Vgl. Boch, Rudolf: Grenzloses Wachstum? Göttingen 1991, S. 132.

⁸⁷ Vgl. z.B.: Pierenkemper, Toni: Umstrittene Revolutionen. Frankfurt 1996.

⁸⁸ Vgl. Pierenkemper, Revolutionen, S. 124.

des Außenhandels in der damaligen sozialen und politischen Situation in Betracht zieht und zudem bedenkt, daß mit der Zollfrage auch andere soziale und politische Fragen in Zusammenhang standen.⁸⁹

Die in der Zollfrage aufeinander prallenden Positionen der Schutzzöllner und Freihändler waren kein Produkt des 19. Jahrhunderts, sondern hatten sich bereits im 18. Jahrhundert im Gefolge der Auseinandersetzungen zwischen Merkantilisten und klassischen Wirtschaftsliberalen herausgebildet.⁹⁰ Wir beschränken uns hier jedoch auf die Kontroversen in Deutschland während des 19. Jahrhunderts.⁹¹

Das Thema der Zollfrage wurde im 19. Jahrhundert sowohl innerhalb der Staaten als auch auf interstaatlicher Ebene diskutiert. Über den Kern der Zollfrage hinaus waren mit diesem Thema weitreichende soziale und politische Fragen verknüpft, so daß sich aus den unterschiedlichen Positionen soziale Bewegungen herausbildeten. Das ist ein Grund dafür, weshalb die Zollfrage nicht nur in den Wirtschaftswissenschaften, sondern auch in der Geschichtswissenschaft behandelt worden ist; zu nennen wären hier Pierre Aycoberry⁹², Heinrich Best⁹³, Gerhard Bondi⁹⁴, P. Kindlerberger⁹⁵ und Wolfgang Zorn⁹⁶. Den Zusammenhang zwischen der Auseinandersetzung um die Zollfrage und dem deutschen Wirtschaftsbürgertum haben v.a. Rudolf Boch und Jürgen Bossmann untersucht.

Die Debatte über die Zollfrage im Rheinland während des 19. Jahrhunderts wurde vom Wirtschaftsbürgertum geführt und fand zumeist in der Öffentlichkeit statt. Ihren Nieder-

⁸⁹ „Die Zollfrage spielte in der politischen Debatte der 40er und 50er Jahre eine Hauptrolle“ Aycoberry, Pierre: Freihandelsbewegung in Deutschland und Frankreich in den 1840er und 1850er Jahren. In: Langewiesche, Dieter (Hg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Göttingen 1988, S. 296.

⁹⁰ Best, Heinrich: Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Göttingen 1980, S. 17.

⁹¹ Der Streit zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern war keineswegs auf Deutschland beschränkt. In England gab es z.B. heftige Auseinandersetzung um die Frage der Getreidegesetze in den Jahren 1845-46, wobei sich jedoch die englischen Zolltarifdebatten von den deutschen aufgrund der verschiedenen Bedingungen unterscheiden.

⁹² Vgl. dazu: Aycoberry, Freihandelsbewegung, S. 296-304.

⁹³ Best, Interessenpolitik.

⁹⁴ Bondi, Gerhard: Historische Betrachtung zum Problem Freihandel und Schutzzoll. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965. Teil IV, S. 205-236.

⁹⁵ Kindlerberger, C.P.: The Rise of Free Trade in Western Europe 1820-1875. In: The Journal of Economic History 35. 1975. Bd. 1, S. 20-55.

⁹⁶ Zorn, Wolfgang: Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit 1850-1875. In: Wehler, Sozialgeschichte, S. 254-270.

schlag fand sie in Zeitungsberichten und Zeitschriftenartikeln sowie in den Diskussionen im Provinzlandtag. R. Boch hat diesen Diskurs nachgezeichnet und damit „die Selbstreflexion des Wirtschaftsbürgertums, d.h. seine Rezeption und intellektuelle Verarbeitung des Industrialisierungsprozesses, seine eigenen wirtschaftlichen und sozialen Zielvorstellungen und deren Wandel in der Zeit“ aufgezeigt.⁹⁷ J. Bossmann⁹⁸ hat die Auseinandersetzungen der norddeutschen Freihändler und der südwestdeutschen Schutzzöllner während des Industrialisierungsprozesses behandelt.⁹⁹

Hinsichtlich der geographischen und gesellschaftlichen Schwerpunkte der Positionen in der Zollfrage läßt sich diese wie folgt charakterisieren: Die Kontroverse begann in der Zeit des Deutschen Bundes und setzte sich in den Phasen der Verwirklichung des Zollvereins fort. Sie war dabei einerseits eine Auseinandersetzung zwischen Staaten, insbesondere zwischen dem freihandelsorientierten Preußen und den schutzzöllnerischen süddeutschen Staaten, andererseits ein Streitpunkt zwischen sozialen Klassen, nämlich zwischen den Schutzzöllnern und Freihändlern. Da Preußen im Zollverein eine Führungsposition innehatte und das liberale Prinzip der Freihändler mit der Politik der preußischen Regierung identifiziert wurde, kann man die Debatte um die Zollfrage auch als eine Konfrontation zwischen preußischer Regierung und der Oppositionsbewegung bestimmen.¹⁰⁰

Die Kontroverse um die Zollfrage im Deutschland des 19. Jahrhunderts scheint daher eine Grundlage dafür zu bieten, sich der „subjektiven Seite“ der Geschichte des Wirtschaftsbürgertums zu nähern und neue Blicke auf die Geschichte des Wirtschaftsbürgertums zu eröffnen. Zum einen sind die Forderungen sowohl der Schutzzöllner als auch der Freihändler mit anderen wichtigen gesellschaftlichen Themenkomplexen eng verbunden – z.B. mit der Haltung zur Industrialisierung, zu Armut und Arbeitslosigkeit, mit den Ansichten über die Rolle des Staates in der Industrialisierung etc. –, zum anderen entwickelte sich aus der Kontro-

⁹⁷ Boch, Rudolf: Grenzenloses Wachstum? Göttingen 1991, S. 11.

⁹⁸ Bossmann, Jürgen: Primat des Handels oder Industrialisierung? Norddeutsches und südwestdeutsches Wirtschaftsbürgertum in der Konfrontation 1819-1849. Bielefeld 1991. (MS)

⁹⁹ Die Arbeiten von Boch und Bossmann sind im Rahmen des Projekts „Rolle und Selbstreflexion des Wirtschaftsbürgertums im Prozeß der Industrialisierung“, das Teil des Sonderforschungsbereichs „Sozialgeschichte des neuzeitlichen Bürgertums: Deutschland im internationalen Vergleich“ war, entstanden.

¹⁰⁰ In einem Text wurde die Zolltariffrage als eine Diskussion „zwischen Regierung und Unternehmertum“ beschrieben. Vgl. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (Hg.): Als die Schranken fielen. Der deutsche Zollverein. Berlin-Dahlem 1984, S. 106.

verse mit der Zeit eine soziale Bewegung, was es ermöglicht, sich sowohl den Einstellungen des Wirtschaftsbürgertums als auch seiner Praxis zu nähern. Drittens scheinen die Debatten und die sich daraus entwickelnden Bewegungen geeignet, die These von der Einheitlichkeit des deutschen Wirtschaftsbürgertums zu relativieren.¹⁰¹

Diese Arbeit konzentriert sich auf das deutsche Unternehmertum, welches in der Mehrheit schutzzöllnerische Positionen vertrat. Im folgenden werden deshalb die Forderungen der Schutzzöllner und deren Bewegung in den Vordergrund gestellt.

2.1. Die theoretischen Grundlagen der Auseinandersetzung

Obwohl in dieser Arbeit sowohl die Schutzzöllner als auch die Freihändler als jeweils einheitliche Gruppe behandelt werden, gab es auch innerhalb dieser Gruppen differierende Ansichten.¹⁰² Man kann jedoch für beide Parteien repräsentative und einflußreiche Theoretiker nennen, etwa John Prince-Smith (1809-1874) für die Freihändler und Friedrich List (1789-1846) für die Schutzzöllner.

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts gewann der klassische Wirtschaftsliberalismus, wie ihn Adam Smith in „The Wealth of Nations“ formuliert hatte, auf dem Kontinent zusehends Einfluß. Es war das Anliegen des 1809 in London geborenen John Prince Smith, diese liberalen Ideen in Deutschland auch praktisch umzusetzen. Der charakteristische Zug seiner Lehre ist die Überschätzung des ökonomischen Liberalismus im allgemeinen und der Freihandelslehre im besonderen. Der Freihandel wird bei Prince Smith „zum Schlüssel zur Lösung aller sozialen Fragen, zur Voraussetzung der Verwirklichung aller beglückenden

¹⁰¹ Diese Uneinheitlichkeit hat J. Bossmann als Beweis für die Schwäche des deutschen Wirtschaftsbürgertums angeführt. Bossmann, Primat des Handels, S. 5.

¹⁰² Gustav von Gütlich z.B. war wie Friedrich List Schutzzöllner, aber beide hatten unterschiedliche Haltungen zur Industrialisierung. Während List die Industrialisierung vorantreiben wollte, setzte Gütlich auf den Schutz der handwerklich-kleingewerblichen Produktionsformen. Zwischen diesen beiden Extremformen ist die sogenannte „juste-milieu Handelspolitik“ anzusiedeln, die hauptsächlich von der preußischen Bürokratie vertreten wurde. Eine „gesellschaftliche unerwünschte überhastete industrielle Entwicklung“ sollte ebenso verhindert werden wie eine „machtpolitische unerwünschte produktionstechnische Stagnation“, weshalb man im bewährten Zollvereinstarif den besten Weg sah, um beiden Seiten gerecht zu werden. Vgl. Hahn, Hans Werner: Geschichte des Deutschen Zollvereins. Göttingen 1984, S. 115.

Menschheitsträume: von Wohlstand, Völkerfrieden, Demokratie und vollkommener Moralität.“¹⁰³

John Prince Smith war in Elbing als Journalist tätig und verbreitete auf diese Weise seine Ideen.¹⁰⁴ Er wirkte jedoch nicht nur auf einer diskursiven Ebene, sondern hatte auch eine bedeutende Stellung in der deutschen Freihandelsbewegung inne und großen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik. Seit Mitte der 1840er Jahre leitete Prince-Smith in Berlin die Freihandelsbewegung und wirkte damit auf die öffentliche Meinung zugunsten des Freihandels ein.¹⁰⁵ Durch seine persönlichen Kontakte zu preußischen Politiker ist es ihm gelungen, die Tarifpolitik des Zollvereins in den 1850er Jahren auf einen Freihandelskurs zu bringen.¹⁰⁶ Dabei übernahm John Prince-Smith viele Einflüsse aus England: theoretisch orientierte er sich an Adam Smith, praktisch an der englischen Freihandelsbewegung.

Sein Hauptanliegen war zunächst, Preußen dazu zu bewegen, den Freihandel zu akzeptieren, da die anderen Nachbarländer diesen bereits praktizierten. Zweitens sollte durch weltweiten Freihandel der Frieden in der Welt gesichert werden.¹⁰⁷ In Bezug auf den ersten Gedanken äußerte er sich im preußischen Abgeordnetenhaus in den 1860er Jahre wie folgt: „[...] Die Handelsbefreiung ist das siegende Prinzip der Bewegung unserer Zeit, sie ist die unabweisliche Folge der Entwicklung der Produktion und der Verkehrsmittel, und wo auch eine Handelsbefreiung ins Werk gesetzt wurde, da ist immer allseitiger Nutzen erfolgt [...]“¹⁰⁸

Diesen Auffassungen stellte ein anderer Wirtschaftsliberaler seine Theorie der nationalen Wirtschaft entgegen. Friedrich List hatte ebenfalls die Werke der klassischen liberalen Theorie gelesen, aber Zweifel an diesen Auffassungen geäußert.¹⁰⁹ Er lieferte mit seinem Werk

¹⁰³ Bossmann, Primat des Handels, S. 125.

¹⁰⁴ Durch seine journalistische Tätigkeit wurde der Freihandel zu einem nationalen Thema. Vgl. Henderson, Prince Smith and Free Trade, S. 297.

¹⁰⁵ Vgl. Henderson, Prince Smith and Free Trade, S. 298.

¹⁰⁶ Vgl. Henderson, Prince Smith and Free Trade, S. 299.

¹⁰⁷ Diesen Gedanken hat er mehrfach in einer Serie von Pamphleten in den 1840er Jahren zum Ausdruck gebracht. Vgl. Henderson, Prince Smith and Free Trade, S. 296.

¹⁰⁸ Prince-Smith, John: Die Rede des Abgeordneten Prince-Smith gegen schutzzöllnerische Forderungen im preußischen Abgeordnetenhaus. (1862) In: Steitz, Walter (Hg.): Quellen zur Deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert bis zur Reichsgründung. Darmstadt 1980, S. 353.

¹⁰⁹ In der Vorrede seines Buches „Das nationale System der Politischen Ökonomie“ schreibt List: „[...] so muß ich in dieser fast mein halbes Leben beschrieben; denn mehr als dreiundzwanzig Jahre sind

den deutschen Schutzzöllner die theoretischen Grundlagen und leitete selber die schutzzöllnerische Bewegung. Schon 1816 schlug er König Wilhelm die Gründung einer staatswirtschaftlichen Fakultät vor, deren erster Professor er dann selber wurde.

Im Frühjahr 1819 traf List auf der Ostermesse in Frankfurt zufällig mit Vertretern der Kaufleute zusammen, die über die vielen Zollmauern in Deutschland klagten und mit Nachdruck darauf aufmerksam machten, daß die zaghafte wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Handels und Gewerbes untern den preisgünstigen Importen aus England stark zu leiden habe. List unterstützte eine Petition der Kaufleute an den Deutschen Bundestag in Frankfurt, in der Maßnahmen zur Beseitigung der Handelsbeschränkungen innerhalb Deutschlands gefordert wurden sowie die Etablierung eines allgemeinen deutschen Grenzzollsystems zur Abwehr der günstigen Importe aus anderen Ländern. Die Politiker, besonders Metternich, lehnten diese Forderungen ab, weil sie ihnen „demagogisch-revolutionär“ erschienen.¹¹⁰ Dies war der Anlaß für die Gründung des Deutschen Handels- und Gewerbevereins im April 1819¹¹¹, in dem sich verschiedene Fabrikanten zusammenschlossen.¹¹² Das Ziel war der Abbau aller Zollschranken in Deutschland, also Verkehrsfreiheit, sowie ein Schutz gegen die Konkurrenz aus dem Ausland.

List begründete die Notwendigkeit der Verkehrsfreiheit in Deutschland wie folgt:

„Betrachtet man den inneren Zustand Deutschlands, so sehen wir die einzelnen Bundesstaaten sich gegenseitig nach denselben Grundsätzen behandeln, nach welchen ganze Nationen verfahren. Jedes einzelne Land ist beflissen, durch Auflagen auf die Produkte des Nachbarlandes seine Produktion zu heben und zugleich einen Teil seines Staatsbedürfnisses zu gewinnen... Sie [die Zölle innerhalb des deutschen Gebietes, Nah] sind auch ein Haupthindernis, daß Deutschland mit seinen Fabrikaten nicht auf dem Weltmarkt konkurrieren kann.“¹¹³

Als Argumente für den Aufbau eines deutschen Grenzzollsystems führte er an:

verflossen, seitdem der erste Zweifel an der Wahrhaftigkeit der herrschenden Theorie der politischen Ökonomie in mir aufstieg, seit ich mich abmühe, ihre Irrtümer und deren Grundursachen zu erforschen.“ Das liberalistische Gesetz von 1818 hat er als schädlich für Deutschlands Wohlstand angesehen. List, Friedrich: Das nationale System der politischen Ökonomie. Stuttgart/Tübingen 1844, S. 1.

¹¹⁰ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin. Als die Schranken fielen, S. 48.

¹¹¹ Vgl. Wendler, Eugen: Friedrich List. München 1989, S. 19.

¹¹² Vgl. Eisele-Staib, Ulrich: England und die industrielle Entwicklung in Deutschland. In: Gemeinhardt, Friedrich List, S. 188.

¹¹³ List, Friedrich: Denkschrift aus dem Jahre 1820 über die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach den napoleonischen Kriegen. In: Steitz, Quellen, S. 33-35.

„Die industriellen Produkte der Deutschen sind entweder verboten oder mit so hohen Zöllen belegt, daß an eine Ausfuhr gar nicht zu denken ist. [...] Dagegen führen die Engländer für unermessliche Summen an Kolonialwaren und Fabrikaten aller Art in Deutschland ein“.¹¹⁴

Diese Sichtweise auf England bildete den Ausgangspunkt für Lists Schutzzolltheorie und -praxis, die ihn den „Schutz gegen die Konkurrenz aus dem Ausland“ fordern ließ: „An unmittelbaren Handel mit fremden Weltteilen ist überhaupt unter den gegenwärtigen Verhältnissen gar nicht zu denken; denn nur indem eine Nation durch Industrie im Innern reich wird, erlangt sie die nötigen Kräfte, um mit so entfernten Gegenden in Handelsverbindungen treten zu können [...]“¹¹⁵

Es trifft jedoch nicht zu, daß List den Freihandel kategorisch ablehnte. Auch für ihn war die Zielvorstellung der allgemeine Freihandel¹¹⁶, doch war es für ihn zunächst vorrangig, daß Deutschland sich gegen die wirtschaftlich weiterentwickelten Länder verteidigen und verstärkt seine eigene wirtschaftliche Kraft entwickeln konnte.¹¹⁷ Deshalb wurde seine Theorie auch als „Erziehungstheorie“ bezeichnet, denn sein Konzept sah jährlich geringer werdende Zölle vor, die zum Schluß gänzlich fortfallen sollten.

Klaus Schafmeister hat drei Charakteristika von Lists Denken herausgearbeitet.¹¹⁸ Zum einen eine raumbezogene Betrachtungsweise, die zur Beschreibung unterschiedlicher Situationen in unterschiedlichen Ländern verwendet wird, zweitens eine zeitbezogene Betrachtungsweise, die die ungleichzeitige wirtschaftliche Entwicklung der Länder beschreibt, und schließlich eine staatswissenschaftliche Betrachtungsweise, die staatliches Eingreifen in die Wirtschaft in bestimmten Situationen befürwortet. Meines Erachtens konkretisierten sich diese drei Charakteristika von Lists Denken in den schutzzöllnerischen Gedanken und der schutzzöllnerischen Bewegung der Zeit. Lists Betonung der institutionellen Rolle des Staates in der Industrialisierung ist bemerkenswert. Er forderte die Institutionalisierung der

¹¹⁴ List, Denkschrift. In: Steitz, Quellen, S. 36.

¹¹⁵ List, Denkschrift. In: Steitz, Quellen, S. 38.

¹¹⁶ Das Problem des Freihandels bestand für List darin, daß er keine Chance sah, daß der Freihandel in allen Ländern eingeführt werde.

¹¹⁷ Bickel formuliert die eigentümliche Stellung von List wie folgt: „der Freihandel wird nicht verworfen, sondern als Endziel beibehalten“. Bickel, Wilhelm: Die ökonomische Begründung der Freihandelspolitik. Zürich 1926, S. 141.

¹¹⁸ Schafmeister, Klaus: Entstehung und Entwicklung des Systems der Politischen Ökonomie bei F. List. St. Katharinen 1995.

Staatsintervention: „Jede Industrie im Staate, die der Staat nicht lenkt, ist der Beginn des Untergangs dieses Staates selbst“¹¹⁹

Diese Ideen zielten darauf, zuerst den Binnenmarkt zu stabilisieren, Schutz vor der ausländischen Konkurrenz zu bieten und die Produktionskraft der heimischen Wirtschaft zu fördern.¹²⁰

List entwickelte eine rege publizistische Tätigkeit, er verfaßte Eingaben, Denkschriften für Fabrikanten und veröffentlichte seit 1834 die Zeitschrift „Zollvereinsblatt“.¹²¹ Aus diesen Tätigkeiten entstand auf Anregung des Subdirektors der Rheinisch-Westindischen Kompanie in Elberfeld, C.C. Becher, ein Plan zur Gründung einer Handelsgesellschaft für den Export deutscher Fabrikate.¹²² In diesem „Entwurf eines Planes zur Errichtung einer Handelskompanie für Exportation deutscher Fabrikate“ werden Lists Ziele noch einmal sehr deutlich:

„Wenn der innere Verkehr freigegeben und die innere Industrie nach außen geschützt sein wird, dann müssen wir vor allem trachten, die Ausfuhr unserer Fabrikate nach fremden Ländern zu vermehren. Denn unsere innere Industrie, unser Nationalwohlstand, kann nur gedeihen, wenn wir die Einfuhr fremder Fabrikate und Produkte mit unserer Ausfuhr decken, wenn wir durch möglichste Steigerung unserer Ausfuhr die Einfuhr vergrößern“¹²³

List war demnach der Meinung, daß der Export deutscher Güter erst dann gefördert werden solle, wenn die heimische Industrie gegenüber den Produkten des Auslandes konkurrenzfähig geworden sei. Der Schutz der Binnenindustrie solle nur solange bestehen, bis die deutsche Industrie sich entwickelt hat, danach müsse sie sich dem Markt öffnen.

Es wäre übertrieben zu behaupten, daß nur die Theorien von Prince-Smith und List auf die Auseinandersetzungen um die Zollfrage im 19. Jahrhundert Einfluß ausübten und daß beide

¹¹⁹ Zitiert nach Best, Heinrich: Struktur und Wandel kollektiven politischen Handelns. In: Volkmann, Heinrich/Bergmann, Jürgen (Hg.): Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung. Opladen 1984. S. 19-20.

¹²⁰ Vgl. Schafmeister, Entstehung und Entwicklung, S. 300-311.

¹²¹ Vgl. Hörrmann, Michael: Vom Handelsverein zum Zollverein. In: Gemeinhardt, Friedrich List, S. 72.

¹²² Vgl. Wendler, Friedrich List. S. 200. Die Rheinisch-Westindische Kompanie war 1821 von Aders, einem Freihändler aus dem Rheinland, gegründet worden. Sie vereinte 50 Kaufleute und Verleger.

¹²³ Goeser, Karl/Sonntag, Wilhelm v. (Hg.): Friedrich List. Der Kampf um die politische und ökonomische Reform 1815-1825. 2. Teil, Werk I/2. Frankfurt a. M. 1977, S. 656.

Theoretiker von Anfang an auf die Kontroverse einwirkten.¹²⁴ Es gab auch vor und neben ihnen zahlreiche Äußerungen zu diesem Thema. Hinzu kommt, daß Prince-Smith noch in den 1850er und 1860er Jahren großen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik ausübte, während List 1846 Selbstmord beging; dennoch wirkten seine Ideen weiter. Beide haben eine umfangreiche Tätigkeit auf dem Gebiet der Zollfrage entwickelt und waren sehr einflußreich, weshalb sie als repräsentative Beispiele herangezogen werden können.

2.2. Die Geschichte der Auseinandersetzung um die Zollfrage¹²⁵

Eine berufsspezifische Zuteilung der Debattenteilnehmer ist nicht immer leicht, da es einige Ausnahmen gibt. Cum grano salis läßt sich jedoch folgende Einteilung vornehmen:

Zu den Freihändlern gehörten die exportorientierten Großkaufleute, Verleger mit einer Exportfirma, Beamte und Wissenschaftler¹²⁶, zu den Schutzzöllnern das Unternehmertum, vor allem Verleger und Fabrikbesitzer.¹²⁷ Die Junker opponierten gegen die Schutzzöllner, da sie hofften, im Gegenzug für den Import britischer Waren, Weizen nach England exportieren zu können.¹²⁸ Ende der 1870er Jahre änderte das Junkertum seine Einstellung und wechselte zur Fraktion der Schutzzöllner über.

Die Intensität der Konflikte zwischen den Parteien schwankte im Lauf der Zeit. Beispielsweise war während der wirtschaftlichen Krisen die schutzzöllnerische Stimme deutlich zu

¹²⁴ Bastiat, der gemeinsam mit Adam Smith einer der Lehrer von Prince-Smith war, erwartet vom Freihandel eine Steigerung des Arbeitslohniveaus, die aus der allgemeinen Steigerung der Produktivität hervorgehen werde. Er verstand das Freihandel-Schutzzoll-Problem auch als einen Gegensatz zwischen Produzenten- und Konsumenteninteressen. Vgl. Bickel, Begründung der Freihandelspolitik. Einer der Hauptgedanken Bastiats wird in folgendem Zitat deutlich: „Was der Produzent durch einen Schutzzoll gewinne, der Konsument verliere“. Bickel, Begründung der Freihandelspolitik, S. 134.

¹²⁵ Der Hauptgegenstand der Untersuchung ist das schutzzöllnerische Wirtschaftsbürgertum im Rheinland und in Westfalen. Für das allgemeine Verständnis und für den Vergleich werden hier beide Positionen zunächst vorgestellt; die Position der Schutzzöllner wird dann im Hauptteil ausführlich analysiert.

¹²⁶ Vgl. Best, Struktur und Wandel, S. 41. In den 1850er Jahren gingen wichtige Impulse in der Freihandelsbewegung von den Wirtschaftswissenschaftlern aus, während die Aktivitäten der Industriellen gering waren.

¹²⁷ An der zeitgenössischen Debatte im Rheinland haben auch Bildungsbürger teilgenommen, bestimmend war jedoch ein relativ enger Kreis bekannter Wirtschaftsnotabeln. Vgl. Boch, Grenzenloses Wachstum, S. 48.

¹²⁸ Kindlerberger, Free Trade, S. 42.

vernehmen, wohingegen sie in hochkonjunkturellen Zeiten weniger laut war. Die Schutzzöllner haben sich in der Hochkonjunktur selbst als „gemäßigte Freihändler“ bezeichnet.¹²⁹

In geographischer Hinsicht läßt sich eine Zuordnung der unterschiedlichen Positionen wie folgt vornehmen: In Süddeutschland wurde der Schutzzoll befürwortet, während Norddeutschland die Liberalisierung des Handels forderte. Baden, Bayern, Württemberg, Österreich waren schutzzöllnerisch eingestellt; ebenso einige Teile Westfalens und des Rheinlandes, was sich in der Opposition der Städte Hagen, Lennep, Elberfeld, Essen, Mühlheim, Eupen und Siegen gegen den liberalen preußisch-französischen Handelsvertrag von 1862 zeigte. Kerngebiete des Freihandels waren Preußen, Mecklenburg und Pommern¹³⁰, wobei besonders die Städte Hamburg, Frankfurt, Königsberg, Danzig, Thorn, Posen, Stettin und vor allem die preußischen Getreideausfuhrplätze den Freihandel forderten.¹³¹

Diese geographische Verteilung hatte verschiedene Ursachen. Preußen vertrat die Interessen der Junker und betrieb eine Freihandelspolitik, um die Getreideexporte zu fördern. Die Junker ihrerseits schlossen sich zur Förderung des Außenhandels mit den Hafen- und Hansestädten Norddeutschlands zusammen. Die zahlreichen norddeutschen Kleinstaaten wie Hannover, Braunschweig, Oldenburg sowie Sachsen und Thüringen waren durch den Handelsverkehr von Preußen wirtschaftliche abhängig, so daß sie ebenfalls den Freihandel befürworteten. Die süddeutsche Textilindustrie fürchtete hingegen wirtschaftliche Nachteile durch den Freihandel und plädierte deshalb für Schutzzölle. Hinzu kam eine politische Komponente: Die süddeutschen Staaten stellten durch ihre Schutzzollpolitik die Führungsrolle Preußens im Zollverein in Frage.

Die regionalen Gegensätze brachen meist bei offiziellen Angelegenheiten hervor. Auf der Zollkonferenz im Jahre 1842 brachte Nassau einen Antrag ein, demzufolge bisher zollfreies Roheisen einem Zoll unterworfen und der Zoll für Stabeisen angehoben werden sollte, weil Nassau, wie auch andere mitteldeutsche Staaten, eine auf Holzkohle basierende Hüttenin-

¹²⁹ Vgl. Zorn, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge, S. 264.

¹³⁰ Vgl. Kindlerberger, Free Trade, S. 42.

¹³¹ Vgl. Zorn, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge, S. 258f.

dustrie hatte. In Preußen forderte man hingegen einen zollfreien Handel mit Eisenwaren, da hier die Eisenindustrie moderner und entwicklungsfähiger war.¹³²

Auch wenn in Preußen der Freihandel ein Prinzip der Außenhandelspolitik war, gab es auch im preußischen Wirtschaftsbürgertum andere Stimmen, was zum einen die Uneinheitlichkeit des Wirtschaftsbürgertums zeigt, zum anderen die oppositionelle Haltung eines Teils des Wirtschaftsbürgertums.

Aber nicht nur in Rhein-Preußen gab es Differenzen innerhalb des Wirtschaftsbürgertums, sondern dieses Phänomen läßt sich in ganz Deutschland feststellen, was man an der Zusammensetzung der Unterschriften der Petitionen der Revolution von 1848/49 ablesen kann.

Die Repräsentanten der sozio-ökonomischen Interessengruppen in Schutzzoll- und Freihandelsbewegung¹³³

Interessengruppen	schutzzöllnerische Petitionen		freihändlerische Petitionen	
	N	%	N	%
Industrielle	411	16,4	15	6,1
Kaufleute	300	11,9	168	68,3
Landwirte	533	20,8	74	30,1
Selbständige Gewerbetreibende	1094	43,6	51	20,7
Gewerbliche Arbeiter	753	30,0	12	4,9
Angestellte	81	3,2	5	2,0
Beamte	74	2,9	22	8,9
Akademische Berufe	27	1,1	16	6,5
Landarbeiter	156	6,2	38	15,4
Wein- und Tabakbauern	852	33,9	0	0,0
	N = 2511		N = 246	

Besonders in der Entstehungs- und Formationsphase des Zollvereins war das Thema Zollpolitik wichtig, weil hier festgelegt wurde, welche Richtung die einheitliche Wirtschaftspolitik zukünftig einschlagen sollte. Wie bereits erwähnt, waren die Freihändler in der Mehrheit, weshalb man die Kontroverse auch als eine zwischen den die wichtigen Stellen besetzenden Freihändlern und den oppositionellen Schutzzöllner charakterisieren kann.

¹³² Vgl. Hahn, Deutschen Zollvereins, S. 117f.

¹³³ Best, Interessenpolitik, S. 149.

2.2.1. Die Diskussionsgeschichte um die Zollfrage im frühen 19. Jahrhundert

Nach dem Erlaß des preußischen Handels- und Zollgesetzes am 26. Mai 1818 trat ein offenkundiger Widerspruch zutage.¹³⁴ Das Gesetz „hob alle Binnenzölle und die gesamte Akzise auf und schuf an den Außengrenzen ein Grenzzollsystem“¹³⁵, wodurch die Basis für eine wirtschaftliche Einheit des Staates gelegt wurde. Das bedeutete das Ende für das bisherige Schutzzollsystem und die Einführung von Gewichtszölle statt der Wertzölle.¹³⁶

Hinter diesem Gesetz stand die Lehre von A. Smith, daß jede unmittelbare Beeinflussung des Wirtschaftslebens durch den Staat aufgegeben und alles dem freien Spiel der individuellen Kräfte überlassen werden sollte.¹³⁷

Preußen verfolgte mit dem Gesetz folgende Ziele: die Sicherung des Agrarexportes und die Verbesserung der Absatzchancen für den Handel auf dem Binnenmarkt. Deshalb wurde der Handelstarif am 26. Mai 1818 auf den niedrigsten Stand festgesetzt.

Andere Länder hatten wesentlich höher Zölle: 1816 führte Frankreich eine streng protektionistische Wirtschaftsordnung ein,¹³⁸ und Österreich festigte sein „prohibitives System“¹³⁹, wie dort die extreme Form merkantilistischer Schutzzollpolitik genannt wurde.

Die erste deutliche Kritik am preußischen Handels- und Zollgesetz kam aus Süd-Westdeutschland, und zwar von F. List und seinem Deutschen Handels- und Gewerbever-

¹³⁴ Schon vor Erlaß des Zollgesetzes von 1818 waren für einzelnen Industrieprodukte die Importbeschränkungen aufgehoben worden. „Zum Beispiel baten in Berlin die Samt- und Seidenfabrikanten um das Verbot weiterer Einfuhr oder wenigstens um Gewährung eines Schutzzolls, um den ‘unvermeidlichen Untergang mehrerer tausend getreuer und fleißiger Untertanen’ zu verhindern“. Mieck, Preußische Gewerbepolitik, S. 212.

¹³⁵ Hartung, Verfassungsgeschichte, S. 247. Im Vergleich zu den Nachbarländern waren das sehr niedrige Zölle.

¹³⁶ Wertzölle werden in einem bestimmten Prozentsatz vom Wert der Waren erhoben. Dadurch passen sie sich im Unterschied zu den spezifischen Zöllen den Güterunterschieden der Waren und der Preisbewegung an. Beim Gewichtszoll erfolgt die Zollberechnung auf der Grundlage einer Gewichtseinheit.

¹³⁷ Vgl. Hartung, Verfassungsgeschichte, S. 247

¹³⁸ Vgl. Fohlen, Claude: Die industrielle Revolution in Frankreich 1700-1914. In: Cipolla, Carlo M./Borchardt, Knut (Hg.): Europäische Wirtschaftsgeschichte. Bd. 4: Die Entwicklung der industriellen Gesellschaft. Stuttgart/New York 1977, S. 96.

¹³⁹ Außer einigen wenigen Freihandelsstädten, zum Beispiel Triest und Fiume, war die gesamte Donaumonarchie in das „prohibitive System“ eingeschlossen. Vgl.: Gross, N. T.: Die Industrielle Revolution im Habsburgerreich 1750-1914. In: Cipolla/ Borchardt, Knut (Hg.): Die Entwicklung der industriellen Gesellschaft. Stuttgart/New York 1977, S. 210.

ein. Diese Konfrontation kann man als eine zwischen den süddeutschen Staaten und Preußen verstehen.¹⁴⁰

Auf der Ostermesse 1819 in Frankfurt hatte Friedrich List von den Beschwerden der Kaufleute und der Planung einer Petition gegen die „innerdeutschen“ Zollmauern gehört und dieses Vorgehen unterstützt. Nachdem diese Petition verfaßt worden war, hatte er die Gründung des Deutschen Handels- und Gewerbevereins vorgeschlagen und dafür siebzig Unterschriften gesammelt. Fünftausend weiter trafen bis zum Juli desselben Jahres ein.¹⁴¹ List bestimmte die Ziele des Vereins wie folgt: „Die Zölle und Mauten innerhalb Deutschlands sollen aufgehoben werden“; „ein auf dem Grundsatz der Retorsion beruhendes Zollsystem¹⁴² sollte gegen fremde Nationen aufgestellt werden, bis auch die Deutschen den Grundsatz der europäischen Handelsfreiheit anerkennen würden.“¹⁴³ In den 38 Zoll- und Mautlinien des Deutschen Bundes sowie in dem raschen Import ausländischer Waren erkannte List die Ursache für die stockende wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands.¹⁴⁴

Das zentrale Verdienst von F. List wird in der Literatur meist in der Gründung des Deutschen Zollvereins gesehen.¹⁴⁵ Das Ziel eines zollfreien Binnenmarktes ist bei List dominierend, aber im Hinblick auf seine Vorstellungen über Außenzölle kann man ihn als einen Schutzzöllner bezeichnen, der gegen das liberalistische preußische Zollgesetz von 1818 war. Nach K. Schafmeister war das „Endziel“ für List „der zeitlich befristete bundesdeutsche Grenzzoll mit seinem defensiven Charakter“, der mehreren Zwecken dienen sollte. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang hauptsächlich: „1. der Schutz nach Außen. 2. der Schutz nach Innen und 3. die Notwehr gegen Außen“.¹⁴⁶

¹⁴⁰ Diese antipreußische Haltung hat Michael Hörrmann damit erklärt, daß „die Mehrzahl der Mitglieder des Deutschen Handels- und Gewerbevereins aus Süd- und Mitteldeutschland kam“. Hörrmann, Vom Handelsverein, S. 81.

¹⁴¹ Vgl. Henderson, W.O.: Friederich List. Düsseldorf 1984, S. 62.

¹⁴² Nachteilige oder diskriminierende Zölle oder Abgaben eines anderen Staates können mit Retorsionszöllen (Kampfzöllen) oder Retorsionssteuern beantwortet werden.

¹⁴³ Goeser/ Sonntag, Friedrich List, S. 495.

¹⁴⁴ Hörrmann, Vom Handelsverein, S. 73.

¹⁴⁵ Wendler lehnt jedoch die Bezeichnung Lists als „Schöpfer“ des Deutschen Zollvereins ab. Vgl. Wendler, Friedrich List, S. 204.

¹⁴⁶ Schafmeister, Entstehung und Entwicklung, S. 158f.

Aber nicht nur List war gegen die preußische liberalistische Handels- und Zollpolitik. Andere Beispiele für eine oppositionelle Haltung sind die zahlreichen Diskussionen in den Zollkonferenzen, die Auseinandersetzungen und Petitionen der Revolution von 1848/49, die intellektuelle Auseinandersetzung in der Presse zwischen den freihändlerisch eingestellten Städten Hamburg sowie Stettin und dem schutzzöllnerischen Württemberg.

Die Opposition der süddeutschen Staaten läßt sich auch dadurch erklären, daß innerhalb des Zollvereins die Hoffnung auf einen einheitlichen Staat existierte, Preußen jedoch im Zollverein eine dominierende Position hatte. Die anderen Staaten fürchteten deshalb, daß Preußen auch in einem zukünftigen einheitlichen Staat die Führungsrolle inne habe. Man kann in der Tat nicht die Einflüsse der preußischen Gesetzgebung auf andere Staaten des Zollvereins übersehen.

Die Kontroverse im Rheinland ist aus folgenden Gründen bemerkenswert. Das Rheinland war zusammen mit Sachsen das führende deutsche Industriegebiet des frühen 19. Jahrhunderts. Deshalb waren das Wirtschaftsbürgertum und seine Tätigkeiten auf sozialer und politischer Ebene stärker entwickelt als in anderen Gebieten. Politisch gehörte das Rheinland zu Preußen, doch war es in gewissem Umfang selbständig. Besonders in bezug auf die Außenhandelspolitik zeigte sich diese Selbständigkeit deutlich als eine Spaltung innerhalb des Wirtschaftsbürgertums. Die unterschiedlichen Meinungen und die auf diesen Unterschieden beruhenden Tätigkeiten sind für die Geschichte des Wirtschaftsbürgertums zentral. Gleichzeitig ist die Konfrontation eines Teils der Wirtschaftsbürger mit der Politik der Regierung für die Beziehung zwischen Wirtschaftsbürgertum und Staat von Interesse.

Die Kontroverse um die Zollfrage im Rheinland ist von R. Boch erforscht worden. Anhand zeitgenössischer Veröffentlichungen hat er die Debatte zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern untersucht. Allerdings erstreckt sich sein Untersuchungszeitraum nur bis zu den Jahren 1848/49. In dieser Arbeit wird jedoch die Auffassung vertreten, daß der Meinungsstreit auch nach 1848/49 noch andauerte und sich zu einer organisatorischen „Bewegung“ entwickelte. Die folgende Darstellung der Auseinandersetzung zwischen Schutzzöllner und Freihändlern in der Zeit von 1815 bis 1849 stützt sich auf die Analysen von Boch.

Die unterschiedlichen Auffassungen über die Zollfrage im Rheinland traten unmittelbar nach dem Zusammenbruch des napoleonischen Herrschaftssystems zutage.¹⁴⁷ Zunächst fiel die Rheinprovinz an Preußen zurück, was den Verkauf rheinischer Erzeugnisse an Frankreich erschwerte. Gleichzeitig wurden die deutschen Unternehmer direkt mit den hochentwickelten gewerblichen und industriellen Waren Englands konfrontiert. Diese Umstände provozierten zahlreiche Debatten.¹⁴⁸ Im Juli 1817 propagierte z.B. der Elberfelder Textilverleger, Kommunalpolitiker und Dichter Gerhard Siebel wortgewaltig den „Kampf des Schwächeren gegen den Stärkeren“.¹⁴⁹

Bis 1830 war eine Übereinstimmung hinsichtlich der Außenhandelspolitik zwischen Verlegern, Manufaktur-, Hüttenwerks- und Spinnereibesitzern im Rheinland vorhanden. Man forderte einen zollgeschützten, einheitlichen deutschen Binnenmarkt, der durch staatliche Maßnahmen wie Retorsionszölle umgesetzt werden sollte. Johannes Suchard (1782-1855)¹⁵⁰ war 1826 als Vertreter Barmens der einzige Abgeordnete auf dem 1. Provinziallandtag, der die Frage der deutschen Zolleinigung erneut zur Sprache brachte und am Aufbau eines großen, geschützten deutschen Binnenmarktes beharrlich festhielt.¹⁵¹ Er ergriff aber nicht einseitig Partei für die industrielle Produktion, sondern sah in einem größeren Deutschland, in dem Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie gleichmäßig entwickelt waren, das Ideal.¹⁵²

¹⁴⁷ Vgl. Boch, *Grenzenloses Wachstum?*, S. 47.

¹⁴⁸ Der Ausdruck „Debatte“ wird von Boch benutzt (vgl. Boch, *Grenzenloses Wachstum*, S. 47), ist jedoch eigentlich für die vorliegende Untersuchung zu eng, da es hier nicht nur um die Debatten geht, sondern die Auseinandersetzung zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern auch als eine „Bewegung“ verstanden wird.

¹⁴⁹ Vgl. Boch, *Grenzenloses Wachstum?*, S. 72.

¹⁵⁰ Johannes Schuchard wurde 1782 in Barmen geboren. Er war später Mitglied der Handelskammer (1830-1846) und Abgeordneter im Rheinischen Provinziallandtag (1826-1843). Seine soziale Gesinnung entsprang aus seiner Ablehnung der Industrialisierung. Sie galt ihm als Quelle des Unglücks und des Unfriedens, wobei er besonders die Kinderarbeit kritisierte. Schuchard wird als der Gründer evangelischen Sozialpolitik angesehen.

¹⁵¹ Vgl. Boch, R., S. 77. Im Rheinisch-Westfälischen Anzeiger, Nr. 32, 1820 schrieb Schuchard: „Darum sei Feindschaft der englischen Industrie, Feindschaft der französischen solange geboten, bis Engländer und Franzosen von ihrer eigenen Feindschaft gegen uns ablassen und sich zu billigen Handlungsfraktaten verstehen.“ Zitiert nach: Historische Kommission des Provinzialinstituts für westfälische Land- und Volkskunde u.a. (Hg.): *Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien*. Bd. 1, S. 6-7.

¹⁵² Historische Kommission des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde u.a. (Hg.): *Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien*. Bd. 1, S. 6.

Auf der anderen Seite standen die Großhändler, die einen hohen Außenzoll zum Schutz der Gewerbe kritisierten.¹⁵³ Ein repräsentatives Beispiel für diese freihändlerische Position ist Jacob Aders.¹⁵⁴ Die Freihändler wollten die gewerbliche Fertigung beschränken und stattdessen durch den freien Warenverkehr mit dem Ausland den Im- und Export steigern.

Auf beiden Seiten gab es noch nicht die Vorstellung, in Deutschland eine konsequente Industrialisierung voranzutreiben; man war sich einig, daß eine Industrialisierung nach englischem Muster auf jeden Fall abzulehnen sei.¹⁵⁵

In den 30er Jahren wurde die Forderung nach einem geschützten Binnenmarkt von Schutzzöllner mit der Forderung nach dem Aufbau eines integrierten Fabriksystems verbunden. Deshalb „waren seit den 1830er Jahren die Schutzzollforderungen als ökonomischer Anreiz zur Schaffung neuer oder zur beschleunigten Expansion bestehender Gewerbebezüge gedacht.“¹⁵⁶ Diese Ideen wurden besonders von Vertretern der Textilbranche verfochten und in diesem Zusammenhang wurde die Industrialisierung als „ein übersektoraler, ineinandergreifender Gesamtprozeß“ dargestellt, „der sich freilich nur unter dem Schutz hoher Zöller voll entfalten konnte.“¹⁵⁷

Der Gedanke einer forcierten Industrialisierung war mit Lösungsansätzen zu den neu entstandenen sozialen Problemen verbunden. Das hohe Bevölkerungswachstum und die in die Städte abwandernde ländliche Überschussbevölkerung erschienen dem Wirtschaftsbürgertum als ein drängendes soziales Problem.¹⁵⁸ Die meisten Industriellen wollten durch eine schnelle Industrialisierung diese sozialen Probleme lösen.¹⁵⁹

¹⁵³ Vgl. Boch, *Grenzenloses Wachstum?*, S. 50.

¹⁵⁴ Aders war ein großer Textilhändler, der hauptsächlich in der Seidenwarenbranche tätig war und eine Kooperation mit der Seidenfirma Mylius in Mailand begründet hatte. Am 08. März 1821 rief er mit Gleichgesinnten die Rheinisch-Westindische Kompanie ins Leben.

¹⁵⁵ Vgl. Boch, *Grenzenloses Wachstum?*, S. 47.

¹⁵⁶ Boch, *Grenzenloses Wachstum?*, S. 114.

¹⁵⁷ Boch, *Grenzenloses Wachstum?*, S. 132.

¹⁵⁸ „In dieser Zeit gehörte die Bevölkerungsexpansion, durch große Geburtenüberschüsse und Wanderung, zu den auffälligsten Erscheinungen. Zwischen 1816 und 1850 nahm die Zahl der Einwohner von etwa 24,8 auf 35,5 Millionen zu, in Sachsen, im preußischen Rheinland und im östlichen Preußen besonders rasch.“ Borchardt, Knut: *Die Industrielle Revolution in Deutschland 1750-1914*. In: Cipolla/Borchardt. *Europäische Wirtschaftsgeschichte*. Bd. 4, S. 146.

¹⁵⁹ Vgl. Best, *Struktur und Wandel*, S. 30-34.

Die Freihändler hingegen sahen gerade in der Industrialisierung die Ursache der sozialen Probleme. Camphausen befand, „daß die Menschenanhäufung in Fabriken kein Glück, sondern ein Unglück“ sei.¹⁶⁰ Diese Kontroverse über die Vor- und Nachteile der Industrialisierung setzte bereits nach dem Ende der napoleonischen Kriege ein und wurde ab Mitte der 1840er Jahre zum zentralen Thema.¹⁶¹

In dieser Phase verliefen die Frontlinien nicht zwischen Schutzzöllner und Freihändlern, sondern zwischen denen, die „einem zollgeschützten deutschen Binnenmarkt“ das Wort redeten und denjenigen, die „eine nationale Industrie“ forderten.¹⁶² In dieser Zeit bildeten Schuchard und die alten Freihändler eine gemeinsame Front gegen die neuen Kräfte. Erstere forderten ein langsames Wachstum mit einer Spezialisierung auf die verarbeitenden Gewerbe¹⁶³ und letzterer vertraten einen übersektoralen, ineinandergreifenden Gesamtprozeß, „der sich freilich nur unter dem Schutz hoher Zölle voll entfalten könne.“¹⁶⁴ In dieser Auseinandersetzung vertrat Schuchard eine konservativere Position als die Freihändler. Beispielsweise war für Schuchard, anders als für Aders, die gewerbliche Produktion selbst ein Problem der „bürgerlichen Gesellschaft“.¹⁶⁵

Die Kontroverse um die Themen geschützter Binnenmarkt und freier Warenverkehr auf internationaler Ebene sowie Gesamtindustrialisierung und langsames Wachstum hat sich in der Mitte der 1830er Jahre inhaltlich verändert. Der inzwischen entstandene Zollverein, die Hochkonjunktur und der Eisenbahnbau gaben den Zeitgenossen, besonders den Wirt-

¹⁶⁰ Zitat nach Best, Struktur und Wandel, S. 31. Bei den Diskussionen um die Industrialisierung war auch der Untergang der Handwerker ein großes Thema. Die Freihändler machten für den Rückgang des Handwerks die Industrialisierung verantwortlich. Bei den Schutzzöllner fand sich eine ähnliche Diagnose, die jedoch anders bewertet wurde: „Wird durch den Schutzzoll die Anlage von Maschinenspinnereien im Zollverein hervorgerufen, so wird dadurch vielleicht ein Zehntel dieser Hände wieder beschäftigt, die übrigen neun Zehntel bleiben für andere Zweige disponibel.“ Vgl. Best, Struktur und Wandel, S. 30 und 35.

¹⁶¹ Vgl. Best, Struktur und Wandel, S. 30.

¹⁶² Boch, Grenzenloses Wachstum, S. 114.

¹⁶³ Über den Fortschritt des technischen Kapitalismus hat Schuchard 1833 im Rheinisch-westfälischen Anzeiger folgendes geschrieben: „die Riesenschritte ins unermessliche Gebiet der Industrie“, „die wohl neue Ideen, auch oberflächliches, rühriges Leben und geistige Regsamkeit erzeugt, aber keinen allgemeinen Wohlstand und Glückseligkeit“ gebracht habe. Historische Kommission des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde u.a. (Hg.): Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien Bd. 1. Münster 1974, S. 5-6.

¹⁶⁴ Boch, Grenzenloses Wachstum?, S. 132.

¹⁶⁵ Zitiert nach: Boch, Rudolf: Von der „begrenzten“ zur forcierten Industrialisierung. In: Puhle, Bürger, S. 142.

schaftsbürgern, Anlaß zu der Annahme, daß die Industrialisierung Deutschlands erreicht werden könnte. In dieser Konjunkturphase näherten sich die bisherigen Gegner einander an¹⁶⁶, wodurch die Interessenkonflikte innerhalb des Wirtschaftsbürgertums schwächer wurden. Jede Interessengruppe verband ihre spezifischen Hoffnungen mit der Schaffung eines zollfreien Binnenmarktes mit über 25 Millionen Konsumenten und versuchte, die Chancen für eine wirtschaftliche Expansion zu nutzen. Beide, Schutzzöllner und Freihändler, interessierten sich für den Eisenbahnbau und kamen sich dadurch näher.¹⁶⁷

Als die vom Zollverein und von der Eisenbahn herrührenden Wachstumsimpulse Ende der 1830er Jahre zeitweilig nachließen, brachen die alten Konflikte wieder auf. Die technisch veraltete, zumeist noch auf Holzkohleverhüttung basierende rheinische Eisenindustrie konnte weder den durch die Eisenbahn enorm gesteigerten Bedarf an Roheisen befriedigen, noch mit den Preisen der englischen und belgischen Eisenproduzenten konkurrieren. Auch bei den rheinischen Textilfabrikanten hatte sich eine allgemeine Krisenstimmung verbreitet; die hohen Kapazitäten der englischen Baumwollindustrie ließen die Preise sinken und weckten den Wunsch, den Zolltarif von 1818 zu revidieren.

Diese Krisenstimmung verbreitete sich in den 1840er Jahren.¹⁶⁸ Auf den 1842 in Nassau und 1845 in Karlsruhe stattfindenden Zollkonferenzen wurde starke Kritik am freihandelsorientierten Preußen geübt. In den 1840er Jahren fiel die Schutzzollagitation auf fruchtbaren Boden als die Freihandelspropaganda¹⁶⁹, und die Parole vom „Schutz der nationalen Arbeit“ wurde von vielen industriellen Interessengruppen akzeptiert. Die Vorstellungen der Schutzzöllner gewannen zunehmend an Attraktivität.

Anders als im Deutschland der 1840er Jahre war auf der internationalen Ebene eine liberale Wirtschaftspolitik noch sehr populär, was die Gründung einer Organisation für die Unterstützung des Freihandels (Free-Trade-Congress) widerspiegelt.¹⁷⁰ Die Wiederbelebung der europäischen Konjunktur wurde durch die Beseitigung des Getreidegesetzes in England im

¹⁶⁶ Vgl. Boch, Grenzenloses Wachstum?, S. 138.

¹⁶⁷ Boch, Von der „begrenzten“, S. 145.

¹⁶⁸ Vgl. Boch, Grenzenloses Wachstum?, S. 153-155.

¹⁶⁹ Vgl. Hahn, Deutschen Zollvereins, S. 117f.

¹⁷⁰ Das war die erste internationale Freihandelskonferenz, an der Delegationen aus fast allen europäischen Ländern teilnahmen. Bedingt durch die Revolutionen von 1848/49 war dieser Kongress nicht so erfolgreich. Vgl. Henderson, Prince Smith and Free Trade, S. 298.

Jahr 1846 eingeleitet. Das gelang auch in Deutschland, woraufhin die Freihändler sich zu organisieren begannen.¹⁷¹ Es entstanden in dieser Phase zahlreiche freihändlerisch orientierte Organisationen wie z.B. der Freihandelsverein in Berlin.

Die Wiederbelebung des internationalen Wirtschaftsliberalismus sowie dessen Auswirkungen auf Deutschland auf der einen Seite, die Schwächung der Konkurrenzfähigkeit und die Wirtschaftskrise sowie die protektionistische Atmosphäre im Deutschen Bund auf der anderen Seite verstärkten die Konfrontation um die Zollfrage und vergrößerten die Spaltungen innerhalb des Wirtschaftsbürgertums.

2.2.2. Wirtschaftsbürgerliche Positionen zur sozialen Frage und die Zollfrage in der Mitte des 19. Jahrhunderts

Die unterschiedlichen Bestrebungen der Wirtschaftsbürger in der Zollfrage beschränkten sich nicht auf die Diskursebene, sondern setzten sich in sozialen und politischen Bewegungen fort. Dabei ging es nicht nur um den Zolltarif, sondern auch um die soziale Frage, besonders um Armut und Arbeitslosigkeit, da die Ursachen für diese Probleme in der Wirtschaftslage des damaligen Deutschland gesehen wurden.¹⁷² Das Wirtschaftsbürgertum verbreitete seine Ansichten durch seine Organisationen in der Öffentlichkeit und trug sie an die Regierungen heran. In diesem Sinne kann man die Schutzzoll- und Freihandelsbewegungen als soziale und politische Bewegungen bezeichnen, was in der Vormärz- und Revolutionszeit in den Petitionsbewegungen besonders deutlich zum Ausdruck kam.¹⁷³ Auch wenn diese Tätigkeiten sicherlich mit der Revolutionssituation zu tun hatten, gilt es zu beachten, daß

¹⁷¹ In vielen Städten wurde freihändlerisch orientierte Gesellschaften gegründet, die die Free Trade League nachahmten. Auch entstanden neue freihändlerische Zeitungen wie die „Freihandelszeitung“ (Leipzig), der „Volkswirt“ (Frankfurt), der „Deutsche Freihafen“ (Hamburg) und die „Rostocker Zeitung“. Vgl. Henderson, Prince Smith and Free Trade, S. 297.

¹⁷² Hans-Werner Hahn bezeichnet diese Zeit als eine „schwierige Übergangsphase“. Der Verfall traditionelle Gewerbestrukturen schritt rasch voran, während sich die industriellen Strukturen viel zu langsam entwickelten, um die Lücken im Arbeitsplatzangebot auffüllen zu können. Erschwert und verlängert wurde dieser Wandlungsprozeß durch ungünstige konjunkturelle Faktoren wie Mißernten und Hungerkrisen sowie eine krisenhafte Entwicklung des Konsumgüter- und Produktionsgüterbereichs. Vgl. Hahn, Deutschen Zollvereins, S. 116.

¹⁷³ Vgl. Best, Interessenpolitik, S. 21f.

die organisatorischen Bewegungen schon vor der Revolution entstanden waren¹⁷⁴ wie z.B. der Freihandelsverein in Berlin und der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein.

In diese Zeit fiel auch die Neubelebung des liberalen Wirtschaftsdenkens, die mit der Abschaffung des Getreidegesetzes in England im Jahre 1846 begann.¹⁷⁵ Dies war eines der Motive, das John Prince Smith dazu veranlaßte, seine Vorstellungen über Freihandel nicht nur in Artikeln und Pamphleten zu verbreiten, sondern durch eine Organisation bekannt zu machen; 1847 gründete er den Freihandelsverein in Berlin.¹⁷⁶ Dieser Verein wurde der englischen Anti-Corn-Law-League nachgebildet.¹⁷⁷ Auch in anderen Städten wie Frankfurt, Hamburg, Rostock oder Stettin wurden ähnliche Organisationen gegründet. Dieser Gründungsboom war unter anderem durch den Besuch Cobdens in den Jahren 1846 und 1847 angeregt worden.¹⁷⁸ Smiths Tätigkeiten waren eng mit der englischen Freihandelsbewegung verbunden und er hatte versucht, die englische Freihandelsbewegung mit dem internationalen Free-Trade-Movement zu verbinden. An dem Free-Trade-Congress nahm er als Vertreter der Berliner Freihändler teil. Smith hatte sich auch um eine Kooperation mit reaktionären Junkern bemüht, die eine niedrige Importsteuer für Fabrikate und Luxusartikel forderten, und er hatte Kontakte zur linksliberalen Berliner Zeitung „Abendpost“. Die Freihandelsbewegung kann deshalb als eine liberale Bewegung bezeichnet werden. Diese Aktivitäten der Freihändler drängten die Schutzzöllner zu neuem Engagement, das ebenfalls in den sozialen und politischen Bereich hineinreichen sollte; ein Beispiel dafür ist der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein.

¹⁷⁴ Best bemerkt dazu, „daß der organisatorische Kern der Freihandels- und Schutzzollbewegung tatsächlich in der Zeit zwischen 1841 und 1848 sich zu gründen begann“. Best, *Interessenpolitik*, S. 104.

¹⁷⁵ „Großbritannien war das erste Land, das sich zum Freihandel bekannte. Durch die Aufhebung der Korngesetze und durch die Staatshaushaltspläne Peels und Gladstones wurden fast alle Einfuhrzölle beseitigt.“ Henderson, William O.: *Die Industrielle Revolution*. Wien/München/Zürich 1969, S. 30f.

¹⁷⁶ Am 7. April 1847 hat in Berlin die Gründungsversammlung für einen „Wissenschaftlichen Verein für Handel und Gewerbe“ stattgefunden. Zunächst sollte dieser Verein nicht zu einem Organ der Freihandelsbewegung werden, sondern ein Diskussionsforum über die Vor- und Nachteile der konkurrierenden handelspolitischen Systeme sein. Im Oktober 1847 wurde diese Organisation jedoch in Freihandelsverein umbenannt. Die Mitglieder setzten sich aus Kaufleuten, Industriellen, Beamten und Angehörigen akademischer Berufe zusammen, wobei die Kaufleute dominierten. Vgl. Best, *Interessenpolitik*, S. 103.

¹⁷⁷ Vgl. Henderson, Prince Smith and Free Trade, S. 297.

¹⁷⁸ Richard Cobden (1804-1865) trat zusammen mit J. Bright für einen wirtschaftspolitischen Liberalismus, besonders im Außenhandel, ein. Er gründete 1839 die Anti-Corn-Law-League und schloß 1860 den auf freihändlerischen Grundsätzen beruhenden britisch-französischen Handelsvertrag ab.

In den Revolutionsjahren 1848/49 gewannen die bürgerlichen Bewegungen in der Zollfrage eine neue Qualität, was mit den gewandelten politischen Bedingungen zu tun hatte. „Der Wegfall der polizeilichen Restriktionen, die gesteigerte Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung und das Etablieren eines politischen Entscheidungszentrums in Frankfurt kennzeichnen die Veränderungen.“¹⁷⁹ Aufgrund dieser neuen Bedingungen konnten die Interessenverbände ihre Gedanken zu Wirtschaft und Politik öffentlichkeitswirksam darstellen.¹⁸⁰

Die Petitionsbewegungen und in diesem Zusammenhang besonders die Erfolge der Schutzzöllner während der Revolutionszeit sind beachtenswert.¹⁸¹ Die Schutzzollbewegung sammelte von Mai 1848 bis März 1849 über 3700 Petitionen mit etwa 370.000 Unterschriften, die sie an die neuen Frankfurter Institutionen¹⁸² sandte; die Befürworter des Freihandels konnten hingegen nur etwa 20.000 Unterschriften zusammenbringen.¹⁸³

Die deutlichen interventionistischen und wirtschaftsnationalistischen Elemente des Schutzzollprogramms begünstigten die Entwicklung hin zu einer Volksbewegung. Es gelang, auch nicht bürgerliche Klassen zu mobilisieren, vor allem Teile der Handwerkerschaft, der Bauern sowie Teile der Arbeiterschaft.¹⁸⁴ Die Wirtschaftskrise seit Ende der 1830er Jahre und die neuen, durch die Revolution hervorgerufenen Handelsrückstände gaben dieser Mobilisierung nochmals kräftige Impulse.

In einigen Arbeiten ist zu lesen, daß die Petitionsbewegung im Verlauf der Revolution von 1848/49 untergegangen sei.¹⁸⁵ Tatsächlich jedoch war diese Bewegung noch nicht an ihr Ende gelangt, was das Beispiel des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins zeigt, der noch bis in die Jahre 1851-1852 hinein Petitionen einreichte. Was sich jedoch nach der Revolution änderte, war die soziale Atmosphäre und die Grundhaltung der Handelspolitik, die

¹⁷⁹ Hahn, Deutschen Zollvereins, S. 100.

¹⁸⁰ Vgl. Hahn, Deutschen Zollvereins, S. 121

¹⁸¹ Am 5. Juni 1823 wurde das Petitionsrecht per Gesetz garantiert. „Der König erklärte sich bereit, Bit- ten und Beschwerden ‚welche auf das spezielle Wohl und Interesse der ganzen Provinz oder eines Teils derselben Beziehung haben‘“. Die Petitionen sollten von den Provinzialständen angenommen und geprüft werden. Vgl. Croon, Gustav: Der Rheinische Provinziallandtag bis zum Jahre 1874. Bonn 1974, S. 71.

¹⁸² Damit ist die Frankfurter Nationalversammlung gemeint.

¹⁸³ Vgl. Hahn, Deutschen Zollvereins, S. 138.

¹⁸⁴ Vgl. Hahn, Deutschen Zollvereins, S. 138

¹⁸⁵ Nach H. Best endete die handelspolitische Petitionsbewegung Anfang März 1849.

nun auf das freihändlerische Prinzip umschwenkte. Diese Änderung der Handelspolitik hatte ihre Ursache in der Hochkonjunktur in Deutschlands in den 1850er Jahren.¹⁸⁶ Auch nach den 1850er Jahren setzte sich diese Tendenz fort und mündete in die Freihandelsepoche von 1860 bis 1873.¹⁸⁷ In dieser Zeit war das freihändlerische Prinzip siegreich, es wurden liberale Handelsverträge mit vielen anderen Ländern abgeschlossen, und die Schutzzöllner bezeichneten sich selbst als „gemäßigte Freihändler“.¹⁸⁸

In den 1850er Jahren gab es einen weiteren Versuch, den wirtschaftlichen Liberalismus zu stärken. Das Ziel war jedoch nicht nur der Freihandel, sondern man strebte allgemeiner eine generelle Liberalisierung der Wirtschaft an. Viktor Böhmert, der seit Dezember 1856 die Redaktion des „Bremer Handelsblattes“ übernommen hatte, war der Kopf dieser Bestrebungen. Er vertrat liberale Ideen¹⁸⁹ und schlug einen Volkswirtschaftskongreß vor. Für diesen Kongreß hatte er Verbindungen zu Professoren der Volkswirtschaft, zu höheren Staats- und Gemeindebeamten, zu Kammermitgliedern, zu Vertretern der Presse und zu verschiedenen freien Vereinigungen aufgenommen.¹⁹⁰ Er strebte eine Verbindung mit der Genossenschaftsbewegung Schulze-Delitzschs an und propagierte das Prinzip der genossenschaftlichen Selbsthilfe, worin er und die Genossenschaftsbewegung in der Bekämpfung des Pauperismus übereinstimmten.¹⁹¹

¹⁸⁶ C. P. Kindlerberger zitiert in diesem Zusammenhang eine These von Samuel Stolper: „the abundant factor wants free trade“. Kindlerberger, Free Trade, S. 48.

¹⁸⁷ Vgl. Zorn, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge, S. 258.

¹⁸⁸ Zorn, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge, S. 264.

¹⁸⁹ Böhmert verfolgte drei Ziele: 1. Die Beendigung der bürokratischen Enge der deutschen Kleinstaatelei und die Schaffung eines mächtigen deutschen Nationalstaates. 2. Die Etablierung einer auf bürgerlicher Freiheit und wirtschaftlicher Selbständigkeit und Selbstverantwortung ruhenden Gesellschaftsordnung. 3. Die materielle und geistige Hebung der arbeitenden Klassen durch Selbsthilfe. Vgl. Hentschel, Volker: Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongreß 1858 bis 1885. Stuttgart 1975, S. 29.

¹⁹⁰ Vgl. Hentschel, Die deutschen Freihändler, S. 32-33.

¹⁹¹ Vgl. Hentschel, Die deutschen Freihändler, S. 31. Die Freihändler haben die „soziale Frage“ als „eine Summe sehr verschiedener Übelstände“ verstanden, „deren allmähliche Besserung nur durch Anwendung sehr vieler und verschiedener Heilmittel angebahnt werden kann“. Hentschl, Die deutschen Freihändler, S. 52f.

Die Teilnehmer des ersten Kongresses im Jahr 1858 waren hauptsächlich Publizisten, Beamte, Rechtsanwälte, Gelehrte und Handwerker, wohingegen sich Vertreter der Industrie und des Kapitals kaum beteiligten.¹⁹²

Trotz der Nichtbeachtung durch die Industriellen und trotz der Vernachlässigung der Vorstellungen der Industriellen seitens des Kongresses war diese wirtschaftsliberale Bewegung sehr aktiv und repräsentierte zusammen mit Prince Smith und Schulze-Delitschs Genossenschaftsbewegung die Mehrheitsmeinung. Obwohl die industriellen und schutzzöllnerischen Organisationen auch in den 1850er Jahren noch vorhanden und aktiv waren¹⁹³, was vor allem durch die wirtschaftliche Krise von 1857¹⁹⁴ unterstützt wurde, war die Handelspolitik innerhalb des Zollvereins und später im Deutschen Reich bis 1878 von wirtschaftsliberalen Gedanken geprägt.

„Der Siegeszug der Freihandelsidee gipfelte 1873 in dem von konservativer Seite beantragten Reichstagsbeschluß, die Einfuhrzölle für Roheisen sofort und die Grobeisenwarenzölle ab Anfang 1877 ganz aufzuheben.“¹⁹⁵ Bedingt durch die ökonomische Krise entstanden im industriellen Bereich jedoch viele schutzzöllnerische Interessenverbände: 1873 wurde der Verein süddeutscher Baumwollindustrieller gegründet, 1874 der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, 1875/76 der „Centralverband deutscher Industrieller zur Beförderung und Wahrung nationaler Arbeit“. Das ließ das Pendel vom freihändlerischen Prinzip in Richtung schutzzöllnerische Maßnahmen umschlagen.

¹⁹² Vgl. Hentschel, Die deutschen Freihändler, S. 35.

¹⁹³ Ein repräsentatives Beispiel für die Aktivitäten der Schutzzöllner ist die Wiedergründung des Handels- und Gewerbevereins in Rheinland und Westfalen im Jahre 1858, der in vielen Punkten auf den Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein zurückgeht. Die Ähnlichkeiten des Namens, des Standortes, der Statuten, der Mitgliedervereinbarungen sowie die fast identischen Organisationsformen lassen vermuten, daß der Gewerbeverein von 1858 eine Fortsetzung des 1847 gegründeten Vereins war.

¹⁹⁴ Die Krise war eine Folge der Börsenpanik von 1856 in Paris. Betroffen davon war zunächst die Textilproduktion, dann folgten der Maschinenbau, die eisenerzeugenden und eisenverarbeitenden Industrien und schließlich der Bergbau. Vgl. Lüdtke, Alf: Take off – regionale Entwicklungspfade – Gründerkrise. In: Niethammer, Lutz u.a.: Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. Frankfurt a. M 1990, S. 129.

¹⁹⁵ Zorn, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge, S. 264.

2.2.3. Die Auseinandersetzung um die Zollfrage und die Bürgerlichkeit des deutschen Wirtschaftsbürgertums im 19. Jahrhundert

Die oben geschilderte Kontrovers läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Die Schutzzöllner strebten den Schutz des Binnenmarktes und die Industrialisierung an, die ihrer Auffassung nach nur durch einen zollgeschützten Binnenmarkt erreicht werden konnte. Deshalb setzten sie auf die Intervention des Staates im Bereich der Wirtschaft. Die soziale Frage sollte durch die Industrialisierung und die Schaffung eines modernisierten Produktionssystems gelöst werden. Die Idee des Binnenmarktschutzes mündete schließlich in einen immer stärker werdenden Nationalismus.

Im Gegensatz dazu forderten die Freihändler den freien Wirtschaftsverkehr und auf das Notwendige reduzierte Eingriffe des Staates. Die Industrialisierung erschien als eine Ursache der sozialen Frage, die durch ein Selbsthilfesystem gelöst werden könne. Die freihändlerischen Gedanken mündeten schließlich in internationalistische Ideen.¹⁹⁶

Die Analyse der Auseinandersetzung um die Zollfrage gewährte Einblicke in die damaligen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme. Dabei zeigte sich auch, daß die Interessen des deutschen Wirtschaftsbürgertums nicht einheitlich waren: die deutschen Industrieunternehmer standen vorwiegend auf der Seite der Schutzzöllner.

Die Interessen und Forderung der deutschen Industrieunternehmer erscheinen zunächst merkwürdig. Für sie war die Industrialisierung eine wichtige Aufgabe, die so schnell wie möglich erreicht werden sollte, zugleich forderten die Industrieunternehmer jedoch staatliche Interventionen. Das scheint im Widerspruch zum grundsätzlichen Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit zu stehen, die für die Gewerbetätigkeit unabdingbar war. Wie kann man diesen Widerspruch erklären?

¹⁹⁶ Die Begriffe „Nationalismus“ und „Internationalismus“ beziehen sich hier auf den ökonomischen Gehalt der Theorien von Smith und List. Adam Smiths Lehre kann man auch als eine Theorie der Anpassung der Produktion an den günstigsten Standort verstehen; eine solche Theorie setzt jedoch ein internationales Wirtschaftssystem und internationale Wirtschaftsbeziehung voraus. List hat hingegen in seiner Theorie die unterschiedlich entwickelten Volkswirtschaften der Welt berücksichtigt und daraus eine in ökonomischer Hinsicht nationale Perspektive entwickelt. Vgl. Ambrosius, Gerald: Internationale Wirtschaftsbeziehungen. In: Ambrosius, Gerald/Petzina, Dietmar/Plumpe, Werner (Hg.): Moderne Wirtschaftsgeschichte. München 1996, S. 305

In dem bisherigen Erklärungsmodell, das von einem starken Staat und einem schwachen Bürgertum ausgeht, scheint diese Frage leicht zu beantworten sein. Aber diesen Ansatz kann man in der Bürgertumsforschung nicht mehr anwenden. Die Lösung der sozialen Frage sah das deutsche Industrieunternehmertum anders als die Freihändler, die auf die Genossenschaftsbewegung setzten, in der staatlichen Sozialpolitik.¹⁹⁷ Wie kann man diese Unterschiede erklären?

Um diese Frage zu beantworten, muß man die „subjektive Seite“, also die Einstellungen und Werthaltungen des Industrieunternehmertums in Betracht ziehen. Die Wahrnehmung der Industrialisierung durch die deutschen Unternehmer findet man in den Forderungen, die während der Kontroversen um die Zollfrage geäußert wurden. Sie konkretisieren sich in der Parole vom „Schutz der nationalen Arbeit“.

¹⁹⁷ Vgl. Pierenkemper, Toni: Gewerbe und Industrie im 19. und 20. Jahrhundert. Oldenburg 1994, S. 83f.

III. Die Geschichte des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins

Die Geschichte des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins läßt sich in zwei zeitliche Phasen unterteilen. Er ist als „Rheinisch-Westfälischer Gewerbeverein“ am Ende des Jahres 1847 gegründet und im Jahre 1858 mit der Neugründung als „Handels- und Gewerbeverein in Rheinland und Westfalen“ weiter geführt worden. Letzterer hat bis zum Jahre 1868 bestanden; die Zeitung „Der Zollverein“, das Organ des Vereins, hat zum 28. März 1868 ihr Erscheinen eingestellt.¹⁹⁸ Die Bezeichnung des Vereins ist uneinheitlich. In seiner Untersuchung über den rheinisch-westfälischen Unternehmer hat Friedrich Zunkel nicht zwischen den beiden Formen des Vereins unterschieden,¹⁹⁹ und in der Zeitung „Der Zollverein“ wurde in den 1860er Jahren die Bezeichnung „Rheinisch-Westfälischer Handelsverein“ verwendet.²⁰⁰ Die wechselnden Bezeichnungen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß beide Vereine sehr ähnliche Organisationsformen und nahezu identische Zielsetzungen gehabt haben, es sich also bei der Vereinsneugründung im Jahre 1858 um eine Nachfolgeorganisation des 1847 gegründeten Vereins gehandelt hat.

1. Der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein 1847/48 bis 1858

1.1. Die Gründungsgeschichte

Der schlesische Fabrikant Karl August Milde²⁰¹ erlaubte sich am 23. November 1847, bei dem rheinischen Wirtschafts- und Sozialpolitiker Gustav Mevissen²⁰² anzufragen,

¹⁹⁸ Die Zeitung „Der Zollverein“ bezeichnete sich als ein Organ des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen. In der Ausgabe vom 28. März 1868 wird berichtet, daß am 21. März beschlossen worden sei, die Herausgabe des Blattes zunächst einzustellen, weil der Verein reorganisiert werden solle. „Der Zollverein“, 28. März 1868.

¹⁹⁹ Vgl. Zunkel, Unternehmer, S. 143, 153, 201, 221, 229.

²⁰⁰ „Der Zollverein“, 8. August 1866.

²⁰¹ Ein Breslauer Baumwollspinnereibesitzer.

²⁰² Gustav Mevissen (1815-1899) wuchs in einer Atmosphäre bürgerlicher Wohlhabenheit und Wohlständigkeit heran. Er war im kaufmännischen Geist erzogen worden, aber auch an den Humanwissenschaften interessiert. Er betonte die Bedeutung der industriellen Entwicklung für die Lösung sozialer Probleme und trat besonders für die Einigung Deutschlands ein. Im Jahr 1845 hatte er mit weiteren Personen die Gründung einer Aktienbank geplant. Er war als Redakteur bei der Rheinische Zeitung tätig und wurde 1846 in den Rheinischen Provinziallandtag gewählt. Nach der Revolution von 1848 war

„ob Sie denn nicht am Rhein eine Bewegung auf die Beine bringen werden; denn wir riskieren, wenn die englischen Minister vom jetzigen Parlamente irgendwelche, und wenn auch noch so geringe Modifikation der Navigationsakte erlangen, daß unsere Leute in Berlin mit einem Handels- und Schiffahrtsvertrag hineinplumpsen, der uns und unsere Bestrebungen, ein nationalhandelspolitisches System auf die Beine zu bringen, um zehn Jahre zurückwirft ...“²⁰³

Nicht nur Mevissen, sondern auch Friedrich Diergardt²⁰⁴ aus Viersen erhielt einen ähnlich lautenden Brief von Milde.²⁰⁵ Schließlich kam es durch die Initiative Diergardts zur Gründung des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins, eines formalen Zusammenschlusses von Industriellen. Mevissen, der die Bedeutung schutzzöllnerischer Maßnahmen teilte, beteiligte sich allerdings nicht an der Vereinsgründung, weil er in der Vertretung von Einzelinteressen eher ein Hindernis für die Entwicklung hin zu einer einheitlichen Volkswirtschaft sah, die er als vordringliche Aufgabe betrachtete.²⁰⁶

Der direkte Anlaß der Vereinsgründung war, wie bereits aus dem Brief von Milde ersichtlich, die Gründung eines Freihandelsvereins in Berlin.²⁰⁷ Die Initiativen zu einer Freihandelsbewegung in Deutschland stellten eine Antwort auf die Entwicklung der internationalen liberalen Wirtschaftspolitik seit der Abschaffung des Corn-Law in England im Jahr 1846

er für den Kreis Siegen Abgeordneter in der deutschen Nationalversammlung, in dessen volkswirtschaftlichen Ausschuß er gewählt wurde. Als er bei der Bildung der Reichsregierung als Unterstaatssekretär ins Handelsministerium berufen werden sollte, lehnte er dies ab. Danach ging er zunächst in die Privatwirtschaft und war von 1856 bis 1860 Präsident der Handelskammer in Köln. Ab 1866 hatte er einen Sitz im preußischen Herrenhaus, der Ersten Kammer des preußischen Landtags und des österreichischen Reichsrats. 1884 wurde er in den preußischen Staatsrat berufen und erhielt den erblichen Adelstitel.

²⁰³ Hansen, Joseph (Hg.): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830-1850. Leipzig 1919. Bd. 2. Erste Hälfte, S. 378.

²⁰⁴ Friedrich Diergardt (1795-1869) wurde in einem Pfarrerhaus geboren. Er ist als Präsident oder Verwaltungsrat in vier Gesellschaften der Textilindustrie, drei Banken und einer Versicherungsgesellschaft tätig gewesen und gehörte zu den führenden altliberalen Unternehmern. Geh. Kommerzienrat.

²⁰⁵ Hansen, Rheinische Briefe. Bd.2 Erste Hälfte, S. 378. Anm. 3.

²⁰⁶ In seiner Antwort an Milde schrieb Mevissen: „Jeder suchte sich Gründe, um die Handlungsweise der Persönlichkeiten, die ihm nahe standen, so gut es anging, zu rechtfertigen. So zersplitterte sich die öffentliche Meinung der Provinz in Lokalansichten der einzelnen Städte. ... Direkten Anteil an diesen Bewegungen habe ich nicht genommen ...“ Hansen, Joseph: Gustav von Mevissen. Bd. 2. Berlin. 1906. 324-326. Im Zusammenhang mit Eisenbahnbau und Schutzzollpolitik dachte Mevissen immer zuerst an die Erschließung der wirtschaftlichen Kräfte und an die innere Einheit des Landes. Vgl. Först, Walter: Rheinisch-Westfälische Rückblende. Köln 1967, S. 94-95.

²⁰⁷ Prince Smith fand, daß er für die Freihandelsbewegung ein aktive Propagandagesellschaft brauchte. Für eine solche Gesellschaft sammelten sich im Dezember 1846 in Berlin Industrielle, Kaufleute und Intellektuelle und gründeten dann im März 1847 den Freihandelsverein. Vereine dieser Art wurden auch in Frankfurt, Hamburg, Rostock und Stettin gebildet. Vgl. Henderson, Prince Smith and Free Trade, S. 297.

dar. Darüber hinaus wurden in den Freihandelsvereinen die Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des Freihandels und der Schutzzollpolitik innerhalb des deutschen Wirtschaftsbürgertums geführt. Mit der Gründung des Zollvereins im Jahre 1834 hatten die deutschen Staaten ein Forum, in dem über eine zukünftige, einheitliche Wirtschaftspolitik diskutiert werden konnte. Zur Zolltarifpolitik gab es innerhalb des Zollvereins von Anfang an unterschiedliche Auffassungen.

Zunächst kreiste die Auseinandersetzung in dieser Diskussion, die sich zwischen den Polen Schutzzoll und Freihandel bewegte, um die Frage der Festlegung der spezifischen Zolltarife innerhalb der Zollvereinsstaaten. Der Zollverein übernahm das diesbezügliche preußische Gesetz aus dem Jahr 1818, zu einer Zeit, als Preußen der „liberalste (Staat) in Europa war“,²⁰⁸ dessen führende Beamte zu dieser Zeit bisweilen die liberalen Ideen eines Adam Smith vertraten. Dagegen regten sich seitens der übrigen Zollvereinsstaaten schutzzöllnerische Interessen, die gegen das liberale Zollgesetz von 1818 und handelspolitische Bestrebungen Preußens in diese Richtung überhaupt opponierten. Diese Stimmungslage schätzte auch Friedrich Wilhelm IV falsch ein, als er dachte, die öffentliche Meinung stünde in Deutschland mehrheitlich auf Seite der Freihändler.²⁰⁹ Gerade im Rheinland entzündete sich der Streit um die wirtschaftlichen Vorteile der Zollsenkung, in eklatanter Weise wurde dies an der Frage der Einfuhr von Zucker deutlich. Die heimische Industrie wehrte sich lautstark gegen die holländische Konkurrenz, so dass sich der Zollverein schon 1841 gezwungen sah, gewisse Zollsenkungen, inklusive für Zucker, zurückzunehmen.²¹⁰

Diese Auseinandersetzungen zwischen Öffentlichkeit und der Obrigkeit waren einerseits als bedeutender Sieg der öffentlichen Meinung in der politischen Arena zu bewerten, sie verwiesen andererseits auf tiefer liegende inländische Strukturprobleme: Das betraf Erwartungen über eine erfolgreiche Industrialisierung, die sich an der Entwicklung des technischen Fortschritts und dem Stand der gegenwärtigen maschinellen Produktionsweise messen mußten. Ebenso gab die rückständige Entwicklung den beständigen Anlaß, die öffentliche Auseinandersetzung über die tarifären Konfliktlinien hinaus in Gang zu halten, die in relativ

²⁰⁸ Zitat nach Henderson, *Prince Smith and Free Trade*, S 223

²⁰⁹ Vgl. Henderson, W. O.: *Cobden- Vertrag und Handelspolitischer Liberalismus*, S. 224. In: Pohl, Hans: *Die Auswirkungen von Zöllen und anderen Handelshemmnissen auf Wirtschaft und Gesellschaft von Mittelalter bis zur Gegenwart*. Stuttgart 1987, S. 221-251.

²¹⁰ Vgl. Hahn, *Deutschen Zollvereins*, S. 111f.

kurzer Zeit dazu übergang, sich von einer reinen Bewegung in eine organisatorische Formation zu entwickeln. Dazu trug die Situation in den 1840er Jahren nicht unerheblich bei. Die allgemeine Krisenstimmung der späten 40er Jahre weitete sich im Rheinland, das binnenwirtschaftlich vom Verfall traditioneller Gewerbestrukturen und durch eine viel langsamer entwickelte industrielle Struktur geprägt war, besonders aus. Außenwirtschaftlich bekam das Rheinland mit seiner negativen Handelsbilanz den Druck und die Folgen der englischen Freihandelspolitik hautnah vorgeführt. Nicht zuletzt setzte 1847 eine Hungersnot ein.

Die sich formierenden schutzzöllnerischen Interessen waren dabei schon vor der Gründung des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins, allerdings weniger sichtbar, in Erscheinung getreten. Die Gewerbetreibenden der beiden Provinzen Rheinland und Westfalen hatten ihre Sorgen und ihren Unmut bezüglich der preußischen Handelspolitik und des Zollvereins schon durch zahlreiche Petitionen und Anträge geäußert, die sich zum Teil auch unabhängig von der ökonomischen Kontroverse mit den Freihändlern vollzogen hatte.²¹¹ Beispielsweise ersuchten am 21. Juni 1845 die Düsseldorfer Industriellen mit Verweis auf die drängende Lage („aus dem praktischen Leben geschöpften Wahrnehmungen“) beim preußischen König um einen Schutzzoll für die heimische Industrie.²¹² Zwei Jahre später taten sich 38 Handels- und Gewerbetreibende zusammen, um abermals die Revision der für die Zollvereinsstaaten gültigen Tarife aus dem preußischen Gesetz von 1818 zu fordern.²¹³ Sie verlangten darin, die Einführung entsprechender Schutz- und Rückzölle öffentlich bekannt zu machen und ihre Forderungen direkt bei den zuständigen Behörden vortragen zu dürfen. Sie fanden damit sogar bei der Herren-Kurie des Vereinigten Landtags Fürsprecher, die mit überwiegender Stimmenmehrheit die Revision des Zolltarifs im Sinne eines notwendigen Schutzes

²¹¹ Zum Beispiel setzte sich der Vater des gleichnamigen Mitverfassers des Kommunistischen Manifestes, Friedrich Engels, der von Friedrich List beeinflusst gewesen sein soll, für den Schutzzoll ein und kritisierte Preußen, dem er eine mangelhafte Zollpolitik vorwarf. Er äußerte: „Was helfen alle Arbeitervereine? Man schütze die Arbeit, damit die armen Leute Gelegenheit haben, ihr Brot selbst zu verdienen, das hilft besser!“ Vgl. Born, Heinz (Hg.): Wuppertaler Biographien 9. Folge. Wuppertal 1970, S. 14.

²¹² Petition an den König von den Bürgern Düsseldorfs den Schutzzoll der inländischen Industrie betreffend. Nordrhein-westfälisches Hauptstaatsarchiv. Reg.-Düsseldorf Präsidentenbüro 1019, S. 108.

²¹³ Darlegung der Motive zu dem als Manuscript gedruckten Entwurf des Statuts eines Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins. Am 21. September 1847. Landeshauptarchiv Koblenz. Best. 403. Nr. 8223, S.325.

der vaterländischen Arbeit unterstützte.²¹⁴ Dessen ungeachtet muß nach Hans-Werner Hahn insgesamt ernüchternd festgestellt werden: „Trotz der breiten Resonanz, die die Schutzzöllner sowohl in der öffentlichen Meinung als auch in einzelstaatlichen Verwaltungen fanden, darf ihre Durchsetzungskraft dennoch nicht überschätzt werden“.²¹⁵

Das politische Scheitern könnte darüber hinwegtäuschen, daß diese Bemühungen auf organisatorischem Gebiet dennoch für die zukünftige Entwicklung erfolgreich waren. Sie hatten nämlich ein diffuses Spektrum opponierender Meinungen zu einem Strom gleichgerichteten Interesses zu konvergieren vermocht. Eine Kohäsionskraft, die mit der Gründung einer Organisation ihr Ziel erreichte. Die Organisation begann mit dem Comite von Handels- und Gewerbetreibenden, das sich vorerst provisorisches Comite zum Erstreben einer Revision des Zolltarifs nannte, damit aber auch gleich den Zweck der Unternehmung definierte. Unter seinen Mitgliedern findet man die Namen Julius Möller, Wilhelm von Eynern,²¹⁶ C. A. Holthaus, David Peters,²¹⁷ W. Meckel Sohn, Friedrich Boeddinghaus,²¹⁸ L. Schniewind,²¹⁹ Carl Karthaus und F. H. Wirth.²²⁰

Schon drei Wochen später, am 21. September 1847, verkündete das provisorische Comite, ein öffentliches Organ werden zu wollen, welches dann in offiziellem Auftrag Vorschläge für ein aus seiner Sicht vernünftiges Zollsystem ausarbeiten sollte. Jedenfalls beschloß man, einen Verein zu bilden, der die Aufgabe haben solle, in den Ländern des Deutschen Zollvereins für die „Vermehrung der Arbeit, somit Verminderung des Proletariats, durch Schutz

²¹⁴ Darlegung der Motive zu dem als Manuscript gedruckten Entwurf des Statuts eines Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins. Am 21. September 1847. Landeshauptarchiv Koblenz. Best. 403. Nr. 8223., S. 314.

²¹⁵ Vgl. Hahn, Deutschen Zollvereins, S. 121.

²¹⁶ Wilhelm von Eynern (1806-1880), Fabrikant in Barmen. Er gehörte laut Zunkel zu den Wuppertaler Honoratiorenfamilien. Vgl. Zunkel, Unternehmer, S. 111ff.

²¹⁷ David Peteres (1808-1874), Seiden- und Wollfabrikant in Neviges.

²¹⁸ Friedrich Boeddinghaus (1797-1896): Mit dem Bruder gründete er im Jahr 1826 eine Leinen- und Baumwoll-Weberei. Er setzte sich aktiv dafür ein, neue Produktionstechniken aus England anzuwenden und engagierte sich für das Schutzzollwesen. Er war auch an der Gründung des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen in der Phase der Frühindustrialisierung beteiligt. Vgl. Boeddinghaus, Wilhelm (Hg.): Die Entwicklung der Firma Wilhelm Boeddinghaus & Cie in Elberfeld. Die Stadtarchiv Wuppertal Nr. 80.510./ Reulecke, Sozialer Frieden, S. 53.

²¹⁹ Mitglied einer Märkischen Unternehmerfamilie in Lüdenscheid und Altena.

²²⁰ Darlegung der Motiv zu dem als Manuscript gedruckten Entwurf des Statuts eines Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins. Am 21. September 1847. Landeshauptarchiv Koblenz. Best. 403. Nr. 8223. S. 324.

der Industrie“ zu wirken und die Theorie der bereits organisierten Freihandelspartei zu bekämpfen.²²¹ Kurz danach veranlaßte Diergardt am 12. Dezember eine Versammlung der Vereinigung der Schutzzöllner.

Dieser Plan wurde in einer Versammlung von Gewerbetreibenden in Düsseldorf bekannt gegeben. Die Versammlung nannte sich „Freunde der Industrie, des Handels und der Schifffahrt.“ Diese Vereinigung bestand schon lange Zeit, sie war ein Forum, um gemeinsame Wünsche und Zielsetzungen zu besprechen. Auch wurden hier Mittel und Wege gesucht, wie der eigenen Überzeugung von der Notwendigkeit einer veränderten Zollgesetzgebung im Interesse des Wohles und der Stärke des Vaterlandes volle Anerkennung zu verschaffen sei.²²² In einer Versammlung dieser Vereinigung am 15. Dezember 1847 erklärte das provisorische Comite, das sich zu diesem Zeitpunkt in das provisorische „Comite für Erstrebung eines ausreichenden Schutzes der nationalen Arbeit“ umbenannt hatte, die dringende Notwendigkeit der Revision der Zollgesetzgebung 1818 und schlug die Gründung einer Organisation vor.²²³ Die Gründung einer Organisation zu diesem Zweck wurde von den Mitgliedern bewilligt und für die konkrete Ausarbeitung der Organisation konstituierte das provisorische Comite am 5. Januar 1848 im Sitzungssaal der Handelskammer in Elberfeld durch eine Wahl ein leitendes Centralcomite. In diesem Centralcomite waren Daniel von der Heydt als Präsident, Moritz Simons, Kommerzienrat Boeddinghaus, W. Meckel Sohn und Eduard Ringel vertreten. Nach dieser Vorbereitungsphase fand am 23. Januar 1848 in Düsseldorf die erste Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins statt.

1.2 Organisationen und Ziele

1.2.1 Organisationen

Formal waren mit der Mitgliedschaft im Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein, die durch die eigenhändige Unterschrift vollzogen wurde, die Annahme des Statutes und eine jährli-

²²¹ Darlegung der Motiv zu dem als Manuscript gedruckten Entwurf des Statuts eines Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins. Am 21. September 1847. Landeshauptarchiv Koblenz. Best. 403. Nr. 8223. S. 316.

²²² Darlegung der Motiv zu dem als Manuscript gedruckten Entwurf des Statuts eines Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins. Am 21. September 1847. Landeshauptarchiv Koblenz. Best. 403. Nr. 8223. S. 315.

²²³ Appell des provisorischen Comites für Erstrebung eines ausreichenden Schutzes der nationalen Arbeit. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

che Beitragszahlung von zwei Thalern verbunden.²²⁴ Daß der Verein darüber hinaus eine bestimmte Zielgruppe ansprach, wurde in einer Versammlung der „Freunde der Industrie, des Handels und der Schifffahrt“ am 15. Dezember 1847 deutlich:

„Deshalb, ihr Industriellen, erhebt eure Stimmen im Chore, und wirkt vereint für den Triumph der gesunden Vernunft und der Erfahrung, über eine unheilvolle, dem Reiche der Chimäre entsprossenen handelspolitische Theorie“.²²⁵

Damit appellierte das Comité offensichtlich an die „Industriellen“. Die Zusammensetzung der Organisation der „Freunde der Industrie, des Handels und der Schifffahrt“ nach Berufsgruppen ist nicht bekannt.²²⁶ Der Vorschlag des provisorischen Comites wurde gebilligt und so eine Vereinigung erreicht. Einen genaueren Einblick in die Mitgliedschaft der Vereins ermöglicht die Unterschriftenliste einer Petition an die Frankfurter Nationalversammlung, die anlässlich einer Generalversammlung im Mai 1848 beschlossen wurde. Die Zahl der Unterzeichner der Petition belief sich auf 315-319 Personen aus Düsseldorf, Solingen, Düren, Elberfeld, Bielefeld sowie vier Gewerkschaften aus Dortmund.²²⁷

Zu den Unterzeichnern gehörten mehrere Angehörige der Schwerindustriellen-Dynastien Hoesch, Haniel, Stinnes und Mannesmann. Hoesch, eine Eisen- und Papierfabrikantenfamilie aus der Eifel, wird von Friedrich Zunkel als ein Vorbild des Bürgertums im 19. Jahrhundert bezeichnet. Laut Zunkel legten diese Männer größten Wert auf die Bewahrung ihrer persönlichen Freiheit und Unabhängigkeit, daher lehnten sie Orden, Titel und andere Ehrungen möglichst ab.²²⁸ Der Familie Hoesch wird ein besonders starker Familiensinn nachgesagt.²²⁹ Eduard Hoesch (1821-1894) gründete nach dem Tod seiner Gattin zu deren An-

²²⁴ 4. Statut-Entwurf für einen Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein von 1848. Historisches Archiv. Köln Best. 1073. Nr. 530.

²²⁵ Appell des provisorischen Comites für Erstrebung eines ausreichenden Schutzes der nationalen Arbeit. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²²⁶ „Männer aus den Provinzen Rheinland und Westfalen, Männer aus allen Klassen der Bevölkerung“, Darlegung der Motive zu dem Entwurf des Statuts eines Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins. Landeshauptarchiv Koblenz. Best. 403. Nr. 8223.

²²⁷ Für die „Gewerkschaften“ hat Friedrich Hammacher als Stellvertreter unterschrieben. Bundes Archiv Frankfurt Volkswirtschaftlicher Ausschuß. DB 51. S. 154ff. Manfred Boberach zählte 305 Unterschriften. Zahlendifferenzen resultieren daraus, daß die Unterschriften zum Teil unleserlich sind. Vgl. Hansen. Rheinische Briefe. Bd.2. Zweite Hälfte, S. 186.

²²⁸ Vgl. Zunkel, Unternehmer, S. 126.

²²⁹ Vgl. Hashagen, Justus: Geschichte der Familie Hoesch. Köln 1916, S. 535.

denken im Jahr 1884 in Düren eine Kinderkrippe mit dem Namen Maria-Apollonia-Krippe.²³⁰ Wie andere Familien des Wirtschaftsbürgertums gründeten auch die Hoeschs weitere Familienfirmen: im Jahre 1846 die Firma Hoesch & Söhne und im Jahr 1858 die Firma Gebrüder Hoesch. In der Schutzzollbewegung war Leopold Hoesch (1820-1899) besonders aktiv engagiert.²³¹ Er ist für verschiedene Zusammenschlüsse, wie den Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein und den Eisenhüttenverein, eingetreten; im Jahre 1868 richtete er eine Eingabe an das Zollparlament gegen die Herabsetzung der Eisenzölle. Mitglieder der Familie Haniel hatten sich im Kohlenhandel, dem Speditionswesen, im Ein- und Verkauf von Kolonialwaren sowie im Dampfmaschinengeschäft engagiert. Der geschäftliche Vorstand der Familie war Franz Haniel, der zugleich eines der wichtigsten Mitglieder des Vereins war. Auf Empfehlung des Oberpräsidenten von Vincke erhielt er den roten Adler-Orden 4. Klasse.²³² Berühmt wurde er auch durch die Heiratspolitik des Unternehmens.²³³ Über seine fünf Söhne und eine Tochter verschwägte er sich ausschließlich mit bekannten und bedeutenden Unternehmerfamilien, den Cockerills, Böckings, de Greffs und Liebrechts. Mathias Stinnes gewann durch seinen in jungen Jahren begründeten Kohlenhandel Einfluß auf den Kohlenbergbau und konnte damit die Grundlagen für den umfangreichen Bergwerksbesitz seiner Familie schaffen. Des weiteren zählten zu den wichtigen Mitgliedern Daniel von der Heydt, ein Bruder des preußischen Finanzministers Freiherr August von der Heydt, der gemeinsam mit seinem Bruder ein Bankhaus und darüber hinaus eine Seidenhandlung besaß, sowie Friedrich Boeddinghaus, der in Elberfeld ein Fabrikgeschäft für leinene und baumwollene Waren gründete und zum königlich preußischen Kommerzienrat ernannt wurde, sowie Friedrich Diergardt.

Nach dem Statut von 1848 übernahm das anfänglich in Elberfeld angesiedelte provisorische Comite die Aufgabe des ursprünglichen Centralcomites als alleiniger Vertreter des Vereins. Es sollte auch künftig durch den Vorstand des Elberfelder Zweigvereins gebildet werden. Die Mitglieder des Centralcomites arbeiteten ehrenamtlich und ernannten aus ihrer Mitte

²³⁰ Vgl. Hashagen, Familie Hoesch, S. 536.

²³¹ „Gegen das Freihandelstum hat Leopold Hoesch herzhafte angekämpft, im Interesse der Erhaltung einer großen deutschen Industrie, und zwar durch wiederholte Agitation für Erhöhung der Eisenzölle und durch lebhaftige Teilnahme an einem Zusammenschluß der gesamten Eisenhüttenleute“. Hashagen, Geschichte der Familie Hoesch, S. 569.

²³² Vgl. Herzog, Bodo/Mattheier, Klaus J. (Hg.): Franz Haniel. Bonn 1979, S. 87.

²³³ Spethmann, Hans: Franz Haniel. Duisburg-Ruhrort 1956, S. 95.

einen Vorsitzenden, einen stellvertretenden Vorsitzenden und einen Kassensführer. Die Versammlungen fanden wöchentlich statt. Auch Beamte wie der Landrat des Kreises oder der Chef des Hauptsteueramtes konnten an diesen Versammlungen teilnehmen.

Die Vereinsmitglieder konnten an ihren jeweiligen Wohnorten Zweigvereine bilden, deren organisatorischer Aufbau ihrer eigenen Beschlußfassung überlassen war. Sie mußten sich jedoch den Beschlüssen der Generalversammlung unterwerfen. Der Vorstand des jeweiligen Zweigvereins legte die Beratungsthemen fest und konnte Beschlüsse fassen.

Die Generalversammlung fand stets in Düsseldorf statt und setzte sich aus allen Mitgliedern des Vereins zusammen. Sie wurde vierteljährlich und zusätzlich nach Bedarf durch das Centralcomite einberufen. Die Einberufung der Generalversammlung mußte unter Angabe der zur Vorlage und zur Beratung kommenden Themen mindestens acht Tage im voraus erfolgen. Die Beschlüsse der Generalversammlung, denen sich auch die abwesenden Vereinsmitglieder zu unterwerfen hatten, wurden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Jeder Zweigverein hatte in der Generalversammlung eine Stimme. Die Ausführung der Beschlüsse der Generalversammlung oblag dem Centralcomite. Die Beschlüsse wurden in den Elberfelder, Barmer, Düsseldorfer, Kölner und Aachener Zeitungen veröffentlicht.

Der Vorstand des jeweiligen Zweigvereins spielte eine Vermittlerrolle zwischen dem Zweigverein und dem Centralcomite. Er war verpflichtet, jeden Antrag eines der bei ihm eingeschriebenen Vereinsmitglieder in der nächstfolgenden Sitzung zum Vortrag zu bringen. Die Anträge, Beschwerden und Beschlüsse richtete der Zweigvereins-Vorstand an das Centralcomite. Er hatte auf eine Verbesserung der materiellen Situation seiner Vereinsmitglieder hinzuwirken und empfahl zu diesem Zweck den Abschluß von Vereinbarungen unter den Industriellen. Wenn es das Centralcomite für erforderlich hielt, versammelten sich die Vorstände des Zweigvereins auf Einladung des Vorsitzenden des Centralcomites.

Darüber hinaus verfügte der Verein über ein Vereinsarchiv und beschäftigte einen besoldeten Sekretär, der für die schriftliche Arbeit und die Herausgabe einer Zeitung verantwortlich war.²³⁴

²³⁴ Statutentwurf für einen Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein vom 1848. Historisches Archiv Köln Best. 1073. Nr. 530./ Haniel Archiv Sig.-Nr.:HAA 410.

1.2.2 Zweck des Vereins

Das provisorische Comite für die Erstrebung eines ausreichenden Schutzes der nationalen Arbeit formulierte in einer Versammlung der „Freunde der Industrie, des Handels und der Schifffahrt“ am 15. Dezember 1847, in der die Gründung eines Vereines angestrebt wurde, das Hauptziel einer Vermehrung von Arbeitsplätzen durch Schutzmaßnahmen für die Industrie, um damit die Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern.²³⁵ Obwohl der entscheidende Anstoß zur Gründung der Organisation von der konkurrierenden Partei des Freihandels ausging, verband die endgültige Zielsetzung die verschiedenen Interessen der Unternehmer. Sie berücksichtigte das Interesse an der Lösung der sozialen Frage, an der schnellen und vollständigen Industrialisierung des Landes und an grundsätzlichen Schutzmaßnahmen vor Eingriffen des Staates.

Im Statut von 1848 wurde die Vertretung der Interessen des „deutschen vaterländischen Gewerbefleißes“ als Vereinszweck festgeschrieben. Dazu zählten a) die Vermehrung der nationalen Arbeit durch Hebung der vaterländischen Industrie und durch einen angemessenen Schutz gegen das Ausland, b) die Verbesserung der materiellen Lage der arbeitenden Klasse durch das Wirken der Zweigvereine auf dem Wege angemessener Vereinbarungen unter den Industriellen.²³⁶ Das grundlegende Prinzip, durch den Schutz der Industrie das materielle Leben zu verbessern, entsprach den Plänen des provisorischen Comites, aber im Vergleich zur Gründungszeit 1847 erhielt im Statut von 1848 die Idee eines künftigen, einheitlichen Nationalstaates größere Bedeutung. Das Bedürfnis nach Schutz gegen das Ausland wurde in diesem Zusammenhang jetzt besonders betont. Zur Verwirklichung dieses Zweckes wurden die Ziele in der ersten Versammlung am 23. Januar 1848 realistischer gestellt: 1. Revision des Zolltarifs, 2. Vertretung des Proletariats.²³⁷ In den sich hierin spiegelnden praktischen Interessen trat der Charakter des Vereins noch deutlicher zutage.

²³⁵ Appell des provisorischen Comites für Erstrebung eines ausreichenden Schutzes der nationalen Arbeit vom 15. Dezember 1847. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²³⁶ Statutentwurf für einen Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein vom 1848. Historisches Archiv Best. 1073. Nr. 530./ Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²³⁷ Zu diesem Zeitpunkt ist der Begriff Proletariat noch nicht in der Bedeutung von Marx und Engels zu verstehen, sondern meinte die gesamte Unterschicht, die aus dem feudalen Wirtschaftsstruktur ausgetreten, aber noch nicht in die kapitalistische Wirtschaftsstruktur integriert war und deshalb unter Armut litt. Vgl. Conze, Werner: „Proletariat“. In: Brunner/ Conze/ Koselleck(Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Bd. 5. Stuttgart 1984, S. 39.

In der Petition an die Nationalversammlung 1848/49 wurden die Ziele des Vereins noch ausführlicher und konkreter dargestellt. Es ging darum, 1. dem Vaterland Arbeiter, die ihrem Fleiß entsprechend einen angemessenen und genügenden Lohn bekommen sollten, zu erhalten und in größerer Menge zur Verfügung zu stellen, 2. durch lohnende Arbeit dem größten Teil der Bevölkerung des Landes zu Wohlstand und einer Zukunftsperspektive, soweit staatliche Maßnahmen dazu beitragen können, zu verhelfen, 3. den gesellschaftlichen Zustand der Arbeiter, besonders in den höheren Zweigen der Fabrik­tätigkeit, auf der Grundlage des öffentlichen Rechts und der wohlwollenden Fürsorge, zu verbessern.²³⁸ Zur Erreichung dieser Ziele forderte der Verein die Vergrößerung des inneren freien Verkehrsgebietes sowie eine Handels- und Zollgesetzgebung für die Ein- und Ausfuhr von Waren jeglicher Art.

Den deutschen Arbeitern, insbesondere den Fabrikarbeitern, sollte ausreichend Lohn gewährt werden, damit sie zu Wohlstand gelangen konnten. Dazu sollte die gesellschaftliche Stellung der Arbeitenden verbessert werden. Wenn man die revolutionäre Stimmung dieser Zeit bedenkt, ist die Sorge um die gesellschaftliche Besserstellung der Arbeiter verständlich. Dieses Ziel galt es vor allem durch die Handelspolitik und insbesondere durch die Aufhebung der Binnenzölle und eine bessere Zollgesetzgebung zu erreichen. Nach Auffassung des Vereins hing der materielle und gesellschaftliche Wohlstand der Arbeiter also von staatlichen Ordnungsmaßnahmen für die Wirtschaft ab.

Der Regierung gegenüber, die die Gründung des Vereins argwöhnisch beobachtete, brachte der Verein, betrachtet man sein Statut, den nötigen Respekt zum Ausdruck:

„[...] endlich aber die Regulative aller Zweigvereine der königlichen Regierung zur Genehmigung vorzulegen [...] Das Namenverzeichnis und den Jahresbeitrag aller ihrer Mitglieder wird das Centralcomitee der königlichen Regierung auf deren Erforderung vorlegen“.²³⁹

Diese Formulierung könnte dem damaligen Korporationsgesetz geschuldet gewesen sein. Folgt man der Interpretation von Best, so stellte die Interessenbewegung des rheinisch-

²³⁸ Petition der Generalversammlung des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins an die Hohe deutsche Nationalversammlung vom 29. Mai 1848, unterzeichnet von den versammelten Handels- und Gewerbetreibenden und anderen Staatsbürgern der königlich-preußischen Provinz Rheinland und Westfalen. Historisches Archiv Köln Best. 1073. Nr.551.

²³⁹ § 5 des Statutentwurfs für einen Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein von 1848. Historisches Archiv Best. 1073. Nr. 530./ Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

westfälischen Gewerbevereins einen Oppositionsversuch gegen die Regierung dar.²⁴⁰ Es hat allerdings nicht den Anschein, als habe diese bürgerliche Interessenbewegung sich der Regierung widersetzen wollen. Die Inhalte des Statuts des Jahres 1848 unterstützen diese Vermutung. In Anbetracht der damaligen Gesetzeslage und der verschiedenen Reformmaßnahmen der Regierung hatte es das Bürgertum kaum nötig, radikale Forderungen zu stellen, weil der Staat das Ziel der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmer bereits zu unterstützen schien.

Trotzdem wurden nicht alle Hoffnungen erfüllt, und die Unternehmer wollten deshalb ihre Stimme auf nachhaltige Weise zu Gehör bringen. Obwohl in Form der Handelskammern bereits eine Institution bestand, mittels derer der Handels- und Gewerbebestand eine Möglichkeit hatte, seine Interessen zum Ausdruck zu bringen, wurde die Gründung einer neuen Organisation als notwendig angesehen. Nach Meinung des Centralcomites war

„einesteils die einer Handelskammer gestellte Aufgabe, Wahrnehmungen und Ansichten über den Gang des Handels und der Gewerbe in ihrem besondere Wirkungskreis darzulegen, in Bezug auf das sachliche Gebiet jener Wahrnehmungen und Ansichten innerhalb ihres Bereiches eine allgemeine, insbesondere auch mit Bezug auf die ihr übertragene Aufsicht über kommerzielle Anstalten eine administrative; zum andern aber ist eine Handelskammer, als solche, eben auch vorzugsweise die Vertreterin der besondern Wünsche und Ansichten ihre Konstituenten in dem Bezirk, wofür sie errichtet wurde [...]“.²⁴¹

Verbunden mit dem Umstand, daß es den einzelnen örtlichen Handelskammern nicht oblag, sich untereinander auszutauschen, wird verständlich, wie verschieden und häufig gegensätzlich die Auffassungen verschiedener Handelskammern über ein und denselben Gegenstand der Beratung waren.

Dagegen bot die Gründung des Gewerbevereins die Möglichkeit, die Auffassungen und Wünsche der verschiedenen Industriellen und Gewerbetreibenden kennen zu lernen, sich untereinander auszutauschen und künftig durch gegenseitige Information und Verständi-

²⁴⁰ „Die Schutzzolldebatte war als wichtiges Element der politischen Bewegung des Vormärzes ein Weg, auf dem das oppositionelle Bürgertum seine Forderung nach einer Reform des bürokratischen Staates artikulierte.“ Best, Interessenpolitik, S. 22.

²⁴¹ Darlegung der Motive zu dem als Manuscript gedruckten Entwurf des Statuts eines Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins am 21. September 1847. Landeshauptarchiv Koblenz Best. 403. Nr. 8223. S. 318-319.

gung zu einer divergierende Interessen versöhnenden und angemessen berücksichtigenden Form der Einflußnahme zu gelangen. Schließlich sollte die Vereinsgründung „im allgemeinen Interesse beider Provinzen zum heilsamsten Resultat“ führen.²⁴² Dies waren die Gründe, die zur Vereinsgründung führten.²⁴³

1.3. Entwicklung

1.3.1. Die Tätigkeit im Vormärz

Das vorrangige Ziel der Gründung der schutzzöllnerischen Organisation am Ende des Jahres 1847 bestand darin, der Propaganda des freihändlerischen Vereins in der Zollkonferenz, die im folgenden Juni stattfinden sollte, entgegenzutreten. Deshalb war es die erste Aufgabe des Vereins, eine Deputation für die Zollkonferenz in Kassel auszuwählen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, richtete das Centralcomite am 26. Januar 1848 eine Aufforderung an die Zweigvereine, je Zweigverein ein bis drei Deputierte auszuwählen.

Bei der Wahl sollte beachtet werden, daß sie „mit möglichster Rücksichtnahme auf einer sachverständigen Vertretung der hauptsächlichsten in ihrer Gegend vorkommender Industriezweige vor sich gehe“.²⁴⁴ Die besondere Betonung der „sachverständigen Vertretung“ ist sehr wichtig, um Ziel und Tätigkeit des Vereins zu verstehen. Fachlich umstrittene Entscheidungen der Wirtschaftspolitik waren schon seit Anfang des 19. Jahrhunderts von den Unternehmern kritisiert worden. Die Einbringung der eigenen fachlichen Erkenntnisse und Interessen in die Wirtschaftspolitik war das vorrangige Ziel der Schutzzöllner. Diese Forderungen spiegelten sich auch in der Tätigkeitsgeschichte des Vereins wider. Im Grunde genommen forderten die Schutzzöllner, an den Entscheidungen der Politik, insbesondere der Wirtschaftspolitik, mit Sachverständigen teilzuhaben. Vor dem Hintergrund dieser Forderungen sollte die Wahl der Deputationen erfolgen.

²⁴² Darlegung der Motiv zu dem als Manuscript gedruckten Entwurf des Statuts eines Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins am 21. September 1848. Landeshauptarchiv Koblenz Best.403. Nr.8223. S. 318-319.

²⁴³ Es wird auch die Auffassung vertreten, daß diese Interessenvereine als eine ursprüngliche Organisation der politischen Partei angesehen werden können. Vgl. Langewiesche, Dieter: Die Anfang der deutschen Parteien: Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49. Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 328.

²⁴⁴ Offizielles Schreiben des Comites für einen ausreichenden Schutzes der nationalen Arbeit an den Vorsitzenden Franz Haniel, Ruhrort, am 26. Januar 1848. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

Die andere Anfangsaufgabe war, eine Genehmigung zur Vereinsgründung von der Regierung einzuholen. Für diese Arbeit fertigte das provisorische Comite den Entwurf eines Statuts und die Darlegung der Motive zu dem Statut an und trat dann mit einer Petition an den Oberpräsidenten in Koblenz heran mit der Bitte, „die Genehmigung des Vereins und seines Statuts hochgeneigt gewähren, auch bei den hohen Staatsbehörden vermitteln zu wollen“.²⁴⁵ Verbunden mit dieser Bitte wurden das Gemeinwohl des ganzen Vaterlandes, die Versöhnung widerstreitender Interessen sowie eine Verbesserung des Schicksals der arbeitenden Klassen als Ziele des Vereins genannt.

Von Regierungsseite war die Gründung eines Vereins mit diesen Zielsetzungen von Anfang an eine Entwicklung, der es vorzubeugen galt. Nach Ansicht der Staatsregierung, die den wirtschaftlichen Liberalismus unterstützte, war eine Gruppierung, die eine Schutzzollpolitik forderte, „einfach unerhört.“ Insbesondere die Forderung nach „Vertretung des Proletariats“ erschien der Regierung als eine politische Agitation „in Konkurrenz zur Regierung“,²⁴⁶ da diese Formulierung damals von vielen als radikal aufgefaßt wurde. Schon am 26. Februar 1848 hatte der Finanzminister dem Oberpräsidenten in Koblenz eine Erwiderung zum Genehmigungsersuchen des Vereins mit der Bemerkung zukommen lassen, man solle dieser Bestrebung mit aller Energie entgegen treten.²⁴⁷ Deshalb wachten die Behörden scharf darüber, daß der Verein nicht politisch tätig wurde. Ähnlicher Argwohn ließ die Minister Düesberg und Bodelschwingh den Oberpräsidenten im Frühjahr 1848 anweisen, den neu gegründeten Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein nicht zu verbieten, solange er sich rein wirtschaftlich betätigte, aber nicht zu dulden, „wenn derselbe zu Mitteln der Agitation des großen Publikums oder der Arbeiter greift“.²⁴⁸ In einem Brief an W. Lessin in Rheydt vom 23. März 1848 äußerte sich O. Camphausen besorgt über die damalige Situation Deutsch-

²⁴⁵ Offizielles Schreiben des Provisorischen Centralcomites des projektierten Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz am 29. Februar 1848. Hauptlandesarchiv Koblenz Best 403. Nr. 8223.

²⁴⁶ Fliegner, Helmut Alfred: Gewerbevereine in den preußischen Rheinlanden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Bonn 1972, S. 201-202.

²⁴⁷ Nach einem Bundesbeschluß vom 5. Juli 1832 sollten im gesamte Gebiet des Deutschen Bundes politische Vereine verboten bleiben. Vgl. Pabst, Klaus: Demokraten, Konstitutionelle und Konservative – die politischen Klubs als Vorstufen der politischen Parteien. In: Dascher, Ottfried/Kleinertz, Everhard (Hg.): Petitionen und Barrikaden: Rheinische Revolutionen 1848/49. Münster 1998, S. 178-179.

²⁴⁸ Zunkel, Unternehmer, S. 153.

lands, besonders das von den Schutzzöllnern benutzte Schlagwort vom „Wohl der arbeitenden Klassen“ hielt er für gefährlich.²⁴⁹

Es existiert kein Dokument, das beweist, daß dem Verein auf Grund der Petition eine Genehmigung erteilt wurde oder nicht. Aber spätestens nach der Einführung des Korporationsrechts am 31. März 1848 hätte er genehmigt werden können, und bereits am 22. März hatte Friedrich Wilhelm IV. in einer Proklamation den preußischen Untertanen offiziell das freie Vereinigungs- und Versammlungsrecht versprochen.²⁵⁰ Der Verein nahm im Laufe der Revolution 1848/49 seine offizielle Tätigkeit auf, und der Name Rheinisch-Westfälischer Gewerbeverein wurde ab dem 29. Februar 1848 offiziell benutzt.

²⁴⁹ Vgl. Hansen, Rheinische Briefe. Bd.2. Zweite Hälfte, S. 624.

²⁵⁰ Vgl. Pabst, Demokraten, S.178-179.

1.3.2. Die Tätigkeit in der Revolution 1848/49: Petitionsbewegung

Das provisorische Comité für die Erstrebung eines ausreichenden Schutzes der nationalen Arbeit forderte in einer Versammlung der „Freunde der Industrie, des Handels und der Schifffahrt“ am 15. Dezember 1847 mit Dringlichkeit auf, eine Vereinigung zu bilden:

„Angesichts der im nächsten Jahre stattfindenden Zollkonferenz der Vereinsstaaten ist die rasche Bildung der Filialcomitees [ein] um so tiefer gefühltes Bedürfnis, als die Partei des Freihandels ihre Wirksamkeit bereits durch einen in Berlin constituirten Verein begonnen hat. Zögern wir darum nicht, auch das Banner unserer Partei zu entfalten.“²⁵¹

Die Kontroverse über die Außenhandelspolitik des Wirtschaftsbürgertums im 19. Jahrhundert in der Rheinprovinz,²⁵² an der tatsächlich noch verschiedene soziale Klassen teilgenommen hatten, entwickelt sich nun auf einer neuen, mehr praktischen Ebene weiter. An der Zollkonferenz konnten nicht alle Interessierten, sondern nur die von der Regierung berufenen Deputierten teilnehmen. Es war also nicht einfach, über die Diskussionen im Zollverein für die eigenen Interesse zu wirken. Auf diesem Grund begannen die Industrieunternehmer gegen die vom Wirtschaftsliberalismus von Adam Smith beeinflussten Politiker und die Freihandelsbewegung, die im Begriff waren, die Initiative von Prinz-Smith in Deutschland zu verbreiten, ihre organisatorische Tätigkeit auszuweiten.

Doch mit den Ereignissen der Revolution von 1848/49 wurde auf diese Aufgabe und auf die Absicht, in der Zollkonferenz die Freihandelspartei zu bekämpfen, vorläufig verzichtet. Statt dessen erreichten die Industrieunternehmer, selbst direkt am Entscheidungsprozeß teilzunehmen und die eigenen Ideen zu präsentieren. Diese organisatorische Initiative förderte zwar nicht die Revolution, aber sie gehörte zur Teilen der Revolutionsentwicklungen. Mit Beginn der Revolution wechselten rheinisch-westfälischen Industrieunternehmer ihren Platz. Von der Zollkonferenz zur Nationalversammlung zeigten sie ihre spontane und praktische Anpassungsfähigkeit. Dabei stand nicht das politische Engagement im Vordergrund, sondern die Aktivitäten beschränkten sich im wesentlichen auf die Herausgabe der Petition. Ein weitergehendes Interesse der Industrieunternehmer an der Nationalversammlung ist

²⁵¹ Appell des provisorischen Comites für die Erstrebung eines ausreichenden Schutzes der nationalen Arbeit an die Industriellen. Am 15. Dezember 1847. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁵² Zur Entwicklung der Kontroverse vgl. Kapitel II dieser Arbeit.

dabei nicht auszuschließen. Beispielsweise nahm Haniel als Mitglied an die Nationalversammlung teil, die geschäftliche Tätigkeit stand für ihn jedoch immer im Vordergrund. Bekanntlich war die Zahl der Vertreter des Wirtschaftsbürgertums, die sich aktiv in den Revolutionsprozeß der Jahre 1848/49 einbrachten, sehr gering.²⁵³ Der Verlauf und die Ergebnisse der Revolution wurden mit Aufmerksamkeit verfolgt, die eigenen diesbezüglichen Aktivitäten beschränkten sich jedoch auf die Petitionsbewegung.

Für die politische Betätigung des Bürgertums im 19. Jahrhundert hatte die Petitionsbewegung eine herausragende Bedeutung. Sie diente insbesondere der Verbreitung und Durchsetzung bürgerlicher Wertvorstellungen im politischen Raum. Nach Christian Reinicke entwickelte sich das Petitionsrecht während der Revolution in Frankreich „zu einem bürgerlichen Grundrecht“.²⁵⁴ Darüber hinaus ist die Petitionsbewegung eng mit der Entstehung des politischen Vereins verbunden gewesen.²⁵⁵ Das Mittel der Petition bot die Möglichkeit, Forderungen des Bürgertums mit direkten politischen Handlungsweisen zu verbinden. Charles Tilly zufolge ist das Petitionsrecht mit der Entwicklung politischer Freiheitsrechte verknüpft. Es entwickelte sich im Zuge der politischen Liberalisierung und des sich ausbreitenden Wahlrechts und war Ausdruck des politischen und sozialen Engagements des Bürgertums.²⁵⁶ Reinicke und Tilly beurteilen die Petitionsbewegung jedoch nicht als aktive Form politischen Handelns, da sie wenig Einfluß auf die praktische Politik hatte, sondern lediglich als eine politische Demonstration im öffentlichen Raum, die sich gesetzmäßig erlaubter Mittel bediente.²⁵⁷

²⁵³ Vgl. Siemann, Wolfram: Die deutsche Revolution von 1848/49. Frankfurt a. M. 1985, S. 124. Nach der Untersuchung der beruflichen Zusammensetzung der Frankfurter Nationalversammlung war das Wirtschaftsbürgertum nur mit 56 unter insgesamt 812 Abgeordneten vertreten, während 491 Abgeordnete dem Bildungsbürgertum entstammten und eine akademische rechtswissenschaftliche Ausbildung absolviert hatten. Auch Thomas Nipperdey zählte unter den 830 Abgeordneten der ersten deutschen Parlament über 600 aus universitätsgebildete Personen, dagegen nur 60 Personen aus der gewerblicher Wirtschaft. Vgl. Nipperdey Thomas: Deutsche Geschichte 1800-1866. München 1991, S. 610.

²⁵⁴ Zitiert nach Reinicke, Christian: „Forderung des Volkes“. Petitionen im Rheinland 1848/49. In: Dacher, Ottfried / Kleinertz, Everhard (Hg.): Petitionen und Barrikaden. Rheinische Revolutionen 1848/49. Münster 1998, S. 101.

²⁵⁵ Vgl. Reinicke, „Forderung des Volkes“, S. 101.

²⁵⁶ Vgl., Tilly, Charles: Hauptformen kollektiver Aktion in Westeuropa 1500-1975. In: Geschichte und Gesellschaft 3. 1977, S. 156.

²⁵⁷ Vgl. Reinicke, „Forderung des Volkes“, S. 101.

Otto Dann zufolge, der in der Beurteilung der Petitionsbewegung eine andere Auffassung vertritt, war seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts eine lebhaftere Verfassungsdiskussion im Gange. Als dann in der Zeit des Vormärz die wichtige Frage der Grundrechte, wie der Pressefreiheit und des Vereins- und Versammlungsrechtes, ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen rückte, gewann die Petitionsbewegung als gesetzmäßige politische Aktivität an Bedeutung und entwickelte sich zu einer revolutionären Bewegung.²⁵⁸ Besonders seit der zweiten Hälfte der 1840er Jahre stieg die Zahl der politischen Vereine und Interessengruppen, die die Hauptträger der Petitionsbewegung waren, und dementsprechend wurde diese Bewegung noch aktiver.²⁵⁹ In der Praxis kam die Petition dann zum Einsatz, wenn für ein bestimmtes Problem eine rasche Lösung gefordert wurde.

Die zentralen Themen der Petitionsbewegung in der Revolution 1848/49 betrafen die Handels- und die Kirchenpolitik. Die Zahl der Petitionen während der Revolutionszeit in den deutschen Bundesstaaten betrug in den deutschen Bundesstaaten etwa zwischen 25.000 und 30.000, davon waren etwa 17.000 an die Frankfurter Paulskirchen-Versammlung und etwa 13.400²⁶⁰ an die Berliner Nationalversammlung gerichtet. Etwa 30 % der in der Paulskirche behandelten Petitionen bezogen sich auf wirtschaftliche und soziale Probleme, mit dem Schwerpunkt auf handelspolitischen Fragen.²⁶¹ Damit war die Petitionsbewegung eine neue und zugleich eine stärker politisierte Form der Auseinandersetzung in den Kontroversen um die Handelspolitik, in der die Schutzzollanhänger gegenüber den Freihändlern weitaus aktiver waren. In der Rheinprovinz beispielsweise waren von den insgesamt 48.459 Unterschriften (in 533 Petitionen) 47.962 Unterschriften von der Partei der Schutzzöllner, darunter auch des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins, und nur 497 Unterzeichner von den Freihändlern.²⁶²

Handelt es sich bei der bürgerlichen Petitionsbewegung in der Revolutionszeit von 1848/49 lediglich um eine einfache und passive Demonstration der eigenen Interessen und Meinun-

²⁵⁸ Vgl. Dann, Otto: Die Proklamation von Grundrechten in den deutschen Revolution von 1848/49. In: Birtsch, Günther: Grund- und Freiheitsrechte im Wandel von Gesellschaft und Geschichte. Göttingen 1981, S. 519.

²⁵⁹ Vgl. Reinicke, „Forderung des Volkes“, S. 101.

²⁶⁰ Vgl. Reinicke, „Forderung des Volkes“, S. 101. Ihm zufolge gibt es keine präzisen Zahlenangaben.

²⁶¹ Vgl. Reinicke, „Forderung des Volkes“, S. 101.

²⁶² Vgl. Reinicke, „Forderung des Volkes“, S. 104.

gen, oder kann sie als handfeste politische Betätigung des Wirtschaftsbürgertums und weitgehend des gesamten deutschen Bürgertums bewertet werden? Am Beispiel des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins soll diese Frage im Folgenden geklärt werden.

Best, der sich mit der Politik der Interessengruppen in der Revolution von 1848/49 beschäftigt hat, interpretiert die Petitionen nicht als sozialen Protest, sondern als kollektive politische Handlungen.²⁶³ Nach seiner Meinung genoß die Generalversammlung, bei der der Verein die Petitionen vorlegte, das Vertrauen des Vereins. Damit waren die Petitionen eher eine Unterstützungshandlung zu Gunsten der Nationalversammlung. Best zitiert in diesem Zusammenhang einen Artikel über die Petitionsrechte von Carl Welcker, der die Petitionsbewegung als ein Form „positiver Partizipation“ bezeichnet,

„um eine beständige lebendige Wechselwirkung zwischen der regierten Nation und ihren Vertretern oder Wortführern zu erhalten und dadurch die Güte, Vielseitigkeit, Volksgemäßheit der Regierungsmaßregeln, das Vertrauen und die Tatkraft des Volkes für sie zu gewinnen.“²⁶⁴

Da die Petitionen in erster Linie die alte Handelspolitik kritisierten und deren Revision verlangten, kann die massenhafte Beteiligung von Industriellen zumindest als Protest gegen die Handelspolitik bezeichnet werden. Die Interessenvertretung war nicht gegründet worden, um partikulare Interessen durchzusetzen oder um Posten in der staatlichen Verwaltung zu erlangen, sondern um politische Veränderungen zu erreichen.

Die Schlagworte der Industriellengruppe, besonders diejenigen, die das Nationalgefühl und soziale Ängste ansprechen, hat Best mit den Begriffen Bezugssystem und Bezugstrategie erklärt.²⁶⁵ Um ein kollektives politisches Handeln mit anderen sozialen Klassen zu erreichen, hätten die Industriellen in ihren Parolen entsprechende Inhalte berücksichtigt: „Es dominierte der emotionale Appell und nicht das rationale Interessenskalkül“,²⁶⁶ so Best, und

²⁶³ Vgl. Best, Struktur und Wandel, S. 169.

²⁶⁴ Zitat nach Welcker, Carl: Petition und Petitionsrecht. In: Rotteck, Carl v./Welcker, Carl: Staats-Lexikon Bd. 10. Altona 1848, S. 571.

²⁶⁵ Vgl. Best, Struktur und Wandel, S. 193ff.

²⁶⁶ Best, Struktur und Wandel, S. 197.

durch die Verbindung zwischen gefühlsbetontem Appell und der Zurückstellung eigener Interessenäußerungen sei versucht worden, eine Massenmobilisierung zu erreichen.²⁶⁷

In der Generalversammlung des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins vom 5. Mai 1848 legte der Vorsitzende Daniel von der Heydt eine pessimistische Beurteilung der praktischen Fähigkeiten des Handelsministeriums vor. Er deutete an, daß es der richtige Zeitpunkt sei, um für eine erfolgreiche Politik den Einfluß auf die Regierung zu verstärken, um eine wahrhaft nationale Handelspolitik herbeizuführen.²⁶⁸ Nach längerer Diskussion und vielseitigen Erörterungen des Problems wurde der Beschluß gefaßt, eine Eingabe an das Gesamtstaatsministerium in Berlin zu richten. Die Eingabe wurde noch in der Generalversammlung entworfen, genehmigt und abgesendet. Gleichzeitig wurde auch beschlossen, bei der Nationalversammlung in Frankfurt zu petitionieren. Die Inhalte der Anträge lassen sich wie folgt skizzieren: 1. Errichtung eines deutschen Handelsministeriums und deutschen Handelsamtes sowie die jährliche Berufung von Abgeordneten der Handels- und Gewerbetreibenden aus ganz Deutschland an den Sitz des Handelsamtes, 2. Gründung eines allgemeinen deutschen Zollvereins, beruhend auf Gewährung eines genügenden Schutzes deutscher Arbeit sowie Förderung des Bergbau, mit Annahme und Feststellung von Wert und Rückzöllen unter Zuziehung von Sachverständigen, bis zur Herstellung dieses allgemeinen Vereins, 3. Bewirkung einer schleunigen vorläufigen Revision des bestehenden Vereinzolltarifs unter Zuziehung von Sachverständigen, mit Gewährung eines hinreichenden Schutz und vorläufiger Annahme des Rückzollsystems.²⁶⁹ Die Aufforderung zur Reform der die Wirtschaft betreffenden Verwaltungen spiegelte die Ansicht der Unternehmer wider, die Unfähigkeit der Verwaltung verhindere die Industrialisierung Deutschlands.²⁷⁰

²⁶⁷ In seiner Studie über die Errungenschaften der Grundrechte des liberalen Bürgertums hat Otto Dann eine sehr ähnliche Erklärung geliefert. In den Bemühungen um die Grundrechte des Bürgertums sollen nationale und sozialpolitische Motive eine wichtige Rolle gespielt haben. Die sozialpolitischen Motive zielten darauf ab, die damalige revolutionäre Atmosphäre in sozialer Hinsicht einzudämmen und so die Revolution im Stillen verlaufen zu lassen. Vgl. Dann, Die Proklamation von Grundrechten, S. 525-526.

²⁶⁸ Protokollsatzung der Generalversammlung des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins am 5. Mai 1848. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁶⁹ Protokollsatzung von einer Generalversammlung am 5. Mai 1848. Anlage A. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁷⁰ Hermann Beck verbindet die zögernde Industrialisierung Deutschlands mit der preußischen Bürokratie: "In Prussia the existence of a sophisticated bureaucracy thus predated industrialization as well as

Eine Petition, die diese Forderungen enthält, wurde in der folgenden Generalversammlung vom 29. Mai 1848 abgefaßt. Außerdem wurde eine Deputationsgruppe von drei Mitgliedern bestellt, die zur Nationalversammlung in Frankfurt geschickt wurden. Diese Deputation bestand aus Kommerzienrat Diergardt, Direktor Lueg und dem Präsidenten des Centralcomites, Daniel von der Heydt, später stieß der Sekretär des Centralcomites, Rudolf Hötte, dazu. Die Deputierten suchten am 15. Juni 1848 den Präsidenten des Ausschusses für die Volkswirtschaft in der Nationalversammlung, Roenne, in Frankfurt auf, und am nächsten Tag wurden sie vom Präsidenten der Nationalversammlung, Heinrich von Gagern, empfangen. Sie übergaben dem Ausschuß für Volkswirtschaft und dem Verfassungsausschuß die Petition.²⁷¹

Am 18. Juni 1848 wohnten die Deputierten einer Plenarsitzung des Ausschusses für die Volkswirtschaft²⁷² bei und hielten einen Vortrag.²⁷³ Anders als in der Petition, die an das Ministerium abgeschickt worden war und die die Idee der Einrichtung einer mit der Wirtschaftspolitik verbundenen Verwaltung betonte, nutzten die Deputierten diese Petition vor allem dazu, die Forderung nach Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung zu betonen. Dem Vortrag zufolge wollte sich der Verein bemühen, dem

„Vaterland Arbeit, die dem Fleiß des deutschen Volkes einen angemessenen, genügenden Lohn gewähren könne, zu erhalten und in größerer Menge zu verschaffen, um durch solche lohnende Arbeit der bei weitem zahlreichsten Klasse der Männer und Familien Deutschlands einen höheren Wohlstand und eine frischeren Lebensmuth, soweit staatliche Anordnungen dazu beitragen können, zu bereiten und endlich den gesellschaftlichen Zustand der

the formation of parties“. Hermann Beck: *The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia*. Uni. Michigan 1995, S. viii.

²⁷¹ Bericht der Deputierten über die Tätigkeit in der Nationalversammlung in Frankfurt a. M. vom 24. Juni 1848. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁷² In der Nationalversammlung zählte der Volkswirtschaftliche Ausschuß zu den einflußreichsten von 16 Ausschüssen. Man nennt ihn das ökonomische und sozialpolitischen Sonderparlament. Hier vollzog sich die Ausarbeitung und Formulierung der Gesetzentwürfe, die bei der Nationalversammlung initiiert worden sind. Dieser Ausschuß hatte sieben Abteilungen, denen jeweils ein bestimmtes Sachgebiet zugeteilt wurde. Vgl. Ziebura, Gilbert: *Ausschußwesen und Interessenvertretung in der ersten deutschen Nationalversammlung 1848/49*. In: Varain. *Interessenverbände*, S. 56-57.

²⁷³ In dieser 11. Sitzung am 18. Juni 1848 wurden nicht nur die Vertreter des Vereins der Schutzzöllner, sondern auch die Vertreter aus Rostock und Stettin, die die freihändlerische Meinung vertraten, eingeladen. Vgl. Conze, Werner/Zorn, Wolfgang (Hg.): *Die Protokolle des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung 1848/49*. Boppard a. M. 1994, S. 69.

Arbeiter, vorzüglich in den vielen Zweigen der höheren Fabrikätigkeit, auf der Grundlage des öffentlichen Rechts und der wohlwollenden Fürsorge zu verbessern“.²⁷⁴

Um dieses Ziel zu erreichen, war es demzufolge in Deutschland dringend geboten, die volle Einheit des inneren Verkehrs herbeizuführen und einheitliche Handels- und Zollgesetze zu verabschieden. Diese einheitliche Handelspolitik sollte auf der Grundlage der Erfahrungen mit einer nationalen Handelspolitik aufgebaut werden. Im Einzelnen sollte 1. die Einfuhr solcher zur Nahrung oder zum Gewerbetreiben unentbehrlichen Rohprodukte, welche auf deutschen Boden nicht produziert werden, ermöglicht werden; 2. im Austausch gegen solche Einfuhr die Ausfuhr der Erzeugnisse deutscher Arbeit zumeist in den Produkten, die auf hohem Lohnniveau produziert worden waren, in angemessener Weise erleichtert werden; 3. die Einfuhr fremder Gewerbeerzeugnisse durch angemessene Zölle erschwert, Begünstigungen aber in den Fällen zugelassen werden, die auf Gegenseitigkeit beruhen.²⁷⁵ Um die Verwirklichung dieser Grundsätze vorzubereiten, schlug der Verein die Bildung eines Ausschusses vor.²⁷⁶

Zur Erleichterung des freien Verkehrs innerhalb Deutschlands und der Handhabung der Zollgesetzgebung nach Innen wie nach Außen erbat der Verein, wie bereits erwähnt, zunächst eine Reform der die Wirtschaft betreffenden Verwaltung. Darüber hinaus sollte das Handelsamt jährlich einen Rat von Sachverständigen aus den Ständen der Agrarier, der Industriellen und der Kaufleute aus allen Teilen Deutschlands um sich versammeln, um einen Bericht über die Berücksichtigung der durch sie vertretenen Interessen sowie ein Gutachten über vorzuschlagende Veränderungen in der Gesetzgebung in Zoll- und Handels-sachen zu erhalten.

²⁷⁴ Petition der Generalversammlung des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins an die Deutsche Nationalversammlung. Bundesarchiv Frankfurt VWA DB51. S. 154ff.

²⁷⁵ Hansen, Rheinische Briefe. Bd.2. Zweite Hälfte, S. 189.

²⁷⁶ Aber bereits in der Sitzung vom 24. Mai hatte die Nationalversammlung beschlossen, einen Ausschuß zu bilden, der „die Arbeiterfrage und alles, was damit in Beziehung steht, nämlich die Anträge in Bezug auf die Handels- und Gewerbeverhältnisse“, behandeln sollte und dem auch die Behandlung der Anträge über das Zollwesen übertragen wurde. Vgl. Hansen, Rheinische Briefe. Bd. 2. Zweite Hälfte, S. 189. Anm. 5.

Dem Ausschußprotokoll zufolge waren etwaige Mitteilungen für die Abgeordneten aus Rheinpreußen an den Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein geschickt worden.²⁷⁷ Am 18., 19. und 20. Mai 1848 hatte die Deputation des Vereins mit vielen Mitgliedern des Ausschusses und der Nationalversammlung über ihre Forderungen diskutiert.²⁷⁸ Die Tätigkeit der Deputierten in der Revolution 1848/49 wurde vom Verein als erfolgreich eingeschätzt.²⁷⁹

Nachdem die Deputierten des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins ihre Botschaft an die Nationalversammlung in Frankfurt gerichtet hatten, plante der Vorstand eine Sonderkonferenz innerhalb des Vereins. Mit dieser Sonderkonferenz wollte der Vorstand eine Gelegenheit bieten, die Interessen der einzelnen Branchen gemeinschaftlich zu erörtern.²⁸⁰ Die Konferenz sollte vom 3. Juni bis 8. Juli stattfinden und thematisch verschiedene Industriezweige behandeln. In diesen branchenspezifischen Sonderkonferenzen sollten Fragen des Zoll- und Handelssystems unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Einigung Deutschlands geprüft werden. Um alle Anträge definitiv zu beschließen und die sachverständigen Abgeordneten, die in der deutschen sowie in der preußischen Nationalversammlung die Beschlüsse zu vertreten hatten, auszuwählen, wurde eine Generalversammlung geplant.²⁸¹

Die Initiativen und Forderungen des Vereins im Hinblick auf den Schutzzoll wurden, ebenso wie die Meinungen anderer Interessengruppen, vom Volkswirtschaftlichen Ausschuß in Frankfurt als wichtige Anregungen aufgenommen. Zu diesem Zweck schickte der Volkswirtschaftliche Ausschuß ein Schreiben an viele mit der Wirtschaft in Verbindung stehende Gruppen, um die unterschiedlichen Meinungen zu wichtigen Vorschlägen der Handels- und Gewerbesachverständigen, wie der des deutschen Zolltarifs, zu hören. Diesen Fragebogen erhielt auch der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein.²⁸² Für die mündliche Besprechung,

²⁷⁷ Vgl. Protokoll von der 12. Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung 1848/49. Conze/Zorn, Die Protokolle, S. 72.

²⁷⁸ Bericht des Centralcomites über die Tätigkeit der Deputierten in der Nationalversammlung in Frankfurt am 24. Juni 1848. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁷⁹ Bericht des Centralcomites über die Tätigkeit der Deputierten in der Nationalversammlung in Frankfurt am 24. Juni 1848. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁸⁰ Bekanntmachung des Centralcomites an den Zweigvereine am 26. Juni 1848. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁸¹ Bekanntmachung über eine Generalversammlung am 11. Juli 1848. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁸² Offizielles Schreiben des Centralcomites am 2. August 1848. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

zu der der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein aus diesem Anlaß geladen war, fuhren Daniel von der Heydt, Boeddinghaus, Moritz Simons und W. Meckel Sohn am 1. September 1848 nach Frankfurt.²⁸³ Während dieser Reise hatte die Deputation mehrmals Gelegenheit, ihr Anliegen mit wichtigen Persönlichkeiten aus dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß und mit Abgeordneten nochmals zu erörtern und es zu erläutern. Auch mit zahlreichen anderen Vereinen wurden in Frankfurt Gespräche geführt.

Nicht nur der Verein insgesamt, sondern auch die einzelnen Zweigvereine reichten in dieser Zeit Petitionen ein. Den Protokollen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses zufolge hatten einige Zweigvereine am 10. Oktober 1848 Anträge und Petitionen über den Einfluß der Reichsgewalt auf das Eisenbahnwesen eingebracht.²⁸⁴

Nach Christian Reinicke erreichte die handelspolitische Petitionsbewegung vom Dezember 1848 bis Januar 1849 ihren Höhepunkt.²⁸⁵ Nachdem die freihändlerische Seite die Forderung nach Zollsensungen für Fertigwaren und landwirtschaftliche Produkte an die Nationalversammlung gestellt hatte, stieg die Zahl der Petitionen der Schutzzöllner ab November 1848 stark an. Doch die Tätigkeit des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins war nach dem 10. Oktober 1848 in der Öffentlichkeit kaum mehr wahrnehmbar. Wohl aufgrund fehlender Quellen über dessen Tätigkeit in dieser Zeit kam Fliegner zu dem Ergebnis, der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein sei während der Revolution untergegangen. Da die Petitionsbewegung im März 1849 endete, war es nach Reinicke nicht der deutliche Prestigeverlust der Nationalversammlung, an dem der Versuch scheiterte, einen deutschen Nationalstaat zu schaffen, sondern der Umstand, daß das Organisationspotential im Zollpolitischen Lager erschöpft war.²⁸⁶

Nach der Revolution 1848/49 bestand der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein weiter und vertrat die Ziele seiner Mitglieder innerhalb der neuen politischen Konstellationen.

²⁸³ Bericht der Deputation an die Mitgliedern am 16. September 1848. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁸⁴ Conze/Zorn, Die Protokolle, S. 153.

²⁸⁵ Vgl. Reinicke, "Forderung des Volkes", S. 104.

²⁸⁶ Vgl. Reinicke, "Forderung des Volkes", S. 104.

1.3.3. Die Tätigkeit nach der Revolution

Die Revolution von 1848/49 in Deutschland wird dem Typus der gescheiterten bürgerlichen Revolutionen zugerechnet, das Bürgertum hatte die Chance einer politischen Umwälzung nicht nutzen können. Das preußische Vereinsgesetz von 1850²⁸⁷ sah ein weitgehendes Verbot politischer Vereine vor, wodurch die Möglichkeiten der politischen Einflußnahme des Bürgertums stark eingeschränkt waren. In der Sozialgeschichte gilt diese Zeit als der Beginn der „bewegtesten und folgenreichsten Abschnitte der neueren Geschichte“²⁸⁸ und „des bürgerlichen Realismus“²⁸⁹. Dieser Zeitabschnitt prägte für Jahrzehnte das bürgerliche Denken und Handeln und die bürgerliche Lebensform.²⁹⁰ Unter den Beschränkungen der politischen Tätigkeit wurden die bürgerlichen Wertvorstellungen zunächst in den privaten Lebensbereichen verwirklicht. Dieses Phänomen spiegelt sich auch in der Tätigkeit des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins wieder, der seine Aktivitäten nach der Revolution in verschiedenen Bereichen verstärkte. Die alten Forderungen der Petitionsbewegung an die Nationalversammlung bildeten die Grundlage und die programmatischen Ziele dieser Tätigkeit.

1.3.3.1. Die Tätigkeit in Bezug auf die Industrieentwicklung: Die Industrieausstellung

Die internationalen und nationalen Industrieausstellungen des 19. Jahrhunderts, die von staatlicher und privater Seite initiiert wurden, zielten in erster Linie auf die Industrieförderung. Dabei kommt der staatlichen Förderung, die im folgenden ausführlicher dargestellt werden soll, eine größere Bedeutung zu.

Im Falle der Pariser Ausstellung von 1849 hatte die preußische Regierung eine Gesandtschaft nach Paris geschickt, um Erfahrungen zu sammeln und Kontakte zu knüpfen. Der damalige Sekretär im Reichshandelsministerium, W. Oechelhaeuser, besuchte die Gewerbeausstellung in Paris und Gent in offizieller Mission.²⁹¹ Im Juni 1849 ließ der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeit den Fabrikkommissionsrat Wedding bei der Rückkehr von einer Dienstreise aus Amerika die Gewerbeausstellung in Paris besuchen. Er wur-

²⁸⁷ Dieses untersagte das Zusammentreten und die Verbindungen politischer Vereine untereinander. Vgl. Schulz, Interessengruppen in Deutschland, S. 33.

²⁸⁸ Vgl. Dirlmeier, Ulf u.a.: Deutschen Geschichte. Stuttgart 1999, S. 249

²⁸⁹ Vgl. Dirlmeier, Deutschen Geschichte, S. 249

²⁹⁰ Vgl. Dirlmeier, Deutschen Geschichte, S. 249- 250.

²⁹¹ Vgl. Schuhmacher, Martin: Auslandsreisen Deutscher Unternehmer 1750-1851. Köln 1968, S. 177.

de beauftragt, die neuen Entwicklungen in der Industrie in Augenschein zu nehmen und später darüber zu berichten.²⁹² In diesem Zusammenhang wurde ein Zusammentreffen mit Gewerbetreibenden aus Deutschland am 20. Juni 1849 als wünschenswert angesehen, um dort Ansichten und Erfahrungen mit den Gewerbetreibenden auszutauschen und die Regierung über die Ergebnisse der Gespräche zu informieren.²⁹³ Der Handelsminister beabsichtigte, neben dem Fabrikkommissionsrat auch Abgeordnete des Handelsstandes nach Paris zu schicken und ließ zu diesem Zweck in Frankfurt ein Gesandtschaftsmitglied zusammenstellen. Die Deputierten sollten während der Ausstellung auch Waren erwerben, um so weitere Kontakte mit den Verkäufern zu knüpfen. Dafür stellte die Regierung im Fall der Pariser Ausstellung von 1849 einen Fond 4.000 Frs zur Verfügung.²⁹⁴ Private Besucher der Industrieausstellung wurden gebeten, sich bei der Gesandtschaft der Regierung zu melden.

Für das Treffen der staatlichen Gesandtschaft mit den Gewerbetreibenden aus Deutschland sandte der Handelsminister ein amtliches Schreiben an den Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein mit der Bitte, einen Abgeordneten des Vereins, der die Gesandtschaft am Ausstellungsort unterstützen sollte, auszuwählen.²⁹⁵ Daraufhin wählte das Centralcomité Friedrich Heimendahl jr. und schickte ihn nach Paris.²⁹⁶ In dem Bericht, den Heimendahl zusammen mit dem ihn begleitenden M. Reichenheim verfaßte, erklärten sie „nach längerer Ausschauung und genauer Prüfung“, daß Frankreich der deutschen Industrie diesmal nichts vorbildliches geboten habe, wofür sie die Ursachen ausdrücklich „in den politischen Wirren der letzten achten Monat“ erblickten.²⁹⁷ Die Aufforderung der Regierung, in gleichsam offizieller Mission die Industrieausstellung in Paris zu besuchen, wurde vom Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein so gewertet, daß die Regierung offensichtlich ein besonderes Interesse an der Entwicklung der gewerbereichen Provinzen Rheinland und Westfalen habe.

²⁹² Amtliches Schreiben des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten an das Centralcomité des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins am 20. Juni 1849. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁹³ Amtliches Schreiben des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten an das Centralcomité des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins am 20. Juni 1849. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁹⁴ Amtliches Schreiben des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten an das Centralcomité des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins am 12. Juli 1849. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁹⁵ Amtliches Schreiben des Minister für Handels, Gewerbe und öffentliche Arbeiten an das Centralcomité des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins am 20. Juni 1849. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁹⁶ Offizielles Schreiben des Centralcomites an den Zweigverein Ruhrort am 16. Juni 1849. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

²⁹⁷ Zitat nach Schuhmacher, *Auslandsreisen*, S. 177.

Die Londoner Ausstellung von 1851 scheint für Regierung und Gewerbetreibende weniger attraktiv gewesen zu sein. Der Allgemeine Verein zum Schutz der vaterländischen Arbeit sprach sich gegen den Besuch der Ausstellung aus, „da England aller Welt zeigen wolle, daß seine Industrieerzeugnisse an ‚Solidität‘ und ‚Massenhaftigkeit‘ nicht zu übertreffen seien“. Der Verein beurteilte diese Ausstellung kritisch als einen „Wendepunkt für die Statistik – besser noch ein Probestein für die Tragweite der Freihandelsprinzipien“.²⁹⁸

In den 1850er Jahren sind trotz des schwindenden Interesses der Industriellen bezüglich Industrieausstellungen systematische Vorbereitungen der Regierung in diesem Bereiche zu beobachten. Um die Aktivitäten auf der Industrieausstellung in London 1851 zu institutionalisieren, setzte der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein eine Centalkommission in Berlin und Bezirkskommissionen in jedem Regierungsbezirk ein.²⁹⁹ Interessierte Aussteller sollte sich dort melden, damit für große Unternehmen der nötige Ausstellungsraum und der Ausstellungszoll ermitteln werden konnte.³⁰⁰ Im Rahmen der Industrieförderung ermutigte die Regierung die Industriellen zur Teilnahme an den Ausstellungen, wie man anhand der Kontakte zwischen Regierung und Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein feststellen kann. Auch durch öffentliche Verlautbarungen erhoffte man sich positive Impulse. Die Regierung stellte finanzielle Unterstützung in Aussicht und gab durch öffentliche Mitteilungen zahlreiche Informationen bezüglich Übernachtungen, Verkehr und bot Hilfestellung für den Fall von Problemen an. So veröffentlichte der „Tägliche Anzeiger für Berg und Mark“ am 15. April 1851 einen Artikel unter der Überschrift „Die wohlfeilste, sicherste und genußreichste Reise zur Londoner Industrieausstellung im Jahr 1851“, in dem darüber informiert wurde, wo die Besucher aus Deutschland Hilfe finden konnten, wie man günstig nach London reisen konnte und anderes mehr. In einer Bekanntmachung der Kommission für die Londoner Industrieausstellung im „Täglichen Anzeige für Berg und Mark“ vom 14. Juni 1851 hieß es:

„Ein großes Volk, wie das englische, in seiner ganzen praktischen Größe in wenigen Tagen beobachten zu können, bietet gewiß in diesem Jahre den höchsten Genuß für jeden Reisen-

²⁹⁸ Vgl. Schuhmacher, *Auslandsreisen*, S. 175. Anm. 915.

²⁹⁹ Offizielles Schreiben des Centralcomites an die Zweigvereine am 9. Juli 1850. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

³⁰⁰ Offizielles Schreiben des Centralcomites an die Zweigvereine am 9. Juli 1850. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

den, welche Seite des Lebens, der Kunst und Wissenschaft ihn auch vorzugsweise interessieren mag.“³⁰¹

Die Regierung ließ einen Katalog mit Informationen über Ausstellungswaren, deren Preis, Gewicht, Form usw. zusammenstellen.³⁰²

Da die Industrieausstellungen auch eine wichtige Informationsbörse darstellten, war dem Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins daran gelegen, über neue Entwicklungen und Erkenntnisse unterrichtet zu werden. Das Centralcomite bat dementsprechend die Zweigvereine, den Vorstand über wichtige Artikel der Ausstellung, die für die eigenen wirtschaftlichen Interessen von besonderer Bedeutung waren, zu informieren.³⁰³ In der Delegation, die zur Londoner Industrieausstellung entsandt wurde, sah das Centralcomite überdies eine Möglichkeit, wichtige Interessen seiner Provinz zu wahren.³⁰⁴ Die Innovationen und Leistungen anderer industrialisierter Länder erlangten auf diese Weise allgemeine Bekanntheit, und die Gewerbetreibenden wurden über die geeignetsten Bezugsquellen international gehandelter gewerblicher Erzeugnisse unterrichtet. Den deutschen Industriellen bot sich auf den Industrieausstellungen die Gelegenheit, die eigenen Arbeitserzeugnisse auf dem internationalen Markt bekannt zu machen und zu weltweiter Anerkennung zu gelangen.³⁰⁵

Die Vereinigungen der Industriellen nutzten die staatliche Förderung, die von keinerlei Zwang oder Repression begleitet war, für ihre Interessen. Der Staat, der die Industrieförderung auch über die Gesetzgebung und über Neuerungen im Bildungswesen, beispielsweise die Gründung von Gewerbeschulen, vorantrieb, war daran interessiert, daß möglichst viele Industrielle die Industrieausstellungen besuchten. Durch privates und staatliches Engagement wurde die Industrialisierung Deutschlands vorangetrieben.

³⁰¹ „Täglicher Anzeiger für Berg und Mark“. Elberfeld am 15. April 1851.

³⁰² Diesen Katalog konnte man in der Bezirkskommission, im Buchhandel und Druckereien kaufen. Bekanntmachung der Handelskammer von Elberfeld und Barmen vom 9. Mai 1851, im „Täglichen Anzeiger für Berg und Mark“.

³⁰³ Offizielles Schreiben des Centralcomites an den Zweigverein Ruhrort am 16. Juli 1849. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

³⁰⁴ Offizielles Schreiben des Centralcomites an die Zweigvereine. 9. Juli 1850. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

³⁰⁵ Offizielles Schreiben des Centralcomites an die Zweigvereine. 9. Juli 1850. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

1.3.3.2. Die Tätigkeit in Bezug auf die Handelspolitik

Während die Industrieunternehmer mit Hilfe der Industrieausstellungen die Interessen der eigenen Provinz und eine schnelle und selbständige Industrialisierung durchzusetzen versuchten, engagierten sie sich gleichzeitig dahingehend, eine zukünftige einheitliche wirtschaftspolitische Ordnungen zu etablieren. Dies versuchten sie schon während der Revolution von 1848/49 in der Nationalversammlung, und auch nach der Revolution wollten sie diese Ziele in einem wirtschaftlichen Parlament, in der Zollkonferenz verfolgen. Es setzte nun eine neue Phase in der seit Anfang des 19. Jahrhunderts andauernden Kontroverse um die Außenhandelspolitik ein. Tatsächlich bestärkte das Vorhandensein der Zollkonferenz selbst die Konflikte zwischen den einander widersprechenden wirtschaftlichen Interessen.

Die Staatsregierung beabsichtigte eine Generalkonferenz einzuberufen, um die schon seit zwei Jahren wegen der Revolution verschobene Revision des Zollvereinstarifs zu verabschieden und stellte am 1. Juli 1850 einen dementsprechende Antrag an die Regierungen der zum Zollverein gehörenden Staaten. Das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten sandte am 6. April 1850 eine amtliche Schrift an den Oberpräsident der Rheinprovinz, in der gebeten wurde, vier Deputierte dieser Provinz zu benennen. Daraufhin schickte der Oberpräsident am 8. April 1850 jeder Handelskammer der Rheinprovinz einen Schriftsatz, in der die Handelskammern aufgefordert wurden, einen Deputierten auszuwählen.³⁰⁶

Das Centralcomite vermutete hinter diesen amtlichen Schreiben eine Heimtücke des Preußischen Staates, weil nur je vier Abgeordnete aus jeder der acht Provinzen bestimmt werden konnten, und der Verein, als anspruchsvollste Interessengruppe, selbst de facto nicht teilnehmen konnte. Daher sandte das Centralcomite des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins an die Zweigvereine die Botschaft:

„[...] so ist es von erhöhter Wichtigkeit, daß die von den Handelskammern zu tätigen Wahlen der Deputierten auf Männer fallen, welche entweder unserem Verein als Mitglieder

³⁰⁶ Amtliches Schreiben des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an die Handelskammer in Elberfeld am 8. April 1850. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

angehören, oder doch mit den von ihm vertretenen handelspolitischen Grundsätzen übereinstimmen.“³⁰⁷

Insbesondere bat das Centralcomite den Zweigverein für Ruhrort, dessen Vorsitzender Franz Haniel war, Moritz Simons durch Wahl zu benennen.³⁰⁸

Da diese Initiative der Regierung Interessengruppen wie den Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein in ihrer Tätigkeit massiv behinderte, mußten diese Interessengruppen einen anderen Weg suchen, ihre Interessen außerhalb offizieller Bühnen wie der Zollkonferenz geltend zu machen.

Am 24. Juni lenkte das Centralcomite in einer Generalversammlung die Aufmerksamkeit seiner Mitglieder auf die umfassenden Aktivitäten der Freihändler für eine liberale Handelspolitik. Das Centralcomite wies ausdrücklich auf die tatsächlich engen Verbindungen zwischen den Freihändlern und Beamten und Gutbesitzern hin und betonte, daß durch dieses Verhältnis die Theorie des Freihandels in der Wirtschaftsverwaltung akzeptiert werde. Daher wurde in der Generalversammlung entschieden, die handelspolitische Grundsätze des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins der Öffentlichkeit vermittels der Presse bekanntzumachen und auch gegenüber der Regierung und der Handelskammer durch Anträge sowie Petitionen noch einmal und stärker zu vertreten. Um diese Entscheidung durchzusetzen, entschloß sich das Centralcomite, die Beiträge anzuheben, und informierte die Zweigvereine am 1. Juli 1850 von dieser Entscheidung.³⁰⁹

Die Notwendigkeit der Revitalisierung der Aktivitäten des Vereins regte eine Verlängerung der Existenzfrist des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins an. Diese Frist, die eigentlich laut Satzung von 1848 an für drei Jahr gültig war,³¹⁰ sollte jetzt verlängert werden, da die Industriellen sich gegen die die Oberhand gewinnenden Freihändler zu Wehr setzen mußten. So wurde in der Versammlung diese Frage diskutiert und die Veränderung der Sta-

³⁰⁷ Offizielles Schreiben des Centralcomites an den Zweigverein Ruhrort am 18. April 1850. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

³⁰⁸ Offizielles Schreiben des Centralcomites an den Zweigverein Ruhrort am 18. April 1850. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

³⁰⁹ Offizielles Schreiben des Centralcomites an den Zweigverein Ruhrort am 1. Juli 1850. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

³¹⁰ § 1: „[...] welche mit dem Jahre 1848 beginnen und mit dem Jahre 1850 endigen“. Entwurf zu dem Statut des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins im Januar 1848. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

tuten von 1848 beschlossen. Mit dem Statut von 1851 wurde der Verein auf unbestimmte Zeit fortgeführt, wobei sich das Statut von 1851 nicht sehr von dem von 1848 unterschied.³¹¹ Seine Ziele waren die Vermehrung lohnender Arbeit im Vaterland, zunächst in den beiden genannten Provinzen sowie die Verbesserung des Wohlstandes der für Lohnarbeitenden Klassen.³¹² Wie schon im vorherigen Statut wurde angestrebt, dieses Ziel durch einen angemessenen und gerechten Schutz gegenüber dem Ausland zu erreichen (§ 3). Die Betonung der provinziellen Interessen wurde im neuen Statut noch eindeutiger unterstrichen, und die Formulierung „Arbeit“ wurde durch den Begriff der „Leistungen von Arbeitnehmern“ konkreter gefaßt. In diesem Statut findet sich auch die Betonung einer Verstärkung der Industrialisierung. Wie groß der Einfluß des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins durch diese Bemühungen hinsichtlich der Revision der Zollfrage, besonders der Reform der liberalen Zollgesetze, auf realpolitischer Ebene wirklich war, kann nicht genau bestimmt werden. Ein Ergebnis der Aktivitäten der schutzzöllnerischen Bewegung war die Stellungnahme einer Sachverständigengruppe der Regierung vom 10. Mai 1850 für die Revision des Zollgesetzes von 1818. Der Verein selbst interpretierte dies als erfolgreichen Fortschritt seiner Bemühungen.³¹³

In der nachrevolutionären Atmosphäre besaßen die Schutzzöllner im Vergleich zu den Freihändlern mehr Unterstützungsgruppen und konnten ihre Interessen stärker zu Gehör bringen, wenngleich dies in der Öffentlichkeit nicht mehr in gleichem Maße wie zuvor möglich war.³¹⁴ Aber wie anhand der Fristverlängerung festgestellt werden kann, bestand das Bedürfnis, den Verein fortbestehen zu lassen. Anfang der 1850er Jahre engagierte sich der Verein dann besonders in der Handelspolitik.

³¹¹ In dem Statut von 1848 wurde folgendes Ziel genannt: „Zweck des Vereins ist Vertretung der Interessen deutschen vereinsländischen Gewerbefleißes in allen Fällen, wo eine solche beantragt wird und erforderlich erscheint; insbesondere a. Vermehrung der nationalen Arbeit durch Hebung der vereinsländischen Industrie und durch Erstellung eines angemessenen Schutzes gegen das Ausland. b. Verbesserung des materiellen Zustandes der arbeitenden Klasse durch die Wirksamkeit seiner Zweigvereine auf dem Wege angemessener Vereinbarung unter den Industriellen. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

³¹² § 2 des Statutes von 1851. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

³¹³ Offizielles Schreiben von dem Centralcomite an den Vorstand des Zweigvereins Ruhrort am 1. Juli 1850. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

³¹⁴ Nach der politischen Reaktion konzentrierte sich das Bürgertum auf das wirtschaftliche Wachstum und betonte in der Öffentlichkeit die „Hebung der Wohlstands“. Vgl. Hashagen, Justus: Das Rheinland im Wandel der Zeit. Bonn 1940, S. 263-264.

Die Methoden des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins unterschieden sich nicht sehr von denen des Revolutionsjahres 1848. Im Februar 1851 arbeitete das Centralcomite zwei Adressen, eine an den König und eine an das Ministerium aus, und für die Abstimmung über diese Adressen wurde eine Versammlung für die 4. Februar 1851 einberufen.³¹⁵ Danach schickte der Elberfelder Zweigverein am 13. Februar 1851 die erste Petition an den König und das Centralcomite im selben Monat die zweite Petition an den Ministerpräsidenten Manteuffel ab. Das Ziel dieser beiden Petitionen war die Revision des Gesetzes von 1818 und weitere schutzzöllnerischen Maßnahmen.

Der Elberfelder Zweigverein betonte den Bedarf von Eingangszöllen für ausländische Gewerbeerzeugnisse, um „den Schutz der Arbeit des eigene Landes“ zu sichern. Der Petition zufolge habe „die verblendende Doktrin und deren Bekenner, der Freihandel, unter dem Frohlocken des beutegierigen Auslandes“ gewirkt. Deshalb müsse der König nach dem Vorbilde Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelm des Dritten durch höhere Zölle Schutzmaßnahmen ergreifen.³¹⁶

In der Petition des Centralcomites an Ministerpräsidenten Manteuffel wurden die Bedürfnisse der Schutzzöllner noch ausführlicher dargestellt und offensiver vertreten. Besonders die Gefahr, die von der Oberherrschaft Englands über den Weltmarkt ausging, wurde noch nachdrücklicher geschildert. So wurde als unglückliches Ergebnis des „liberalen“ Gesetzes von 1818 genannt, daß „die inländische Weberei zum größten Teil von der Spinnereien Englands abhängt, und die Leinen-Industrie am Rhein, in Westfalen, Schlesien in Verfall geraten“ sei. Unter dem System des Freihandels würde Deutschland „im freien offenen Kampf“ der über Jahrhunderte geschützten Industrie der Großmacht Großbritannien erliegen.³¹⁷

³¹⁵ „Täglicher Anzeiger für Berg und Mark“ Elberfeld. am 2. Februar. 1851.

³¹⁶ Allerunterthänigsten Adresse der unterzeichneten Handels- und Gewerbetreibende der Stadt Elberfeld an den König, Februar 1851. Westfälisches Wirtschaftsarchiv. Dortmund. K3 IHK Bielefeld No. 493. Dieses Thema wurde in einer Generalversammlung des Zweigvereins in Elberfeld am 13. Februar 1851 behandelt. „Täglicher Anzeiger für Berg und Mark“ am 13. Februar 1851.

³¹⁷ „Wir behaupten, daß ein zwischen Großbritannien und Deutschland ausgeführtes System des ‚Freihandels‘ unser Vaterland ins Verderben stürzen würde. Großbritannien, durch Jahrhunderte eines in unerhörtem Umfange gewährten Schutzes und durch seine unverhältnismäßige Macht hat seine Industrien so kolossal gehoben, daß Deutschland im freien offenen Kampf erliegen würde.“ Petition des Centralcomites des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins an den Ministerpräsident in Februar 1851. Westfälischen Wirtschaftsarchiv. Dortmund. K3 IHK Bielefeld No. 493.

Auffallend an dieser Petition ist die Feststellung des Erfolges der eigenen Bemühungen:

„... die im Mai v. Js im Handelsministerio versammelt gewesene Conferenz von Sachverständigen hat bewiesen, daß der Verein durch die gesetzlich bestellten Organe in seinen Zwecken und Erfolgen gewürdigt worden ist.“³¹⁸

Demzufolge scheint die Forderung der schutzzöllnerischen Seite nach einer Sachverständigenversammlung, wie sie in der Petition des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins in der Revolutionszeit von 1848/49 betont wurde, von der Regierung akzeptiert worden zu sein. Der Verein verbuchte dies als ein erfolgreiches Resultat seiner Einflußnahme.

Neben dieser Tätigkeit außerhalb der politischen Bühne wurde der Verein auch im parlamentarische Bereich aktiv. Einige Mitglieder traten als Abgeordnete in die Politik ein und erzielten einzelne Erfolge. So sendeten die Abgeordneten von Eynern, Böcker, de Werth und Feldhoff an den Verein die telegraphische Depesche, daß das Bergwerksbesteuerungsgesetz in der ersten Kammer am 6. Mai 1851 in Berlin angenommen worden war.³¹⁹

Obwohl der Verein einige Erfolge mit Zufriedenheit für sich verbuchen konnte, wurden die eigentlichen Ziele nicht erreicht. Durch die Fortführung des Vereins wollten die Schutzzöllner der Beeinflussung durch die Freihändler in den Ländern des Zollvereins entgegenreten. In den frühen 1850er Jahren war der Beitritt Österreichs das Hauptthema in den Diskussionen des Zollvereins. Diese Frage wurde im Jahre 1853 mit dem Handelsvertrag zwischen Preußen und Österreich, der bis 1867 gültig sein sollte, kurzfristig gelöst. Unabhängig von dieser Diskussion in der Zollkonferenz entwickelte sich der Freihandel, beeinflusst durch die britische und französische Zollpolitik, in der Zeit der 1850er und 1860er Jahre zur Hauptströmung in der Wirtschafts- und insbesondere der Handelspolitik in Europa.

³¹⁸ Petition des Centralcomites des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins an den Ministerpräsident in Februar 1851. Westfälischen Wirtschaftsarchiv. Dortmund. K3 IHK Bielefeld No. 493.

³¹⁹ „Täglicher Anzeiger für Berg und Mark“. Elberfeld am 7. Mai 1851.

1.3.3.3. Die Tätigkeit in Bezug auf die soziale Frage: Verbindung mit dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen

Der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein war zeitweise mit dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen eng verbunden. Diese Verbindung ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil der Centralverein als eine Organisation der frühliberalen Sozialbewegung angesehen werden kann.³²⁰ Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen war im Oktober 1844 in Berlin im Anschluß an die erste große Gewerbeausstellung des Zollvereins und unter dem Eindruck des schlesischen Weberaufstandes gegründet worden. Als sein Vereinsziel strebte der Centralverein die freie Vereinigung von „Gewerbs- und Menschenfreunden“ an, die „Elend und Entbehrungen unter [den] durch die Ausdehnung der Industrie zahlreicher gewordenen Klassen“ mindern und die sittliche wie materielle Lage der Arbeiter gleichermaßen verbessern wollten.³²¹ Die Existenz und die Tätigkeit des Centralvereins sind ein Beleg dafür, daß das deutsche Bürgertum sich dieser frühliberalen Bewegung angeschlossen hat.

Die Verbindung zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein und dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen hat Eberhard Illner in seiner Untersuchung über die bürgerliche Organisierung in Elberfeld untersucht.³²² Illner zufolge fungierte der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein von Januar 1850 bis Juli 1851 zugleich auch als Elberfelder Korrespondenzbüro des Centralvereins zum Wohl der arbeitenden Klassen und richtete eine besondere Sektion für die im Wirkungskreis des Centralvereins liegenden Zwecke und Tätigkeiten ein.³²³ Die Arbeit dieses Korrespondenzbüros verlief nach Illner „offenbar größtenteils in Stillen“.³²⁴ Da der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein in dieser Zeit vermutlich aufgrund mangelnder Motivation seine Arbeit einstellte³²⁵, schloß er sich als eine Unterorganisation dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klasse an.

³²⁰ Vgl. Reulecke, Sozialer Frieden, S. 18-20.

³²¹ Vgl. Reulecke, Sozialer Frieden, S.16.

³²² Vgl. Illner, Eberhard: Bürgerliche Organisierung in Elberfeld 1775-1850. Neustadt an der Aisch, 1982.

³²³ Vgl. Illner, Bürgerliche Organisierung, S. 135.

³²⁴ Vgl. Illner, Bürgerliche Organisierung, S. 135.

³²⁵ Illner zufolge änderten sich mit dem Eintritt des Bankiers August von der Heydt ins preußische Kabinett die Vorstellungen der Unternehmer über die Formen der Beeinflussung hinsichtlich der Wirtschaftspolitik. Vgl. Illner, Bürgerliche Organisierung, S. 135.

Die Verbindung zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein und dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen und seine Tätigkeit im Rahmen des Centralvereins hat jedoch eine weitergehende Bedeutung. Die Verbindung bestand nicht erst seit dem Jahre 1850, sondern reicht bis in das Jahr 1848 zurück. Nach dem provisorischen Reglement des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen vom 28. Mai 1848 war der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein bereits in dem „Verzeichniß der Provinzial- und Lokalvereine vom Centralverein, mit welchen der Centralverein für den Wohl der arbeitenden Klassen in Verbindung steht“, aufgeführt.³²⁶ Auch finden sich Mitglieder des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen wie Diergardt, Haniel, Stinnes, Croon und Boeddinghaus in der Mitgliederliste des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins.³²⁷

Eigentlich wollte der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen eine Dachorganisation für alle Bestrebungen auf sozialem Gebiet, die in bestimmten Zielen übereinstimmen, und gleichzeitig ihr Kommunikationsmittelpunkt sein.³²⁸ Deshalb unterhielt der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen Kontakte zu zahlreichen Ratgebern, erhielt Unterstützung von außerhalb und trat mit vielen Organisationen in Verbindung. Der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein ist nur ein Beispiel dafür.

Mit der Gründung des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins am Ende des Jahres 1847 schien aber unter dem Bürgertum in dieser Provinz ein neuer Regulierungsbedarf entstanden zu sein, weil bereits eine bürgerliche Organisation wie der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen bestand. In einer Sitzung des Vorstandes und Ausschusses des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen von 27. Oktober 1848 einigte man sich, daß der Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins in Elberfeld zu ersuchen sei, die wegen der bereits bestehenden Vereine und Organisationen vorgelegten Fragen zu beantworten.³²⁹ Die Verbindung zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein und dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen scheint ohne Probleme abgelaufen zu sein, wenn man die „Verzeichnisse der Provinzial- und Lokalvereine, mit wel-

³²⁶ Vgl. Köllmann, Wolfgang/Reulecke, Jürgen (Hg.): Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Bd. 1. Hagen 1980, S. 317.

³²⁷ Diergardt, Boeddinghaus und Croon nahmen an der Gründung des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen teil.

³²⁸ Vgl. Reulecke, Jürgen: Sozialer Frieden durch soziale Reform, S. 21.

³²⁹ Vgl. Köllmann, /Reulecke, Mittheilungen. Bd.1, S. 286.

chem der Centralverein in Verbindung steht“, vom 25. September 1850³³⁰ und vom 9. April 1851³³¹ zu Rate zieht. Die Kontaktaufnahme scheint vom Centralverein ausgegangen zu sein. Am 26. Juni 1850 nahm der Zweigverein Ruhrort des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins einen Vorschlag vom Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen entgegen:

„In dem wir geehrten Verein anliegend eine Anzeige über die Bestellung unseres Centralverein [...] zur gefälligen Kenntnis ergebenst mittheilen, bitten wir, sich die Beförderung der darin ausgesprochenen Zwecke und der Ausbreitung unseres Vereins unter den dortigen Mitgliedern angelegen sein zu lassen und mit uns in Verbindung zu treten.“³³²

Nach diesem Vorschlag scheint sich eine richtiggehende Verbindung als Teilsection und Dachorganisation etabliert zu haben. Endlich „richtete der Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein eine besondere Section für die im Wirkungskreis des Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen liegenden Zwecke und Tätigkeiten“ ein.³³³

Durch die Zusammenarbeit der beiden Organisationen kann der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein als eine bürgerliche Organisation mit frühliberalem Interessen an der sozialen Frage charakterisiert werden. Nach dem Programm des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen sollten eigentlich alle politischen Themen aus der Tätigkeit des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins ausgeschlossen bleiben.³³⁴ Daher konnte auch Frage der Handelspolitik offiziell nicht behandelt werden, solange diese Verbindung gültig war. Trotz dieser inhaltlichen Begrenzung setzte der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein

³³⁰ Verzeichniß der Provinzial- und Lokalvereine, mit welchen der Centralverein in Verbindung steht. Ausgabe a. 25. September 1850. In: Köllmann/Reulecke, Mittheilungen. Bd.2, S. 768.

³³¹ Vgl. Köllmann/ Reulecke, Mittheilungen. Bd.2, S. 1180.

³³² Offizielles Schreiben des Vorstandes des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen aus Berlin an einen Lokalverein des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins am 26. Juni 1850. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

³³³ Einrichtungen, welche beim Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen bereits früher getroffen und nach der Neuwahl des Vorstandes und Ausschusses in der Generalversammlung vom 16. April weiter zu treffen sind, am 10./15. Mai 1851. In: Köllmann/Reulecke, Mittheilungen. Bd. 2, S. 1190

³³⁴ § 3: „... Von der Aufnahme in diese lithographierte Corespondenz bleiben alle und jede, selbst bloß thatsächliche Mittheilungen aus dem Bereiche der Politik, ebenso Polemik und Diskussionen über handelspolitische Parteifragen, wie beispielsweise über Freihandel oder Schutzzoll unbedingt ausgeschlossen“ Programm betreffend die von dem Centralverein für den Wohl der arbeitenden Klassen zu Berlin herauszugebende lithographirte Correspondenz am 18. Juni 1851. Köllmann/Reulecke, Mittheilungen. Bd. 2, S. 1257.

aufgrund der hohen Übereinstimmung der Ziele die Verbindung mit dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen fort.³³⁵ Der Aufruf des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen zur Mitarbeit und die Verbindung der beiden ermöglichten trotz der Beschränkung der Tätigkeitsziele wichtige Hinweise für das Verständnis des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins in dieser Zeit. Sie zeigen zum einen, daß der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein der frühen liberalen Bewegung für die soziale Frage zuzuordnen ist. Auf der andere Seite könnte diese Zusammenarbeit in Zusammenhang mit dem Fortbestehen des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins nach der Revolution zu sehen sein.

Wie von Illner angedeutet, kann diese Verbindung als ein Zeichen der Auflösung des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins gedeutet werden. Illner zufolge planten viele Unternehmer unter den veränderten politischen Bedingungen der zweiten Jahreshälfte 1848, die preußische Wirtschaftspolitik zu beeinflussen. Als aber im Dezember 1848 der Bankier August von der Heydt in das preußische Kabinett eintrat, hatten die schutzzöllnerischen Unternehmer eines der großen Ziele erreicht, um das sie sich mit dem Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein bemüht hatten.³³⁶ Deshalb lehnte sich laut Illner die Tätigkeit des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins an die Ziele und Aktivitäten des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen an.

Diese Einschätzung ist nicht zutreffend. Der Verein wurde nicht deshalb gegründet, weil sein Versuch zur direkten politischen Teilnahme mißlang. Von Anfang an versuchte der Verein, indirekt durch Petitionen und Veröffentlichungen zu wirken. Der Grund, warum die Industriellen nicht die vorhandenen Institutionen der Handelskammern für die Erreichung ihrer Ziele nutzten, rührte daher, daß eine unmittelbare Einwirkung der Zweigvereine auf eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse über die Handelskammern in den jeweiligen Bezirken nicht möglich war.³³⁷ Die Industriellen übten also nicht zunächst auf politischer Ebene Einfluß aus, sondern wollten zuallererst auf der örtlichen Ebenen ihren Einfluß geltend machen. Darüber hinaus ist nicht klar, ob August von der Heydt den schutzzöllneri-

³³⁵ Köllmann/Reulecke, Mitteilungen. Bd. 2, S. 1258.

³³⁶ Vgl. Illner, Bürgerliche Organisierung, S. 135.

³³⁷ Darlegung der Motive zu dem als Manuscript gedruckten Entwurf des Statuts eines Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins. Landeshauptarchiv Koblenz Best. 403. Nr. 8223, S. 320.

sche Unternehmern zustimmte oder nicht. In den Unterschriften der Petition, die der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein an die Nationalversammlung in Frankfurt während der Revolution von 1848/49 richtete, findet sich sein Name nicht. Deshalb kann nicht gesagt werden, ob die schutzzöllnerischen Unternehmer ihn als einen Vertreter ihrer Interessen anerkannten. Außerdem weitete sich die Tätigkeit des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins nicht nur während, sondern auch im Anschluß an die Zeit der Zusammenarbeit mit dem Centralverein aus.

Es kann also nicht von einem Auflösungsprozeß des Gewerbevereins gesprochen werden, sondern die Zusammenarbeit mit dem Centralverein muß als eine Art Überlebensstrategie des Gewerbevereins in dieser Zeit angesehen werden. Dabei ist zunächst die Erneuerung des Koalitionsgesetzes während der Phase der Restauration zu beachten. Nach der preußischen Gewerbeordnung von 1845 erlaubte die Regierung Koalitionsversuche, solange sich diese nicht der Monarchie entgegensetzten.³³⁸ Aber nach dem Scheitern der Revolution begann auch in diesem Bereich ein restaurativer Prozeß. Seit Beginn der 1850er Jahre war das Vereinswesen von mehreren juristischen Reglementierungsmaßnahmen betroffen.³³⁹ In dieser schwierigen Situation könnte der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein in der Verbindung mit dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen eine Chance zum weiteren Überleben gesucht haben. Die zweite Überlegung steht in Zusammenhang mit dem Begriff des „bürgerlichen Realismus“³⁴⁰. Das damit umschriebene Phänomen äußerte sich auf kultureller, politischer und wirtschaftlicher Ebene und es erfaßte auch die allgemeinen Lebensformen.³⁴¹ Das deutsche Wirtschaftsbürgertum konzentrierte sich insbesondere in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur in den 1850er Jahren noch mehr auf sein wirtschaftliches Engagement. Die deutschen Unternehmer, gleich ob freihändlerisch oder schutzzöllnerisch orientiert, verdienten in dieser Zeit gut. Auch das Einsetzen einer geordneten liberalen Wirtschaftspolitik der Regierung trug dazu bei, daß sich die Unternehmer nicht so aktiv für eine wirtschaftliche Umorientierung einsetzen mußten. Das reformerische Interesse, das sich im Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein zeigte, wirkte

³³⁸ Vgl. Hardtwig, Wolfgang: Strukturmerkmale In: Otto Dann (Hg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. München 1984, S. 12.

³³⁹ Krey, Ursula: Vereine in Westfalen 1840-1855. Paderborn 1993, S. 3.

³⁴⁰ Dirlmeier, Ulf u.a. Kleine deutsche Geschichte. Stuttgart 1995, S. 278.

³⁴¹ Vgl. Dirlmeier, Kleine deutsche Geschichte, S. 278-279.

als weiteres Element auf die Verbindung der beiden Vereine ein. Während der Restauration mußten die Unternehmer diese sozialreformerischen Ziele verbergen. Die Form der Organisation als eine Section des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen könnte als angemessen erachteter Weg erschienen sein, die Vereinsarbeit fortzuführen.

Allerdings läßt dieser Erklärungsansatz noch eine Frage offen. Nach 1851 stand der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein in keiner Verbindung mehr zu dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen. Jedenfalls finden sich keine Dokumente, die eine solche Verbindung belegen würde. Aufmerksamkeit verdient in diesem Punkt die Untersuchung von Jürgen Reulecke über den Entwicklungsweg des sozial-liberalen Flügels der frühliberalen Bewegung nach 1848. Reulecke zufolge war dieser sozial-liberale Flügel der frühliberalen Bewegung nach der Revolution 1848/49 in der liberalen Gruppierung Schulze-Delitzchs und in einigen Kreisen der Freihandelspartei, die sich im Volkswirtschaftlichen Kongreß gesammelt hatten, aufgegangen.³⁴²

Wie der weitere Konflikt zwischen den Freihändlern und den Schutzzöllnern zeigt, gab es eine Möglichkeit, schutzzöllnerische Interessen in Bezug auf die sozialen Frage auf eigenen Wegen, getrennt von der freihändlerischen Seite, zu verfolgen. Dies könnte ein Grund dafür sein, daß die Verbindung zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein und dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in den 1850er Jahren beendet wurde. Diese Unterschiede traten in den 1860er Jahren in der Idee der „Selbsthilfe“ zu Tage, mit der über Versicherungssysteme eine indirekte Intervention des Staates bei der Lösung der Sozialen Frage erreicht werden sollte. Das Wirtschaftsbürgertum benutzte die Soziale Frage häufig als öffentliches Schlagwort, und war, wie manche Historiker annehmen, in erster Linie an seinem Profit orientiert. Aber wie die Entstehungsgeschichte der Massenarmut im Prozeß der Frühindustrialisierung zeigt, stand die Lösung der Sozialen Frage immer auch in einem engen Wechselverhältnis zum Erfolg des Industrialisierungsprozesses. Die deutschen Industrieunternehmer waren selbstverständlich vor allem an der Durchsetzung der Industrialisierung interessiert, dabei galt ihnen die Lösung der Sozialen Frage als ein wichtiger und nicht zu vernachlässigender Nebenaspekt. In der Logik der Industrieunternehmer bedeutete dies, daß die Lösung der Sozialen Frage dann erfolgreich sein konnte, wenn die Industriali-

³⁴² Vgl. Reulecke, Sozialer Frieden, S. 19.

sierung so schnell als möglich vollendet wurde. Diese Erwartung scheint sich in späterer Zeit erfüllt zu haben.

Trotz des Zurückgehens der aktiven Tätigkeit in der Öffentlichkeit und der Lösung vom Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen kann allein schon anhand der Adressbücher von Elberfeld-Barmen von 1855 und 1858 festgestellt werden, daß der Verein weiterhin bestand.³⁴³ In seiner „Geschichte der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen und ihrer Wirtschaftslandschaft“ schrieb Ludwig Beutin über die Geschichte des Eisen- und Stahlwarenindustrie-Bundes, der 1919 von bergischen Fabrikanten in Elberfeld gegründet wurde, daß der Rheinisch-Westfälische Handels- und Gewerbeverein (hier bezeichnet als Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen) auch ein Teil der Entwicklungsgeschichte des Bundes gewesen sei. Dabei soll der Rheinisch-Westfälische Handels- und Gewerbeverein im Jahr 1856 bestanden haben.³⁴⁴

2. Der Handels- und Gewerbeverein in Rheinland und Westfalen von 1858 bis 1868

Die Zeit der 1850er Jahre ist bislang, abgesehen von ihrem Beginn und Ende, in der politischen Geschichtsschreibung nicht sonderlich berücksichtigt worden. Wahrscheinlich, weil im Vergleich zu der politischen Reaktionszeit am Anfang und mit der Neuen Ära am Ende der 1850er Jahre die politische Entwicklung zwischenzeitlich nicht viel Neues brachte. Aber in wirtschaftsgeschichtlicher Hinsicht ist das Gegenteil des Fall, weil in diese Periode das sogenannte Take-Off der deutschen Industrialisierung fiel. Besonders der Eisenbahnbau und die mit dem Eisenbahnbau verbundenen Industrien wuchsen in dieser Zeit sprunghaft an.

Die Eisenbahn war in den 1850er Jahren schon zum wichtigsten Verkehrs- und Transportmittel Deutschlands geworden, die Tarife wurden immer niedriger und die Transportkapazitäten stiegen stark an. Das Wachstum der Eisenbahnindustrie brachte nicht nur die Vorteile, die direkt aus der Nutzung der Eisenbahn resultierten, wie höhere Geschwindigkeit und

³⁴³ Elberfeld-Barmer Adressbuch, Elberfeld, 1850, 1855 und 1858. Stadtarchiv Wuppertal.

³⁴⁴ Vgl. Beutin, Ludwig: Geschichte der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen und ihrer Wirtschaftslandschaft. Lüdenscheid 1956, S. 286.

größere Transportkapazitäten, sondern hatte auch starke Auswirkungen auf anderen Industrien. So entwickelte sich die für den Bau der Eisenbahn nötige holzbezogene Industrie, und die wirtschaftliche Entwicklung wurde mit der Erfindung der Koksverhüttungstechnik, der entstehenden Maschinenbauindustrie usw. beschleunigt. Der seit 1850 für etwa 20 Jahre ununterbrochene Fortschritt im Eisenbahnbau verzehnfachte die Roheisenproduktion. Rostow bezeichnete die 1850er Jahre daher als den „Aufbruch zur Industrialisierung“³⁴⁵. Selbstverständlich hatte dies auch positive Rückwirkungen auf die Entwicklung der von diesen Schwerindustrien angestoßenen Industrien wie die Konsumgüter- und die Nahrungsmittel- und Textilindustrie.

Wie bereits dargelegt, begann die Regierung unmittelbar nach der Revolution von 1848/49 die politischen Gruppenbildungen zu unterdrücken. In dieser politischen Situation machte es trotz der wirtschaftlichen Entwicklung für die Interessenverbände wie den Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein keinen Sinn, auf öffentlicher Ebene tätig zu werden.

Obwohl der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein laut den Einträgen im Adreßbuch weiter bestand, finden sich seit etwa Mitte des Jahres 1851 bis 1858 keine Anhaltspunkte für eine Tätigkeit des Vereins in der Öffentlichkeit. Diese dürfte mit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur in den 50er Jahren zusammenhängen, weil, wie bereits erwähnt, dieser Interessenverband nur in Zeiten wirtschaftlicher Krisen öffentlich seine Stimme erhob. Vor der Krise von 1857 genossen die Industriellen das wirtschaftlich schnelle Wachstum, obwohl die Wirtschaft weiterhin auf der Freihandelspolitik beruhte. Im Jahr 1858 wurde dann in Düsseldorf ein Interessenverband mit dem Namen Handels- und Gewerbeverein in Rheinland und Westfalen gegründet.³⁴⁶

2.1. Die Gründungsgeschichte

Im Anschluß an die Revolution von 1848/49 folgte eine Zeit, in der sich politische Restauration und wirtschaftlicher Liberalismus verbanden. Mit der guten wirtschaftlichen Konjunktur war das Unternehmertum wirtschaftlich noch stärker geworden, das Interesse für

³⁴⁵ Hennig, Friedrich Wilhelm: Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914. Paderborn. 1973, S. 112.

³⁴⁶ Fliegner hat auch angedeutet, nach dem Untergang des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins sei es erst in den folgenden Jahrzehnten „zu erneuten Versuchen und Bestrebungen zu Begründung eines überregionalen Dachverbandes der Gewerbevereine“ gekommen. Vgl. Fliegner, Gewerbevereine, S. 212.

politische Fragen ließ gleichzeitig nach.³⁴⁷ Das dringlichste Interesse der Industriellen war, möglichst schnell die Industrialisierung zu vollenden. Dies läßt sich auch an der Tätigkeit des Vereins feststellen. Deshalb kann es keinen Zweifel daran geben, daß die Industriellen keine eindeutige eigene Stellung bezüglich der politischen Entwicklung bezogen. Wie die Bezeichnung „bürgerliche Realpolitik“ andeutet, konnte das Bürgertum trotz zurückgehender politischer Aktivitäten seine Lebensführung und Wertvorstellungen in der Gesellschaft etablieren. In Bildung, Kunst und privatem Leben setzten sich bürgerliche Vorstellungen durch, und in manchen Städten wurde mit der Lösung der sozialen und hygienischen Probleme begonnen. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung setzte sich die kapitalistische Denkungsweise durch, die „Zeitökonomie“ nach dem Motto ‚Zeit ist Geld‘³⁴⁸ hielt in den Fabrikhallen einzug.³⁴⁹

Die Lebenslage der Unterschicht, der Arbeiterklasse, hatte sich nicht verbessert. Die Agrarpreise waren enorm gestiegen, dadurch waren die Reallöhne stark zurück gegangen. Zwar war es im Rheinland nicht schwer, einen Arbeitsplatz zu finden, aber die Lage der Arbeiter verbesserte sich dadurch nicht. Das unterschiedliche Wirtschaftswachstum in den deutschen Staaten verschlimmerte diese Situation noch, weil die Menschen auf der Suche nach besseren Existenzmöglichkeiten in die Städte wanderten. Dies führte zu einem Sinken der vorher schon niedrigen Löhne und zu einer weiteren Verschlechterung des Lebensniveaus. Diese Entwicklungen bildeten den Hintergrund der Entstehung des Rheinisch-Westfälischer (Handels- und) Gewerbevereins am Ende des Jahres 1858.

Drei Ereignisse, von denen die beruflichen Interessen der Industriellen unmittelbar bedroht waren, spielten bei der Gründung des Handels- und Gewerbevereins in Rheinland und Westfalen im Jahre 1858 eine Rolle. Zunächst ist die Wirtschafts- und Handelskrise von 1857 und die daraus resultierende Verunsicherung der Industriellen zu nennen. Diese Handelskrise hatte Ursachen im In- wie im Ausland. Durch die starke wirtschaftliche Belebung nach der Revolution von 1848/49³⁵⁰ stieg die Nachfrage nach Kapital im Bereich des Eisen-

³⁴⁷ Zunkel schreibt, wegen des Mangels an politischer Ausbildung und an rhetorischen Fähigkeiten hätte das deutsche Wirtschaftsbürgertum nicht in die Politik eintreten können und sich statt dessen kulturell engagiert, wie sich in Kunstsammlungen, prächtigen Reisen usw. gezeigt hätte.

³⁴⁸ Dirlmeier, Deutschen Geschichte, S. 254.

³⁴⁹ Vgl. Dirlmeier, Deutschen Geschichte, S. 249ff.

³⁵⁰ Wirth, Max: Geschichte der Handelskrisen. Frankfurt a. M. 1890, S. 309 ff.

bahn-, Schiff- und Fabrikenbaus und ließ den Zinsfuß auf eine enorm Höhe ansteigen. Die Produktionssteigerungen bedingten zunächst einen Anstieg der Löhne und dadurch eine Zunahme des Konsums. Und auch die industrielle Spekulation schnellte in die Höhe. Da in den Mittel- und Norddeutschen Staaten noch bis 1857 etwa 30 Notenbanken zum Teil ohne Rücksicht auf Deckungsmöglichkeiten Banknoten ausgegeben hatten, wurden die Geldmärkte überschwemmt.³⁵¹ Das führte zu einer Häufung von Bankenkursen und zu einer Handelskrise.³⁵²

In Zusammenhang mit diesen Ereignissen ist ein Vorschlag Preußens auf der General-Konferenz, die vom 12. August bis 3. Dezember 1858 durchgeführt wurde, zu sehen. Auf dieser Konferenz forderten die preußischen Vertreter mit Entschiedenheit eine Minderung des Eisenzölle, um so die Interessen der östlichen preußischen Landesteile und der Landwirtschaft zu schützen. Dieser Vorschlag stieß auf den Widerstand der Industriellen in Preußen, die ihrerseits versuchen mußten, die preußische Regierung von ihrem Vorhaben abzubringen.

Ein weiteres Motiv für die Wiedergründung des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins ging von einem Sammlungspunkt der Freihändler, dem Volkswirtschaftskongreß, aus. Der Volkswirtschaftskongreß wurde auf Vorschlag von Viktor Böhmert, der seit Dezember 1856 als Redakteur des Bremer Handelsblatts tätig war, im Herbst 1858 zum erstenmal einberufen. Die folgende Motive bestimmten das Denken Böhmerts: das Streben aus der bürokratischen Enge der deutschen Kleinstaaterei zu einem mächtigen deutschen Nationalstaat, das Verlangen nach einer auf bürgerlicher Freiheit und wirtschaftlicher Selbstständigkeit und Selbstverantwortung gegründeten Gesellschaftsordnung und schließlich die materielle und geistige Hebung der arbeitenden Klasse durch Selbsthilfe.³⁵³

³⁵¹ Kurz davor forderte Johann Ludwig Tellkampff (1808-1876) im preußischen Herrenhaus am 23. April 1856, daß die Zollvereinstaaten einen Vertrag über die Begrenzung der Banknotenmenge abschließen sollten. Vgl. Henning, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 588. Er wollte damit gegen die unbegrenzte Notenausgabe der kleinen Vereinsstaaten vorgehen, die ihre Nachbarländer überschwemmen.

³⁵² Die Serie von Bankrotten, die in den Vereinigten Staaten Anfang August 1857 begann, erreichte über England auch die Deutschen Staaten. Diese Bankenkrise verursachte nicht nur in den Norddeutschen Handelsstädten, die unter den ausländischen Bankrotten litten, eine Stockung des Handels, sondern auch in anderen deutschen Industriestädten. Infolge des stockenden Absatzes nahmen auch die Bestellungen ab. Vgl. Wirth, Handelskrisen, S. 309-413.

³⁵³ Vgl. Hentschel, Die deutschen Freihändler, S. 27-29.

Der Volkswirtschaftskongreß kritisierte die Schutzzöllner,³⁵⁴ und zwar nicht nur auf Grund seiner liberalen Wirtschaftsauffassung. Er stand in enger Verbindung mit der Genossenschaftsbewegung von Hermann Schulze-Delitzsch und propagierte das Prinzip genossenschaftlicher Selbsthilfe.³⁵⁵ Dieses Ziele wurde, wie bereits erwähnt, auch vom Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen übernommen.³⁵⁶ Der Volkswirtschaftskongreß setzte sich aus Publizisten, Beamten, Rechtsanwälten, Gelehrten und Handwerkern zusammen, die Vertreter der Industrie und des Kapitals fehlten auf der ersten Versammlung fast völlig.³⁵⁷

Die Organisation der Freihändler, die mit der Genossenschaftsbewegung verbunden war, und die widerstreitenden Organisationen, die andere Auffassungen hinsichtlich der Sozialen Frage vertraten, wurden getrennt voneinander gegründet – ein Indiz dafür, daß es hinsichtlich der Lösung der Sozialen Frage im bürgerlichen Lager unterschiedliche Richtungen gab, die mit der jeweiligen wirtschaftspolitischen Ausrichtung eng verbunden waren. Diese Differenzen, die schon seit Beginn des Industrialisierungsprozesses bestanden hatten, traten offenbar erst jetzt voll zutage.

Vor diesem Hintergrund vollzog sich die Wiedergründung des Rheinisch-Westfälischen Handels- und Gewerbevereins (oder der Handels- und Gewerbeverein in Rheinland und Westfalen) am Ende des Jahres 1858. Seine vornehmliche Aufgabe bestand zunächst darin, gegen den Vorschlag Preußens zur Minderung der Eisenzölle zu agieren. Aus diesem Anlaß publizierte der Rheinisch-Westfälische Handels- und Gewerbeverein ein Pamphlet mit dem Titel „Die Eisenzölle, ihre Bedeutung für die preußische Eisenindustrie und ihr Einfluß auf Volkswirtschaft und Nationalreichtum“. Darin wurde auf die Bedeutung der Eisenindustrie für die gesamte Industrie hingewiesen, vor dem gefährlichen Einfluß der englischen Eisenwaren auf die deutschen Industrie gewarnt und als Schlußfolgerung die Notwendigkeit der Verteidigung des Binnenmarktes betont. Weitere Aktivitäten, um eine Zurücknahme des Vorschlags Preußens zu erreichen, waren nicht nötig, denn eine Minderung der Eisenzölle konnte gegen den Widerstand der anderen Zollvereinstaaten nicht durchgesetzt werden. Im

³⁵⁴ Schutzzölle zugunsten privilegierter Gewerbetreibender und reicher Aktionäre beschränkten den internationalen Handel. Vgl. Hentschel, Die deutschen Freihändler, S. 30.

³⁵⁵ Vgl. Hentschel, Die deutschen Freihändler, S. 31.

³⁵⁶ Vgl. Hentschel, Die deutschen Freihändler, S. 32.

³⁵⁷ Vgl. Hentschel, Die deutschen Freihändler, S. 35.

Zusammenhang mit dem Engagement für die Verteidigung des Binnenmarkts und der Binnenindustrie hatte sich der Rheinisch-Westfälische Interessenverband auch mit dem Binnenverkehr und dessen Preisvergünstigungen beschäftigt.

Der direkte Anlaß zur Wiedegründung des Vereins ist in zwei unterschiedlichen Krisenerscheinungen dieser Zeit zu sehen. Zunächst gab die wirtschaftliche Krise des Jahres 1857 einen Anstoß. Die weitere Ursache war die Krisenstimmung unter den Schutzzöllnern. Die Gründung des Volkswirtschaftskongresses unter der liberalen, dem Manchesterliberalismus verpflichteten Wirtschaftspolitik des Ministeriums Manteuffel löste unter den Schutzzöllnern eine Krisenstimmung aus. Dadurch wurden die Wirtschaftskreise zur Reorganisation von Interessenverbänden angeregt. Zunkel schrieb, daß der Verein „einer von drei wichtigen Interessenverbänden in Rheinland und Westfalen in den 1850er Jahren“³⁵⁸ gewesen sei. Zwischen diesen drei Interessenverbänden bestanden enge Beziehungen. Nach Zunkel war der Handels- und Gewerbeverein in Rheinland und Westfalen eine Dachorganisation der anderen Verbände, also des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund (1858)³⁵⁹ und des Zollvereinländischen Eisenhüttenvereins (1852).³⁶⁰ Zwischen diesen fand eine rege Kommunikation statt. Die Zeitung „Der Zollverein“³⁶¹ berichtete beispielsweise über die Aktivitäten der anderen Vereine, und der Hauptleiter des Zollvereinländischen Eisenhüttenvereins, Hammacher, war gleichzeitig ein wichtiges Mitglied im Vorstand des Handels- und Gewerbevereins in Rheinland und Westfalen. Eine organisatorische Verbindung wurde aber erst im Jahr 1868 angestrebt, wie die Zeitung „Der Zollverein“ am 8. Februar 1868 berichtete.

³⁵⁸ Ein evangelischer Pfarrer aus Iserlohn, Albert Florschütz, schrieb, dieser Handels- und Gewerbeverein in Rheinland und Westfalen sei der bedeutendste Vertreter der westfälischen- und der rheinischen Handels- und Gewerbevereine. Vgl. Florschütz, Albert: Die politischen und sozialen Zustände der Provinz Westfalen während der Jahre 1848-1858. Elberfeld 1861, S. 86.

³⁵⁹ Dessen Ziel ist, das Interesse der beteiligten Unternehmer besser und erfolgreicher durchsetzen zu können. Später entwickelte sich dieser Verein zum „Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat“, das im Jahre 1898 gegründet wurde. Bis dahin befaßte sich dieser Verein mit wirtschaftlichen Fragen wie Preisen, Löhnen, Frachten, Zöllen und Steuern. Vgl. Schlieper, Andreas: 150 Jahre Ruhrgebiet. Düsseldorf. 1986, S. 45-46.

³⁶⁰ Vgl. Zunkel, Unternehmer, S. 201-202.

³⁶¹ Als ein Organ des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen ist diese Zeitung wöchentlich veröffentlicht worden. Die erste Ausgabe ist am 14. September 1865 erschienen.

In der Mitte der 1850er Jahre schlossen sich erstmals auch die Kartelle und Unternehmensverbände der Stahlindustrie zusammen, obwohl ein derartiges Zusammengehen durch die preußische Gewerbeordnung von 1846 ausdrücklich untersagt wurde.³⁶²

Offizielles Ziel bei der Gründung 1858 war es, ein Regelungsinstitut der verschiedenen Interessen der Industriellen in Rheinland und Westfalen zu schaffen.³⁶³ Nach einem Brief, den der Vorsitzende dieses Vereins, Baum, an die königliche Regierung zu Minden am 28. Februar 1859 abschickte, war die Gründung Ausdruck des Bedürfnisses, „einen Zentralpunkt für die täglich mannigfaltiger sich gestaltenden, oft sich durchkreuzenden Interessen des kommerziellen und industriellen Lebens in diesen Provinz“ zu haben.³⁶⁴ In einem Schreiben an den Regierungspräsidenten formulierte der Verein:

„Es war hier oft eine Abklärung der volkswirtschaftlichen Grundsätze, oft eine Ausgleichung streitender Interessen, oft eine Vereinigung gleichartiger Anschauungen, eine geschlossene Vertretung gemeinsamer Wünsche dringend erforderlich.“³⁶⁵

Ein weiterer Grund für die wirtschaftlichen Interessenverbände, eine solche Organisationsform wieder einzurichten, war die Unzufriedenheit mit der Arbeit der halbstaatlich organisierten Handelskammern. Nach Meinung der Industriellen vertraten die Handelskammern einseitig die Interessen bestimmter abgeschlossener Bezirke und es fehlte ihnen ein allgemeiner, weiter und freier Gesichtskreis.³⁶⁶ Daher riefen die Industriellen in Rheinland und Westfalen eine Vermittlungsinstanz ins Leben, um ihre allgemeinen, umfangreichen Interessen nach außen vertreten zu können.

Die Industriellen benötigten eine Instanz, durch die sie ihre Interessen in der Öffentlichkeit und vor den Behörden vertreten konnten. Für diesen Zweck war die bestehende Institution

³⁶² Vgl. Schlieper, 150 Jahre Ruhrgebiet, S. 46.

³⁶³ Offizielles Schreiben Baums an den Regierungspräsidenten in Minden. Am 4. Februar 1859. Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv Düsseldorf. Best. Nr. 1031.

³⁶⁴ Offizielles Schreiben vom Ausschuß des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen an die Regierung in Minden am 28. Februar 1859. Nordrhein-Westfälisches Staats Archiv Detmold. M1 IU. Nr. 79.

³⁶⁵ Offizielles Schreiben vom Ausschuß des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen an den Regierungspräsidenten am 4. Februar 1859. Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf. Nr. 1031, S. 175.

³⁶⁶ Offizielles Schreiben vom Ausschuß des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen an den Regierungspräsidenten am 4. Februar 1859. Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf. Nr. 1031, S. 175.

der Handelskammer unzureichend. Der Funktionsradius der Handelskammer war durch die politische Reaktion zu sehr eingeschränkt worden. 1857 richtete das Ministerium einen Bescheid an die Handelskammer, „wonach die Berichte sich von ihrer vorgeschriebenen Bestimmung entfernt hätten, nach welcher sie nur statistisches Material über die Lage des Verkehrs, nicht aber Wünsche und Beschwerden einzelner Industrieller und Korporationen zu bringen hätten“.³⁶⁷ Seit etwa 1850 standen die Industriellen den vom Staat geführten Handelskammern ablehnend gegenüber. Deshalb war die Teilnahme an den Versammlungen der Handelskammer gering.³⁶⁸

2.2. Organisationen und Zwecke

2.2.1. Organisationen

Nach dem Statut von 1858 konnte jeder Vereinsmitglied werden, der durch eine schriftliche Erklärung das Statut anerkannte und einen jährlichen Beitrag von mindestens 2 Thalern an die Vereinskasse entrichtete. Die Zusammensetzung des Vereins im Gründungsjahr 1858 ist nicht mehr eindeutig zu rekonstruieren. Nach dem Protokoll der Generalversammlung des Vereins von 1859 lag die Mitgliederzahl bei 700, und in der Aussprache der Versammlung meldeten sich Industrielle wie Diergardt, Druckmüller, Wolff, Haniel, Hammacher, Simon usw. zu Wort. Die Struktur der Mitgliedschaft läßt sich über das Mitgliederverzeichnis des „Zollvereins“ vom 17. Januar 1866 in Ansätzen erschließen. Dort finden sich einschließlich der Gesellschaften und der Firmen insgesamt 370 Unterschriften. In dieser Liste finden sich die gleichen Namen wie in der Mitgliederliste des Gewerbevereins aus dem Jahre 1847, beispielsweise Hoette, Hoesch, Haniel, Stinnes, Diergardt, Hammacher, Delius usw. Dies waren die repräsentativen Industriellenfamilien in Rheinland-Westfalen. Außerdem befinden sich auf dieser Liste 15 Kommerzienräte, 3 Handelsgerichtsangehörige, 8 Oberbeamte, 2 Regierungsräte sowie 36 Gesellschaften wie Gewerkschaften und Aktiengesellschaften, 6

³⁶⁷ Vgl. Zunkel, Unternehmer, S. 198.

³⁶⁸ „Grund für das Fernbleiben war eine oppositionelle Grundhaltung, die sich aber in der Regel nicht gegen die Organisation an sich richtete, sondern gegen die vom Staat oktroyierte Organisationsform“. Zitiert nach Schaumbach, Karin: Städtische Interessenvertretungen und staatliche Wirtschaftspolitik. In: Gall, Lothar (Hg.): Stadt und Bürgertum, S. 386-387.

Zeitungen wie die Berliner Börsenzeitung, die Rhein- und Ruhrzeitung usw.³⁶⁹ Die Mitgliederliste wies verschiedene Berufsgruppe aus, aber die meisten Mitglieder waren Unternehmer. Die Orientierung des Vereins in die schutzzöllnerische Richtung soll im folgenden im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Das Statut des Jahres 1858 legte die organisatorische Struktur des Vereins fest. Die Generalversammlung sollte jährlich drei Mal zusammentreten. Der Vorstand bestand aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und den Serutatores. In der früheren Vereinszeit, der Zeit des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins von 1847/48, war das Centralcomite die zentrale Vereinsinstanz gewesen, aber in dieser neuen Phase hatte der Vorstand, der aus achtzehn Mitgliedern und den Vorsitzenden der Zweigvereine bestand, die Aufgabe des Centralcomites übernommen. Der Vorstand trat vor jeder Generalversammlung und darüber hinaus bei Bedarf zusammen. Der Vorstand hatte über die Vorlagen zur Generalversammlung, über die Verwendung der Vereinsgelder und über sonstige Vereinsangelegenheiten zu beraten und zu beschließen.

Wenn es die Örtlichkeit gestattete und die Zahl der Vereinsmitglieder in örtlicher Nähe wenigstens 30 betrug, konnten diese sich zu Zweigvereinen konstituieren. Die Organisationsform der Zweigvereine und ihre Zusammenkünfte und sonstigen Aufgaben waren innerhalb der Grenzen des Statuts festzulegen.³⁷⁰

2.2.2. Zwecke

Durch die Gründung des Vereins sollten die handels- und gewerblichen Interessen Rheinlands und Westfalens gefördert werden. Gemäß Statut ergaben sich folgende Aufgaben:

1. Die Ermittlung und Einführung praktischer Grundsätze in Handel, Gewerbe und Volkswirtschaftspolitik, namentlich der Zollsätze und der öffentlichen Verkehrstarife.
2. Die materielle und sittliche Hebung der arbeitenden Klasse.

³⁶⁹ Beilage der Zeitung „Der Zollverein“ vom 17. Januar 1866.

³⁷⁰ Statut des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen im Jahr 1858. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf Reg. Aachen. 14120.

3. Die Anregung und Unterstützung gemeinnütziger Anstalten und Unternehmungen, soweit sie Handel und Gewerbe betrafen.

4. Die Förderung der Handels- und Gewerbestatistik der beiden Provinzen.³⁷¹

Auffallend ist zunächst die stärkere Betonung der provinziellen Ebene. Dem offiziellen Schreiben des Vorsitzenden Baum an die Regierung zu Minden am 28. Februar 1858 zufolge setzte sich der Verein für den Versuch ein, die „mannigfaltigen und oft sich durchkreuzenden Interessen des kommerziellen und industriellen Leben“ in beiden Provinz zu regulieren.³⁷² Die Betonung des provinziellen Interesses war schon in dem Statut von 1851 formuliert worden, aber sie wurde in dieser Zeit noch greifbarer, wie bereits der Name des neu gegründeten Vereins und seine Zielsetzungen zeigen. Dies kann als ein Rückzug von den radikalen Interessen während der Revolutionszeit hin zu einer realistischeren und pragmatischen Formulierung der Interessen gewertet werden, die sich formal wie inhaltlich äußerte.

Schon ab dem Jahr 1851 hatten sich die vom Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein organisierten Unternehmer von revolutionären und liberalen Positionen, die sie noch 1848/49 vertreten hatten, zurückgezogen. Für die Unternehmer stand eine noch intensivere Bündelung der eigenen Interessen im Vordergrund. Bei dem neuen Verein wird nicht mehr unmittelbar deutlich, ob er schutzzöllnerisch oder freihändlerisch orientiert ist. Er hat sich in dieser späteren Zeit in seinen offiziellen Schriften niemals dazu geäußert, ob er sich selbst zur Partei des Freihandels oder zur Schutzzollpartei zählte. Diese Undeutlichkeit in Bezug auf die Handelspolitik verband sich mit der Betonung der „praktischen Interessen“.

Im Statut des Jahres 1858 stellt sich der Verein „die Ermittlung und Einführung ‚praktischer‘ Grundsätze in Handel, Gewerbe und Volkswirtschaftspolitik“, namentlich in Bezug auf die Zollsätze und die öffentlichen Verkehrstarife zur Aufgabe. Diese Hinwendung zu praktischen Fragestellungen ist bezeichnend für die industriellen Unternehmer. Statt der ausdrücklichen Betonung von schutzzöllnerischen Positionen schien es eher dem praktischen Interessen zu entsprechen, in Zeiten wirtschaftlichen Hochkonjunktur die Alternati-

³⁷¹ Statut des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen im Jahr 1858. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf Reg. Aachen. 14120.

³⁷² Offizielles Schreiben vom Ausschuß des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen an den Regierungspräsidenten am 4. Februar 1859. Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf Nr. 1031, S. 175.

ven der schutzzöllnerischen Partei aufzuzeigen. Die Schutzzöllner sind daher auch als gemäßigte Freihändler bezeichnet worden.³⁷³ Doch hat sich der Verein immer deutlich von den Freihändlern distanziert. Die Freihändler wurden als Theorieanhänger und der von ihnen durchgeführte Volkswirtschaftskongreß als „Kampfplatz der Ideen“ bezeichnet. Demgegenüber galt ihnen der Handelstag als „Kampfplatz der Interessen“, auf ihm hätten sich die an der praktischen Wirtschaft Interessierten versammelt, deren Ziel eine deutsche Handelskammer in einem künftigen vereinigten deutschen Staat sei.³⁷⁴ Aber in der Denkschrift über die Eisenzollfrage zeigte sich der Verein deutlich den schutzzöllnerischen Zielen verpflichtet.³⁷⁵

Als weitere Aufgabe hatte sich der Verein in seinem Statut „die materielle und sittliche Hebung der arbeitenden Klassen“ gestellt. Zur Formulierung der „materiellen Hebung“, die bereits seit den 1840er Jahre benutzt wurde, war nun die „sittliche Hebung“ hinzugetreten. In dem Umstand, daß der Verein die Möglichkeit der Regulierung sowie der Intervention in die sittliche Welt der Arbeiter in Betracht zog und sich als Aufgabe stellte, kommt zum Ausdruck, daß in dieser Zeit die Industrialisierung ein bestimmtes Niveau erreicht hatte und sich bei den Industriellen eine klassenbewußte Identität herausgebildet hatte. Deshalb zeigte sich die klassenmäßige Mentalität anders als in früheren Zeiten, als die generelle Industrialisierung der dringendste Wunsch war. Das Interesse an der sozialen Frage wurde nun mit einem klassenbezogenen, praktischen wirtschafts- und politischem Interesse verknüpft und mit der patriarchalischen Haltung des Unternehmertums verbunden. Daraus resultierte auch die Idee der Arbeiterkontrolle, auf die weiter unten näher eingegangen wird.

2.3. Entwicklungsgeschichte

2.3.1. Tätigkeit am Ende der 1850er Jahre

Wie schon im Statut des Vereins deutlich wurde, lag ein Tätigkeitszweck darin, den Fortschritt von Handel und Gewerbe der eigenen Provinz zu steigern.³⁷⁶ Deshalb tauchten in den

³⁷³ Vgl. Zorn, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge, S. 264.

³⁷⁴ „Der Zollverein“, 15. August 1866.

³⁷⁵ Der Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen: Die Eisenzölle, ihre Bedeutung für die preußische Eisenindustrie und ihr Einfluß auf Volkswirtschaft und Nationalreichtum. Düsseldorf 1859. Kölner Stadtbibliothek V19/192.

³⁷⁶ Nicht das provinzielle Interesse, sondern das gesamtstaatliche Interesse wurde im Statut des Jahres 1848 betont: „Die Versammlung der Vereinsmitglieder zu Düsseldorf hat aber gewünscht, daß auch

Diskussionen der Versammlung tarifbezogene Themen wie Verkehrstarife und Binnenzölle öfter auf als 1848/49. Weitere Ziele der Tätigkeit waren daneben eine schutzzollorientierte Politik und die ausreichende und selbständige Industrialisierung. In der Tat beruhten die Ideen des deutschen Unternehmertums in erster Linie auf dem Ziel, einen Industriestaat zu erreichen.³⁷⁷ Das Interesse an der Industriellen Produktion und die Forderung nach deren Schutz und Pflege waren schon vorhanden, seit die Industrie sich vollständig zu entfalten begann. In diesem Zusammenhang war vor allem die Teilnahme an den Industrieausstellungen zu einer sehr wichtigen Aufgabe geworden. In der Generalversammlung des Vereins wurde die Teilnahme daran gefordert und unterstützt.³⁷⁸

2.3.1.1. Die Tätigkeit im Hinblick auf die Zollsätze und die öffentlichen Verkehrstarife

In Bezug auf die Binnenzölle und Verkehrstarife vertrat der Verein deutliche und konkrete Ansichten. Im Hinblick auf eine Stärkung des Binnenhandels referierte ein Mitglied, Handelskammersekretär Hürter, am 7. Februar 1859 über die Rheinzollfrage. Zunächst zeigte er sich enttäuscht davon, daß in der Generalzollkonferenz in Hannover die beiden wichtigen, wünschenswerten Fragen, Aufhebung der deutschen Transitzölle und Ermäßigung der Rheinzölle, nicht erfolgreich behandelt wurden. Ihm zufolge war „zur Erhaltung des Rheinschiffahrtsverkehrs eine wesentlich Ermäßigung der Rheinzölle erforderlich“, „durch diese Ermäßigung [dürfe] eine weitere Entwicklung des Rheinverkehrs in Aussicht genommen werden.“³⁷⁹ Nach langer Diskussionen wurde entschieden, dieses Thema über den Landtagsabgeordneten Beckrat im Abgeordnetenhaus vorzutragen und eine Denkschrift zu ver-

nicht preußisch, sondern daß alle vereinsländischen Staatsbürger die Mitgliedschaft möchten erwerben können.“ Darlegung der Motive zu dem als Manuscript gedruckten Entwurf des Statuts eines Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins. Elberfeld, 21. September 1847. Landeshauptarchiv Koblenz Best. 403. Nr. 8223.

³⁷⁷ „...Von dem Grundsatz ausgehend, daß die erwachsende inländische Produktion einer vernichtenden auswärtigen Konkurrenz nicht preisgegeben werden dürfe, beschränkte man die Grundsätze des Freihandels durch Schutzzölle, welche die fremde Einfuhr nicht verbieten, wohl aber die inländische Produktion in den Stand setzen sollen, mit jener Preis und Konkurrenz zu halten und so ihre Entwicklung zu schützen, zu pflegen. Aus diesen kurz bezeichneten Gesichtspunkten ergibt sich klar die Aufgabe einer nationalökonomisch erleuchteten Regierung in ihrer Handelspolitik ...“ Der Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen: Die Eisenzölle, ihre Bedeutung, S. 4

³⁷⁸ In der ersten Generalversammlung forderte Diergardt beispielsweise die Industriellen in Rheinland und Westfalen auf, sich an der Ausstellung möglichst stark zu beteiligen und wies insbesondere auf die außerordentlichen Erfolge der früheren Weltausstellung hin.

³⁷⁹ Auszug aus dem Protokoll der Generalversammlung vom 7. Februar 1859. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold M1 IU Nr.79.

fassen.³⁸⁰ Auf diese Initiative erhielt der Abgeordnete eine positive Rückmeldung von der Staatsregierung.³⁸¹

Neben den Rheinzöllen wurden in dieser Versammlung auch die öffentlichen Verkehrstarife besprochen. Dr. Fr. Hammacher forderte eine Preissenkung des Eisenbahntarifs für den Kohlentransport.³⁸² Zuerst hob er die Bedeutung der kapitalintensiven Kohlenindustrie für die Schaffung von Arbeitsplätzen hervor und betonte, daß diese Industrie „keine lokale, sondern von der allgemeinsten nationalen und volkswirtschaftlichen Bedeutung sei“.³⁸³ Die Bedeutung der Kohleindustrie verband er mit dem Gedanken der Förderung der Kohleverbrauchs, da die Kohleproduktion immer weiter angestiegen war. Wenn, so Hammacher, die Produktion weiter steigen würde und es in der Folge zu einer Überproduktion käme, würde dies auch der übrigen Industrie schaden. Deshalb sollte seiner Meinung nach durch ein Eisenbahntarifabsenkung der Kohleverbrauch gefördert werden.³⁸⁴ Im Anschluß an die Diskussion, wurde eine Petition an das Handelsministerium und an das königliche Eisenbahnkommissariat verabschiedet. In Bezug auf die Verkehrsfrage beschäftigte sich der Verein nicht nur mit den Preisen, sondern auch mit praktischen Entscheidungen hinsichtlich der Streckenführung. Im Jahr 1859 schlug der Verein mit Unterstützung der Stadt Düsseldorf den Bau einer Straßenbrücke in Düsseldorf vor.³⁸⁵

Im Zusammenhang mit der Außenhandelsfrage waren die schutzzöllnerischen Positionen des Vereins hingegen nicht eindeutig. Trotzdem sind schutzzöllnerische Standpunkte in den Diskussionen feststellbar. In der Generalversammlung vom 7. Februar 1859 wurde der Vor-

³⁸⁰ Auszug aus dem Protokoll der Generalversammlung vom 7. Februar 1859. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold M1 IU Nr.79.

³⁸¹ Auszug aus dem Protokoll der dritten Generalversammlung vom 10. Oktober 1859. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold M1 IU. Nr. 79.

³⁸² Hammacher hatte schon im Jahr 1848 mit Franz Haniel ein Referat über die Kohlensteuerungsfrage gehalten. Referat über die Besteuerung des Steinkohlen-Bergbaues. Von Franz Haniel am 6. März 1848. / Coreferat über die Besteuerung des Steinkohlen Bergbaues. Von W. Hammacher am 28. Mai 1848. Haniel Archiv. Sig.-Nr.: HAA 410.

³⁸³ Auszug aus dem Protokoll der Generalversammlung vom 7. Februar 1859. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold M1 IU Nr.79.

³⁸⁴ Auszug aus dem Protokoll der dritten Generalversammlung vom 7. Februar 1859. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold M1 IU. Nr. 79.

³⁸⁵ Aber dieser Vorschlag scheiterte. Vgl. Weidenhaupt, Hugo: Aus Düsseldorfs Vergangenheit. Düsseldorf 1988, S. 196.

stand von vielen Mitglieder kritisiert, weil er in Bezug auf Schutzzoll oder Freihandel die eigenen Interesse nicht deutlich genug vertreten habe. Darauf erwiderte von Sybel:

„Der Verein spreche es offen aus, daß er sich zu keinem von beiden Systemen einseitig bekenne; vielmehr in dieser Beziehung sich allein durch die praktischen Forderungen des Verkehrslebens bestimmen lasse, da einzelne Industriezweige vermöge ihrer eigentümlichen Verhältnisse ebenso sehr den Schutz bedingten, wie andere ...“³⁸⁶

Da der Verein bei seiner Gründung im Jahr 1858 laut Statut die unterschiedlichen handels- und gewerblichen Interessen in der Provinz regulieren wollte, war eine Rede wie die von Sybels selbstverständlich. Aber in konkreteren und individuelleren Themen war der Verein eindeutig schutzzöllnerisch, zum Beispiel in Bezug auf die Eisenzollfrage. In Zusammenhang mit dem Binnenmarkt der Eisenprodukte sollte der Eisenpreis durch Transporttarifsenkung niedriger werden und zudem der Verbrauch gefördert werden. Gleichzeitig mit dieser Förderungspolitik in Binnenmarkt forderten die Industriellen in Bezug auf den Außenhandel die Schutzzollpolitik. In der Generalversammlung am 10. Oktober 1859 trat dieser Standpunkt des Vereins deutlich zutage.³⁸⁷

Ab 1859 funktionierte der allgemeine Übergang zu einer Zollsenkung in Europa auch in den Ländern des Zollvereins. Die Eisenzölle bildeten keine Ausnahme in dieser Entwicklung. Entgegen dieser Stimmung führte der Vorstand aus, es „werde die ganze Hochofenindustrie ruiniert, wenn der Roheisenzoll niedrig geworden wäre“.³⁸⁸ Mit einem Zitat aus dem Pamphlet „Geschichte der Entstehung und des Fortschritts des Eisenhandels von Amerika“ von B. F. French unterstrich das Vereinsmitglied Stein aus Duisburg, daß England auch durch die Schutzzollpolitik eine Stärkung seiner Eisenindustrie ermöglicht hatte.³⁸⁹ Das

³⁸⁶ Auszug aus dem Protokoll der dritten Generalversammlung des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen vom 7. Februar 1859. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold. M1 IU. Nr. 79.

³⁸⁷ In dem 14. General-Conferenz des Zollvereins am 5. Juli bis 17. November 1859 schläg Preußen vor, einen Ermäßigung der Eisenzölle, aber es war erfolglos. Vgl. Weber, M.: Der Deutsche Zollverein. Leipzig 1871, S. 355.

³⁸⁸ Auszug aus dem Protokoll der dritten Generalversammlung des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen vom 7. Februar 1859. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold. M1 IU. Nr. 79.

³⁸⁹ Auszug aus dem Protokoll der dritten Generalversammlung des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen vom 7. Februar 1859. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold. M1 IU. Nr. 79.

Vereinsmitglied Philippon aus Düsseldorf vertrat eine andere Auffassung. Er gab zu bedenken, daß die Situation der deutschen Eisenindustrie im Moment nicht so schlecht sei und Schutzzölle daher nur zu einer Erhöhung der Produktionspreise beitragen würden.³⁹⁰ Aber während der Diskussion wurde diese Meinung von den meisten anderen Mitgliedern verworfen.

Der Vorstand brachte durch eine Denkschrift seine Auffassung in Bezug auf dieses Thema noch ausführlicher zum Ausdruck dieser Denkschrift. „Die Eisenzölle, ihre Bedeutung für die preußische Eisenindustrie und ihr Einfluß auf Volkswirtschaft und Nationalreichtum“ wurde 1859 veröffentlicht. Ihr Schwerpunkt lag darin, die Wichtigkeit des Eisenzolles im Verhältnis zu den anderen Industrien zu betonen.

Würden die Eisenzölle aufgehoben, werde Eisen von England und Belgien auf den deutschen Markt strömen. Dann würden die Hütten- und Bergarbeiter Deutschlands beschäftigungslos und gleichzeitig würden viele Industrien, nicht nur die Eisenindustrie, sondern auch die mit Bergbau und Hüttenverarbeitung verbundenen Industrien, untergehen. Der Kapitalzerstörung würde also die Zerstörung der Arbeitskraft folgen. Demnach werde die Konsumfähigkeit der Gesellschaft sinken, was in der Folge auch den Ruin der Landwirtschaft bedeuten würde. Schließlich werde die ganze Volkswirtschaft verwüstet und die Grundlagen des Staates würden ins Wanken geraten.³⁹¹ Auf das freihändlerische Argument, die Zollfreiheit würde zu einer höheren Qualität der Produkte und damit zu einer besseren Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie gegenüber dem Ausland führen,³⁹² entgegneten die Schutzzöllner, daß, bevor dieser Qualitätsstandard erreicht würde, die deutsche Eisenindustrie durch den ungehemmten Warenstrom aus dem Ausland bereits untergegangen sei und daß diese Katastrophe die gesamte Industrie in Deutschland treffen werde.³⁹³ Auffallend an dieser Argumentation ist ein von den Wirtschaftsverhältnissen her entwickeltes Bild der Bedrohung durch das Ausland bis hin zu einem möglichen Krieg:

³⁹⁰ Auszug aus dem Protokoll der dritten Generalversammlung des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen vom 7. Februar 1859. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold. M1 IU. Nr. 79.

³⁹¹ Der Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen: Die Eisenzölle, ihre Bedeutung.

³⁹² Der Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen: Die Eisenzölle, ihre Bedeutung, S. 10.

³⁹³ Der Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen: Die Eisenzölle, ihre Bedeutung, S. 10-11.

„Denken wir uns unsere Eisenindustrie durch die Zollaufhebung vernichtet und stellen wir uns dann, wenn unsere Landwirtschaft, unser Eisenbahnverkehr, unsere Bewaffnung auf englisches Eisen angewiesen und lediglich angewiesen ist, den Fall eines Krieges mit England vor. Welch' eine trostlose Lage!“³⁹⁴

Mit dem logischen Sprung von der wirtschaftlichen zur politischen Gefahr wollte der Verein in der Öffentlichkeit nationalistische Empfindungen wecken, um seinen Standpunkt in der Frage der Eisenzölle gegenüber der Öffentlichkeit und dem Staat durchzusetzen. Als denkbarer Gegner in einem Krieg wurde England genannt, wodurch die Ängste und die feindseligen Gefühle der Industriellen noch zusätzlich gesteigert wurden. Seit Beginn des Industrialisierungsprozesses galt England nämlich als eine Macht, die die industrielle Entwicklung Deutschlands gefährden könne, und diese Befürchtungen hatten in der Hochphase der industriellen Entwicklung weiter bestanden und sich sogar noch verschärft. Für die Industriellen gewann ein erfolgreicher Konkurrenzfähigkeit gegenüber England immer mehr an Bedeutung.

Die Schutzzöllner sahen sich in dieser Zeit von verschiedenen Entwicklungen bedrängt. Mit dem Volkswirtschaftskongreß, der von einem Redakteur des Bremer Handelsblatts ins Leben gerufen wurde und an dem sich Parlamentarier, Staatsminister, Geschäftsleute, hochgestellte Beamte und Universitätsprofessoren beteiligten, hatten sich die Freihändler auf nationaler Ebene organisiert und neue Aktivitäten entfaltet.³⁹⁵ Das Ziel des Volkswirtschaftskongresses war die Förderung einer liberalen Wirtschaftspolitik. Dem widersetzten sich die Textilfabrikanten Süddeutschlands und die Eisenhüttenbesitzer des Rheinlands und Westfalens.³⁹⁶ Die Hauptwaffe der Schutzzöllner war das Veto, das jeder Staat einlegen konnte, um bei den Versammlungen des Generalkongresses des Zollvereins die Freihandelsvorschläge zurückzuweisen. Solange die Entscheidungen einstimmig sein mußten, bestand kein Zweifel, daß jedes Vorschlag zur Abschaffung oder auch zur Ermäßigung von Einfuhrzöllen zu Fall gebracht würde.³⁹⁷

³⁹⁴ Der Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen: Die Eisenzölle, ihre Bedeutung, S. 19-20.

³⁹⁵ Vgl. Hentschel, Die deutschen Freihändler, S. 27-35.

³⁹⁶ Vgl. Henderson, Cobden-Vertrag, S. 224-225.

³⁹⁷ Vgl. Henderson, Cobden-Vertrag, S. 225.

Trotz der Furcht vor der wirtschaftlichen und militärischen Bedrohung durch das Ausland verfolgten die Industriellen in dieser Zeit praktische und realistische Ideen. In dem Pamphlet „Die Eisenzölle, ihre Bedeutung für die preußische Eisenindustrie und ihr Einfluß auf Volkswirtschaft und Nationalreichtum“ wurde deshalb der Schutzzoll keinesfalls als völliger Gegensatz zum Freihandel dargestellt.³⁹⁸ Als Gegenpol zum Freihandel wurde explizit eine Prohibitionsmaßregel genannt und der Schutzzoll wurde als vermittelnde Position dargestellt. Anders als der Merkantilismus, bei dem aus einer Volkswirtschaft alles ausgeführt, aber nichts eingeführt werden durfte, konnte mit der Schutzzollpolitik, beispielsweise durch Rückzölle sowie Retorsionszölle, auf wachsende, sich verändernde und bewegende volkswirtschaftliche Entwicklungen flexibel reagiert werden.³⁹⁹

2.3.1.2. Die Tätigkeit in Bezug auf die soziale Frage: Die Gesetzgebung bezüglich der Arbeits- und Quittungsbücher

Mit der Sozialen Frage waren in der Mitte des 19. Jahrhunderts sowohl die Arbeiterfrage wie auch die allgemeine soziale Armut gemeint, die von einander unterschieden wurden. Der liberale Politiker Wilhelm Adolf Lette beispielsweise betonte diese Unterscheidung wie folgt: „Es scheint aber für die Zustände einerseits der Arbeiter und andererseits der Armenbevölkerung eine gesonderte Darstellung nötig“.⁴⁰⁰

Auf die davon gesondert gesehene Arbeiterfrage konzentrierten sich meist die Diskussionen innerhalb der Industrieunternehmenschaft, und die Mitglieder des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins bildeten dabei keine Ausnahme. Diese Einstellung ging ursprünglich auf die Wahrnehmung der früheren sozialen Armut, den Pauperismus, zurück. Aus der Bekämpfung des Pauperismus entwickelte sich die Arbeiterfrage und die Ansichten der Unternehmer zur Lösung dieser Frage. Das Interesse und die Forderung nach den Ar-

³⁹⁸ In diesem Pamphlet ist der schutzzöllnerische Gedanken als vermittelnde Position zwischen den prohibitiven Maßregeln und dem Freihandel dargestellt worden. Büro des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen: Die Eisenzölle, ihre Bedeutung, S. 3

³⁹⁹ „Die Erkenntnis dieses Fehlers führte dahin, das Richtige in der Mitte zu suchen und man fand in dieser Mitte die Schutzzölle“. Büro des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen: Die Eisenzölle, ihre Bedeutung, S. 4.

⁴⁰⁰ Die Situation der Armenbevölkerung und der Armenpflege in preußischen Staat aus der Sicht eines liberalen Politikers. Lette, Wilhelm Adolf: Über den Zustand der Arbeiter- und Armenbevölkerung im Preußenstaate. Berlin 1857. Zitat nach Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Stuttgart/ Berlin u.a. 1980, S. 270.

beits- und Quittungsbüchern, die entsprechende Gesetzgebung und deren Einführung kann dafür als Beispiel gelten.

In der Generalversammlung vom 10. Oktober 1859 setzte der Vorstand des Handels- und Gewerbevereins in Rheinland und Westfalen das Problem des Arbeiterkontrollsystems auf die Tagesordnung und trug den Entwurf eines Gesetzes über dieses System vor. Über die Vorgeschichte dieses System berichtete Handelskammersekretär Hürter aus Düsseldorf. Seinem Bericht zufolge hatte die Handelskammer der Rheinprovinz die königliche Regierung zur Begutachtung der Frage über die Arbeits- und Quittungsbücher und eventuell zur Ausarbeitung eines förmlichen Gesetzentwurfes aufgefordert. Mehrere Handelskammern hätten sich an den Vereinsvorstand mit dem Ersuchen gewandt, die Sache zur Beurteilung vor den Handels- und Gewerbeverein zu bringen.⁴⁰¹ Der Vorstand des Vereins habe bereits früher der Sache seine Aufmerksamkeit gewidmet und schließlich im Juli 1859 in einer ausführlichen Denkschrift dargestellt.

Die Geschichte der Arbeits- und Quittungsbücher in Deutschland ging auf die Besatzungszeit des Rheinlands durch Frankreich zurück. Es handelte sich dabei um eine der napoleonischen Gesetzgebung entstammende Einrichtung des Ausweiszwanges im Arbeitsleben.⁴⁰² Das System wurde nach dieser Vorlage verwirklicht. Kuczynski behandelt in einem Aufsatz über die Geschichte des Alltags der Arbeiter ein Beispiel aus den 1830er Jahren.⁴⁰³ Auch bei den Eisenbahnbauten der 1840er Jahren wurde dieses System verwendet. Außer einem

⁴⁰¹ Auszug aus dem Protokoll der dritten General-Versammlung des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen vom 10. Oktober 1859. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold M1 IU. Nr. 79.

⁴⁰² Die gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitsbücher finden sich für die linke Rheinseite in den Artikeln 11, 12 und 13 des Gesetzes vom 22. Germinal XI, so wie in der auf Grund des bezogenen Art. 13 ergangenen Regierungsverordnung vom 9. Frimaire XII. und in den hiermit in Einklang stehenden Artikeln 55 bis 66 des für das ehemalige Großherzogtum Berg geltenden Decrets vom 3. November 1809, wodurch dieselben auch auf der rechten Rheinseite eingeführt wurden. Motiv zu dem dem Generalversammlungsprotokoll vom 10. Oktober 1859 annectierten Gesetzentwurf über die Arbeits- und Quittungsbücher. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold. M1 IU. Nr. 79.

⁴⁰³ Ein Fabrikgericht hatte am 15. November 1834 an die Regierung in Düsseldorf eine Bittschrift um ein Gesetz für die Bareinzahlung geschickt. Aus diesem Schriftstück ist zu ersehen, daß bis dahin Warenzahlen in Arbeitsbüchern registriert worden waren. Vgl. Jürgen Kuczynski: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849. Berlin 1961, S. 273-274.

Gesetz bezüglich der Arbeitskarte für die Eisenbahnarbeiter vom 11. Dezember 1846 gab es allerdings keine rechtliche Grundlage dafür.⁴⁰⁴

Ein langer Diskussionsprozeß lag vor der Gesetzesinitiative des Vereins. Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen beschäftigte sich beispielsweise seit Ende des Jahres 1848 mit der Frage. Am 18. Oktober 1848 fand eine Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen statt, um das Verhältnis der Fabrikanten zu den Fabrikarbeitern zu diskutieren. In Zusammenhang mit der Frage der Festlegung eines bindenden Lohn-Minimaltarifs und der Abschaffung der Warenlöhnung wurde die Einführung zweckmäßiger Arbeitsbücher vorgeschlagen. Dem Vorstand zufolge „werde durch diese mit einem gewissen Grade von öffentlichem Glauben versehenen Papiere den Arbeitern und Arbeitgebern Gelegenheit dargeboten, ihre gegenseitigen Forderungen und Abrechnungen auf einfachere und glaubwürdigere Weise feststellen und in Erinnerung zu erhalten.“⁴⁰⁵ Die Einführung und gesetzliche Ausarbeitung dieses Systems wurde vom Vorsitzenden in dieser Sitzung zur Abstimmung gebracht.⁴⁰⁶ Das Thema wurde anschließend nochmals diskutiert, wobei für die „Einführung solcher Maßregeln, welche zum Gedeihen des betreffenden Fabrikzweiges gereichen“ plädiert wurde. Dieser Antrag wurde mit einer Gegenstimme angenommen.⁴⁰⁷ Der betreffende Artikel hatte den Wortlaut:

„§ 6. Jeder Fabrikarbeiter muß, wie es durch die Rheinische Gesetzgebung bereits vorgeschrieben ist, ein Arbeitsbuch führen, welches seinen Namen und Vornamen, sein Alter, seinen Geburtsort, sein Signalelement, seine Beschäftigung und den Namen des Fabrik-

⁴⁰⁴ Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen vom 18. Oktober 1848 In: Köllmann,/ Reulecke, Mittheilungen. Bd. 1, S. 282.

⁴⁰⁵ Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen vom 18. Oktober 1848. In: Köllmann,/ Reulecke, Mittheilungen. Bd. 1, S. 282.

⁴⁰⁶ Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen vom 18. Oktober 1848. In: Köllmann/ Reulecke. Mittheilungen. Bd. 1, S. 282.

⁴⁰⁷ Sitzung des vereinigten Vorstandes und Ausschusses des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen vom 18. Oktober 1848. In: Köllmann,/ Reulecke. Mittheilungen. Bd. 1, S. 283.

herrn, bei welchem er bei Empfang des Arbeitsbuchs in Arbeit trat, enthält, und von der Gemeindeobrigkeit visirt ist.“⁴⁰⁸

Dieses Ergebnis ging ein in den Entwurf einer Verordnung betreffend die „Verhältnisse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Fabriken“, den der Centralverein im Mai 1849 erarbeitet hatte. Die Arbeitsbücher wurden in den Artikeln 6 bis 11 in den Entwurf aufgenommen. Trotz einiger Widerstände gegen die Einführung dieses Systems wurde der Gesetzentwurf über das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Fabriken vom 16. Mai 1849, der die Einführung der Arbeitsbücher enthält, per Petition an die erste und zweite Kammer des Parlaments gerichtet.⁴⁰⁹ Am 20. Oktober nahm die zweite Kammer die Verordnung an und die erste Kammer folgte am 19. Januar 1850.⁴¹⁰ Das System wurde Anfang 1852 eingeführt. Aus einer Schrift über die „Einrichtungen im Interesse der Arbeiter der Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei und Weberei in Erdmannsdorf im Jahr 1852“ läßt sich auch seine Anwendung belegen.⁴¹¹ Damit sollten Veruntreuungen und sonstige Mißstände verhindert werden.⁴¹²

Hürter zufolge scheiterte die Verwirklichung dieses Systems jedoch an der mangelhaften Gesetzgebung.⁴¹³ Daher gab die Regierung eine ausführliche Untersuchung über das System und den Entwurf eines Gesetzes über dieses System in Auftrag. Schließlich wurde in den 1850er Jahren die Aufgabe der Ausarbeitung einer ausführlichen Gesetzgebung über die Arbeitsbücher an den Handels- und Gewerbeverein in Rheinland und Westfalen übertragen. Über die Handelskammer wurde der Vorstand des Vereins damit betraut. Da der Vorstand

⁴⁰⁸ Ergebnisse der Ausschlußberatung des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen betreffend gesetzliche Bestimmung über die Fabrikarbeiter und die Fabrikvereine. Köllmann/ Reulecke. Mittheilungen. Bd. 1, S. 314.

⁴⁰⁹ Petition des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, betreffend die Gesetzgebung über die Verhältnisse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Fabriken. Köllmann/ Reulecke. Mittheilungen. Bd. 1, S. 582.

⁴¹⁰ Vgl. Reulecke, Sozialer Frieden, S. 215.

⁴¹¹ Allgemeine Einrichtungen im Interesse der Arbeiter der Flachsgarnmaschinen Spinnerei und Weberei im Erdmannsdorf im Jahr 1852. Am 27. Mai 1853. In: Köllmann/ Reulecke. Mittheilungen. Bd. 4, S. 2093.

⁴¹² Vgl. Allgemeine Einrichtungen im Interesse der Arbeiter der Flachsgarnmaschinen Spinnerei und Weberei im Erdmannsdorf im Jahr 1852. Am 27. Mai 1853. In: Köllmann/ Reulecke. Mittheilungen. Bd. 4, S. 2093.

⁴¹³ Auszug aus dem Protokoll der dritten Generalversammlung der Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen am 10. Oktober 1859. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold. M1 IU. Nr. 79.

schon vorher an dem Thema Interesse gezeigt hatte, war dies ein willkommener Anlaß, einen Entwurf auszuarbeiten. Er wurde in einer Generalversammlung den Mitgliedern vorgelegt.

Der Gesetzesentwurf des Vereinsvorstands hatte folgenden Inhalt:

Jeder Arbeiter hat sich von der Polizeibehörde des Ortes seiner Beschäftigung ein Arbeitsbuch erteilen zu lassen. Es mußte enthalten 1) einen Abdruck des gegenwärtigen Gesetzabschnittes. 2) Vor- und Zuname, Alter, Gewerbe, Geburts- und Wohnort des Arbeiters. (Art 1) Die Fabrikanten, Unternehmer, Werkstattmeister und alle diejenigen, welche Arbeiter beschäftigen, haben sich beim Eintritt des Arbeiters in ihren Dienst dessen Arbeitsbuch auszuhändigen zu lassen. Dieses wird dem Arbeiter bei der Entlassung von dem seitherigen Arbeitgeber zurückgegeben. (Art. 2) So lange der Arbeiter die ihm obliegenden Arbeitsverpflichtungen gegenüber dem Arbeitgeber nicht erfüllt hat, kann er von diesem das Buch nicht zurückfordern, es sei denn, daß er wegen Verweigerung des ihm gebührenden Lohnes oder aus sonstigen Gründen zur Einstellung der Arbeit berechtigt ist. (Art. 3) Alle Werkstattmeister müssen über Quittungsbüchern verfügen. Diese enthalten dieselben Bestimmung wie das Arbeitsbuch. (Art. 4) Der Werkstattmeister, der seine Arbeitsverpflichtungen gegen einen Fabrikanten erfüllt – insbesondere die ihm von diesem zur Bearbeitung anvertrauten Materialien und die zum Zwecke der Arbeitsausführung etwa geliehenen Gerätschaften zurückzugeben oder eintretenden Falls den Fabrikanten für dessen etwaigen Entschädigungsansprüche wegen Nichterfüllung jener Verpflichtungen zu befriedigen –, muß demselben das Quittungsbuch – beziehungsweise die Quittungsbücher der Webstühle, welche für den Fabrikanten zu arbeiten aufgehört haben – mit der Bescheinigung der erfüllten Verbindlichkeiten zurückgeben. (Art. 6)⁴¹⁴

Durch dieses System wollten die Unternehmer in erster Linie die Arbeitskräfte an die Arbeitgeber binden.⁴¹⁵ Dies stand in Zusammenhang mit der damaligen Hochkonjunktur und dem Mangel an Arbeitskräften. Schließlich waren zwischen 1845 und 1958 etwa eineinhalb

⁴¹⁴ Entwurf eines Gesetzes über die Arbeits- und Quittungsbücher. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold. M1 IU. Nr. 79.

⁴¹⁵ „Die Arbeitsbücher sind darum auch in der Gegenwart für die Industrie von höchster Bedeutung, weil durch dieselben der Arbeiter kräftiger an den Arbeitgeber gefesselt wird.“ Motiv zu dem dem Generalversammlungsprotokoll vom 10. Oktober 1859 annectierten Gesetzentwurf über die Arbeits- und Quittungsbücher. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold. M1 IU. Nr. 79.

Millionen Menschen von Deutschland nach Übersee ausgewandert.⁴¹⁶ Auch die vorbildlichen französischen Arbeitsbücher waren damals schon aus diesem Grund eingeführt worden.⁴¹⁷ Für den Vorstand resultierte die Notwendigkeit der Einführung eines solchen Systems auch aus der verstärkten Konkurrenz zwischen den Unternehmern und aus dem guten Zustand des Arbeitsmarktes:

„Ja, wir finden es nicht selten, daß die Arbeiter alsdann durch rücksichtslose Arbeitgeber mittelst Versprechung höhern Lohnes verlockt, häufiger den Dienst wechseln und so den Fabrikanten in große, durch den Arbeiter unmöglich zu ersetzende Verlust bringt, zumal das Weggehen eines Arbeiters, wegen des technischen Organismus der Etablissements nicht selten das unfreiwillige Feiern von mehreren andern nach sich zieht.“⁴¹⁸

Außerdem wollten die Unternehmer durch dieses System das freiwillige Verlassen des Arbeitsplatz der Arbeiter verhindern und die Produktivität sichern. Folgendes Zitat belegt dies: „Widmet der Arbeiter aber längerer Zeit einem Industriezweig seine Tätigkeit, so liegt es auf der Hand, daß dessen steigende Geschicklichkeit nicht nur auf die qualitative, sondern auch auf die quantitative Produktion vorteilhaft wirken muß.“⁴¹⁹ Der Art. 3 wurde aus diesem Grund besonders betont und bildete damit den Kern des Gesetzes.

In Zusammenhang mit dem Ziel der Arbeitskontrolle ist hervorzuheben, daß die Unternehmer durch dieses System das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit institutionalisieren wollten. Das heißt, das Verhältnis sollte nicht auf die private Ebene beschränkt bleiben, sondern durch die gesetzliche Maßregel allgemein gültig werden. Die Institutionalisierung des Arbeitsverhältnisses eröffnet darüber hinaus dem Staat indirekt die Möglichkeit, in das Arbeitsverhältnis einzugreifen.

⁴¹⁶ Vgl. Dirlmeier, Deutsche Geschichte, S. 253.

⁴¹⁷ Nach dem Cirkularschreiben der Préfection des Roer-Departments von 5. -pluviose XII, „[...] Es geschieht häufig, daß Leute, welche in den verschiedenen Gewerben miteinander wetteifern, Kunstgriffe aller Art gebrauchen, um den Fortgang der Geschäfte ihrer Concurrenten zu hintertreiben und sich ihre Gewinne anzueignen [...]“. Motiv zu dem dem Generalversammlungsprotokoll vom 10. Oktober 1859 annectierten Gesetzentwurf über die Arbeits- und Quittungsbücher. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold. M1 IU. Nr. 79.

⁴¹⁸ Motiv zu dem dem Generalversammlungsprotokoll vom 10. Oktober 1859 annectierten Gesetzentwurf über die Arbeits- und Quittungsbücher. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold. M1 IU. Nr. 79.

⁴¹⁹ Motiv zu dem dem Generalversammlungsprotokoll vom 10. Oktober 1859 annectierten Gesetzentwurf über die Arbeits- und Quittungsbücher. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold. M1 IU. Nr. 79.

In den 1860er Jahren gab es sowohl Zustimmung als auch Ablehnung zu diesem System. Am 5. März 1863 sandte der Ausschuß der Patriotischen Vereinigung ein Schreiben betreffend die Einführung dieses Arbeitsbuchsystems an den Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz,⁴²⁰ und am 25. März 1863 nahm der Staatsrat a. D. Theodor Riedel Stellung dazu. Er bemerkte, daß „eine strengere Arbeiterkontrolle durch die Arbeitsbücher (wie in Belgien)“ notwendig sei, betonte aber zugleich, daß der Zeitpunkt nicht geeignet sei, weil dadurch Mißstimmung erregt werde.⁴²¹ Mit dieser Mißstimmung war der Widerstand aus der Arbeiterschaft selbst gemeint, und es wurde befürchtet, „daß diese Maßregel in ihrer Allgemeinheit großen Schwierigkeiten und einem kompakten Widerstand der Arbeiter begegnen würde.“⁴²² Trotzdem wurde das System in den 1870er Jahren von der Regierung eingeführt und von den Industriellen bewilligt.⁴²³ Das System der Arbeitsbücher wurde auch in die wilhelminische Zeit übernommen.

In dieser späteren Zeit sollte jeder Arbeiter ein Quittungsbuch erhalten, in das die Unternehmer die Versicherungsmarken einzukleben und zu entwerten hatten.⁴²⁴ Wenn ein Unternehmer einen Arbeiter beschäftigte, mußte er sein Quittungsbuch mit dem Arbeitsbuch des Arbeiters tauschen. Tatsächlich wurden Quittungsbücher eher von Meistern in kleinen Werkstätten oder Arbeitgebern im Verlagsystem eingesetzt, weshalb die Bedeutung der Quittungsbücher im Lauf der industriellen Entwicklung nachgelassen haben dürfte. Die Anwendung dieses System wurde von Seiten der Arbeiterbewegung häufig kritisiert. Nach Meinung der Sozialdemokratie konnten die Quittungsbücher als Arbeitsbücher auch zur

⁴²⁰ Eingabe des Ausschusses der Patriotischen Vereinigung an den Preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz mit beigefügter Denkschrift. Tennstedt, Florian/Winter, Heidi: Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914. Abt.1. Bd. 1. Stuttgart/Jena/New York 1994, S. 12.

⁴²¹ Bemerkungen des Stadtrates a. D. Theodor Riedel zur Denkschrift des Ausschusses der Patriotischen Vereinigung am 25. März 1863. Tennstedt/ Winter, Quellensammlung, S. 19.

⁴²² Promemoria über die preußisch-österreichische Konferenz zur sozialen Frage. Am 15. Dezember 1872. Tennstedt/ Winter, Quellensammlung, S. 412.

⁴²³ „[...] Dagegen ist durch die Einführung der Verpflichtung zur Führung von Arbeitsbüchern für alle Arbeiter unter 21 Jahren über dasjenige, was die verbündeten Regierungen für erreichbar hielten, sehr wesentlich hinausgegangen und ebenso durch verschiedene Bestimmungen die gesetzliche Fürsorge für das Wohl der Arbeiter über das in dem Entwurfe vorgesehene Maß erweitert [...]“ Votum des preußischen Handelsministers Albert Maybach für das preußische Staatsministerium. Am 21. Oktober 1878. Tennstedt/ Winter, Quellensammlung, S. 545.

⁴²⁴ Vgl. Hofmann, Gudrun: Die deutsche Sozialdemokratie und die Sozialreformen von 1889. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 30. Jg. 1982. Heft 6, S. 512-513.

Regulierung bzw. Kennzeichnung politisch aktiver Arbeiter mißbraucht werden. Deshalb führte Ende 1887 der Sozialdemokrat Karl Schon aus Magdeburg eine Petitionsbewegung gegen die Quittungsbücher durch. Danach wurden die Quittungsbücher durch eine Bestimmung des Reichstags in Quittungskarten umbenannt, die von der Sozialdemokratie allerdings nach wie vor kritisiert wurden. Schließlich wurde im Mai 1889 ein Gesetz über die „erweiterten Strafbestimmungen gegen den Mißbrauch der Quittungskarte als Arbeitsbuch“⁴²⁵ erlassen.

Während der Bauarbeit zum Dortmund-Ems-Kanal in den 1890er Jahren wurden die Arbeitsbücher weiter benutzt, dort aber nicht auf Grundlage eines Gesetzes, sondern aus der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Dezember 1846 über die Lage der Eisenbahnbauarbeiter⁴²⁶ und aus den einschlägigen Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung von 1891, des sogenannte Arbeiterschutzgesetzes, hergeleitet.⁴²⁷

Die Gesetzgebung über die Einführung eines Arbeitsbuches wurde dann vom NS-Regime am 26. Februar 1935 mit dem Ziel erlassen, „die zweckentsprechende Verteilung der Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten.“ (§ 1)⁴²⁸. Aufgrund dieses Gesetzes „durften vom 1. September 1936 im Deutschen Reich Arbeitnehmer nur noch eingestellt und beschäftigt werden, wenn sie ein ordnungsgemäß ausgestelltes Arbeitsbuch besaßen“.⁴²⁹ Ab Februar 1938 wurde das Arbeitsbuch mit den Krankenkassenmeldungen zusammengelegt. Diese Zusammenlegung kann als erster Schritt zum heutigen integrierten Meldesystem der Sozialversicherung und der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit gewertet werden.⁴³⁰ Mit dem Ende des Naziregime wurde 1945 auch dieses System

⁴²⁵ Vgl. Hofmann, Sozialreformen, S. 522.

⁴²⁶ Das Gesetz vom 21. Dezember 1846 hat in diesem System (damals Arbeitskarte genannt) festgesetzt, daß dieses System sowohl für die Arbeiter als für die Behörden und das Publikum notwendig sei: es erleichtere dem Arbeiter die freie Bewegung und unabhängige Verfolgung seines Nahrungszweckes, schneide eine Menge zeitraubender Förmlichkeiten ab, und befördere in jeder Beziehung Redlichkeit und Solidarität. In: Köllmann/ Reulecke, Mittheilungen, S. 282.

⁴²⁷ Krabbe, Wolfgang R.: Die Lage der Arbeiter bei staatlichen Auftragsvergaben in wilhelminischer Zeit. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 22. Jg. 1986, S. 158.

⁴²⁸ Vgl. Maier, Dieter: Vom Arbeitsbuch zur Beschäftigtenstatistik. In: arbeit und beruf 10/1986, S. 307.

⁴²⁹ Vgl. Maier, Arbeitsbuch, S. 307.

⁴³⁰ Vgl. Maier, Arbeitsbuch, S. 308.

abgeschafft. In der DDR wurde statt dessen seit 1961 der Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung eingeführt.

Die Diskussion über die Notwendigkeit der Arbeiterkontrolle und die dafür geeigneten Methoden trat in der Zeit einer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung und vor dem Hintergrund einer Knappheit von Arbeitskräften auf. In ihr spiegelt sich eine im Verlaufe des Industrialisierungsprozesses veränderte Auffassung der Industriellen zur Lösung der Sozialen Frage. Die Lösung der Sozialen Frage wird nun nicht mehr bis zur Vollendung der Industrialisierung aufgeschoben, sondern soll einerseits über die Erzeugung eines individuellen Pflichtgefühls und andererseits über eine Kontrolle der Arbeiter erfolgen. Ursache und Beseitigung der Armut sind demnach abhängig von der persönlichen Lebenshaltung des Arbeiters.

2.3.2. Tätigkeit in den 1860er Jahre

Die sich herausbildende Vorrangstellung Preußens, ein stärker werdendes Organisationsfieber und ein kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum prägen das Gesicht dieser Zeit. Mit der Benennung Bismarcks zum Reichskanzler wurde die politische Restauration fortgeführt. Die Industriellen verspürten in dieser Zeit vor allem aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums eine Art Zufriedenheit. Obwohl sie weiterhin neidisch auf den Wohlstand Englands blickten, war England nicht mehr das Vorbild, von dem alles gelernt werden mußte. In der Handelspolitik gewann der Freihandel deutlich die Oberhand. Handelsverträge, verschiedene Reformvorhaben zur Verbesserung des alltäglichen Lebens wie hygienische Verbesserungen mittels der Einführung von Abwassersystemen waren eindeutige Zeichen der sich ausweitenden kapitalistischen Gesinnung.

Im öffentlichen Bereich traten die Industriellen kaum in Erscheinung, angesichts des befriedigenden wirtschaftlichen Wachstums bestand wenig Anlaß dazu. Die politische Atmosphäre hatte sich durch die Entwicklung von politischen Parteien im modernen Sinn, durch die Entstehung von ökonomischen Interessenverbänden und gesellschaftlich wirksamen Großorganisationen verändert.

Die Untersuchung der Tätigkeitsgeschichte des Handels- und Gewerbevereins in Rheinland und Westfalen in dieser Zeit stützt sich auf die Zeitung „Der Zollverein“, die der Verein als

die einzige Vermittlungsinstanz seiner Tätigkeit in den 1860er Jahren benutzte. Am 14. September 1865 erschien die erste Ausgabe der Zeitung „Der Zollverein“, sie wurde bis zum 28. März 1868 herausgegeben. Anfang des Jahres 1868 war die Reorganisation des Vereins ein wichtiges und aktuelles Thema gewesen.⁴³¹ Der Verein wollte den 1858 gegründeten Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund und den 1852 ins Leben gerufenen Zollvereinländischen Eisenhüttenverein als Unterorganisationen sowie als Fachvereine integrieren. Für diese Reorganisation sowie Vereinigungsarbeit mußten diese drei Vereine eine neue Zielsetzung entwickeln,⁴³² weshalb die Herausgabe des Blattes eingestellt wurde. Die Reorganisation der Vereins ist Teil der umfassenderen Entwicklung von neuen Organisationsformen auch in anderen Bereichen der Gesellschaft, der Bildung politischer Parteien ebenso wie der Gründung von Organisationen der Arbeiterschaft.

In der dieser Reorganisation vorausgehenden Zeit diente die Zeitung „Der Zollverein“ als ein Forum zur Zusammenführung der verschiedenen Meinungen. Neben den Meinungsbekundungen der früheren schutzzöllnerischen Industriellen wurde weiteren Standpunkten Raum gegeben.

Aufgabe der Zeitung war die Vertretung industrieller Interessen. Programmatisch hieß es in der ersten Ausgabe:

„Die neue Zeitschrift, deren erste Nummer heute erscheint, soll den Interessen von Handel und Gewerbe dienen. Sie will die Handel und Gewerbe betreffenden ökonomischen Fragen der Gegenwart vom vorwiegend praktischen Standpunkte aus für den praktischen Geschäftsmann behandeln, auf die als richtig erkannte Lösung jener Fragen hinwirken und zur Verbreitung und Verallgemeinerung richtiger wirtschaftlicher Ansichten das Ihrige beitragen“⁴³³

Um praktische Interessen zu repräsentieren, gab es in der Zeitung verschiedene Rubriken für „praktische“ Wirtschaftler, aber sie enthielt daneben auch viele wichtige Informationen für Industrielle. Die grundlegenden Inhalte waren folgende: wöchentlicher Übersichtsbe-

⁴³¹ In der Generalversammlung am 8. Januar 1868 war die Reorganisation des Vereins bekanntgegeben worden.

⁴³² „Der Zollverein“, 8. Februar 1868.

⁴³³ „Der Zollverein“, 14. September 1865.

richt über die wichtigen politischen und insbesondere wirtschaftlichen Ereignisse mit Kommentaren der Redakteure;⁴³⁴ Aufsätze über wichtige Themen in Bezug auf ökonomische Fragen im In- und Ausland – Beispiele hierfür sind etwa die Artikel „Nationalökonomischer Spaziergang in Rußland“ (4. Januar 1866) und „Die Ausbildung der Konsuln“ (21. Februar 1866); Berichte aus allen Bereichen des Handels- und Gewerbevereins in Rheinland und Westfalen; Korrespondenzen mit anderen Institutionen⁴³⁵; technische Informationen; Statistiken; Bibliographien und Rezensionen über neu erschienene Bücher; Bewerbungen usw. Ab der Ausgabe vom 1. April 1866 stand ein Teil für Inserate zur Verfügung.

Die Vorgehensweise des Handels- und Gewerbevereins in Rheinland und Westfalen in den 1860er Jahr unterschied sich nicht von der in früherer Zeit. In den zahlreichen Sitzungen wurden viele unterschiedliche Meinungen und Interessen der Mitglieder vorgetragen und diskutiert. Die Ergebnisse des Diskussionsprozesses und die Forderungen wurden wie früher als Petitionen an die Regierung oder an die zuständige Verwaltung gerichtet. Beispielsweise brachte der Vorstand am 23. April 1867 eine Petition über die Einquartierungslast im Abgeordnetenhaus ein. Er erhielt zur Antwort, daß diese Petition im Juli vom Abgeordnetenhaus an die Regierung weiter geleitet werden sollte.⁴³⁶

Im Oktober 1867 brachte der Vorstand eine Petition zum Gesetzentwurf über das Posttaxwesen im Reichstag ein.⁴³⁷ Das Thema wurde in der Reichskommission diskutiert und für den Verein erfolgreich beschieden: Der Handels- und Gewerbeverein in Rheinland und Westfalen erhielt eine Gebührenermäßigung für die Versendung seiner Wochenblätter.⁴³⁸

⁴³⁴ Der Redakteur war R. Berndt in Düsseldorf, und ab dem 4. Januar 1868 D. Cras aus Essen.

⁴³⁵ Zum Beispiel stand die Zeitschrift im Schriftwechsel mit der „Rheinischen Zeitung“. „Der Zollverein“, 30. März 1867.

⁴³⁶ „Der Zollverein“, 27. Juni 1867. Diese Fragestellung an die Regierung wegen Einquartierung ist eine typische „proaktiv kollektive Handlung“ des Bürgertums. Tilly zufolge entstanden in der Gründungszeit des Nationalstaates verschiedene kollektive Handlungen des Bürgertums. Zu diesen zählte auch der Versuch, die Einquartierungslast an die Regierung zu übertragen. Vgl. Tilly. Hauptformen kollektiver Aktion. S. 160. Bisher gingen die Einquartierungen der Soldaten in Kriegszeiten auf Kosten privater Haushalte, aber mit der Entstehung und Erweiterung der bürgerlichen Auffassung vom freiheitlichen Privateigentum erschien dies als eine Verletzung dieser Bürgerrechte. Deshalb wollte das Bürgertum allgemein diese Lasten an den Staat zurückgeben. Diese Versuche wurden auch vom schutzzöllnerischen Unternehmertum unterstützt. Dies zeigt deutlich, wie das deutsche Unternehmertum um seine eigene private Freiheit bemüht war.

⁴³⁷ „Der Zollverein“, 21. Oktober 1867.

⁴³⁸ „Der Zollverein“, 9. November 1867.

Beide Petitionen spiegeln die bürgerlichen Wertvorstellungen ihrer Zeit. Die auf dem privaten Eigentum beruhende bürgerliche Wertvorstellung widersprach einer staatlichen Intervention in die privaten Eigentumsrechte, wie sie durch zwangsweise Einquartierungen praktiziert wurde. Die Postgebührenermäßigung bedeutete eine Bestätigung und eine Förderung der eigenen Organisation und deren Tätigkeit auf offizielle Ebene und trug zu einer Verstärkung der Kommunikation im Bürgertum bei.

Darüber hinaus diente die Zeitung „Der Zollverein“ dem Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen auch zur Vorstellung seiner Interessen in der Öffentlichkeit. Die Tätigkeit und die Interessen des Vereins zielten in sehr unterschiedliche Richtungen, waren aber miteinander verbunden. Im Folgenden sollen einige Zielsetzungen dieser Arbeit vorgestellt werden.

2.3.2.1. Die Tätigkeit in Bezug auf die Handelspolitik

In Fragen der Handelspolitik war die Tätigkeit der schutzzöllnerischen Interessenvereinigung zur Mitte der 1860er Jahre, gemessen an den in der Zeitung „Der Zollverein“ veröffentlichten Beschwerden und Wünschen, begrenzt. Über die Frage des Binnenschiffverkehrs wurde bereits auf der Generalversammlung vom 7. Februar 1859 diskutiert. Als praktische Konsequenz traten im Jahre 1860 die Interessenten an der Rheinschiffahrt in Koblenz zusammen und wählten ein Komitee. Durch die Friedensschlüsse Preußens mit den Rheinuferstaaten Ende des Jahres 1866 wurde die Binnenschiffahrt in großen Teilen von ihren Begrenzungen befreit.⁴³⁹ Dadurch konnte dieser günstige Verkehrsweg eine übermächtige Konkurrenz zur Eisenbahn werden.

Die 1860er Jahre sind eindeutig als der Freihandelszeit zugehörig einzustufen. Die Mission Cobdens und die Maßnahmen Napoleon III. führten in dem traditionell protektionistisch eingestellten Frankreich zu einem Freihandelsvertrag mit England.⁴⁴⁰ Der französisch-englische Handelsvertrag ließ die für die Zollverein-Angelegenheiten verantwortlichen preußischen Beamten aufmerken und machte ihnen deutlich, daß sich mit diesem Handelsvertrag eine neue Gelegenheit ergab, den Zollvereinstarif zu reformieren.

⁴³⁹ Die Hafenstädte an den Rheinufern erhoben durch Werft-, Kran-, Wiege- und Lagergelder Abgaben, die eine nicht unbedeutende Belastung des Verkehrs darstellten. „Der Zollverein“, 8. Dezember 1866.

⁴⁴⁰ Vgl. Henderson, Cobden-Vertrag, S. 232-233.

In dieser Situation schlug im Juli 1860 die französische Regierung Verhandlungen mit Preußen über den Abschluß eines Handelsvertrages vor.⁴⁴¹ Nach langer Verhandlungsdauer wurde am 2. August 1862 ein Handelsvertrag zwischen beiden Ländern beschlossen, obwohl nicht alle Vereinsstaaten zugestimmt hatten. Mit diesem Vertragsabschluß wurde der Vorschlag Österreichs, mit dem Zollverein eine einheitliche Zollunion aufzubauen, verächtlich übergangen. Die am Vertragsabschluß mit Frankreich nicht beteiligten Zollvereinsländer verlängerten dann aber in der Gesamtversammlung in Berlin den Zollvereinsvertrag und bestätigten damit ihre Anerkennung des französisch-preußischen Handelsvertrags und des neuen liberalen Tarifs.

Diese Entwicklung zum Freihandel⁴⁴² und zur Ausgrenzung Österreichs stieß innerhalb der deutschen Staaten selbstverständlich auf den Widerstand der schutzzollorientierten Länder. Dieser Widerstand äußerte sich in der Sorge vor der preußischen Vorherrschaft und in der Absicht, diese Macht einzuschränken sowie in der Freundschaft Bayerns, Württembergs, Nassaus und anderer Länder zu Österreich. In dieser Situation traten die preußischen Schutzzöllner nicht in der Öffentlichkeit auf und brachten keine eindeutige Aktivität für ihr Interesse nach Schutzzöllen zum Ausdruck.

Die 1860er Jahre waren eine Zeit schnellen wirtschaftlichen Wachstums. In dieser wirtschaftlichen Hochkonjunktur übten die Industriellen in Bezug auf ihre Interessenpolitik eher Zurückhaltung. Die Konzentration auf praktische Erfordernisse stellte eine Zurücknahme von eindeutig schutzzöllnerischen Positionen dar, aber im Grunde verschoben sich nur die Schwerpunkte der Zielsetzung. Auf längere Sicht erschienen dem Verein die Freihändler als diejenigen, die den Freihandel möglichst schnell in der Politik durchzusetzen gedachten, während die Schutzzöllner den Freihandel etwas langsamer und vorsichtiger praktizieren wollten. Ein Aufsatz in der Zeitung „Der Zollverein“ vom 6. Oktober 1866 über die erfolgreichen Erfahrungen mit der Freihandelspolitik in Frankreich und die Selbstcharakterisierung als „gemäßigte Freihändler“ muß vor diesem gedanklichen Hintergrund gesehen werden.

⁴⁴¹ Vgl. Henderson, Cobden-Vertrag, S. 234.

⁴⁴² Mit dem Handelsvertrag von 1862 und dem Zollvereinsvertrag von 1864 gehörten die Mitgliedsländer des Zollvereins im Zeitraum 1866-1871 zu den Ländern mit den niedrigsten Zolltarifen in Europa.

Trotzdem blieb die Frontstellung von Freihändlern als Theorieanhängern und Schutzzöllnern als den mehr an praktischen Maßnahmen orientierten unverändert. In den 1860er Jahren hatte der schutzzöllnerische Verein den Handelstag als einen „Kampfplatz der Interessen“, also der praktischen Orientierungen, den Volkswirtschaftskongreß dagegen als „Kampfplatz der Ideen“⁴⁴³ bezeichnet, weshalb der Handelstag zur Handelskammer des vereinigten Deutschlands werden sollte.

Die Priorität der praktischen Interessen von Unternehmern war ein grundlegendes und wesentliches Prinzip, auf dem die typischen Handlungen und Lösungen jeweils aktueller Probleme beruhten. In diesem Zusammenhang sind die Einstellungen des Unternehmertums vor und nach dem Krieg mit Österreich von Bedeutung. Bis unmittelbar vor dem Krieg zeigte sich der Verein besorgt wegen eines möglichen Kriegsausbruchs und betonte die dringende Notwendigkeit von Friedensinitiativen:

„Der Krieg ist stets ein wirtschaftliches Übel, auch der gerechteste zerstört eine kolossale Menge von Kapital und entzieht der Produktion einen großen Theil ihrer beiden Faktoren, des Kapitals und der Arbeit. Frieden muß daher Jeder wünschen ... Ein Krieg zwischen den Mitgliedern des deutschen Zollvereins zerreißt den Zollvertrag ...“⁴⁴⁴

Daher schlug der Verein einen Friedenskongre vor.⁴⁴⁵ Zur Verhinderung des Krieges wurden zahlreiche Petitionen verabschiedet. Die Redaktion der Zeitung „Der Zollverein“ schrieb im Juni 1866 unter dem Titel „Krieg oder Frieden?“:

„Wohl noch nie ist ein Krieg so wahrscheinlich gewesen, wie der bevorstehende; und doch will man immer noch nicht an seinen Ausbruch glauben. Immer noch gehen Friedenspetitionen an den König ab, die namentlich zahlreich in den Provinzen Rheinland und Westfalen entstehen. Wir müssen an dieser Stelle eine erst in neuerer Zeit hervorgetretene Wendung der Friedensagitation erwähnen, die im Schoße des Handels- und Gewerbestandes aufgetaucht ist.“⁴⁴⁶

⁴⁴³ „Der Zollverein“. 15. August 1866.

⁴⁴⁴ „Der Zollverein“. 30. Mai 1866.

⁴⁴⁵ „Der Zollverein“. 30. Mai 1866.

⁴⁴⁶ „Der Zollverein“. 6. Juni 1866.

Aber mit der Siegestimmung nach dem Sieg von Königgrätz am 3. Juli 1866 traten auch in der Zeitung „Der Zollverein“ Freundsbezeugungen und deutliche Gefühl gegen Österreich hervor.⁴⁴⁷ Diese Freude entwickelt sich über die Begeisterung über die Einigung Deutschlands hinaus bis zur Forderung nach einem starken deutschen Staat.⁴⁴⁸ Ein mächtiges Deutschland wünschte man sich in zweierlei Hinsicht: als militärisch starkes Land und als wirtschaftlich starkes Land. Über die Erzeugung militärischer Feindgefühle gegen Österreich sollten auch eine wirtschaftliche Feindstimmung gegen England sowie Ängste vor den Folgen der Freihandelsdoktrin und vor der weltbeherrschenden Wirtschaftsstärke Englands geschürt werden.

„... Um der Alleinherrschaft der englischen Kohle ein Ende zu machen. ... und nochmals erinnern wie an das früher zitierte prägnante Wort eines intelligente Engländer, das unsere viele Könige und Fürsten die besten Freunde von Englands kommerziellem Übergewichte seien.“⁴⁴⁹

Das heißt, ein ‘geeinigtes’ Land sollte mit England konkurrieren und eine von England freie, einheitliche Politik vertreten und ausführen. Der Stolz auf den Sieg Preußens und das Vertrauen auf die durch Preußen eingeleitete Vereinigung verknüpfte sich bei den Industriellen mit den alten Befürchtungen der wirtschaftlichen Bedrohung durch England. Diese Motivlage bildete die realistische Basis der Handlungen des Wirtschaftsbürgertums. Die Annäherung des Wirtschaftsbürgertums an Bismarck und seine Machtpolitik nach dem Krieg mit Österreich kann ohne den Hintergrund eines mit der Zeit gehenden Wunsches des Wirtschaftsbürgertums nicht richtig verstanden werden.

Ein weiterer praktischer Grund, warum die schutzzöllnerischen Industrieunternehmer während dieser Entwicklungsphase ihre Stimme nicht erhoben haben, ist in der institutionellen Veränderung des Zollvereins zu sehen. Am 8. Juli 1867 wurde der Zollvereinsvertrag beschlossen, er trat zum 1. Januar 1868 in Kraft trat.⁴⁵⁰ Damit wurde das Vetorecht der kleinen

⁴⁴⁷ „Endlich hat Österreich in Deutschland keinen Raum“ – „Der Zollverein“. 20. Juni 1866.

⁴⁴⁸ „Der Zollverein“. 8. August 1866.

⁴⁴⁹ „Der Zollverein“. 8. August 1866.

⁴⁵⁰ Mit diesem Vertrag wurde der Zollverein territorial ausgedehnt, unter anderem bis Schleswig und Holstein, Mecklenburg. An die Stelle der bisherigen Generalkonferenz trat eine neue Institution, der Bundesrat des Zollvereins. Gleichzeitig wurde die neue Institution des Zollparlaments geschaffen. Vgl. Weber, W.: Der deutsche Zollverein. Leipzig 1871, S. 468ff.

Staaten, das Preußen schon lange lästig war und das als Hauptwaffe der Schutzzöllner fun-
gierte, um bei den Versammlungen des Generalkongresses des Zollvereins die Freihandels-
vorschläge zurückzuweisen, beseitigt.⁴⁵¹

Der Zeitung „Der Zollverein“ vom März 1868 zufolge war eine Reorganisation des Vereins
notwendig geworden. Nach dieser Ankündigung trat der Rheinisch-Westfälische (Handels-
und) Gewerbeverein nicht mehr in der Öffentlichkeit in Erscheinung.

2.3.2.2. Die Bemühungen in Bezug auf den politischen Einfluß

Im Jahr 1867 trat der innere Konflikt zwischen der Redaktion „Der Zollverein“ sowie dem
Vorstand und den Mitgliedern zu Tage. Einige Mitglieder des Vereins warfen der Redaktion
des „Zollvereins“ deren politische Kritik an den Fortschritt Kräften vor und traten daraufhin
aus dem Verein aus. Eines dieser Mitglieder, Albert de Gruyter aus Ruhrort, schrieb am 19.
Juni 1867 an die Zeitung:⁴⁵²

„[...] Sie haben sich für berufen gehalten, mir unter'm 25. Mai zu schreiben. Ich erkenne
diesen Beruf nicht an, weil ich Ihre Interpretierung nicht teile und nur den leitenden Auss-
chuß des Vereins für Handels und Gewerbe kenne [...] Mit Rücksicht auf die Leser Ihres
Blattes bemerke ich zur Sache, daß es die Tatsachen nicht kennen oder doch nicht kennen
wollen heißt, wenn man der Fortschrittspartei 'leidige Consequenz des Opponirens', 'Schä-
digung der materiellen Interessen' und 'Bekämpfung des Einigungswerkes Deutschland'
vorwirft [...] verschiedene Mitglieder sind bereits ausgetreten, weil sie weder das Verständ-
nis haben [...]“⁴⁵³

Die Redaktion antwortete daraufhin:

„Wir wiederholen, daß wir uns mit dem Vorstand und der Generalversammlung des Vereins
über die Haltung des ‚Zollverein‘ im vollsten Einverständniß befinden [...]“⁴⁵⁴

⁴⁵¹ Henderson, Cobden-Vertrag, S. 225.

⁴⁵² Ein erstes Schreiben von de Gruyter an die Redaktion und eine Antwort der Redaktion war bereits in
der Zeitung „Der Zollverein“ am 25. Mai veröffentlicht worden. Auf diese Stellungnahme der Redak-
tion antwortete de Gruyter am 19. Juni 1867.

⁴⁵³ „Der Zollverein“, 20. Juli 1867.

⁴⁵⁴ „Der Zollverein“, 20. Juli 1867.

Dieser Vorfall ist nicht nur ein Beleg für Streitigkeiten innerhalb des Vereins, sondern auch ein deutliches Zeichen dafür, daß in dieser Zeit die schutzzöllnerische Unternehmergruppe eine politische Stimme hatte. Eigentlich waren die Ziele des Vereins nicht auf direkte politische Handlungen ausgerichtet, sondern über indirekte Maßnahmen, wie Petitionen an die Regierung, die eigene Meinung durchzusetzen oder in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. In der ersten Ausgabe der Zeitung „Der Zollverein“ wurde verkündet, daß „sie kein politisches Parteiblatt sein soll“.⁴⁵⁵ Zwar gab es einige Mitglieder, die parlamentarisch tätig waren, wie Diergardt, doch offiziell gab der Verein noch nicht vor, politisch aktiv werden zu wollen.

In der Mitte der 1860er Jahre änderte sich diese Einstellung. Der Vorstand des Vereins bezeichnete sich nun selbst als eine „öffentliche Institution“ und gab an

„[...] da muß man Politik treiben, wenn man für sie kämpfen will [...] Andererseits hat fast jedes politische Thema auch seine wirtschaftliche Seite, die hervorzuheben und zu besprechen recht eigentlich Aufgabe eines Blattes wie der ‚Zollverein‘ sein dürfte“.⁴⁵⁶

Die Unzufriedenheit des Vereins mit dem politischen und insbesondere dem wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß bestand unverändert fort, doch jetzt wurden die Beschwerden auch öffentlich zum Ausdruck gebracht. Im Zusammenhang mit politischen Fragen verurteilte der Vorstand die unkompetente Wirtschaftspolitik, die durch den Beamten, die wenige Sachkenntnisse besaßen, geführt worden ist.⁴⁵⁷ Gegen diesen Mißstand versuchten die Industriellen auch aktiv vorzugehen, wie folgende Aufforderung belegt:

„Nicht minder müssen bei der Revision der Handelsverträge und des Zollvereinstarifs in den Beratungen des Zollvereins, in welchem die Sachverständigen und Fachleute leider nur sehr sparsam vertreten sind, die berechtigten Wünsche unserer Industrie zum Ausdruck und zur Stellung gelangen.“⁴⁵⁸

⁴⁵⁵ „Der Zollverein“, 14. September 1865.

⁴⁵⁶ „Der Zollverein“, 23. Dezember 1866.

⁴⁵⁷ „Der Zollverein“, 4. Januar 1866.

⁴⁵⁸ „Der Zollverein“, 26. Oktober 1867.

Um dieses Problem zu lösen, berief der Verein eine Enquetekommission von Sachverständigen ein.⁴⁵⁹ Sie forderte unter anderem eine Reform des Konsularwesens. Der Ausgabe des „Zollverein“ vom 14. Februar 1866⁴⁶⁰ zufolge wurde entschieden, das preußische Ministerium zur Reform des Konsularwesens zu drängen, um damit die Vereinheitlichung durch konkrete institutionelle Reformen zu beschleunigen. Demnach war die Zahl von Konsularen deutscher Staaten, die im Ausland tätig waren, weitaus höher als die anderer Länder, weshalb die Organisation häufig chaotisch und verwirrend war. In damaliger Zeit wurden von England etwa 400-500 Konsulare entsandt, von den deutschen Staaten jedoch zwischen 8.000 und 9.000.⁴⁶¹

Den Wunsch nach politischer Betätigung faßte der Vorstand in folgende Sätze:

„Es wird unseren Lesern erinnerlich sein, daß wir stets, wenn es sich um Reichstags- oder Abgeordnetenwahlen handelte, die eine Forderung betont haben: Wirtschaftliche Befähigung des Kandidaten.“⁴⁶²

Mit dem erfolgreichen Auftreten der Nationalliberalen auf der politischen Bühne⁴⁶³ wurden auch die Mitglieder des Vereins politisch aktiv. Der Vereinsvorsitzende von Sybel und Dr. Hammacher wurden ins Abgeordnetenhaus für den preußischen Landtag gewählt.⁴⁶⁴ Auch wenn es sich nur um eine geringe Zahl von Abgeordneten handelte, wurde der Erfolg nicht gering geschätzt und positiv bewertet, „soweit in dieser Körperschaft eine Interessenvertretung überhaupt tunlich ist“.⁴⁶⁵

⁴⁵⁹ „Der Zollverein“, 15. August 1866.

⁴⁶⁰ Nach dieser Ausgabe haben zuerst einige Mitglieder des Vereins beschlossen, diese Frage in den nächsten Generalversammlung auf die Tagesordnung zu bringen. Als Grund wurde genannt: „Die namentlich seit dem Inslebetreten der neuen Handelsverträge von Jahr zu Jahr sich steigenden kommerziellen Verbindungen Deutschlands mit dem europäischen und überseeischen Auslande, die großartige Entwicklung seiner Marine machen die Neugestaltung des Konsularwesens, dieses für Leben, Freiheit und Eigentum der Handels- und Schiffahrttreibenden so wichtigen Zweiges der Staatstätigkeit, in gleich steigendem Maße zu einer immer fühlbarer werdenden Notwendigkeit. Daß das jetzige System bez. seine Ausführung allerlei Mängel hat, ...“. „Der Zollverein“. 14. Februar 1866.

⁴⁶¹ „Der Zollverein“, 14. Februar 1866.

⁴⁶² „Der Zollverein“, 10. August 1867.

⁴⁶³ Der neue Präsident und der zweite Vizepräsident des Landtags waren Nationalliberale. „Der Zollverein“, 23. November 1867.

⁴⁶⁴ „Der Zollverein“, 9. November 1867.

⁴⁶⁵ „Der Zollverein“, 16. Februar 1867.

Daß es trotz der zahlenmäßig geringen Vertretung gelang, die eigenen Interessen zur Geltung zu bringen, zeigte sich anlässlich einer Thronrede im preußischen Landtag im Jahre 1866. Der Zeitung „Der Zollverein“ zufolge charakterisierte die Rede „den Einfluß der materiellen Interessen auf die politische Entwicklung sehr richtig“.⁴⁶⁶ Angesichts dieser Tatsache kann nicht behauptet werden, das deutsche Unternehmertum sei politisch nicht genügend engagiert gewesen.

2.3.2.3. Tätigkeit in Bezug auf die soziale Frage

Im Zuge der industriellen Entwicklung hatte sich die Soziale Frage, die anfangs allgemein der Armut der unteren Schichten galt, ab der Mitte des 19. Jahrhunderts zur Arbeiterfrage gewandelt. In früheren Jahren sahen die Industrieunternehmer die ungenügende Zahl an Arbeitsplätzen als Grund für die soziale Armut an. In der Mitte der 1860er Jahren hatte sich die wirtschaftliche Situation bedeutend verbessert und den Eindruck bestärkt, daß die deutsche Industrialisierung einen gewissen Erfolg zu verzeichnen hat. Aus Sicht der industriellen Unternehmer galt es, diese Entwicklung im politischen Bereich weiter zu stärken:.

„Das materielle Interesse erheischt vor allen Dingen die Vernichtung gerade jener Tendenzen, welche zu bekämpfen das Parlament ausersehen ist, der partikularistischen und der feudalen, der Feinde jedes wirtschaftlichen Fortschritts“.⁴⁶⁷

Deshalb standen die schutzzöllnerischen Unternehmer in dieser Zeit einer Liberalisierung der Gesellschaft aufgeschlossen gegenüber. In diesem Zusammenhang begrüßten die Unternehmer auch die Aufhebung des Einzugsgeldes.⁴⁶⁸ Kann dies als eine liberale politische Handlung mit Blick auf die freie Wahl des Wohnortes betrachtet werden, stand auf der anderen Seite das Interesse an einem vermehrten Zuzug von Arbeitskräften. An einer politischen Liberalisierung im Sinne einer gesellschaftlichen Gleichstellung der unteren Klassen

⁴⁶⁶ „Der Zollverein“, 16. Februar 1867.

⁴⁶⁷ „Der Zollverein“, 26. September 1866.

⁴⁶⁸ „Der Zollverein“, 1. Januar 1867. Das Einzugsgeld wurde von der Gemeinde erhoben, um die freie Niederlassung von außen zu verhindern. In einer Sitzung des preußischen Staatsministerium am 23. Januar 1866 wurde das Problem der Freizügigkeit der Arbeiter behandelt und die Aufhebung des Einzugsgelds beschlossen. Vgl. Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums am 23. Januar 1866. Tennstedt/ Winter, Quellensammlung, S. 161. Das wurde als ein Erfolg für die Sicherstellung der vollen Freizügigkeit eingeschätzt. Vgl. Immediatbericht des Staatsministeriums an den preußischen König Wilhelm I. Mit Gesetzentwurf und Begründung am 10. Februar 1866. Tennstedt/ Winter, Quellensammlung, S. 168.

war das Unternehmertum allerdings nicht interessiert. Das Wahlrecht für die Arbeiter oder andere Liberalisierungen, die den eigenen Interessen entgegen standen, wurden nicht befürwortet. Die Herausbildung einer ausgeprägten kapitalistischen Gesinnung, die bereits hinsichtlich der Gesetzgebung über das Arbeiterkontrollsystem deutlich geworden war, zeigte sich auch in den aktuellen Debatten über die Arbeiterwohnungsfrage und zur Frage der weiblichen Erwerbsarbeit.

Im Zusammenhang mit der allgemeine Armutsfrage hatte sich die Meinung im Laufe der Zeit geändert. Statt der Forderung von 1848, den Wohlstand der Arbeiter durch eine forcierte Industrialisierung zu erreichen, wurde nun als Lösungsvorschlag die Privat- und Selbsthilfe in den Vordergrund gestellt.⁴⁶⁹ Auffallend ist dabei, daß die Unternehmer die Ursachen der Armut nicht mehr in der Faulheit oder der mangelnden Sparsamkeit der Arbeiter sahen, sondern sich Verbesserungen von einer systematischen gesetzlichen Regelung für die Vermögensbildung der unteren Schichten versprachen:

„Wir glauben unsererseits, daß er nur deshalb nicht gespart, weil er gesetzmäßig nicht dazu gezwungen werden konnte“.⁴⁷⁰

Auf die Dringlichkeit einer gesetzlichen Regelung eines Unfall-Versicherungsschutzes wies die Zeitung „Der Zollverein“ mehrfach hin.⁴⁷¹ Insbesondere größere Unglücksfälle wurden als Gelegenheit genutzt, auf das in Deutschland fast ganz brachliegende Feld der Versicherung gegen Arbeitsunfälle, das in anderen Ländern schon weit mehr kultiviert war, aufmerksam zu machen.⁴⁷² An einem solchen Versicherungssystem sollte der Staat indirekt teilnehmen, weil er auf der anderen Seite von der industriellen Betätigung profitiere:

„[...] die Theilnahme des Staates aber wäre billigdenkend in sofern zu beanspruchen, als derselbe durch Erhebung von Gewerbesteuer, Zöllen und belangreiche Vortheile aus der

⁴⁶⁹ Über den Begriff der „Selbsthilfe“ von Schulze-Delitsch und über die Genossenschaftsbewegung hatte der Verein mehrmals in der Zeitung „Der Zollverein“ informiert, so in einem Aufsatz über Hermann Schulze-Delitsch am 14. Februar 1866 und in einem Bericht über die Genossenschaftsbewegung am 21. Februar 1866.

⁴⁷⁰ „Der Zollverein“, 15. Juni 1867.

⁴⁷¹ Zum Beispiel der „Hülferuf für Johannegeorgenstadt: [...] wegen Feuerunfall sind ungefähr 300 Menschen obdachlos geworden [...] ihre Mobilien aber nur zum geringsten Theilen und sehr niedrig versichert waren [...]“ – „Der Zollverein“, 31. August 1867.

⁴⁷² „Der Zollverein“, 24. August 1867.

industriellen Betriebsthätigkeit bezieht, und daher auch verpflichtet scheint, den Fabrikarbeitern seine Unterstützung nicht gänzlich vorzuenthalten“.⁴⁷³

Als mit der „Kaiserliche Botschaft“ zur Sozialpolitik vom 17. November 1881 ein staatliches Sozialversicherungsgesetz angekündigt wurde, waren diesbezügliche Forderungen in den politischen Willensbildungsprozeß eingeflossen.

3. Die historische Bedeutung der Organisation und der Tätigkeit der Industrieunternehmer: Zusammenfassung

In der Organisationsgeschichte der Interessenvertretung in Deutschland steht der Rheinisch-Westfälische (Handels- und) Gewerbeverein zwischen der Vereinskultur und den Interessenverbänden. Erstere wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hauptsächlich vom Bildungsbürgertum, letztere in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vornehmlich durch das Wirtschaftsbürgertum geschaffen. Der Rheinisch-Westfälische (Handels- und) Gewerbeverein kann als eine Übergangsform zwischen beiden Organisationsformen eingestuft werden, bei der sich charakteristische Merkmale und bestimmte Eigenarten herausbildeten.

Zunächst ist festzustellen, daß der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein nicht erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts,⁴⁷⁴ sondern bereits im Vormärz und insbesondere in den Revolutionsjahren 1848/49 tätig geworden ist. Vor dem Hintergrund der sich entfaltenden Industriegesellschaft und den in diesem Zusammenhang verursachten Interessenkonflikten zwischen unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen stand in dieser frühen Zeit die öffentliche und politische Kontroverse um den Zolltarif im Vordergrund der Aktivitäten. Als der Verein in der revolutionären Phase seine Meinung deutlich artikulierte, ging es ihm in erster Linie um das Erreichen eigener Interesse, und seine Ziele hatten nicht unmittelbar mit der politischen Situation zu tun.

Wie der Gründungsaufwurf und das Engagement in der Petitionsbewegung der Revolution von 1848/49 zeigt, bestand das Hauptziel des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Ge-

⁴⁷³ „Der Zollverein“, 15. Juni 1867.

⁴⁷⁴ Vgl. Zunkel, Friedrich: Das Wachsen der unternehmerischen Verbände in Rheinland-Westfalen in den 1850er Jahren. In: Varain, Interessenverbände, S. 65. Oder Hans Rosenberg: Interessenorganisation und wirtschaftliche Umorientierung im Bismarckreich. In: Varain, Interessenverbände, S. 162-165.

werbevereins darin, eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik hin zu den praktischen Interessen der Industrieunternehmer zu erreichen. Dabei zielten die Aktivitäten nicht nur auf eine Beeinflussung der nationalen, sondern über die starke Betonung der Schutzzölle vor allem auf die internationale Wirtschaftspolitik.

Gründung und Wirkungsgeschichte des Vereins standen in engem Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Die allgemeine wirtschaftliche Notlage des Jahres 1847 drängte die Industrieunternehmer zur Schaffung eines eigenständigen Interessenverbandes, und auch die Wiedergründung im Jahre 1858 kann als eine Reaktion auf die Handelskrise des Jahres 1857 gewertet werden. Obwohl das Jahr 1863 einen Wendepunkt in der Geschichte der Handelspolitik darstellte, da die handelspolitische Atmosphäre sich durch zahlreiche freihändlerische Handelsverträge mit anderen Staaten verändert hatte, reagierte der Rheinisch-Westfälische (Handels- und) Gewerbeverein nicht eindeutig. Der Verein trat nur dann in der Öffentlichkeit in Erscheinung, wenn seine Mitglieder tatsächlich von einer wirtschaftlichen Notlage betroffen waren. Durch dieses Merkmal läßt sich der Verein eindeutig als wirtschaftlicher Interessenverband bestimmen.

Die Handelskammern boten für die Industrieunternehmer keine adäquate Möglichkeit, ihren Interessen Ausdruck zu verleihen. Sehr viele Mitglieder des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins waren zugleich in den Handelskammern organisiert, doch die Möglichkeiten, über die Handelskammern die eigene Interessenlage zu formulieren, waren begrenzt und wurden durch den Regierungsbescheid aus dem Jahre 1857, mit dem die Kammern auf einen reinen Informationsträger über die örtliche Wirtschaftsstatistik festgelegt wurden, zusätzlich beschränkt. Die Enttäuschung darüber, daß die anfänglichen Erwartungen der Industriellen in die Vermittlungsfähigkeiten dieser Instanz nicht erfüllt wurde, bildete ein weiteres Motiv zur Gründung und Aufrechterhaltung eines eigenen Interessenverbandes.

Mit der Darstellung der organisatorischen Tätigkeit des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins konnten einige wichtige Informationen über die öffentlichen Aktivitäten der deutschen Industriellen herausgearbeitet werden. Wie schon angedeutet, gab es unterschiedliche Meinungen zwischen Wirtschaftstheoretikern sowie Beamten und Industriellen bezüglich der wirtschaftliche Entwicklung und dem Weg, der zum Industriestaat führen sollte. Die Inhalte dieser Unterschiede sollen im nächsten Kapitel geschildert werden.

IV. Zielvorstellung für die moderne Wirtschaft: Schutz der nationalen Arbeit

Was bedeuteten für die deutschen Industrieunternehmer die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen im Zuge der Industriellen Revolution? Wie nahmen sie diese Veränderungen wahr und welche Konsequenzen zogen sie aus ihr?

Douglass C. North betont, daß trotz der Bedeutung, die der Industriellen Revolution im Rückblick von Forschern beigemessen worden ist⁴⁷⁵, dieses Ereignis von den Zeitgenossen nicht als etwas Besonders wahrgenommen wurde.⁴⁷⁶ Adam Smith z.B. nahm in erster Linie die Spezialisierung und Arbeitsteilung wahr und setzte sich daraufhin für eine Ausweitung des Wohlstandes ein. Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Veränderungen untersuchte Thomas Robert Malthus den Bevölkerungszuwachs, den er als eine existenzbedrohende Gefahr für den Einzelnen ansah. Diese Deutungsmuster der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche sind Beispiele für die sehr selektive, von den Interessen der Beobachter gesteuerte Wahrnehmung, die nur einzelne Veränderungen herausgriff. Anzeichen für eine Begeisterung für die Industrielle Revolution finden sich in den genannten Diagnosen nicht.

Wie deuteten die deutschen Industrieunternehmer diesen Übergang zum technischen und industriellen Zeitalter und zu welchen Ansichten gelangten sie?

Um diese Frage beantworten zu können, soll hier ein Blick auf eine Forderung geworfen werden, die für den Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbeverein eine große Rolle spielte: der „Schutz der nationalen Arbeit“. Zunächst ist diese Parole das Argument eines wirtschaftspolitisch konservativen Interessenverbandes für den Schutzzoll. Aber unter diesem Schlagwort lassen sich nicht nur im engeren Sinne wirtschaftliche Positionen subsumieren, sondern auch die gesellschaftspolitischen Ansichten der Schutzzöllner. Mit diesem Schlagwort warb der auf den Schutzzoll hin orientierte Interessenverband um Unterstützung im gesellschaftlichen und politischen Bereich. Im folgenden soll diese Losung als ein Deutungsmuster interpretiert werden, in dem sich die Wahrnehmungen und Einstellun-

⁴⁷⁵ Arnold Toynbee soll als erster den Begriff „Industrielle Revolution“ gebraucht haben, und zwar in der Zeit von 1880-1881. Vgl. North, Douglass C.: Theorie des institutionellen Wandels. Tübingen 1998, S. 165.

⁴⁷⁶ Vgl. North, Douglass C.: Theorie des institutionellen Wandels, S. 165.

gen der deutschen Industrieunternehmer in Bezug auf den wirtschaftlichen und industriellen Veränderungsprozeß niederschlagen. In der Parole vom „Schutz der nationalen Arbeit“ formulieren die Industriellen in nuce sowohl ihre Deutungen der wirtschaftlichen Veränderungen im eigenen Land wie in der Welt als auch die daraus abgeleiteten Forderungen.

In einer Forschung wird behauptet, daß die Forderung nach „Schutz der nationalen Arbeit in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft“ zuerst in der Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer vom 17. Februar 1877 erhoben worden sei und sich dann zu einer der bevorzugten Forderungen der Schutzzöllner entwickelt habe.⁴⁷⁷ Diese Sichtweise trifft nicht zu, wie die Geschichte des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins zeigt. Schon auf der ersten Versammlung des Vereins am 21. September 1847 wurde das Schlagwort „Schutz der nationalen Arbeit“ benutzt und war seitdem so etwas wie ein Leitmotiv des Vereins.

Aber auch hier liegt nicht der eigentliche Ursprung dieser Forderung, und der Rheinisch-Westfälische Gewerbeverein ist nicht der einzige Verein, für den diese Parole von Bedeutung war. Es handelte sich vielmehr um eine allgemeine Wortkombination, die den Zeitgenossen in Westeuropa geläufig war, nachdem der Begriff „Nation“ durch die Französische Revolution seine moderne Bedeutung dadurch erhalten hatte, daß das Volk zum Souverän im Staat geworden war. Die westeuropäischen Ökonomen des 19. Jahrhunderts stellten eine enge Verbindung zwischen „Arbeit“ und „Nation“ her.⁴⁷⁸ Deshalb konnte der Ausdruck „Schutz der nationalen Arbeit“ auch durch „Schutz der Volkswirtschaft“ ersetzt werden. In diesem Zusammenhang erstaunt es nicht, daß auch das preußische Handelsgesetz von 1818, gegen das der Rheinisch-Westfälische Handels- und Gewerbeverein mit ganzer Kraft opponierte, das Ziel des „Schutzes der nationalen Arbeit“ verfolgte,⁴⁷⁹ und zwar in seiner allgemeinen Bedeutung für den Schutz der Volkswirtschaft.

In Deutschland trat der Zusammenhang von „Arbeit“ und „Nation“ besonders deutlich hervor. Zum einen wegen des spezifischen Gehaltes des Nationenbegriffs in Deutschland, der

⁴⁷⁷ Vgl. Zum Beispiel bei Tennstedt/ Winter, Quellensammlung, S. 638.

⁴⁷⁸ Vgl. Conze, Werner: „Arbeit“. In: Brunner/ Conze/ Koselleck. Geschichtliche Grundbegriffe. Bd. 1. Stuttgart 1972, S. 208.

⁴⁷⁹ Vertrauliche Mitteilung. Das Central-Comite des Rheinisch Westfälischen Gewerbevereins. Mai. 1848. Haniel Archiv Sig.-Nr. :HAA 410.

hier noch einen Erwartungsbegriff darstellte, zum anderen wegen eines damals aktuellen Themas, der Zollvereinsgründung. Der Beginn des Übergangs zum Industriezeitalter fiel mit der Entstehung des Zollvereins zusammen. Er wurde von den Zeitgenossen nicht als politische Vereinigung angesehen, sondern als Versuch der einheimischen wirtschaftlichen Verkehrsregelung sowie der wirtschaftlichen Einigung. Deshalb war für die Zeitgenossen die Frage nach einem deutschen Markt und dessen Schutz wichtiger als die der Nationalstaatsbildung.

Die Forderung nach Schutz des heimischen Marktes war bei den schutzzöllnerischen Industrieunternehmern stärker ausgeprägt als bei den anderen Wirtschaftsvertretern. Der Württembergische schutzzöllnerische Verein, den List geleitet hatte, nannte sich z.B. „Allgemeiner deutscher Verein zum Schutz der vaterländischen Arbeit“ und auch der Rheinisch-Westfälische Handels- und Gewerbeverein verfolgte, wie bereits erwähnt, dieses Ziel seit seiner Gründung.

Hier wird davon ausgegangen, daß dieses Schlagwort Rückschlüsse auf die Gesinnung der schutzzöllnerischen Unternehmer, die zumeist Industrielle waren, erlaubt. Oder anders gesagt: dieses Schlagwort enthält ein Gedankenspektrum, das die Ansichten der Industrieunternehmer über den Industrialisierungsprozeß widerspiegelt und kanalisiert. Diese These soll anhand verschiedener öffentlicher Äußerungen sowie anhand der Tätigkeiten des Rheinisch-Westfälischen Handels- und Gewerbevereins analysiert werden.

Die Parole vom „Schutz der nationalen Arbeit“ bündelte Einstellungen zu den Themen Arbeit und Nation sowie letztlich auch zur Rolle des Staates als Beschützer. Damit wurden drei damals hoch aktuelle Debatten angesprochen: die soziale Frage, der Nationalismus und das Thema Staatsinterventionismus. Im folgenden gilt es, den Zusammenhang zwischen dem Schlagwort und diesen drei Themenfeldern genauer zu beleuchten, denn einerseits bildeten die genannten drei Gegenstandsbereiche den grundlegenden Inhalt des Schlagwortes, andererseits diente das Schlagwort seinerseits zur Interpretation und zum Verständnis dieser drei Felder. Die Analyse dieser Wechselwirkung ermöglicht es, die Geschichte der deutschen schutzzöllnerischen Industriellen besser zu interpretieren.

Zunächst sollen die drei genannten Dimensionen getrennt behandelt werden, um die damit verbundenen Details besser herausarbeiten zu können. Im Anschluß daran werden die drei Themen in ihrem Zusammenhang dargestellt, die Veränderungen ihrer Wahrnehmung vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung analysiert und

schließlich der Veränderungsprozeß im Zusammenhang mit den Einstellungen der Industrieunternehmer zum Industrialisierungsprozeß betrachtet.

Als erstes soll der Begriff „Arbeit“ näher beleuchtet werden. Der Begriffsgebrauch innerhalb des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins weist eine gewisse Mehrdeutigkeit auf. Einmal kann damit „Beschäftigung“ gemeint sein. Diese Verwendungsweise impliziert wiederum zweierlei: die Ergebnisse der Arbeit (Produkte) sowie die Fähigkeit zur Arbeit (Produktivität). In einem größeren Zusammenhang kann mit „Arbeit“ in diesem Zusammenhang auch die Volkswirtschaft im ganzen gemeint sein. Im Laufe der Auseinandersetzung um den Schutzzoll im Rheinland zu Beginn des 19. Jahrhunderts richteten die Industriellen ihre Aufmerksamkeit auf die Bedeutung des Binnenmarktes und dessen Schutz. Das Verlangen nach dem Schutz des Binnenmarktes implizierte den Begriff der Arbeit. Im weiteren Verlauf propagierten die Schutzzöllner die ungehemmte Industrieentwicklung als das eigentliche Ziel einer schutzzöllnerischen Wirtschaftspolitik, denn diese ermögliche eine volle Entfaltung der Produktivität und damit das Entstehen einer gesunden und erfolgreichen Volkswirtschaft.

Die zweite Bedeutung des Begriffs Arbeit innerhalb des Sprachgebrauchs des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins zielte auf die Beschäftigungskraft, d.h. auf die Arbeiter selbst. In einer Versammlung der „Freunde der Industrie, des Handels und der Schifffahrt“ vom 15. Dezember 1847 stellte das provisorische Komitee folgende Ziele auf: Vermehrung der Arbeit und Verminderung des Proletariats durch Schutz der Arbeit.⁴⁸⁰

Die schutzzöllnerischen Industrieunternehmer waren der Ansicht, daß durch eine starke industrielle Entwicklung Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, was den bisher pauperisierten Unterschichten größeren Wohlstand ermöglichen würde. Der Wunsch nach ungehinderter Entwicklung der Industrie und die Lösung der sozialen Frage waren in den Kon-

⁴⁸⁰ Zu diesem Zeitpunkt hatte „Proletariat“ noch nicht die Bedeutung, die Marx und Engels dem Begriff geben sollten, sondern meinte allgemein die gesamte Unterschicht, die aus den feudalen Wirtschaftsstrukturen herausgefallen, aber noch nicht in die kapitalistische Wirtschaftsstruktur integriert war und deshalb in großer Armut lebte. 1834 erschien eine vielbeachtete Schrift des Leipziger Nationalökonom Friedrich Bülow, 1835 die aufsehenerregenden Aufsätze von Franz von Baader und Robert Mohl. Vornehmlich durch diese drei Veröffentlichungen wurde die Pauperismuskussion in Deutschland eröffnet und im Zusammenhang damit der Begriff „Proletariat“ eingeführt. Vgl. Conze, Werner: „Proletariat“. In: Brunner/ Conze/ Koselleck. *Geschichtliche Grundbegriffe*. Bd. 5. Stuttgart 1984, S. 39.

zepten der Industriellen eng miteinander verknüpft. Auf diesen Zusammenhang wird später noch detaillierter eingegangen werden.

Die geschilderten Einstellungen zur Arbeit verbanden sich in den Ansichten der Industriellen des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins mit ihren Auffassungen von der Nation. Was der Begriff „Nation“ in der wirtschaftlichen Diskussion der Zeit bedeutete, wurde schon kurz geschildert. Aber in dem hier interessierenden Zusammenhang mit den schutzzöllnerischen Ideen ist entscheidend, daß sich die Auffassungen über die Nation aus zwei verschiedenen Elementen speiste. Zum einen ist dies der im Hinblick auf das deutsche Bürgertum schon bekannte Wunsch nach einem Nationalstaat, zum anderen die Forderung nach Schutz und Verteidigung des nationalen Marktes.

Vor diesem Hintergrund erstaunt es kaum, daß in der Zeit von 1849 bis 1859 die Diskussion über die „Nationspolitik“ hauptsächlich vom Wirtschaftsbürgertum geführt wurde, während eine öffentliche Auseinandersetzung über das Thema so gut wie inexistent war.⁴⁸¹ In Bezug auf den Wunsch nach einer ungehinderten Industrieentwicklung war der eine Bestandteil des Nationsbegriffs, der Schutz des nationalen Marktes, für die Industriellen immer noch eine aktuelle Frage, während auf der Ebene der nationalstaatlichen Einigung die Diskussion nach dem Ende der Revolution von 1848/49 kurzfristig zum Erliegen kam. Auf dieses Thema wird im Zusammenhang mit der Untersuchung des Nationalbewußtseins der Schutzzöllner noch zurückzukommen sein.

Die Forderungen der Industrieunternehmer nach einem nationalen Markt und nach Schutz desselben verbanden sie bald mit der Frage der staatlichen Macht, da nur der Staat zu einer „Verteidigung“ der Grenzen in der Lage war.

Es zeigt sich, daß die drei in der Parole vom „Schutz der nationalen Arbeit“ enthaltenen Dimensionen Arbeit, Nation und Staat eng miteinander verknüpft waren. Mit diesen Dimensionen waren zugleich Einstellungen zu zeitgenössischen Themen verbunden, so daß man davon ausgehen kann, daß das Schlagwort das gesamte Spektrum schutzzöllnerischer Überzeugungen repräsentierte. Die Industrieunternehmer drückten darin ihre Erfahrung und Wahrnehmung der Industrialisierung aus und formulierten damit gleichzeitig die Zielvorstellung einer entwickelten Industriegesellschaft.

⁴⁸¹ Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt 1988, S. 83.

1. Einstellungen zur sozialen Fragen und zur Industrialisierung

In diesem Abschnitt geht es um das Interesse der Schutzzöllner an der sozialen Frage. Es soll erörtert werden, warum das deutsche Wirtschaftsbürgertum die Frage nach der sozialen Armut relativ früh aufgegriffen und sich aktiv für eine Lösung eingesetzt hat. Im folgenden soll nachgewiesen werden, daß der Grund für diese Tatsache in den Einstellungen der Industrieunternehmer zur Industrialisierung im allgemeinen sowie in deren Verlauf in den deutschen Staaten zu suchen ist.

In der deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ist das Thema des frühen Aufgreifens der sozialen Frage durch die deutschen Unternehmer und ihr Engagement in dieser Frage ausführlich behandelt worden, insbesondere im Rahmen einer Kulturgeschichte des Wirtschaftsbürgertums. Man untersuchte z.B. das frühe Vorhandensein eines Sozialliberalismus. Elisabeth Fehrenbach entdeckte im rheinischen Liberalismus den Versuch, aufgrund der wirtschaftlichen Potenz des Rheinlandes die Gesamtwohlfahrt zu heben.⁴⁸² Die Idee der Gesamtwohlfahrt ist sehr eng mit den Zielen frühliberaler Utopien verbunden, die Lothar Gall als „klassenlose Bürgergesellschaft“ charakterisierte. Klassenlose Bürgergesellschaft bezeichnet einen Zustand, „in dem jeder sein gesichertes Auskommen haben sollte, ohne zu große Vermögensunterschiede“.⁴⁸³ Fehrenbach interpretiert das in ähnlicher Weise, wenn sie davon spricht, daß das soziale Wunschbild an das altliberale Ideal einer klassenlosen Bürgergesellschaft angeknüpft habe.⁴⁸⁴

Unter den Mitgliedern des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins kann man ebenfalls Anhänger dieser Vorstellungen finden: Jakob Aders⁴⁸⁵ leitete eine Reform der Armenpflege ein, die später als „Elberfelder System“ bezeichnet wurde, und wurde da-

⁴⁸² Fehrenbach, Elisabeth: Rheinischer Liberalismus und gesellschaftliche Verfassung, In: Schieder, Wolfgang (Hg.): Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983, S. 283. Es muß jedoch gefragt werden, ob dieser liberale Gedanke des Unternehmertums wirklich mit der wirtschaftlichen Potenz des Rheinlandes zusammenhing. In den Überlegungen der Unternehmer spielte nämlich die Angst vor der Übermacht Englands und die Beobachtung der Armut in Deutschland eine viel größere Rolle.

⁴⁸³ Zitat nach Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, S. 7.

⁴⁸⁴ Fehrenbach, Rheinischer Liberalismus, S. 285.

⁴⁸⁵ Jacob Aders (1768-1825): Elberfelder Kaufmann und Kommunalpolitiker. Er machte Geschäfte mit Leinen, Baumwolle und Seide. 1799 wurde er Bürgermeister von Elberfeld und begann, das „Elberfelder System“ zu initiieren. 1821 rief er mit Gleichgesinnten die Rheinisch-Westindische Kompanie ins Leben und exportierte später dann seine Waren nach Westindien, Mexiko und Südamerika. Vgl. Wilden, Josef: Gründer und Gestalter, Düsseldorf 1951, S. 55-57.

bei von Daniel von der Heydt⁴⁸⁶ unterstützt. Johannes Suchard⁴⁸⁷ veranlaßte 1853 ein Gesetz zum Schutz der Kinderarbeit.

Es geht jedoch nicht darum, die Aktivitäten der Industrieunternehmer hinsichtlich der Lösung der sozialen Frage oder der Linderung der Armut im einzelnen vorzustellen. Hier soll vielmehr der Zusammenhang zwischen erstens der Einstellung zur sozialen Frage, zweitens der Wahrnehmung des Industrialisierungsprozesses und drittens der Zielvorstellung eines Industriestaates herausgearbeitet werden. Auf dieser Grundlage sollen auch die Veränderungen, die die Haltung zur sozialen Frage im Prozeß der Industrialisierung erfahren hat, diskutiert werden.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts änderte sich der Inhalt dessen, was man mit dem Begriff „soziale Frage“ bezeichnete. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts verstand man unter der sozialen Frage das Phänomen der Massenarmut, die in Teilen Deutschlands, besonders aber im Rheinland entstanden war und die mit der Bezeichnung „Pauperismus“ eigentlich besser umschrieben wird. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erweiterte sich die soziale Frage dann zur Arbeiterfrage, erfaßte also einen weitaus größeren Teil der Gesellschaft als noch zu Beginn des Jahrhunderts. Zwischen diesen beiden Bedeutungen steht kein Bruch, es handelt sich vielmehr um eine kontinuierliche Bedeutungsverschiebung, die auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zurückzuführen ist. Damit einher geht aber auch eine Veränderung der Einstellung zur sozialen Frage unter den deutschen Industriellen. Dabei war das erste Phänomen, also der Pauperismus, für die Einstellungen der Industriellen entscheidend.

Das Phänomen der gesellschaftlichen Armut fand sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts besonders in den Städten des Rheinlandes. Man hat den Grund dafür in einer Überbe-

⁴⁸⁶ Daniel von der Heydt (1802-1874) war Unternehmer und Bankier. 1836 war er an der Gründung der Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft beteiligt. Er betrieb ein eigenes Handelshaus für Seiden- und Wollwaren. In Elberfeld leitete er die Armenpflege. Als Widerstand gegen die Unionspolitik gründete er im Jahre 1848 in Elberfeld eine unabhängige niederländisch-reformierte Kirchengemeinde.

⁴⁸⁷ Johannes Suchard (1782-1855) betrieb in Barmen Webereien und Spinnereien. Als Mitglied der Handelskammer und des Gemeinderates sowie als Abgeordneter im Provinziallandtag setzte er sich für soziale Reformen ein. Er kämpfte vor allem gegen die Kinderarbeit und wirkte beim Erlaß des Verbotes der Kinderarbeit im Jahre 1853 mit.

völkerungskrise gesehen⁴⁸⁸, aber es war weniger der allgemeine Bevölkerungszuwachs, der zu dieser Krise führte, als vielmehr die ungleiche Verteilung der Menschen zwischen wirtschaftlich entwickelteren und rückständigeren Gebieten. Die überwiegende Konzentration der Wirtschaftsentwicklung in einem Gebiet wie z.B. dem Rheinland ist ein Kennzeichen der geographischen Diskrepanz der Industrialisierung.⁴⁸⁹ Ein weiterer Grund für den Pauperismus liegt in der Disharmonie zwischen den realen Lebenssituationen und der wirtschaftssystematischen und gesetzlichen Angleichungen an moderne Strukturen, die hauptsächlich von der Regierung durchgeführt wurden.⁴⁹⁰ Die Armutskrise entstand demnach aus der Konfrontation der noch an vormoderne Wirtschaftsformen gewöhnten Bevölkerung mit den neuen Wirtschaftsstrukturen.⁴⁹¹ Durch diese Entwicklung wurde die Armut in der Provinz verschlimmert, denn dort konnte man sich dem wirtschaftlichen und gesetzlichen Wandel nicht anpassen. Das wiederum führte zu einer verstärkten Binnenwanderung in die wirtschaftlich entwickelteren Gebieten, was dort Überbevölkerung und Massenarmut zur Folge hatte.⁴⁹²

Ein weiteres Element in diesem Zusammenhang stellte die Einfuhr gewerblicher Produkte aus anderen Industrieländern dar. Der Rheinisch-Westfälische (Handels- und) Gewerbeverein lag inmitten eines wirtschaftlich entwickelteren Gebietes, wo der Druck der ausländischen Konkurrenz spürbar war. Die Industrieunternehmer beobachteten die Warenströme aus dem Ausland genau und sahen einen Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Phänomen der Massenarmut. In ihren öffentlichen Statements beanspruchten die Unternehmer,

⁴⁸⁸ North, Michael (Hg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte, München 2000, S. 426.

⁴⁸⁹ Daher entstand während der Industrialisierung eine Massenbinnenwanderung. Diese Binnenwanderung bezeichnete Köllmann als die größte Massenbewegung in der deutschen Geschichte. Vgl. Köllmann, Wolfgang: Bevölkerung in der industriellen Revolution. Göttingen 1974, S. 37. In Barmen nahm z.B. in der Zeit von 1850 bis 1875 die Bevölkerung um 55% zu. Vgl. Köllmann, Bevölkerung, S. 106.

⁴⁹⁰ Vgl. North, M., Wirtschaftsgeschichte, S. 211. Wilhelm Abel ist der Meinung, daß diese Armut entstand, „weil die Wirtschaft noch überwiegend agrarisch war“. Abel, Wilhelm: Der Pauperismus in Deutschland am Vorabend der industriellen Revolution. Dortmund 1966, S. 19.

⁴⁹¹ Vgl. Briesen, Detlef/Brunn, Gerhard/Elkar, Rainer S./Reulecke, Jürgen: Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte Rheinlands und Westfalens. Köln 1995. In diese Richtung wirkten auch die Systemveränderungen, die im Zuge der Agrar-, Gewerbe- und Finanzreformen das alte Ständegefüge umformten.

⁴⁹² Am 6. Mai 1845 thematisierte der Rat der Stadt Barmen die Frage des Zuzugs, weil dieser für die Stadt zur Belastung führte. Man versuchte, die Binnenwanderungsströme von der Stadt fernzuhalten. Vgl. Köllmann, Bevölkerung, S. 106.

für die Unterschichten zu sprechen⁴⁹³ und nahmen für sich die Vertretung des Proletariats in Anspruch.

In einer Petition der Generalversammlung des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins an die Deutsche Nationalversammlung wurde das Ziel formuliert,

„erstlich, um dem Vaterlande Arbeit, die dem Fleiß des deutschen Volkes einen angemessenen, genügenden Lohn gewähren könne, zu erhalten und in größerer Menge zu verschaffen; zum andern, durch solche lohnende Arbeit der bei weitem zahlreichsten Klasse der Männer und Familien Deutschlands ein besseres Auskommen, einen höheren Wohlstand und eine frischeren Lebensmuth, so weit staatliche Anordnungen dazu beitragen können, zu bereiten; und endlich, den gesellschaftlichen Zustand der Arbeiter, vorzüglich in den vielen Zweigen der höhern Fabrikthätigkeit, auf der Grundlage des öffentlichen Rechts und der wohlwollenden Fürsorge zu verbessern“.⁴⁹⁴

Man könnte diese Aussage dahingehend interpretieren, daß die Industriellen hier eine Konzession an den Zeitgeist machten, insofern es während der Revolution angebracht schien, eine positive Haltung gegenüber der Arbeiterschaft einzunehmen.⁴⁹⁵ Eine solche Interpretation geht fehl, denn auch später noch findet sich bei den Unternehmen diese positive Einstellung den Arbeitern gegenüber; so wird z.B. im Statut des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins von 1858 als Ziel „die materielle und sittliche Hebung der arbeitenden Klasse“⁴⁹⁶ angegeben.

⁴⁹³ Im Entwurf zu den Statuten des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins aus dem Jahre 1848 findet sich z.B. folgende Textstelle: Nach § 2b: „Verbesserung des materiellen Zustandes der arbeitenden Klasse durch die Wirksamkeit seiner Zweigvereine auf dem Wege angemessener Vereinbarungen unter den Industriellen“ Haniel Archiv, Sig.-Nr. 410.

⁴⁹⁴ Petition der Generalversammlung des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins an die Deutsche Nationalversammlung. Bundesarchiv Frankfurt VWA DB 51, S. 154ff.

⁴⁹⁵ Best interpretiert das Schlagwort von der Hebung der Arbeiterklasse als einen Integrationsversuch, mit dem die Handwerker, Kleinbauern und gewerblichen Arbeiter auf die Seite der Unternehmer gezogen werden sollten. Vgl. Best, Struktur und Wandel, S. 189. Aber gleichzeitig sahen die schutzzöllnerischen Industriellen den Untergang der Handwerker als einen notwendigen Prozeß im Laufe der Industrialisierung an. Hier zeigte sich noch einmal deutlich der Wunsch nach einer raschen und konsequenten Industrialisierung.

⁴⁹⁶ Statut des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen. Düsseldorf, Dezember 1858. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf Reg. Aachen 14120. Außerdem sind die folgende Ziele geschildert worden: „Die Ermittlung und Einführung praktischer Grundsätze in Handel, Gewerbe und Volkswirtschaftspolitik, namentlich in Betreff der Zollsätze und der öffentlichen Verkehrstarife; die Anregung

Wie kann dann das besondere Interesse der Industrieunternehmer an der sozialen Frage erklärt werden? Besteht tatsächlich ein Zusammenhang mit frühliberalen Gedanken, die die „Utopie“ einer klassenlosen Bürgergesellschaft formulierten? Ein solches Verhalten des Wirtschaftsbürgertums in Bezug auf die soziale Frage ist oft als Bestandteil seiner klassischen Ideologie gekennzeichnet worden. Das Wirtschaftsbürgertum wollte durch dieses Verhalten stabile gesellschaftliche Verhältnisse schaffen und sich auf diese Weise die gesellschaftliche Zustimmung und Unterstützung für seine wirtschaftlichen Tätigkeiten sichern.⁴⁹⁷ In diesem Zusammenhang betonte auch Ursula Krey, daß die Sorgen des Bürgertums sich auf mögliche Störungen und Unruhen richteten, weshalb das öffentliche Interesse auf die soziale Frage gelenkt werden sollte, um potentielle Proteste der Unterschichten einzudämmen.⁴⁹⁸ Für diese These lassen sich zahlreiche Belege in der Zeitung des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins („Der Zollverein“) während der Revolutionsphase 1848/49 und kurz vor dem Krieg mit Österreich im Jahre 1866 finden.⁴⁹⁹ Man kann daher das Interesse an der Armut und das ausdrücklich Engagement zur Lösung der sozialen Frage auf das Interesse an einer Verhinderung möglicher Proteste der Unterschichten zurückführen.

Doch hier soll dieses Verhalten unter einem anderen Blickwinkel interpretiert werden, und zwar im Zusammenhang mit der Wahrnehmung des Industrialisierungsprozesses im allgemeinen. Damit ist gemeint, daß die Industrieunternehmer die Entwicklungen im westeuropäischen Bereich beobachteten und ihr Weltbild sowie ihre Zielvorstellung einer „deutschen“ Industrialisierung stark von diesen Beobachtungen beeinflußt waren. Die Forderungen des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins nach Verbesserungen der Lage der Unterschichten sowie der Plan zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Industrialisierung können nur im Zusammenhang mit einer Wahrnehmungsgeschichte des deutschen Wirtschaftsbürgertums richtig verstanden werden.

und Unterstützung gemeinnütziger Anstalten und Unternehmungen, soweit sie Handel und Gewerbe betreffen; die Förderung der Handels- und Gewerbestatistik der beiden Provinzen“.

⁴⁹⁷ Lothar Gall vertritt die Ansicht, daß die altliberalen Vorstellungen für das Bürgertum zu einer Ideologie geworden sind, in der die Interessen des Besitzbürgertums enthalten sind. Vgl. Gall, Lothar: Liberalismus und „Bürgerliche Gesellschaft“, In: Historische Zeitschrift 220, S. 350. Unter Berufung auf die Arbeiten von J. Sheehan betont auch Mommsen, daß die Ideologie des deutschen Liberalismus Ausdruck der Interessen des Wirtschaftsbürgertums sei. Vgl. Mommsen, Wolfgang J.: Der deutsche Liberalismus zwischen „klassenloser Bürgergesellschaft“ und „organisiertem Kapitalismus“. In: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 79.

⁴⁹⁸ Vgl. Krey, Ursula: Vereine in Westfalen 1840-1855, Paderborn 1993, S. 37f.

⁴⁹⁹ Zum Beispiel im „Zollverein“ vom 30. Mai 1866, „Der Krieg ist stets ein wirtschaftliches Übel, auch der gerechteste zerstört eine kolossale Menge von Kapital und entzieht der Produktion einen großen Theil ihrer beiden Faktoren, des Kapitals und der Arbeit. Frieden muß daher Jeder wünschen [...]“

Die Massenarmut der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland hatte Ähnlichkeiten mit den Armutsphänomenen der Frühindustrialisierungsphase anderer europäischer Länder. Das Phänomen der sozialen Armut war in der Anfangsphase der Industrialisierung, zwischen dem Zusammenbruch der Agrarwirtschaft und dem Aufbau der Industrielandschaft, eine normale Erscheinung, von dem besonders die Unterschichten betroffen waren. Die Handwerker verloren ihre Arbeit, da sie im Vergleich zur Massenproduktion nicht konkurrenzfähig waren, und die Landwirtschaft geriet ebenfalls in eine Krise. Trotz des noch niedrigen Reallohns in der Frühindustrialisierungszeit⁵⁰⁰ sammelten sich die verarmten Landarbeiter in den Städten, wodurch dort eine sehr arme Unterschicht entstand.

Den Zeitgenossen war dieses Phänomen bewußt, sie deuteten es jedoch unterschiedlich. Die Sozialisten, die damals begannen, ihre Gedanken in Worte zu fassen, sind nur ein Beispiel für die Vielzahl der zeitgenössischen Stimmen zur Frage der Industrialisierung und der damit verbundenen sozialen Armut. Mit dem Ziel, einen stärkeren Zusammenhalt und einen weitergehenden Zusammenschluß der sozialen Bewegung in Deutschland zu schaffen⁵⁰¹, schilderte Friedrich Engels in seinem Buch *Die Lage der arbeitenden Klassen in England* (1845) die lebensunwürdige Situation der englischen Industriearbeiter in der frühen Industrialisierungsphase. Er prophezeite für Deutschland eine ähnliche Entwicklung.

Dieses Thema war für die Industrieunternehmer von Bedeutung, da dieses Problem auch die Bereiche Produktion, Arbeitskräfte und Konkurrenz berührte. Die Industrieunternehmer beobachteten nicht nur den nationalen Markt, sondern nahmen schon früh die wirtschaftlichen Entwicklungen anderer Länder wahr, vor allem die wirtschaftliche Übermacht der frühindustrialisierten Länder. Das im Kapitalismus geltende Prinzip der Kapitalakkumulation wurde in einen Zusammenhang mit den Auswirkungen der ausländischen Produktionsströme auf den deutschen Binnenmarkt und die Gesellschaft gestellt. Tatsächlich ver-

⁵⁰⁰ Selbst in den schnell wachsenden Industriezentren waren die Löhne sehr niedrig. Nach Hennig ist die Entwicklung der Reallöhne wie folgt verlaufen: 1835 = 100, 1860 = 90, 1875 = 110, 1913 = 140. Vgl. Hennig, Friedrich-Wilhelm: *Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands*. Bd. 2, S. 739f.

⁵⁰¹ „Die Lage der arbeitenden Klassen ist der tatsächliche Boden und Ausgangspunkt aller sozialen Bewegung der Gegenwart ... Wir deutschen Theoretiker kannten von der wirklichen Welt noch viel zu wenig, als daß uns die wirklichen Verhältnisse unmittelbar zu Reformen dieser ‚schlechten Wirklichkeit‘ hätten treiben sollen.“ Engels, Friedrich: Vorwort zur ersten deutschen Ausgabe (1845). In: Ders.: *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, Berlin 1974, S. 17f.

schlechterte die Einfuhr von Produkten aus dem Ausland die Konkurrenzfähigkeit der noch rückständigen deutschen Betriebe, und die aus den untergehenden Wirtschaftszweigen stammenden Arbeitslosen verschärften die soziale Lage zusehends. Unter diesen Umständen sahen die deutschen Industriellen in einem unabhängigen wirtschaftlichen und industrialisierten Binnenmarkt die einzige Lösung für das Problem der sozialen Armut.

Diese Verbindung der Lösung der sozialen Frage mit einer raschen Industrialisierung setzte sich schon früh in den Köpfen der Industrieunternehmer fest.⁵⁰² Wie man anhand der Kontroversen zwischen Freihändlern und Schutzzöllner sehen kann, fürchteten sich die Anhänger des Freihandels vor einer Industrialisierung nach englischem Vorbild, da sie darin die Gefahr sozialer Unruhen sahen. Sie hielten an vormodernen Gesellschaftsformen fest und wollten durch begrenzte gewerbliche Beschäftigung den gesellschaftlichen Frieden bewahren. Gegen Ende der 1830er Jahre erkannten auch die Freihändler die Unvermeidbarkeit der industriellen Entwicklung, aber sie sahen gerade in der Industrialisierung die Ursache der sozialen Armut. Im Gegensatz dazu erblickten die schutzzöllnerischen Industrieunternehmer gerade in der Industrialisierung die einzige Möglichkeit zur Lösung der sozialen Frage.

Aus diesem Grund waren in der Zeit, als die Industrialisierung in Deutschland noch nicht zum Durchbruch gekommen war, die Themen „Lösung der sozialen Frage“ und „Schutz des Binnenmarktes“ zentrale Bestandteile der Forderungen der Industrieunternehmer. Die Einstellung zur sozialen Frage war eng mit der Wahrnehmung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen verbunden und stellte nur einen Teil der Haltungen dar, die die Industrieunternehmer gegenüber der Industrialisierung einnahmen.

Der Zusammenhang zwischen einer erfolgreichen Industrialisierung und der Lösung der sozialen Frage verweist auf zwei weitere Problemzusammenhänge: Erstens auf die Rolle des Staates bei der Lösung der sozialen Frage, denn nach Ansicht der Industrieunternehmer hing der Erfolg der Industrialisierung in hohem Maße von den staatlichen Institutionen als „Beschützer“ des Binnenmarktes ab, und zweitens auf die Ursache der Armut, denn diese führte man nicht auf ein Fehlverhalten der Arbeiter zurück, sondern auf das Fehlen gesetzli-

⁵⁰² Vergleiche Kapitel II.

cher Vorschriften.⁵⁰³ Dadurch entstand das Gefühl einer gemeinsamen Verantwortung für die Armut, denn die Industrieunternehmer maßen sich selber eine wichtige Rolle bei der Vollendung der Industrialisierung zu.

Für eine Wahrnehmungsgeschichte ist es unerlässlich, nicht nur die Wahrnehmung über den Zeitpunkt des Beginns der Industrialisierung einzubeziehen, sondern auch darauf zu achten, wann die Industriellen die Industrialisierung als vollendet betrachteten. Als Wendepunkt kann hier die Mitte der 1850er Jahre angesehen werden, denn hier begann sich in den deutschen Staaten abzuzeichnen, daß die Wirtschaft in Schwung kam. Seit dieser Zeit waren sich die Industriellen sicher, daß sich die deutschen Staaten auf dem Weg zu einem Industriestaat befanden. Sie bemühten sich nun weniger um eine für sie vorteilhafte Zollpolitik, sondern mehr um ihren konkreten geschäftlichen Erfolg. Statt der Sorge um die Schaffung von Arbeitsplätzen trieb sie nun der Gedanke um, ob genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stünden. Hier liegt auch der Wendepunkt der Bedeutungsverschiebung des Begriffes „soziale Frage“, der nun weniger „Massenarmut“ meint und immer häufiger mit der „Arbeiterfrage“ gleichgesetzt wird.

Nun tritt auch im Zusammenhang mit der sozialen Frage an die Stelle der Bezeichnung „Proletariat“ der Begriff „arbeitende Klasse“. Im Statut des Rheinisch-Westfälischen Handels- und Gewerbevereins von 1858 bezeichnet sich der Verein nicht länger als „Vertreter des Proletariats“, sondern setzt sich nun „die materielle und sittliche Hebung der arbeitenden Klasse“ zum Ziel.⁵⁰⁴ Hierbei handelt es sich nicht nur um die simple Ersetzung eines Begriffes durch einen anderen, sondern mit dieser Verschiebung war auch eine Änderung hinsichtlich der Auffassungen über die Verbesserung des Zustandes der Unterschichten verbunden.

⁵⁰³ Am 15. Juni 1867 berichtete die Zeitschrift „Der Zollverein“ über einen Vorschlag der Handelskammern Aachen und Burscheid zur sozialen Frage, die im Jahresbericht von 1866 dem Handelsministerium vorlag. In diesem Bericht heißt es: „Man würde vielleicht uns erwidern können, daß an seinem Missgeschicke der Arbeiter selbst die Schuld trage, indem im thatkräftigen Alter er hätte sparen, hierdurch seine Zukunft sicher stellen sollen.“ Die Zeitschrift setzt dem entgegen: „Wir glauben unsererseits, daß er nur deshalb nicht gespart, weil er gesetzmäßig nicht dazu gezwungen werden konnte.“ Der Zollverein, 15. Juni 1867.

⁵⁰⁴ Statut des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen im Jahr 1858. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf. Reg.-Aachen 14120.

Durch die Sozialisten war der Begriff „Proletariat“ in der Zeit um 1850 von einem Synonym für „arme Unterschicht“ zu einem Klassenbegriff geworden, der die der Bourgeoisie entgegengesetzte Klasse bezeichnete. In der Folge wurde auch häufiger als Synonym für „Proletariat“ der Begriff „Arbeiterklasse“ benutzt. Mit diesen Begriffsverschiebungen ging auch eine Änderung der Ansichten der Industrieunternehmer zur Lösung der sozialen Frage einher. Da das Problem der Massenarmut in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch eine rasche und konsequente Industrialisierung gelöst werden sollte, war damit die Rolle des Staates in diesem Prozeß festgelegt: Er sollte die Industriellen und den einheimischen Markt vor den Exporten des Auslandes schützen. Damit waren sowohl die Industriellen als auch der Staat in die Lösung des Problems der Massenarmut eingebunden.

Die sich organisierende Arbeiterbewegung sowie die Wahrnehmung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen als erfolgversprechende Industrialisierung bewirkten um 1850 eine Einstellungsänderung der Industrieunternehmer. Nicht mehr die Industriellen und der Staat sollten die soziale Frage lösen, sondern die Arbeiter sollten ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Noch eine weitere Änderung bezüglich der sozialen Frage läßt sich im Statut von 1858, in dem von der „materiellen und sittlichen Hebung der arbeitenden Klasse“ die Rede ist, feststellen. Die Industriellen sahen nun die Ursache der Armut der Arbeiterklasse in einem „unsittlichen“ Arbeitsalltag. Diese veränderte Einstellung schlug sich auch in den Forderungen der Industriellen nieder, die nun auf ein Arbeits- und Quittungsbuchsystem sowie die Schaffung einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage drängten. Die Stärkung der Disziplin am Arbeitsplatz wurde betont, und man erhoffte sich von diesem System eine effektive Kontrolle der Arbeiter.

Die Einschätzung der Industrieunternehmer, daß eine erfolgreiche Industrialisierung zu mehr Arbeitsplätzen führen werde, traf zu, und gegen Ende der 1850er nahmen die Beschwerden der Arbeitgeber über einen zu häufigen Wechsel der Arbeiter aufgrund des ausreichenden Arbeitsplatzangebots zu. In den Augen der Zeitgenossen war mit der sogenannten Take-off-Phase seit Mitte der 1850er Jahre die Industrialisierung in Deutschland erfolgreich abgeschlossen.

Zu diesem Zeitpunkt rückte die aus dem Industrialisierungsprozeß resultierende neue soziale Frage, die von der sozialen Frage der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterschieden werden muß, in den deutschen Industriestädten in den Vordergrund. Das Armutsphänomen, das Engels am Beispiel Englands geschildert hatte, äußerte sich in Deutschland in Form der

Massenarbeitslosigkeit, in Form großer Unterschiede zwischen arm und reich, in den Armensiedlungen usw. Die soziale Frage wurde nun von den Arbeitern, die zunehmend sozialistisches Gedankengut aufnahmen, als Teil des klassischen Konfliktes der kapitalistischen Produktionsweise thematisiert, und aus dieser Interpretation entwickelte sich langsam eine soziale und politische Bewegung.

Die Industrieunternehmer gingen, wie bereits erwähnt, davon aus, daß die Lösung der sozialen Frage von einer erfolgreichen Industrialisierung abhängt. Unter dem Eindruck einer scheinbar erfolgreichen Industrieentwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und unter Verweis auf das ausreichende Arbeitsplatzangebot wiesen die Industrieunternehmer die Verantwortung für die soziale Frage von sich. In der Diskussion über die Arbeits- und Quitungsbücher behaupteten die Industriellen, daß der häufige Arbeitsplatzwechsel und die Faulheit bei der Arbeit Ursache der sozialen Armut seien, die Arbeiter also selber die Verantwortung für ihre Situation übernehmen müßten.

Die Lösung der sozialen Frage wurde immer weniger als eine gesellschaftliche Aufgabe angesehen. Seit der Mitte der 1860er Jahre verstärkte sich dieser Prozeß noch, und man war der Meinung, daß die Arbeiterschaft ihre Probleme selbst zu bewältigen habe. Das Interesse der Industriellen richtete sich nur noch auf solche Fälle, in denen es um unmittelbar durch Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitsunfälle verursachte Arbeitslosigkeit ging. Im Falle unfreiwilliger Arbeitsunfähigkeit schlugen die Industriellen Lösungen vor, die auf dem Prinzip der Selbsthilfe basierten. Die Arbeiter sollten für mögliche Unglücksfälle selbst Vorsorge treffen. Der Zeitschrift „Der Zollverein“ kann man entnehmen, daß viele Unglücksfälle bekannt wurden⁵⁰⁵ und daß aufgrund dieser Unfälle die Wichtigkeit eines Versicherungssystems betont wurde.

Aus dieser Zeit stammen auch noch andere Ideen zur Lösung der sozialen Frage. Gegen potentielle Notsituationen der Arbeiterschaft wurde von bürgerlicher Seite das Konzept der Genossenschaften vorgeschlagen, wobei die Freihändler auf diesem Feld die Hauptrolle spielten. Sie brachten unter dem Einfluß Lassalles auch die Idee der Staatshilfe ins Feld, die

⁵⁰⁵ Dazu ein Beispiel: „Dem Schachteinsturze der neuen Fundgrube in Lugau folgte ein ähnliches Unglück in Mährisch-Osterau auf dem Fuße nach, und in unserer nächsten Nachbarschaft hat die Kohlenzeche Chamrok neuerdings fünf Opfer an Menschenleben gefordert“. Der Zollverein, 24. August. 1867.

die allgemeine Armut mildern sollte. Über Selbsthilfemaßnahmen der Genossenschaften informierte aber auch die Zeitschrift des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins ihre Leser. Die schutzzöllnerischen Industrieunternehmer sahen allerdings in einem individuellen Selbsthilfesystem in Form von Versicherungen die erfolgversprechendere Alternative. Der Staat sollte das Selbsthilfesystem systematisieren, das heißt, er sollte die private Vorsorge mit staatlichen Zwangsmaßnahmen, etwa durch Gesetze, regeln. Als das Gesetz zur staatlichen Sozialversicherung im Jahre 1881 von Bismarck verkündet wurde, nahmen dies die Industriellen besonders positiv auf.

Staatshilfen sollte nach Meinung der Industriellen nur dann ausbezahlt werden, wenn die Hilfen der Gemeinden und der Kreise nicht ausreichten.⁵⁰⁶ In der Geschichte der Armenpflege spielten die staatlichen oder die von den Gemeinden organisierten Hilfsmaßnahmen schon immer eine wichtige Rolle. Gerade in Zeiten günstiger Konjunktur und niedriger Arbeitslosigkeit fand diese Form der Armenhilfe bei den Industriellen keinen großen Widerhall.

Die Entwicklung der Industrialisierung und die Lösung der sozialen Frage standen für die Industriellen in einem kausalen Zusammenhang. Der erfolgreiche Verlauf der Industrialisierung führte bei ihnen zu einer Änderung der Wahrnehmung und der Einstellung gegenüber der sozialen Frage und der Arbeiterklasse. Für die Beurteilung des Zusammenhangs zwischen sozialer Frage und Industrialisierung spielte die Deutung der in der Wirtschaft wirkenden Kräfte eine große Rolle. Zu den Inhalten dieser Deutungen zählten auch die Erkenntnisse der Industriellen über das kapitalistisch-industrielle Wirtschaftssystem. Aus diesen Erkenntnissen leiteten sie ihre Forderung nach dem Schutz des Binnenmarktes ab und wiesen dem Staat bei dieser Aufgabe die führende Rolle zu.

In der Analyse der Einstellung zur sozialen Frage und zur Industrialisierung darf, wie schon angedeutet, der Einfluß des Auslandes, insbesondere Englands, nicht außer Acht gelassen werden. Bevor der Pauperismus in Deutschland auftrat, konnten die deutschen Zeitgenossen ihn schon im Ausland studieren, und sie leiteten aus diesen Anschauungen Erklärungen für die Ausbreitung der Armut ab.

⁵⁰⁶ Vgl. Der Zollverein, 4. Januar 1868 und 25. Januar 1868.

Die hochentwickelte englische Industrie verstärkte nach Auffassung der deutschen Industriellen die Armut in Deutschland, sie lieferte ihnen aber zugleich wichtige Anstöße und Anregungen für die eigene Industrialisierung.

2. Die Bedeutung der Nation in der Einstellung zur Industrialisierung

Wenn man die Wahrnehmungen der Industrieunternehmer bezüglich der Industrialisierung verstehen will, muß man auch ihre Haltung zur Nation untersuchen. Dabei handelt es sich wie bei der Einstellung zur sozialen Frage um einen Grundgedanken, auf dem die Bewertung der Industrialisierung fußt. Die Parole des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins vom „Schutz der nationalen Arbeit“ kann auch, wie bereits erwähnt, als „Schutz der Volkswirtschaft“ interpretiert werden. Das Bewußtsein von volkswirtschaftlichen und nationalen Grenzen ist in Bezug auf den Übergang zum technisch-industriellen Zeitalter von besonderer Bedeutung. Im folgenden wird von der These ausgegangen, daß das Nationalbewußtsein der Industrieunternehmer eng mit deren Wunsch nach einem entwickelten Industriestaat zusammenhing.

Die Themen „Nation“ und „Nationalstaat“ waren zwei der wichtigsten Felder der politischen Auseinandersetzung des 19. Jahrhunderts in Deutschland, für die sich die Zeitgenossen aktiv engagierten. Diese beiden Begriffe stellen entscheidende Bedeutungsträger hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Einstellungen in den westeuropäischen Ländern des 19. Jahrhunderts dar und sind deshalb von der Forschung als Schlüsselbegriffe behandelt worden, die das Verständnis dieser Epoche ermöglichen.

Während der Französischen Revolution erhielt der Begriff „Nation“ seine moderne Bedeutung und wurde von vielen als ein Symbol der Revolution eingestuft. Eine Broschüre von Emmanuel Joseph Sieyes macht deutlich warum. Sieyes stellt in dieser Flugschrift drei Fragen und beantwortet diese selber: „1. Was ist der Dritte Stand? – Alles. 2. Was ist er bis jetzt in der politischen Ordnung gewesen? – Nichts. 3. Was verlangt er? – Etwas zu werden“.⁵⁰⁷ Im folgenden setzt Sieyes den dritten Stand mit der Nation gleich: „Der Dritte

⁵⁰⁷ Dann, Otto (Hg.): Emmanuel Joseph Sieyes: Was ist der Dritte Stand? Essen 1988, S. 29.

Stand umfaßt alles, was zur Nation gehört. Und alles, was nicht der Dritte Stand ist, kann sich nicht als ein Bestandteil der Nation betrachten.“⁵⁰⁸

Neben diesem revolutionär-politischen Sinne hatte der Begriff „Nation“ für die Deutschen noch eine andere, eher emotionale Bedeutung. Nach dem durch Napoleon herbeigeführten Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und der französischen Besetzung einiger deutscher Gebiete, wurde die Nation zu einem Hauptthema der deutschen kulturellen Debatten. Die Abgrenzung von Frankreich spielte im deutschen Nationsbegriff eine große Rolle, und viele Deutsche sahen in dem fehlenden Nationalstaat den Grund für die deutsche Niederlage. Viele große Denker befaßten sich mit dem Nationenbegriff und versuchten, ihren Zeitgenossen ein Nationalbewußtsein näher zu bringen und sie von der politischen Bedeutung eines Nationalstaates zu überzeugen.

Johann Gottlieb Fichte hielt im Winter 1807/08 seine berühmte Vorlesung unter dem Titel „Reden an die deutsche Nation“, in der er versuchte, die deutsche Nation zu definieren und daraus ein Nationalbewußtsein abzuleiten. In der vierten Rede über die „Hauptverschiedenheit zwischen den Deutschen und den übrigen Völkern germanischer Abkunft“ unterschied er die Deutschen von anderen Völkern, besonders von den Galliern, und arbeitete die besondere Bedeutung und Reinheit der deutschen Nation heraus.⁵⁰⁹ Hegel bezeichnete den Staat als etwas Irdisch-Göttliches und als die höchste Form des objektiven Geistes.⁵¹⁰ Alle diese Bemühungen um eine Bestimmung der „deutschen Nation“ und um eine Etablierung

⁵⁰⁸ Dann, Sieyes: der Dritte Stand?, S. 29-34.

⁵⁰⁹ „Der zu allererst, und unmittelbar der Betrachtung sich darbietende Unterschied zwischen den Schicksalen der Deutschen und der übrigen aus derselben Wurzel erzeugten Stämme ist der, daß die ersten in den ursprünglichen Wohnsitzen des Stammvolks blieben, die letzten in andere Sitze auswanderten, die ersten die ursprüngliche Sprache des Stammvolks behielten und fortbildeten, die letzten eine fremde Sprache annahmen, und dieselbe allmählich nach ihrer Weise umgestalteten.“ Fichte, Johann Gottlieb: Hauptverschiedenheit zwischen den Deutschen und übrigen Völkern germanischer Abkunft. In: Ders.: Reden an die Deutsche Nation. Hamburg 1978, S. 60.

⁵¹⁰ (In „Rechts- und Staatsphilosophie 1921. 21 JKDL 1160-1.) Er beschrieb den Staat auch wie folgt: „Der Staat ist als die Wichtigkeit des substantiellen Willens, die er in dem zu seiner Allgemeinheit erhobenen besonderen Selbstbewußtsein hat, das an und für sich Vernünftige. Diese substantielle Einheit ist absoluter und unbewegter Selbstzweck, in welchem die Freiheit zu ihrem höchsten Recht kommt, sowie dieser Endzweck das höchste Recht gegen die Einzelnen hat, deren höchste Pflicht es ist, Mitglieder des Staates zu sein.“ Zitiert nach: Küchenhoff, G.: Hegel. In: Erler, Adalbert/Kaufmann, Ekkehard (Hg.): Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte. Bd. II. Berlin 1978, S. 31.

eines Nationalbewußtseins sowie die Idealisierungen des Staates zielten auf die Bildung eines Nationalstaates.

Das deutsche Bildungsbürgertum kompensierte das Fehlen eines Nationalstaates durch eine Art kultureller Nationsbildung. Kulturelle Veranstaltungen wie z.B. das Hambacher-Fest, aber auch das Deutsche Wörterbuch von Jacob Grimm sowie die Feiern zu Ehren der deutschen Geistesheroen Dürer, Gutenberg, Luther und Schiller beförderten die Bildung einer nationalen Identität, die sich über Kultur definierte.⁵¹¹

Der Nationalismus war zu jener Zeit noch eine liberale Bewegung, die sich – an den Zielen der Französischen Revolution orientierend – gegen die veraltete Vielstaaterei und das verkrustete Adelssystem in Deutschland richtete. Diese Stoßrichtung machte den Nationalismus zu einem modernen Phänomen, und auch die Zeitgenossen empfanden den Nationalismus als einen Teil der Modernität. Auch in der Forschung wird das Entstehen des Nationalismus häufig mit dem Beginn der Moderne angesetzt, aber es gibt auch Forscher, die ihn auf die Reformation, den Humanismus und/oder die Aufklärung zurückführen.⁵¹² Wie die Historiker den Nationalismus im Rückblick bestimmt haben, soll hier nicht weiter verfolgt werden. Vielmehr sollen die Einstellungen der Zeitgenossen im 19. Jahrhundert analysiert werden.

Dazu greifen wir auf die Theorie Benedict Andersons zurück. Er bezeichnet den Nationalismus als eine Pathologie und orientiert sich dabei an Gellner⁵¹³, der die Nation als eine vorgestellte, politische Gemeinschaft charakterisierte. Die „Nation“ wird in einer bestimmten historischen Situation von den in einem begrenzten Gebiet lebenden Menschen erdacht, und zwar als eine souveräne Einheit, was mit dem Entstehen dieser Vorstellung zur Zeit der

⁵¹¹ „Mit dem Nationalismus schließlich wird ‚Kultur‘ zu einem Zurechnungsphänomen für die nationale Identität [...] In Deutschland erhält die Koalition zwischen Nationalismus und ‚Kultur‘ ihre besondere Dynamik durch die Spannung zwischen gesteigerten Wünschen und ernüchternder Realität.“ Bollenbeck, Georg: Bildung und Kultur. Frankfurt/Leipzig 1994, S. 219.

⁵¹² Wolfgang Hardtwig z.B. datiert den Beginn des Nationalismus auf die Wendezeit vom 15. zum 16. Jahrhundert und mißt der Mediävistik dabei eine große Rolle zu. Hardtwig, Bürgerkultur, S. 8. Vgl. auch: Ley, Michael/Gehmacher, Ernst: Das Ende des Nationalismus. Wien 1996, S. 16.

⁵¹³ „Nationalismus ist keineswegs das Erwachen von Nationen zu Selbstbewusstsein: man erfindet Nationen, wo es sie so vorher nicht gab.“ Zitat nach Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Bremen 1998, S. 15. Er bezieht sich dabei auf: Gellner, Ernest: Thought and Change. London 1972, S. 168.

Aufklärung und der Französischen Revolution zusammenhängt.⁵¹⁴ Die „Nation“ ist damit eine Erfindung, der Nationalismus eine Theorie der politischen Legitimität, die emotional begründet wird.⁵¹⁵

Daneben gibt es auch die Auffassung, der Nationalismus sei ein Produkt „aus dem Geist der Inferiorität“.⁵¹⁶ Nation soll demnach mit der Wahrnehmung und dem Gefühl zu tun haben. Eine Nation ist weder sichtbar noch spürbar. Erst wenn Menschen sich durch irgendein Ereignis im weitesten Sinne einer Nation zugehörig fühlen und dieses Zugehörigkeitsgefühl formulieren, wird die Nation real. Das bedeutet, daß Nationen nicht a priori existieren, sondern das sie erfunden und erschaffen werden, und zwar meist zu einem bestimmten politischen Zweck. Das heißt jedoch nicht, daß der Nationsbildung eine von langer Hand geplante Strategie zugrunde liegt, vielmehr spielen hier spontane Emotionen eine große Rolle. Allerdings müssen für das Realwerden einer Nation zu einem bestimmten Zeitpunkt Vorstellungen und „Definitionen“ der Nation entworfen und in eine bestimmte Richtung kanalisiert werden.

Diese neuartige Auffassung des Nationalismus ermöglicht es, diesen „Ismus“ nicht nur als Folge eines emotionalen Zusammengehörigkeitsgefühls zu verstehen, sondern auch als Erfindung, die einen mit den Vorstellungen von der Nation verbundenen Zweck (oder mehrere Zwecke) erfüllen soll. Anders gesagt: der Nationalismus beinhaltet im allgemeinen auch eine Strategie zur Erreichung bestimmter Ziele. In der Französischen Revolution verband sich mit dem Begriff „Nation“ z.B. die Befreiung des dritten Standes aus den Zwängen des bisherigen Systems. Als das Heilige Römische Reich Deutscher Nation von Napoleon besiegt und aufgelöst worden war, enthielt der Nationenbegriff in Deutschland auch eine Art Revanchegedanken. Und ein weiteres Beispiel aus dem 20. Jahrhundert anzuführen: Während der Löslösung der Kolonien von der europäischen Herrschaft wurden mit dem Nationenbegriff Kräfte für den Unabhängigkeitskampf mobilisiert.

⁵¹⁴ Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Bremen 1998, S. 13-15.

⁵¹⁵ „Das Nationalgefühl ist die Empfindung von Zorn über die Verletzung des Prinzips, oder Befriedigung angesichts seiner Erfüllung [...] Der Nationalismus ist eine Theorie der politischen Legitimität, der zufolge sich die ethnischen Grenzen nicht mit den politischen überschneiden dürfen“. Gellner, Ernest: Nationalismus und Moderne. Berlin 1991, S. 8.

⁵¹⁶ Vgl. Baberowski, Jörg: Nationalismus aus dem Geist der Inferiorität. In: Geschichte und Gesellschaft. 26 (2000), S. 371.

In unserem Zusammenhang kann man am Beispiel der Industrieunternehmer zeigen, wie sich bei diesen in der Auseinandersetzung um den Zolltarif in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer stärker ein Argumentationsmuster herausbildete, das die Bedeutung eines nationalen Gebietes hervorhob. Während die politischen Delegierten vieler deutscher Staaten in der Revolution von 1848/49 über die Gründung eines Nationalstaates diskutierten, kam es den Industriellen vor allem auf den Schutz der Grenzen durch den Staat an. Zwar machten sich die Schutzzöllnern auch über die innere Einigung Gedanken, aber sie legten das Hauptgewicht auf die Sicherung der äußeren Grenzen und bemühten sich, die politische und öffentliche Aufmerksamkeit auf die wirtschaftliche und soziale Bedeutung nationaler Grenzen zu lenken. Dennoch war die Nation der gemeinsame Nenner sowohl für diejenigen, denen es vorrangig um die inner Einheit ging, als auch für diejenigen, die vor allem die wirtschaftliche und soziale Bedeutung äußerer Grenzen im Blick hatten.

Diese Betonung der nationalen Grenzen resultierte aus der Wahrnehmung der im Industrialisierungsprozeß weiter fortgeschritteneren Volkswirtschaften, deren ökonomische Macht als bedrohlich empfunden wurde. Die Binnenwirtschaft galt als schutzbedürftig, um sich entwickeln zu können. Der Begriff der Erziehung⁵¹⁷, der sich aus Lists Erziehungszollwesen herleitete, spielte daher in den gesamten Tätigkeiten des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins eine große Rolle und war ein bedeutender Bestandteil des von den Schutzzöllnern vertretenen Nationalismus. Durch die Zollschränken sollten die nationalen wirtschaftlichen Kräfte in ihrer Entwicklung unterstützt und gefördert werden. Die Freihändler kritisierten diese Idee als „Treibhauswirtschaft“.

Zu beachten ist, daß in der Idee einer staatsgeschützten nationalen Wirtschaftsentwicklung schon das Ende der Zollschränken mitgedacht war. Diese sollten fallen, sobald die Industrialisierung der Binnenwirtschaft abgeschlossen war. Da der Nationalismus aus konkreten historischen Situationen hervorgegangen ist, wandelte er sich auch mit dem historischen Prozeß. Seit der Mitte der 1860er Jahre lassen sich hinsichtlich des Nationalismus der Industriellen Verschiebungen feststellen, denn zu diesem Zeitpunkt hatten die deutschen Industriellen gegenüber ihrer englischen Konkurrenz schon ein gewisses Selbstvertrauen ent-

⁵¹⁷ Durch die Zölle werden die deutschen Industriellen vor Auslandskonkurrenz geschützt, bis sie technische und organisatorische Anfangsschwierigkeit überwunden haben und sich auf dem Markt behaupten können.

wickelt. Erste Anzeichen dafür waren schon Ende der 1850er Jahre zu bemerken, aber sie setzten sich noch nicht durch. In dieser Zeit änderte sich zwar die Einstellung zur sozialen Frage, da die Industriellen davon ausgingen, daß die Industrialisierung schon so weit fortgeschritten sei, daß die Lösung der sozialen Frage als beinahe abgeschlossen betrachtet werden könne, aber die Idee eines staatesgeschützten Refugiums für die nationale Wirtschaft wurde davon noch nicht tangiert, was vor allem an der Handelskrise des Jahres 1857 lag.

Seit Mitte der 1860er Jahre machte sich jedoch ein gewandeltes nationales Bewußtsein bei den Industriellen bemerkbar. Die alte Frage, ob ein Krieg das Wirtschaftsleben schädigen könnte, rückte zu diesem Zeitpunkt in den Hintergrund, und die Industriellen forderten mehr militärische Macht in Deutschland. Mit dem Selbstvertrauen und dem wirtschaftlichen Erfolg in der Mitte der 1860er Jahren änderte sich das Bewußtsein der Nation von der Verteidigung der nationalen Grenze hin zur Ausdehnung über diese Grenze hinaus.

Der Nationalismus geht stets mit Exklusions- und Abgrenzungsbestrebungen gegen eine andere, häufig gegen eine als feindlich definierte Nation einher, denn nur durch die Konstruktion des Anderen entsteht die Motivation, sich von diesem abzuheben. In diesem Zusammenhang bezeichnete Langewiesche die Partizipationsverheißung und Gewaltbereitschaft als das Doppelgesicht einer Nation.⁵¹⁸ Auch in der Reaktionszeit nach der Revolution von 1848/49 brach die Diskussion unter den Industriellen um das Thema Nation nicht ab. Im Jahre 1851 beschloß man, den Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbeverein weiterhin bestehen zu lassen, da man die Frage eines geschützten Binnenmarktes noch nicht für erledigt hielt.

Der stark wirtschaftliche Aspekt der Debatten um die Nation unter den Industriellen unterschied sich stark von den Aspekten, die andere Gruppen im Zusammenhang mit dem Thema Nation diskutierten. Aber da es sich beim Nationalismus auch um ein emotionales Phänomen handelt, konnten diese verschiedenen Schwerpunktsetzungen unter seinem Dach vereint werden. Dieses mit einem leidenschaftlichen Nationalismus verbundene Bewußtsein von der Nation nahm in den allgemeinen Empfindungen und in der allgemeinen Weltanschauung einen sehr wichtigen Platz ein. Dabei sollen die Erwartungen der Industriellen an

⁵¹⁸ Langewiesche, Dieter: Nation, Nationalismus, Nationalstaat, In: Neue politische Literatur. 40 (1995), S. 192

die Industrialisierung und die durch diese Entwicklung bedingten sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen beim Verstehen dieses Zeitempfindens nicht vernachlässigt werden.

3. Einstellungen zum Staat

Am 22. Januar 1850 erschien in einer bergischen Zeitung das Gedicht „Wo ist Deutschland“⁵¹⁹:

Wo ist Deutschland

Ei, sagt mir doch, wo Deutschland liegt?

So thät ich fleißig fragen

Da sagen sie: „Nach Frankfurt geh’,

Dort wird man Dir’s wohl sagen!“

Ich ging nach Frankfurt, fragte dort

Von Einem zum Andern.

Da sagten sie: „Hier ist’s nicht mehr,

Du musst nach Stuttgart wandern!“

Einige Jahrzehnte zuvor, im Jahre 1796, fragten Goethe und Schiller in den Xenien: „Deutschland? Aber wo liegt es?“⁵²⁰ und konnten diese Frage nicht beantworten, was vor allem daran lag, daß in Deutschland die Nation vorwiegend über die Kultur und Sprache bestimmt wurde. Die kulturell und sprachlich angeblich einheitlichen Gebiete deckten sich aber keineswegs mit den Grenzen des Deutschen Bundes, denn zu diesem gehörten unter anderem auch polnische, tschechische, kroatische und italienische Landesteile.

⁵¹⁹ Täglicher Anzeiger für Berg und Mark 22. Januar 1850. Stadtarchiv Wuppertal

⁵²⁰ In Bezug auf diese Frage schildert Bollenbeck, wie schwer es in der damaligen Zeit in Deutschland war, die nationalen Grenzen geographisch zu bestimmen, was seine Ursache in der Koalition von Nationalismus und kultureller Identität hatte. Vgl. Bollenbeck. Bildung und Kultur, S. 219.

Als die von Goethe und Schiller aufgeworfene Frage in späterer Zeit erneut gestellt wurde, ging es nicht mehr nur um die nationale Identität, sondern konkreter um die Gründung eines Nationalstaates. Dabei wurden die verschiedenen Alternativen zu einer solchen Gründung diskutiert und die Versuche zu einer Staatsgründung im Laufe der Revolution von 1848/49 kritisiert.

Der Fragesteller des zitierten Gedichtes verfolgte in seinen Versen den Entwicklungsgang der bürgerlichen Revolution von Frankfurt bis Erfurt. In der Revolution von 1848/49 war versucht worden, das Thema eines einheitlichen deutschen Staates auf die politische Tagesordnung zu setzen. Für das Bürgertum bedeutete dieser Staat eine Zielvorstellung, die es unbedingt zu verwirklichen galt. Den beiden genannten Zitaten liegen demnach zwei unterschiedliche Schwerpunktsetzungen zugrunde, nämlich zum einen die Problematik einer deutschen Identität, zum anderen die Aufgabe der Gründung eines Nationalstaates. Diese unterschiedlichen Gewichtungen machen deutlich, wie sich in rund fünfzig Jahren das Thema Nation von einer Identifizierung mit einer kulturell bestimmten Nation hin zu einer Systematisierung und Institutionalisierung dieser Identität in Form einer politisch und geographisch bestimmten Einheit (Staat) wandelte.

Der Staat gehört zu den während des Modernisierungsprozesses viel diskutierten Themen. In früherer Zeit setzten sich Staatstheoretiker wie z.B. Johannes Althusius (1557-1638), Samuel von Pufendorf (1632-1694) oder Gottfried Wilhelm Leibniz (1646-1716) mit dem Problem auseinander. Nicht nur in den deutschen Staaten, sondern in allen europäischen Ländern und in Amerika ist die Frage der Definition der Rolle von Staat und Gesellschaft debattiert worden. Aber besonders in Deutschland stellte sich angesichts der Kleinstaaterei den Gelehrten die Frage, wie sich all diese Gebilde typologisieren lassen könnten. Bei dem Versuch, über eine philosophische Herleitung die Rolle des Staates zu erklären, vertraten Christian Wolff (1676-1754) und Christian Thomasius (1655-1728) die Lehre vom aufgeklärten Absolutismus.⁵²¹

Sahen die Staatstheoretiker es zunächst als ihre Aufgabe an, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft auszubalancieren, wendeten sie sich mit der Zeit konkreten politischen Prob-

⁵²¹ „Ganz unumstritten ist, daß Thomasius die deutsche Aufklärung oder zumindest die Frühaufklärung in Deutschland begründet hat.“ Luig, K.: Christian Thomasius. In: Erler, Adalbert u.a. (Hg.): Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte. Bd. 5. Berlin 1998, S. 187.

lemen zu. Unter dem Eindruck der Französischen Revolution, der Besetzung des Rheinlandes durch Napoleon und des Untergangs des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation tauchte innerhalb der deutschen Gelehrtenegellschaft die Forderung nach einem Nationalstaat auf, was auch zu einer Neubestimmung des bisher zwischen den Bedeutungen „Fürst“, „Volk“, „Land“, „bürgerliche Gesellschaft“ oszillierenden Begriffes „Staat“ führte.

Zu den wichtigsten Denkern, die diese Neubestimmung vorantrieben, zählen Kant, Fichte und Hegel, die den Staat als höchste Vernunft oder auch als weltlichen Gott idealisierten. Diese Idealisierung hatte den Zweck, den Wert des Nationalstaates philosophisch zu erhöhen und so die Vereinigung der deutschen Staaten zu fördern. In diesen Staatsvorstellungen wurde der Staat als Herrschaftsinstanz definiert, was mit der für die deutschen Zeitgenossen abschreckende Wirkung der Französischen Revolution zusammenhing. Die in den deutschen Staaten zu Beginn des 19. Jahrhunderts durchgeführten Reformen sind ein Ergebnis dieser philosophischen Gedankengebäude. Das Nachdenken über den Staat stellte eines der zentralen Themen des gesamten 19. Jahrhunderts dar.⁵²²

Die Vorstellungen der Industriellen über den Staat waren jedoch viel konkreter als diese philosophischen Überlegungen. Durch diese Konkretisierung waren ihre Einstellungen teilweise auch differenzierter als die der Philosophen. Auf Grund ihrer Kenntnisse der kapitalistischen Welt, die nicht auf der Basis eines nationalen Staates funktioniert, gelangten sie zu einem erweiterten Bild vom Wesen des Staates und damit zu einer konkreten Bestimmung der Funktionen, die der Staat erfüllen sollte. Eine dieser Funktionen betraf den Staat als Verwalter, das heißt als verwaltendes Organ, das in einem bestimmten Gebiet Leitungs- und Organisationsfunktionen übernahm. Diese Forderung ließ sich ohne weiteres mit der Forderung nach einem Nationalstaat verbinden. Die Staatsvorstellung der Industriellen beschränkte sich aber nicht auf diese Verwaltungstätigkeit, sondern bezog auch die Schutzfunktion des eigenen Gebietes gegenüber anderen Ländern ein.

Die Idee einer einheitlichen Verwaltung ist von den Thesen Justus Möser's beeinflusst. Am 29. Mai 1848 empfahl die Generalversammlung der Rheinisch-Westfälischen (Handels-

⁵²² Fichte schrieb: „Über nichts ist, ganz besonders in der Zeitepoche, die wir durchleben, mehr geschrieben, gelesen und gesprochen worden, als über den Staat.“ Fichte, Johann Gottlieb: Die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters. Zitiert nach Conze, Werner/Boldt, Hans: Staat und Souveränität, In: Brunner/ Conze/ Koselleck. Geschichtliche Grundbegriffe. Bd. 6. Stuttgart 1990, S. 25.

und) Gewerbevereins den Mitgliedern die Lektüre eines Artikels von Möser⁵²³ aus dem zweiten Teil der patriotischen Phantasien, der den Titel trug: „Vorschlag zum besseren Unterhalt des Reichskammergerichts“.⁵²⁴ Darin kritisierte Möser: „Es ist kein Reich jetzt in der Welt, was nicht in solcher Absicht ein gewisses System hat, nach welchem Aus- und Einfuhr nach den inneren Bedürfnissen des Staats entweder gehindert oder gehoben wird. Deutschland allein ist ein offenes Reich, was von allen seinen Nachbarn durch die Handlung geplündert wird“. Diese Plünderung hatte nach Möser ihre Ursache darin, daß in Deutschland aufgrund der politischen Situation ein Verwalter fehlte, der die deutschen Staaten gegen die ausländische Bedrohung zu schützen in der Lage war. Deshalb schlug er vor, eine einheitliche Verwaltung für die deutschen Staaten zu begründen.⁵²⁵

Seit der Mitte der 1860er Jahre galt Preußen bei den Industriellen als der stärkste deutsche Staat, und es schien, als könne Preußen die Funktion eines Verwalters durchaus übernehmen, weshalb sich die Industriellen Preußen zuwandten. Bei ihnen spielte die Frage nach einer groß- oder kleindeutschen Lösung keine bedeutende Rolle, aber es lassen sich zeitliche Verschiebungen in den Haltungen zu dieser Frage feststellen. 1847 wird ein Staat „von der Grenze Rußlands bis nach Frankreich, von den Gestaden der Ost- und der Nordsee bis zur Donau“ gefordert, in den 1860er Jahren favorisieren die Industriellen dann eher die kleindeutsche Lösung.

Aber der Staat sollte nicht nur eine Verwaltungsfunktion ausüben. In der Zolltarifkontroverse zu Beginn des 19. Jahrhunderts wird deutlich, daß die Industrieunternehmer auf einen Nationalstaat setzten, der durch Schutzzölle den Binnenmarkt vor ausländischer Konkurrenz abschirmt. Um eine Vereinigung des Binnenmarktes bemühten sie sich durch den Abbau von Binnenzöllen, wie dies bei der Schilderung der Aktivitäten des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins schon beschrieben worden ist.

⁵²³ Justus Möser: Vorschlag zum besseren Unterhalt des Reichskammergerichts (Ursprünglicher Titel : Ein sehr großer Vorschlag, der nicht ausgeführt werden wird). In: Ders.: Patriotische Phantasien. 2. Teil. 74st Artikel, Berlin 1868, S.318-321.

⁵²⁴ Haniel-Archiv, Sg.-Nr. HAA 410, S. 122.

⁵²⁵ Knudsen sieht in diesem Vorschlag eine typische Haltung der Aufklärung, die die Bedeutung des Staates reduziert. Knudsen, Jonathan B.: Justus Möser and the German Enlightenment. Cambridge/London/New York 1986, S. 25.

Das Bedürfnis nach staatlichem Schutz der Grenzen ging einher mit der Vorstellung eines starken Staates. Damit war jedoch nicht eine Willkürherrschaft gemeint, sondern die Stärke des Staates sollte nur nach außen, gegen die ausländische Konkurrenz gerichtet sein. Der Staat sollte Gesetze erlassen, die diese Schutzfunktion erfüllten. Der Staat wurde deshalb auch nicht als höchster Wert wie bei Kant oder Hegel definiert, sondern man sah in ihm einen Nutznießer, der von der Industrialisierung profitierte, so daß der Schutz der Grenzen auch in seinem Interesse lag. Außerdem sollte der Staat die Willkür ausschalten und die Rechtssicherheit herstellen.⁵²⁶

Wie ist es zu werten, wenn die Industriellen dem Staat hauptsächlich die Funktion eines Beschützers der Grenzen zugewiesen haben? Ist diese Vorstellung tatsächlich in einem Mangel an Modernität begründet? Betrachtet man das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, dann muß diese Frage bejaht werden. Der Staat sollte in den Augen der Industriellen die entscheidende Triebkraft der Industrialisierung sein. Trotz verschiedener Belege für das Engagement der Industriellen auf kommunaler Ebene, das die Industrialisierung vorantrieb, stand doch die Rolle des Staates bei der Schaffung der strukturellen Voraussetzungen im Vordergrund, so z.B. beim Aufbau des Bildungswesens, beim Ausbau der Infrastruktur oder des Seehandels. Die Industrieunternehmer konzentrierten sich auf die Produktion und forderten für die übrigen Aufgaben einen starken Staat. Diese Haltung trug dazu bei, daß man die Wirtschaftsbürger auch als konservativ bezeichnet hat.

Zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Industrieunternehmer und ihrer Einstellung zum Staat bestand demnach ein enger Zusammenhang. Die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und der damit einher gehenden gesellschaftlichen Umwälzungen sowie die wirtschaftlichen Eigeninteressen bestimmten die Vorstellung der Industrieunternehmer vom Staat. Sie forderten einen starken Staat, der die Grenzen schützen und die institutionellen, organisatorischen, rechtlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die Industrialisierung schaffen sollte.

⁵²⁶ Appellieren an die Industriellen von der provisorische Comite für Erstrebung eines ausreichenden Schutzes der nationalen Arbeit. Elberfeld, am 25. Dezember 1847. Haniel-Archiv HAA 410.

4. Die Wahrnehmung der Industriegesellschaft durch die Industrieunternehmer

Die Parole des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins vom „Schutz der nationalen Arbeit“ kann, wie schon erwähnt, vereinfacht als „Schutz der Volkswirtschaft“ verstanden werden. Im Sprachgebrauch der Industrieunternehmer erhielt diese Parole aber eine spezifische, über den direkten Wortinhalt hinausweisende Bedeutung, denn sie enthielt im Kern die Argumente für eine Politik des Schutzzolls.

Wie wir gesehen haben, können über die Analyse dieser Parole die Wahrnehmungen der Industriellen und der Wandel dieser Wahrnehmungen bezüglich der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen dargestellt werden. Anhand dieser Untersuchungen ergeben sich auch neue Aspekte der bisher starren Codierungen, die die Freihändler als modern, die Schutzzöllner als unmodern kennzeichneten.

Freihandel und Liberalität werden bis heute gleichgesetzt, wobei sich das Stichwort „Liberalität“ nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf die Gesellschaft bezieht. Im 19. Jahrhundert hatte der Begriff „Freihandel“ eine revolutionäre Bedeutung, da er das Ausbrechen aus traditionellen Strukturen versprach. Von vielen wurde er auch als Kennzeichen des Übergangs zur technisch-industriellen Gesellschaft angesehen. Aber wie das starke englische Engagement zur Einführung des Freihandels in anderen Ländern (z.B. auf dem internationalen Kongreß in Basel) zeigt, war der Freihandel keineswegs in allen Ländern ein Charakteristikum des Übergangs in eine „moderne“ Gesellschaft. In Deutschland sollte diese „moderne“ Gesellschaft über den Weg des Schutzzolls erreicht werden, da man nur so die Möglichkeit sah, die Industrialisierung und damit die Modernisierung in Deutschland durchzusetzen.

Um diese unterschiedlichen Entwicklungen zu verstehen, ist es nötig, die Wahrnehmung des globalen kapitalistischen Systems in die Analyse einzubeziehen. Damit ist die internationale Konstellation zwischen wirtschaftlich früh entwickelten Ländern und den „Nachzüglern“ gemeint. Drei Thesen sind in unserem Zusammenhang von besonderer Bedeutung. 1. Eine Volkswirtschaft kann nicht unabhängig von anderen Volkswirtschaften funktionieren. 2. Die weltwirtschaftliche Konstellation wirkt sich auch auf die gesellschaftlichen Veränderung in den einzelnen Volkswirtschaften aus. 3. Zwischen den Volkswirtschaften auf unterschiedlichen Entwicklungsniveaus entsteht ein Waren- und Güterstrom, der auf Austauschbeziehungen beruht. Diese Austauschbeziehungen sind es, die seit dem 16. Jahrhundert dazu führen, daß die Weltwirtschaft das Weltempire, das auf Gewalt und direkten Herr-

schaftsbeziehungen aufgebaut war, ablöst. In diesem Weltwirtschaftssystem hatte England aufgrund seiner industriellen Produktivität einen kompetitiven Vorteil.⁵²⁷

Die Berücksichtigung dieser drei Thesen ermöglicht ein besseres Verständnis der Haltung der deutschen Industrieunternehmer. Die im Weltwirtschaftssystem geltenden Regeln verschafften England eine starke wirtschaftliche Macht, die in Deutschland als Bedrohung der Entwicklungsmöglichkeiten der eigenen Volkswirtschaft empfunden wurden. Die Differenzen sind aber nicht nur auf materielle und technische Verschiedenheiten begrenzt, sondern beruhen auch auf Spannungen, die sich aus dem kapitalistischen Prinzip ergeben.

Diese Unterschiede nahmen schon zeitgenössische Wirtschaftstheoretiker wahr. Friedrich List leitete aus der Diagnose dieser Differenzen seine Ablehnung des Freihandels und seine Forderung nach einem Erziehungszoll ab. Aber auch Teile des Wirtschaftsbürgertums dachten so, wie die oben geschilderte Geschichte des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins zeigt. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn man die deutschen Industrieunternehmer verstehen und beurteilen will.

Auf dieser Grundlage stellt sich das Schlagwort vom „Schutz der nationalen Arbeit“ als ein wichtiger Forschungsgegenstand dar, anhand dessen die Wahrnehmungen und Einstellungen der deutschen Industriellen beschrieben werden können. Die Industriellen standen vor der Aufgabe, im Netz des kapitalistischen Weltsystems im eigenen Land die technisch-industrielle Entwicklung voranzutreiben. In diesem Zusammenhang erschien es durchaus „modern“, Schutzzölle zu fordern, um der heimischen Wirtschaft die Chance zu geben, sich entwickeln zu können. Auch die Einstellungen zur sozialen Frage, zur Nation und zum Staat können in diesem Kontext besser verstanden werden.

Bevor die deutschen Industriellen die Armut erlebten, die ein Resultat der Industrialisierung war, führten sie das Phänomen der Massenarmut auf die Übermacht der ausländischen Konkurrenz und die eigene technische und maschinelle Rückständigkeit zurück. Die Lösung der sozialen Frage lag demnach in einer raschen Industrialisierung, durch die man Arbeitsplätze zu schaffen hoffte. Die Industrialisierung glaubte man jedoch nur dann erreichen zu können, wenn für die Zeit des Aufbaus ein nationaler Schutzraum geschaffen wer-

⁵²⁷ Vgl. Kaplan, Barbara Hockey (Hg.): *Social Change in the Capitalist World Economy*. London u.a. 1978, S. 43.

den würde. Eigeninteresse und die Sorge um die armen Menschen verknüpften sich hier, denn durch den Verweis auf eine Lösung der sozialen Frage konnte die Forderung nach einer konsequenten Industrialisierung unter staatlichem Schutz untermauert werden.

Fragt man nach der Einstellung der Industrieunternehmer zur Nation, liefert die Analyse der Parole vom „Schutz der nationalen Arbeit“ auch Hinweise für ein besseres Verständnis des Nationalismus. Die Haltung der Industriellen hinsichtlich der Nation bezog sich nicht nur auf eine „Binnenvereinigung“ wie bei anderen Zeitgenossen, sondern auch auf die äußeren Grenzen. Der eigene Nationalstaat wurde durch diese Betonung der Grenzen erstens relativiert, da er im Zusammenhang mit anderen Nationalstaaten gesehen wurde und zweitens nicht mehr als höchster Wert, sondern pragmatische als Funktionsträger definiert. Weiterhin resultierte aus dieser Haltung die Forderung nach dem Schutz der Grenzen, woran sich später auch die mögliche Überschreitung dieser Grenzen durch die Anwendung staatlicher Macht anschloß, was bei den Industriellen zu einem noch aktiveren und emotional aufgeladeneren Engagement in der nationalen Bewegung führte.

Die Haltungen zur sozialen Frage und zur Nation deuten schon auf die Haltung gegenüber dem Staat hin. Obwohl England als Vorbild galt und dort das freie Spiel der Kräfte gefordert wurde, setzten die deutschen Industriellen auf staatliche Interventionen. Ihre Erwartungen hinsichtlich der Funktionen des Staates können nicht einfach anhand von vorgegebenen Kategorien der Industrialisierung und des Staates erklärt werden.

Das Schlagwort „Schutz der nationalen Arbeit“ stellt in der Tat eine Erklärung für die Forderungen der besonders auf den Produktionsprozeß konzentrierten Industrieunternehmer dar, die in den öffentlichen Auseinandersetzungen auf der Seite der Schutzzöllner standen. Die einzelnen Teilinhalte des Schlagwortes sind eng miteinander verknüpft, und es handelt sich dabei um symbolische Themen, die im Zusammenhang mit der Frage nach der Bürgerlichkeit oft behandelt worden sind. Ein Verständnis dieses Schlagwortes ist deshalb unerläßlich, will man die Bürgerlichkeit der Industriellen richtig verstehen.

V. Soziale Beziehungen im wirtschaftlichen Leben: ihre sozialgeschichtliche Bedeutung

1. Einleitung

Die sozialgeschichtlichen Forschungen über das deutsche Wirtschaftsbürgertum konzentrieren sich in letzter Zeit auf zwei Bereiche: zum einen auf die Schilderung seiner wirtschaftlichen Leistungen, zum anderen auf die Beschreibungen seiner kulturellen Eigenheiten.⁵²⁸

Bisher wurde nicht versucht, zwischen diesen beiden Bereichen sowie zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und den dahinter stehenden ökonomischen Leitgedanken einen Zusammenhang herzustellen. Man fand deshalb auch keine Erklärung für das Nebeneinander von ökonomischer Gewinnorientierung und konservativer Lebensweise innerhalb des Wirtschaftsbürgertums.

Diese Forschungsausrichtung ist stark von der Entstehung der Sozialgeschichte geprägt. Die frühe deutsche Sozialgeschichte bezog ihren theoretischen Rahmen von einer Soziologie, die eng mit der Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft verbunden war und die „diesen [den Industriekapitalismus, Nah] gewissermaßen als eine seiner Leit-Wissenschaften teils stützend, teils kritisch begleitet“⁵²⁹ hat. Der Bezugspunkt der für die Sozialgeschichte wichtigen Theoretiker wie Max Weber, Talcott Parsons und die Frankfurter Schule war die moderne kapitalistische Gesellschaft. Aus dieser Entstehungsgeschichte läßt sich erklären, warum die sozialgeschichtliche Bürgertumsforschung sich auf die Frage der Modernität des Bürgertums konzentrierte. Auch die Analysen kultureller Aspekte des Bürgertums folgen diesem dichotomischen Konzept von Modernität versus Traditionalismus.

Inzwischen hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß sich der Begriff „Bürgerlichkeit“ nicht auf einen einfachen und einheitlichen Nenner bringen läßt.⁵³⁰ Diese Auffassung ist

⁵²⁸ Vgl. hierzu das Kapitel zum Forschungsstand.

⁵²⁹ Reismann, Horst: Die Vitalität „autochthoner“ Kulturmuster. Zum Verhältnis von Traditionalismus und Moderne, Kultur und Gesellschaft. In: KZfSS (Sonderheft 27) 1986, S. 359.

⁵³⁰ Manfred Hettling und Stefan-Ludwig Hoffmann stellen nicht die Existenz allgemeiner bürgerlicher Werte in Frage, sehen diese aber nicht als ein für allemal feststehende, sondern im individuellen Aneignungsprozeß veränderbare an. „Bürgerlichkeit als Lebensführung bedeutet gerade, daß es keine vorgegebene einheitlichen Marschklänge gab, denen man blind folgt. Man mußte die Werte selber zum klingen bringen“. „Es gibt keine absoluten Werte, sondern immer nur ausgehandelte, in der sozialen Praxis sich konstituierende...“. Hettling, Manfred/Hoffmann, Stefan-Ludwig: Der bürgerliche Werthimmel. In: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 346.

durch viele Forschungsergebnisse bestätigt worden, die zeigen konnten, daß man bei der Schicht des Bürgertums nicht von einer homogenen Kultur ausgehen kann, sondern ganz im Gegenteil von sehr unterschiedlichen, sogar widersprüchlichen Lebensweisen und Verhaltensdispositionen. Auch wird in der Forschung bezweifelt, daß Ausdrucksformen bürgerlicher Kultur nur in einer bestimmten sozialen Schicht zu finden waren.

In diesem Kapitel soll versucht werden, die „Kultur“ der Wirtschaftsbürger und ihre wirtschaftlichen Interessen sowie ihr ökonomisches Handeln nicht isoliert zu betrachten, sondern als miteinander verknüpft zu interpretieren. Im Mittelpunkt dieses Interpretationsversuches sollen die sozialen Beziehungen und die Bemühungen, diese Beziehungen zu knüpfen, stehen. Unter „sozialen Beziehungen“ ist im Rahmen dieser Fragestellung die Gesamtheit der menschlichen Interaktionen zu verstehen, die darauf abzielen, die Struktur einer Gesellschaft zu beeinflussen. Die Bemühungen, diese Beziehungen zu knüpfen und sie zu pflegen, werden in diesem Arbeitsabschnitt als ein wichtiger Teil des sozialen Handelns des deutschen Wirtschaftsbürgertums und als auf ökonomischen Gedanken beruhende kulturelle Aktivität verstanden.

Im ersten Teil dieses Kapitels sollen einige theoretische Voraussetzungen geklärt werden. Zunächst geht es um den wirtschaftswissenschaftlichen Begriff „Institution“⁵³¹ und seine Bedeutung für die hier zu untersuchenden Zusammenhänge. Anschließend wird – ausgehend von der Theorie Coases – über die Bedeutsamkeit des menschlichen und gesellschaftlichen Miteinanderumgehens referiert und die Anwendung dieser Gedanken auf die Wirtschaftsgeschichte in Anlehnung an North aufgezeigt. Daraus werden Möglichkeiten zur Anwendung dieses Theorierahmens auf die Sozialgeschichte, insbesondere auf den Aspekt des privaten Lebens des Wirtschaftsbürgertums, abgeleitet.

Mit Hilfe des im ersten Teil herausgearbeiteten theoretischen Instrumentariums soll im zweiten Abschnitt ein Teilzusammenhang der Kultur der Industrieunternehmer analysiert

⁵³¹ Unter „Institution“ wird im Rahmen dieser Arbeit folgendes verstanden: „Institutionen sind sozial anerkannte Regeln für angemessenes Verhalten in sich wiederholenden Entscheidungssituationen. Sie verdichten bewährte Erfahrungen und Verhaltensweisen. Insofern vermitteln sie die soziale Dimension für individuelles Handeln. Die Regeln können spontan entstehen oder bewußt gesetzt werden und drücken sich in unterschiedlichsten Formen aus: Sitte, Gebräuche und Werte sowie Gesetze, Verordnungen, Organisationen oder Verfassungen ... Die Institutionen/Regeln erlauben oder verbieten bestimmte Verhaltensweisen. Indem sich die Menschen an Regeln orientieren, wird das Verhalten regelmäßig, also geordnet.“ Ambrosius u.a., *Moderne Wirtschaftsgeschichte*, S. 349.

werden, wobei Mitglieder des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins im Mittelpunkt stehen. Angestrebt wird ein tieferes Verständnis der „subjektiven“ Seite der Industrieunternehmer und deren Verhaltensweisen, wobei die sozialen Beziehungen des Wirtschaftsbürgertums im Zentrum stehen. Die Einführung in diese Theorien soll nicht nur als methodischer Ansatz verstanden werden, um den Sinn der sozialen Beziehungen im Wirtschaftsleben zu untersuchen, sondern soll darüber hinaus die Bedeutsamkeit sozialer Beziehungen in der Lebenswelt des Wirtschaftsbürgertums unterstreichen.

Besonders die deutschen Industrieunternehmer standen, im Unterschied z.B. zu den Kaufleuten, in einer direkteren und engeren Beziehung zu den umfangreichen Veränderungen in Technik und Produktion, die Teil des Gesamtprozesses der „Industrialisierung“ waren. Die Veränderungsprozesse erfaßten jedoch nicht nur den Bereich der Güterproduktion, sondern die ganze Gesellschaft. Folgt man den Gedanken der Neuen Institutionenökonomie, kann man sagen, daß in dem Bereich der Güterproduktion dem gesellschaftlichen Verhalten der Menschen eine sehr wichtige Bedeutung zukommt. Auf dieser Vorstellung aufbauend wird die Aussage Hölschers über die Industrialisierung, nach der dieselbe zu „denjenigen sozialwissenschaftlichen Grundbegriffen (gezählt werden muß), die die Entwicklung der modernen Gesellschaft über eine lange Zeitperiode hinweg beschreiben“⁵³², besser verständlich. Es waren vor allem die Industrieunternehmer, die sowohl mit den komplizierter gewordenen wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen konfrontiert wurden als auch gezwungen waren, die neuen Umgangsweisen, die schließlich formellen Charakter annahmen, zu adaptieren. Diese Umgangsweisen, die im folgenden auch als soziale Beziehungen bezeichnet werden, gehörten zu jeder wirtschaftlichen Handlung und waren zugleich Teil der kulturellen Charakteristika der Industrieunternehmer.

2. „Soziale Beziehung“

Max Weber definierte den Begriff „soziale Beziehung“ folgendermaßen: „Soziale Beziehung soll ein seinem Sinngehalt nach aufeinander gegenseitig eingestelltes und dadurch orientiertes Sichverhalten mehrerer heißen. Die soziale Beziehung besteht also durchaus und ganz ausschließlich: in der Chance, daß in einer (sinnhaft) angebbaren Art sozial ge-

⁵³² Vgl. Hölscher, Lucian: Säkularisierungsprozesse im deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts. In: Puhle, Bürger, S. 238.

handelt wird“.⁵³³ Im „Wörterbuch der Soziologie“ werden soziale Beziehungen bestimmt als „diejenigen Interaktionen und Einflußstrukturen, die entweder zwischen Personen oder zwischen Personen und Gruppen bestehen“.⁵³⁴ Auf diesem Grundgedanken beruhend soll „soziale Beziehung“ als eine Verhaltensform von Menschen verstanden werden, die auf direkten Kontakten als einer Form von Einflußstrukturen aufbauen, denen ein sozial typisierbarer Sinngehalt zugemessen wird. Als Beispiele für solche soziale Beziehungen nennt Weber „Kampf, Feindschaft, Geschlechtsliebe, Freundschaft, Pietät, Markttausch, ‚Erfüllung‘ oder ‚Umgehen‘ oder ‚Bruch‘ einer Vereinbarung, ökonomische oder erotische oder andere ‚Konkurrenz‘, ständische oder nationale oder Klassengemeinschaft.“⁵³⁵

„Soziale Beziehung“ meint demnach sowohl Nähe und Gemeinsamkeit als auch Distanz und Verschiedenheit. So ist z.B. Gruppen, die aufgrund einer gemeinsamen Interessenlage entstanden sind, automatisch ein Unterscheidungskriterium inhärent, mit dem sie sich von anderen Menschen oder Gruppen, die diese Interessen nicht teilen, abheben.

In der Bürgertumsforschung sind soziale Beziehungen häufig thematisiert worden, vor allem im Bereich der kulturellen Spezifika des Bürgertums. Zunächst ist darauf verwiesen worden, daß das deutsche Wirtschaftsbürgertum im Gegensatz zu vormodernen Gesellschaftsformen, und auch anders als das typische Bürgertum, nicht nur soziale Beziehungen aufgrund persönlicher und/oder verwandtschaftlicher Beziehungen unterhielt, sondern auch mit sozialen Gruppen in Kontakt stand, die nicht bürgerlich waren. Als ein Beispiel für diese sozialen Beziehungen wurde oft die Feudalisierungstendenz des deutschen Wirtschaftsbürgertums angeführt, die zwar eine Erweiterung der klassenspezifischen Sozialbeziehung anspricht, aber gleichzeitig die Verselbständigung zu einer homogenen sozialen Gruppe behinderte.⁵³⁶ Enge soziale Beziehungen zum Staat, zum König und zu Politikern gelten als typische kulturelle Eigenart des deutschen Wirtschaftsbürgertums und wurden von der So-

⁵³³ Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen 1972, S. 13.

⁵³⁴ Endruweit, Günter/Trommsdorf, Gisela (Hg.): *Wörterbuch der Soziologie*. Bd. 1. Stuttgart 1989, S. 84.

⁵³⁵ Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 13.

⁵³⁶ Kocka meinte, daß die Untersuchung des Verhältnisses von Bürgertum und traditionellen Eliten wichtige Aufschlüsse über das Ausmaß und den Weg der Modernisierung in Deutschland bieten würde. Vgl. Kocka, *Unternehmer*, S. 5.

zialgeschichte als der modernen und eigentlich bürgerlichen Lebensart widersprechend kritisiert.

In einer anderen Hinsicht gelten die Wirtschaftsbürger jedoch als typisch bürgerlich, nämlich im Hinblick auf die im Unterschied zu anderen Schichten dort gepflegte einzigartige intime und emotional bestimmte Familienkultur.⁵³⁷

Die Analyse der sozialen Beziehungen der Industrieunternehmer sowie die Untersuchung dieser Kontakte im Hinblick auf das praktische Leben der Industriellen bilden den Hauptteil dieses Kapitels. Diese sozialen Beziehungen waren eminent wichtig für den Alltag des Wirtschaftslebens und müssen deshalb bei Untersuchungen beachtet werden, die sich mit der industriellen Entwicklung beschäftigen. Hier meinen soziale Beziehungen den bewußten individuellen Kontakt der Unternehmer untereinander sowie mit anderen Personenkreisen. Außerdem sollen auch die spezifischen Formen, soziale Beziehungen zu knüpfen und zu pflegen, thematisiert werden.

Eine Analyse der zwischen Wirtschaft und Gesellschaft oszillierenden sozialen Beziehungen des Wirtschaftsbürgertums bedarf einer Ergänzung der Theorie der sozialen Beziehung. Innerhalb der Wirtschaftswissenschaften wurde der Begriff „Transaktion“ für das Verständnis des sozialen Sinns wirtschaftlicher Handlungen entwickelt. Dieser Begriff kann für die Untersuchung der sozialen Beziehungen des Wirtschaftsbürgertums wertvolle Anregungen liefern.

3. Ansätze einer Theorie der sozialen Beziehungen in der Ökonomie

3.1. Menschen und Transaktionen im Wirtschaftsleben

Der klassischen Wirtschaftstheorie zufolge wird beispielsweise das Funktionieren des Marktes auf eine durch das Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage austarierte Preisbildung zurückgeführt. Menschliche Aktivitäten, Leistungen und Interaktionen sowie Transaktionen sind in dieser Sichtweise alle in diesem Preisbildungsmechanismus verschmolzen, menschliche Einflußnahme auf das Wirtschaftsgeschehen schlägt sich in der

⁵³⁷ Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert spielt „Emotionalität“ in der bürgerlichen Familie eine große Rolle, da innerhalb der Familie Emotionen für wichtiger gehalten wurden als materielle Interessen. Vgl. Habermas, Rebekka: Frauen und Männer des Bürgertums. Göttingen 2000, S. 259.

Preisgestaltung der Ware nieder. Aufgrund dieser Konzentration auf eine rein ökonomische Sichtweise bleiben allzu leicht die Menschen und ihre Leistungen unberücksichtigt. In Untersuchungen des Produktionsprozesses wird die Produktionsfunktion allein als quantitativer Zusammenhang von Faktorenmenge (Input) und Ausbringungsmenge (Output) beschrieben. Die Mikroökonomie hingegen betrachtet den Vorgang der Produktion als bloße stoffliche Verwandlung, dessen technische Verwandlungsprozesse, beginnend von Produktionsfaktor über Erzeugung und Absatz, kein Gegenstand der ökonomischen Analyse seien.⁵³⁸ Für Coase und North, der ebenfalls als einer der führenden Repräsentanten der „Neuen Institutionenökonomie“ gilt, sind diese technischen Vorgänge als Ausdrucksformen menschlicher Interaktion von zentraler Bedeutung.

In dieser Arbeit sollen Transaktionen jedoch nicht in Bezug auf ihre kostenspezifische Relevanz im Wirtschaftsleben untersucht werden, sondern bezüglich ihrer sozialen Bedeutung für Menschen bzw. Gruppen. Denn die Existenz von Transaktionen sowie ihre ökonomische Bedeutung belegen dann ebenso ihren bedeutsamen Anteil im menschlichen Verhalten. Hier geht es darum, den sozialen Gehalt bei den zu untersuchenden wirtschaftlich relevanten Interaktionen herauszuarbeiten. Dabei sollen Interaktionen unter dem soziobiologischen Aspekt menschlicher Handlungskonstanten als einem weiteren Motiv neben den klassischen Nutzenannahmen für die Beurteilung von Transaktionen in den Blick genommen werden.

Als Beispiel für die Charakterisierung von Transaktionen in der Wirtschaftsgesellschaft mag der Herstellungsprozeß eines Brotes dienen. Noch bevor das Getreide zur Brotherstellung geerntet werden kann, muß der Landwirt die Entscheidung für das Saatgut eines bestimmten Herstellers treffen, von dem er sich das größte Fruchtwachstum erwartet. Zudem ist er gehalten, die Witterungsverhältnisse und Wetterprognosen in seine Produktionsplanung einzubeziehen. Nach der Ernte wird das Getreide an einen Mahlbetrieb verkauft, der seinerseits auf die Belange seiner Beschäftigten Rücksicht zu nehmen hat und von der Leistungsfähigkeit der Maschinen eines Zulieferbetriebes abhängig ist. Bis das Brot die Bäckerei verlassen kann, sind die während seines Produktionsprozesses erbrachten Leistungen der Hefe-, Backzutaten-, Backofenhersteller mit zu beachten. Für den Umsatz des Brotes sind

⁵³⁸ Bonart, Thomas/Peters. Ulrich: Mikroökonomie Kompakt. Wiesbaden 1997, S. 86.

auch die örtliche Lage der Bäckerei und mögliche Werbestrategien des Bäckers von Bedeutung.

Dieses einfache Beispiel zeigt, daß zwischen den verschiedenen, arbeitsteilig erbrachten Leistungen in vielfältiger Weise menschliche Kommunikation und Leistungsaustausch stattfinden. Je höher der Grad der Arbeitsteilung in einem solchen Produktionsprozeß ist, desto mehr Transaktionen werden dabei erforderlich. Dabei ist nicht auszuschließen, daß es zu Konflikten und Reibungen kommt, die besondere Lösungsstrategien erfordern. Zudem ist bei all diesen sozialen Kommunikations- und Austauschbeziehungen der soziobiologische Aspekt zu berücksichtigen. In jedem wirtschaftlichen Produktionsprozeß kommt es zu einer Vielzahl von Leistungen, Interaktionen und menschlichen Kontakten, die bei der Analyse der Sinnhaftigkeit des sozialen Handelns innerhalb der Sozialwissenschaft Beachtung finden sollten. In der Organisation von Transaktionen wirken sehr viele Variablen aufeinander, die auf den Einfluß und die Entscheidungen einzelner Menschen zurückgehen.

Die Bedeutung dieser Transaktionen und der Aspekt des sozialen Handelns im Wirtschaftsleben können auch der sozialgeschichtlichen Forschung über das Wirtschaftsbürgertum zu neuen Einblicken verhelfen. Wenn zum Beispiel Aggression als eine anthropologische Konstante interpretiert und aufgrund ihrer Wirksamkeit in der sozialen Interaktion zu einem Kriterium in zwischenmenschlichen ökonomischen Beziehungen wird, dann ist ihre „Zähmung“ ein Transaktionskosten sparender Faktor. In der Geschichte fand Coase im mittelalterlichen Markt ein Beispiel, in dem bei Konflikten die Verhandlung als eine Maßnahme entwickelt wurde, um die Markthandlungen sowohl verbindlicher als auch sicherer zu gestalten. Als Institution entstand dann das Gericht zur permanenten Überwachung und Regelung von ökonomischen Transaktionen, gewissermaßen als Behörde zur Regulierung von Aggression.⁵³⁹ Wären die Menschen nach dem Bild des „homo oeconomicus“ einheitlich bzw. gleichermaßen beschaffen und vernünftig, benötigten sie diese Organisation eigentlich gar nicht. Selbst die individuellen Wahlentscheidungen sollten nach Coase so modelliert werden, daß der Naturtrieb bei deren Bestimmung als ein entscheidender Faktor angesehen werden kann.

⁵³⁹ Coase, *The Firm*, S. 8.

Tatsächlich scheint der eigentliche Zweck seines Ansatzes darin zu liegen, die ökonomische Relevanz von sozialen Systemen zu erkennen bzw. umgekehrt zu fragen, wie man diese Systeme in den sich verändernden wirtschaftlichen Bedingungen effizient einsetzen kann. Zu diesen Systemen gehör(t)en nach seiner Meinung viele Institutionen: Als universell gültiges Aggregat sind sie für eine soziale Gruppe durch Institutionen wie Gesetz, Ordnung oder Staat gekennzeichnet.

Die Auffassung, nicht nur die unmittelbaren wirtschaftlichen Handlungen, sondern auch die sozialen und politischen Aspekte als wichtige Entscheidungselemente für wirtschaftliches Handeln zu berücksichtigen, ist bereits vor den ökonomisch enger definierten Überlegungen von Coase geäußert worden. Der diesen Zusammenhang beschreibende Begriff der „Politischen Ökonomie“ wird erstmals von A. de Montchretien gebraucht, um in Abgrenzung zur aristotelischen Ökonomie, die semantisch als „Lehre von der richtigen Hauswirtschaft“ zu deuten ist, die im Verlauf der merkantilistischen Wirtschaftspolitik neu entstehende Lehre von der Wirtschaft des gesamten Staates zu bezeichnen, in der auch die Bedeutung der außerwirtschaftlichen Elemente für das Wirtschaftssystem betont wurde. Vor der Entstehung der reinen Ökonomie als Wirtschaftstheorie kam diesem umfaßenderen Ansatz eine große Bedeutung zu. Für Alfred Marshall (1842-1924) war „economics“ hingegen eine Fachbezeichnung für ökonomische Fragestellungen von Nutzen, Einkommen und Bedürfnissen, die sich zwar innerhalb des sozialen und politischen Geschehens bewegten, aber für die isolierte ökonomische Entscheidung des Einzelnen nicht unmittelbar maßgebend waren. Hingegen nahm auch in der politischen Ideologie des Marxismus die Politische Ökonomie einen zentralen Platz ein. In der derzeitigen Wirtschaftswissenschaft werden die als „politisch“ bezeichneten weiteren Einflußfaktoren trotz deren ursprünglich großer Bedeutung in der Tradition Marshalls weitgehend vernachlässigt.

In Deutschland gab es eine Reihe von Theoretikern, darunter die Kathedersozialisten, Angehörige der Jüngeren Historischen Schule der Nationalökonomie im 19. Jahrhundert, die diese weiteren Elemente als wichtig für die Wirtschaftsentwicklung ansahen.⁵⁴⁰ Aber unter

⁵⁴⁰ Offenbar wollte Werner Plumpe mit diesem neuen wissenschaftlichen Ansatz in der Wirtschaftsgeschichte eine „Schmoller-Renaissance“ einleiten. Er verglich diesen Versuch von Institutionenökonomie und der Neuen Wirtschaftsgeschichte mit dem Ansatz über die wirtschaftliche Entwicklung der jüngeren historischen Schule der Nationalenökonomie in Deutschland im 19. Jahrhundert. Vgl. Plum-

dem Einfluß der klassischen Schule von Smith fanden deren wirtschaftliche Überlegungen nur im geringen Maße Berücksichtigung. Der letzte Vertreter dieser Gruppe, Max Weber, betonte die geistlichen und religiösen Aspekte des Wirtschaftslebens. Mit dem Aufkommen der Keynesianischen Theorie schwächte sich die Rezeption der Gedanken Smiths etwas ab, weil aufgrund der Erfahrung internationaler wirtschaftlicher Krisen das Argument der „unsichtbaren Hand“ nicht mehr haltbar war. Aber in Bezug auf das wirtschaftliche Subjekt, also die wirtschaftlich agierenden Menschen, war die Theorie von Smith noch sehr bedeutsam und wirkte sich auch auf den sozialgeschichtlichen Bereich aus.

Anders als in der klassischen Wirtschaftstheorie, wonach das Wirtschaftssystem von Außen beeinflußt wird, liegt der Auffassung von Coase die Überlegung zugrunde, daß innerhalb des Wirtschaftssystems menschliche, gesellschaftliche und politische Elemente in entscheidender Weise mitwirken. Als Teile eines umfassenden Systems sind sie also bei der Erforschung des Wirtschaftssystems unbedingt mit einzubeziehen. In die Analyse eines Wirtschaftssystems müssen seiner Meinung nach nicht nur das Preissystem oder die Handelsmechanismen, sondern eben auch die menschlichen Verhaltenweisen einbezogen werden.

Für Coase ist es selbstverständlich, daß nicht alle menschlichen und gesellschaftlichen Handlungen in der Wirtschaft ganz zu dieser Wirkungsdimensionen gehören, aber sie haben bestimmte Rollen. Umgekehrt erlauben sie es, die menschlichen und gesellschaftlichen Verhaltensweisen von Wirtschaften in diesem Zusammenhang zu betrachten. Das Beispiel der Brotproduktion läßt sich dabei auf den arbeitsteiligen Prozeß verallgemeinern, der bei Coase analog zu Adam Smith in den Mittelpunkt gerückt wird. Der Ansatz von Coase, die menschlichen Handlungen im Wirtschaftssystem wertfrei als Fortschritt in einem transaktionsparenden Prozeß zu deuten, stieß bei einer Reihe von nordamerikanischen Wissenschaftlern auf Widerstand, da sie es ablehnten, im Hinblick auf den Arbeitsprozeßgedanken von Smith nur über die großen Vorteile der Arbeitsteilung und Spezialisierung zu diskutieren, wenn nicht gleichzeitig auch der Aspekt der politischen Unterdrückung der Arbeiterschaft thematisiert wird.⁵⁴¹

pe, Werner: Gustav von Schmoller und der Institutionalismus. In: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 252-275.

⁵⁴¹ Harry Braverman hat in seinem Buch „Labor and Monopoly Capital“ (New York 1974) versucht darzustellen, wie die Arbeiter durch den modernisierten Arbeitsprozeß und technische Veränderungen mehr kontrolliert worden sind. Aber anders als bei Coase ist sein Interesse mehr auf den Aspekt der Klassenkampfes gerichtet.

Theorie und Ansatz von Coase können also trotz ihrer Ähnlichkeit auch als Kritik an der Theorie von Adam Smith über die Wirkung der Arbeitsteilung betrachtet werden.

In den bisherigen wirtschaftlichen, besonders produktionsbezogenen Analysen sind die Effektivität der Arbeitsverteilung und die technische Verbesserung in einzelnen Bereichen die wichtigsten Elemente gewesen. In diesem Zusammenhang ist die aus der Arbeitsteilung resultierende Verteilungstheorie des Einkommens bei Adam Smith als eine immer gültige, „goldene Regel“ angesehen worden. Dabei ist abermals darauf hinzuweisen, daß dies aus der mikroökonomischen Theorie der Produktion gefolgert worden ist, und nur dann Geltung besitzt, wenn die Produktion nur als die stoffliche Umwandlung, als Verarbeitungsprozeß thematisiert wird und die technischen Vorgänge nicht als Gegenstand der ökonomischen Analyse betrachtet werden.⁵⁴² Selbst unter Hinzunahme der horizontalen und vertikalen Produktionsschritte ist aber immer noch nicht erkannt worden, daß es sich bei demselben Prozess ebenfalls um einen (Aus-) Tausch menschlicher Aktionen handelt. Reduzieren sich diese menschlichen Austauschbeziehungen auf geringere und verlässlichere Formen, dann ist das auch ein kostenrelevanter Faktor, denn dadurch verkleinert bzw. rationalisiert sich die Arbeitsteilung, die aus dieser anthropologischen Perspektive auf eine Vielzahl möglicher sozialer Interaktionen Rücksicht nehmen muß.

Besonders die Idee der Transaktionen liefert für das Verständnis des sozialen Verhaltens der Produzenten einen guten Erklärungsansatz. Selbstverständlich gehen die Kaufleute im Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit viele unterschiedliche Transaktionen ein und zahlen dafür Kosten, aber sie finden sich ebenso bei den Produzenten.⁵⁴³ Zum Beispiel kommt es in Betrieben zu Transaktionen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen: Am Fließband der Automobilproduktion interagieren white-colour Arbeiter und blue-colour Arbeiter. Auch

⁵⁴² Vgl. Bonart, Thomas/Peters, Ulrich: Mikroökonomie Kompakt. Wiesbaden 1997, S. 86.

⁵⁴³ In der Wirtschaftswissenschaft wird die Produktion wie folgt definiert (und vielleicht bringt diese Definition eine klarere Vorstellung davon, welchen Raum Transaktionen in der Wirklichkeit einnehmen): Produktion ist Fertigung, Herstellung, Leistungserstellung, als betriebliche Produktion allgemein die Hervorbringung (Arbeitskräfte, Betriebsmittel, Werkstoffe), die durch den dispositiven Faktor unter Zuhilfenahme der derivativen Faktoren Planung und Organisationen kombiniert werden. Demnach zählt zur Produktion nicht nur die Leistungserstellung im fertigungstechnischen Sinne, sondern auch die Bereitstellung von Dienstleistungen (z. B. Kreditvermittlung, Versicherungsabschluss, Taxifahrt, Reiseangebot) und die „Herstellung“ von Informationen (z.B. die Idee-Produktion durch Forschung und Entwicklung), die als immaterielle Güter in Form von Patenten und Lizenzen ebenso gehandelt werden können wie materielle Güter. Vgl. Brockhaus Bd. 17. 1998 Leipzig/Mannheim, S. 508-509.

außerhalb der Produktion eines Betriebes entstehen Transaktionen in unterschiedlichsten Konstellationen, z.B. im Personalwesen zwischen Betrieben und Bewerbern, zwischen Betrieben, Bewerbern und der Arbeitsvermittlung. Innerhalb des Marktes entsteht Transaktion während des Umtausches der Waren. Transportkosten gehören ebenfalls eindeutig zu den Transaktionskosten. Zwischen der Mutterfirma und Geschäftspartnern, die über Verträge als Subunternehmer angebunden sind, entstehen ebenfalls Transaktionen. Wenn man etwa für Bauarbeiten einen Vertrag schließt, gehören alle Vorgänge, die für diese Tätigkeit bzw. Leistung zu erbringen sind, zu den Transaktionen.

Wenn diese Transaktionen nicht durch klare Regeln gesteuert werden, entstehen Folgekosten für individuelle oder gesellschaftliche Handlungen. Transaktionen müssen deshalb nicht betrieblich oder schriftlich fixiert werden; auch sittliche und moralische Normen drücken Verbindlichkeiten aus, die sich ökonomisch positiv auswirken. Eine Hausordnung ist zwar kein Vertrag im Sinne einer einklagbaren Rechtsbeziehung; sie ordnet aber menschliches Verhalten und steuert sogar durch Sanktionen, die zum Beispiel durch einen bösen Blick im Treppenhaus geäußert werden können. Das heißt, Transaktionen umfassen eine Vielzahl von gesellschaftlichen und menschlichen Verhaltensweisen, vom Input bis zum Output im Produktionsprozeß und darüber hinaus bis zum Verkauf.

3.2. Die sozialgeschichtliche Anwendung der Neuen Institutionenökonomie

Obwohl die Überlegungen von Coase neue Erkenntnismöglichkeiten über die Bedeutung von Wirtschaftssystemen für die Wirtschaftsentwicklung eröffnen, indem sie die Wichtigkeit des gesellschaftlichen Elements im Wirtschaftssystem betonen, können sie nicht unmittelbar für die sozialhistorische Frage genutzt werden. Erst North hat mit seiner neuen Art der Wirtschaftsgeschichte eine Verknüpfung zwischen dem Verständnis der Wirtschaftswelt und der Interpretation der Geschichte geschaffen. In der Nachfolge von Coase konzentriert sich North darauf, wie die motivationale Entwicklung der Menschen zur Einsparung von Transaktionskosten vonstatten gegangen ist. In seinem Buch „The Rise of the Western World“ (1973) benutzt er die theoretischen Einsichten von Coase zur Beantwortung der Frage, auf welcher Grundlage der materielle Aufschwung Westeuropas im Vergleich zu anderen Kontinenten ermöglicht worden ist.

Nach North war der Aufstieg der westlichen Welt dadurch charakterisiert, daß institutionelle Neuerungen oder Anregungen stattfanden, die als Voraussetzung für wichtige geschichtliche Ereignisse wirkten und sich in ihrer Wirkung sowie Wechselhaftigkeit als ein Prozeß ansteigender oder auch sinkender Transaktionskosten deuten lassen. Der geschichtliche

Fortschritt wird dabei so gesehen, daß eine zunehmend komplexere Welt die intensivere Beanspruchung von Institutionen erforderte, was eine Kostenerhöhung bedeutete. Diese war aber relativ, da die daraus resultierenden Leistungen für den Einzelnen und die Gesellschaft auf der Basis der vorherigen Institutionen gar nicht, oder wesentlich teurer, bereitgestellt werden konnten. Das heißt umgekehrt, daß der von manchen Zeitgenossen ersehnte Rückgang zu einem früheren Lebensstil auch die Möglichkeit bot, zu vereinfachten Institutionen zurückzukehren. Im übergeordneten Sinn manifestierte sich diese Entwicklung des Sparens von Transaktionskosten, das auch ein Sparen an Zeitaufwand implizierte, an der Qualität und Summe aller hoheitlichen Normen, der staatlichen Ordnung und dem staatlich induzierten Handeln. Dieser für eine moderne Welt enorme Bedarf an Ordnung oder Regeln traf nach der Erklärung von Coase auch für die Wirtschaft im allgemeinen zu. North bestätigt dies, liefert aber zur theoretischen Bedarfsanalyse noch den geschichtlichen Nachweis. Zum Beispiel fand im späten Mittelalter in Europa eine Rückkehr zum (früh)mittelalterlichen Selbstversorgungssystem statt, weil die gestiegenen Transaktionskosten, die mit der neu entstandenen Geldökonomie und der technischen Entwicklung verbunden waren, sich nicht für alle Mitglieder der Gesellschaft als kostengünstiger erwiesen. Die nur wenig präzisen Kenntnisse von vielen Menschen über die Qualität des Geldes und der ihnen daraus entstehende Nachteil führten dazu, daß sie trotz seiner Transaktionsvorteile den mühsamen Transport von Ware vorzogen und den Tausch auf dem Marktplatz wie auf einem orientalischen Bazar vornahmen, der nur die Regel kennt, daß man sich dort trifft und gegen Diebstahl sicher ist.⁵⁴⁴

Nicht nur die wirtschaftstheoretischen Anregungen von Coase sondern auch die Überlegungen von North zeigen, welche wichtigen Funktionen dem gesellschaftlichen Element im Wirtschaftsleben zukommen. Im Zusammenhang dieser Arbeit sind vor allem jene Überlegungen von Bedeutung, die sich mit dem menschlichen Verhalten sowie den aus dem menschlichen Verhalten sich entwickelnden Institutionen beschäftigen. Diese ursprünglich auf die Wirtschaftswissenschaft und deren Theoriebildung bezogenen Überlegungen stellen auch eine Herausforderung für die Sozialgeschichte dar. Diese Ansätze sollen im folgenden

⁵⁴⁴ Vgl. North, Douglass C./Thomas, Robert Paul: *The Rise of the Western World*. Cambridge 1973, S. 87.

auch für eine sozialgeschichtliche Analyse des Verhaltens des rheinländischen Wirtschaftsbürgertums herangezogen werden.

Anknüpfungspunkte sind von Autoren der Institutionenökonomie schon selbst formuliert worden. In seinem Buch „Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung“ beschäftigt sich North zu Anfang mit einer Bestimmung der Ursachen menschlichen Verhaltens und behandelt damit ein grundlegendes Thema der Soziologie, die über eine Reihe von diesbezüglichen Theorien verfügt. Beiden Theorien gemein ist die Annahme einer dreifachen Beschränkung des menschlichen Verhaltens, nach der sich das handelnde Individuum in einer bestimmten Situation stets „materialiter“ verhält, sein Verhalten nach dem Erwartungshorizont seines Alters ausrichtet und schließlich von „seiner eigenen Motivationsstruktur angetrieben“ wird.⁵⁴⁵ Siegfried Lamnek bezieht sich auf Max Weber,⁵⁴⁶ wenn er ebenfalls davon spricht, daß das menschliche Handeln dreifach determiniert sei: „durch die Motivation, die Situation und die Verhaltenserwartungen potentieller Interaktionspartner.“⁵⁴⁷ Für North, der auch die Gegebenheiten der aktuellen Situation und die Erwartungen anderer Individuen mit einbezieht, hat der Aspekt der Motivation die größte Bedeutung. Er spricht zwar auch von der Entschlüsselung der Umwelt, scheint aber diesen Aspekt nicht weiter beachten zu wollen, obwohl die damit verbundene Kenntnis sozialer Verhaltensweisen, die Identifizierung sozialer Codierungen, doch durchaus von großer Bedeutung für die Verlässlichkeit und Effizienz sozialer Beziehungen sein kann. Wenn man sich auch in der sozialen Aktion auf gewisse Muster verlassen zu können glaubt, so hat doch die damit verbundene Reduzierung an Komplexität ökonomische Vorteile.

Bezüglich der Motivation als handlungsleitendem Kriterium zeigt sich der Einfluß der Überlegungen von Coase, der – wie schon angemerkt – zum Verständnis des Verhaltens im Wirtschaftsleben auf soziobiologische Forschungsergebnisse zurückgreifen wollte. Zur Klärung der Rolle der Motivation des menschlichen Verhaltens zieht North spezifizierend die

⁵⁴⁵ Vgl. Schneider, Peter K.: Grundlegung der Soziologie. Stuttgart 1968, S. 57.

⁵⁴⁶ „Handeln“ soll dabei ein menschliche Verhaltens (einerlei ob äußeres oder innerliches Tun, unterlassen oder Dulden) heißen, wenn und insofern als der oder die Handelnden mit ihm einen subjektiven Sinn verbinden.“ Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 1.

⁵⁴⁷ Lamnek, Siegfried: Theorien abweichenden Verhalten. München 1999, S. 13.

Auffassung von Jack Hirshleifer, der sich auf die Theorie Darwins stützt,⁵⁴⁸ heran: „not only the bodily forms but the behavioural characteristics and even the social mechanism of species are strategies of competition for survival in the ‘economy of nature’“.⁵⁴⁹

Für Hirshleifer finden die meisten biologischen oder gesellschaftlichen Veränderungen in evolutorischer Form statt. Dies schließt die wirtschaftlichen Interaktionen und die legalen Strukturen bzw. das Entstehen und Verändern zentraler formaler Institutionen ein. Soziobiologische Verhaltensmuster geben nicht zuletzt auch hier die Entwicklungsrichtung an. Nach Hirshleifer lassen sich die Erkenntnisse der Evolutionstheorie auf das Wirtschaftsgeschehen übertragen: „[...] die Evolution einer einzelnen Volkswirtschaft [ist] das Ergebnis sich verändernder Beziehungen zwischen Populationen von Einzelmenschen, Tauscheinheiten u.ä. Evolutionsmodelle stellen eine Verbindung von Konstanz (Vererbung) und Variation dar. Es muß ebenso ein unveränderliches wie ein veränderliches Element geben, und sogar das veränderliche Element selbst muß vererbbar sein, damit man von einem evolutorischen System sprechen kann“.⁵⁵⁰ Das Überleben im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung hängt folglich davon ab, ob Menschen oder Gruppen eine soziale Trägheit, die bewußt gelehrt und über Generationen tradiert wird, innewohnt oder nicht. Vom Standpunkt der Motivation ist der Mensch deshalb nicht durch eine unstrukturierte Aggression oder bloßen Gewinntrieb gesteuert. Vielmehr liegt seinem erfolgreichen Handeln in sozialer Konkurrenz eine Ausstattung mit Werten und Verhaltensmustern zu Grunde, die als Konstante ein soziales Grundkapital vermitteln und als Grenze gegenüber menschlichen Trieben wirken. Die Kultur einer Gesellschaft ist in dieser Lesart die Summe aller tradierten, sozial vererbten Trägheitsmomente. Eine weitere Grundlage des menschlichen Verhaltens ist für North, wie gesagt, die Erfassung oder das Entschlüsseln der Umwelt. In diesem Entschlüsselungsprozeß reduziert das Individuum sein Informationsdefizit, das schon dadurch gekennzeichnet ist, daß keinem Einzelnen die vollkommene Umweltinformation zur Verfügung steht. Deshalb kann menschliches Verhalten nur dann ausreichend erklärt werden, wenn die Akteure ihre Umwelt auch verstehen lernen. In soziobiologischer Wendung heißt das, daß menschl-

⁵⁴⁸ „In the Darwinian spirit, the papers in this section represent an ultimately biological approach to the human problem of cooperation and conflict.“ Hirshleifer, Jack: *Economic Behaviour in Adversity*. Brighton 1987, S. 2.

⁵⁴⁹ Hirshleifer, *Economic Behaviour*, S. 2.

⁵⁵⁰ Zitat nach North, *Institutionen, institutioneller Wandel*, S. 25.

ches Verhalten auf dem biologischen Motiv ruht, unter sozialen Wandlungen überleben zu wollen. Als weiteres materiales Überlebensmotiv kann demnach für das Individuum der Wille angesehen werden, sich Maß und Fähigkeit anzueignen, die Welt entschlüsseln zu können.

Diese grundsätzliche Bestimmung des menschlichen Verhaltens muß selbstverständlich auch für das menschliche Verhalten im Wirtschaftsleben gelten. Die Kombination aus Überlebens- oder Weiterlebensmotiv und der eigenen Entschlüsselungsfähigkeit ermöglicht dann ein Handeln, das sich in bestimmten, ausgewählten Konstellationen vollzieht und in die für das Individuum notwendigen Aktivitäten hineinverlagert. Die erfolgreiche Durchsetzung einer Kultur zeigt sich dann als ein gruppenbezogenes Handeln, das durch individuell internalisierte Handlungsregeln gekennzeichnet ist. Dem methodologischen Individualismus der klassischen Ökonomie ist eine solche Denkweise fremd, weil sie soziale Muster nur als statische Beschränkungen wahrnimmt, nicht als evolutorisches Motivations- und Handlungsfeld.

Nach North können Institutionen, die er als „jegliche Art Beschränkung, die Menschen zur Gestaltung menschlicher Interaktion ersinnen,“ definiert, auch als „Spielregel der Gesellschaft“ bezeichnet werden.⁵⁵¹ Folglich können alle verhaltenssteuernden Vorstellungen, die in Ideologien und Dogmen besonders ausgeprägt sind, eine wichtige Rolle im Entscheidungsverfahren des Einzelnen spielen.⁵⁵² In der Alltagswelt wird die Bandbreite von Institutionen deshalb oft gar nicht wahrgenommen. Analog zur „unsichtbaren Hand“ nach Adam Smith spricht man sogar von unsichtbaren Institutionen, die ebenfalls menschliche Entscheidungen beeinflussen. In diesen Bereich gehören z. B. Phänomene wie Geschmack und gesellschaftliches Benehmen, das innerhalb von Familie und sozialer Schicht ein sinnhaft erkanntes, erwartbares und wiederholbares Verhalten der Teilnehmer angibt. Zweifellos haben die Soziologen die Bedeutung von Institutionen schon seit langem erkannt, und kein geringerer als Emil Durkheim bezeichnete sie als ein System gegenseitiger obligatorischer Verhaltensweisen in einer Eigenstruktur.⁵⁵³

⁵⁵¹ North, Institutionen, institutioneller Wandel, S. 3f.

⁵⁵² Vgl. North, Institutionen, institutioneller Wandel, S. 27.

⁵⁵³ Vgl. Rosenbaum, Heidi: Familie als Gegenstruktur zur Gesellschaft. Stuttgart 1978, S. 37.

Alle diese Regeln reduzieren oder regulieren möglicherweise auftretende Reibungen in sozialen Interaktionen. Ausgehend vom Einzelnen können Institutionen deshalb Reibungen in Familien, Familienverbänden, Generationen, inoffiziellen Treffen und organisierten Vereinen bis hin zu parteipolitischen Interessengruppen und internationalen Kontakten regulieren. Neue Formen von sozialer Interaktion mit wirtschaftlicher Bedeutung, wie z.B. die durch das Freihandelssystem möglichen Wirtschaftsverbindungen, können dann auch bestehende Interaktionsmuster verändern und ihre Bedeutung schmälern. Um die Sozialgeschichte des Wirtschaftsbürgertums in seiner ökonomischen Bedeutung zu verstehen, sollen hier deshalb Ansätze der Neue Institutionenökonomik integriert werden, um das soziale Verhalten seiner Träger mit ihren ökonomischen Motivation erklärend miteinander zu verbinden.

Das setzt die Kenntnis über das ursprüngliche Interesse seiner Träger und ihr Verständnis bzw. ihre spezifische Einstellung gegenüber Institutionen voraus. Dafür eignen sich die grundsätzlichen Überlegungen von Coase über die Rolle von Transaktionen, die in zweierlei Hinsicht für die Analyse der Sozialgeschichte des Wirtschaftsbürgertums genutzt werden können. Erstens betrifft es die Betrachtung der wirtschaftlichen und gleichzeitig sozialen Bedeutsamkeit der menschlichen Interaktionen, die allgemein in wirtschaftlichen Tätigkeiten und speziell im Produktionsbereich maßgebend gewesen oder auch geblieben sind.

Zweitens ist der Einflußbereich des wirtschaftlichen Handelns auf die nicht originär ökonomisch definierten Bereiche der Gesellschaft zu analysieren. Ein Industrieller, der zum Beispiel für seine Unternehmung Rohmaterialien aus dem Ausland einkauft und daraus Waren produziert, nutzt dabei eine Vielzahl sozialer Interaktionen, die in seinem Fall sogar die staatlichen Grenzen überschreiten. Diesem typisierten Industriellen kann nach der Rationalitätsannahme unterstellt werden, daß er die Kosten oder Kosteneinsparungen zu bemessen wußte, die ihm soziale Interaktion und Kontakte boten, weshalb eine neue wirtschaftliche Verbindung auch die Möglichkeit schuf, neue Formen von sozialer Interaktion kennen zu lernen und in ihrem Wert zu bemessen. Dabei ist nach der Kohärenz von Institutionen, ihrem Beharrungsvermögen und den Folgeerscheinungen bei ihrer Veränderung zu fragen.

Die Forderung der Schutzzöllner nach Abschirmung gegenüber dem Ausland bzw. dem Schutz der Grenzen war somit nicht bloß ein ökonomisches Bemühen, sondern war Teil eines Bündels von Ansichten, die nicht ohne politische und gesellschaftliche Veränderungen bleiben konnten. Die Berechnung von Transaktionskosten in der frühen Phase der Industrialisierung sowie deren gesellschaftliche Wirkungen sind von Wischermann und Tilly für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte häufig behandelt worden. Wischermann unter-

suchte z. B. den Handlungsraum in einem westfälischen Unternehmen und fand heraus, daß die Unternehmer nicht bestrebt waren, eine neue liberale Fabrikordnung einzuführen, sondern es als vorteilhafter ansahen, die alte Fabrikordnung nach wie vor beizubehalten. Er meinte, die Unternehmer versuchten in diesem Gebiet seit ihrer staatlichen Anbindung an Preußen im Jahr 1815 „traditionelle Regeln und Institutionen wieder aufzurichten und zu einem Zurück zu den unternehmerischen Verhaltensmodellen des 18. Jahrhunderts zu gelangen.“⁵⁵⁴, weil Sie sich in ein älteres Verständnis von Staat und Wirtschaft stellten, „das wirtschaftliche Handlungsspielräume immer auch unter dem Postulat der sozialen Eingebundenheit unternehmerischen Handelns definierte“. Der Staat galt dabei als Garant dieser Ordnung.

Die Rolle der Institutionen in der geschichtlichen Entwicklung ist auch von Ambrosius empirisch nachgewiesen worden. Dargestellt wird dies in Anlehnung an die Arbeit von O. E. Williamson vornehmlich anhand des Übergangs vom Verlagswesen zur Fabrikproduktion im 19. Jahrhundert, bei dem nicht der technische Fortschritt, sondern der Wille zur Senkung der Transaktionskosten die gewichtigere Rolle gespielt hat.⁵⁵⁵

3.3. Ein neuer Blick auf die sozialen Beziehungen im Wirtschaftsleben

Die Berücksichtigung des Elements der Transaktion in der Wirtschaftswelt sowie des soziobiologischen Elementes des menschlichen Verhalten, gab den wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen neue Anregungen und die Berücksichtigung der Institutionen wurde für die wirtschaftsgeschichtliche Forschung bei der Untersuchung geschichtlicher Veränderungs-momente geradezu unentbehrlich. Aber für die Erforschung des Wirtschaftsbürgertums ist die folgende Erklärung der Neuen Institutionenökonomie ebenfalls sehr nützlich: „Die Neue Institutionenökonomik will gerade das Entstehen und den Wandel von Institutionen sowie

⁵⁵⁴ Wischermann, Clemens: Handlungsspielräume der frühindustriellen Unternehmerschaft zwischen Paternalismus und Liberalismus. In: Köllmann, Wolfgang/Reinighaus, Wilfred/Teppe, Karl (Hg.): Bürgerlichkeit zwischen gewerblicher und industrieller Wirtschaft. Dortmund 1994, S. 93.

⁵⁵⁵ Ambrosius, Staat und Wirtschaftsordnung, S. 187ff.

deren Wirkung auf das menschliche Verhalten erklären.“⁵⁵⁶ Der Ansatz der Neuen Institutionenökonomie bietet damit die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Aktivitäten gemeinsam mit den sozialen und kulturellen Handlungen zu sehen. Diese Sichtweise ist besonders im Hinblick auf die informelle Institution des Wirtschaftsbürgertums hilfreich. Wie weitreichend das Explikationspotential dieses neuen Ansatzes ist, läßt sich daran erkennen, daß mit ihm ein neues Menschenbild verknüpft ist, welches die historischen Aspekte wirtschaftlichen Handelns stärker betont.⁵⁵⁷ Die Wirtschaften, die sich dem Menschenbild der Neuen Institutionenökonomik verpflichtet fühlten, versuchten in der Industrialisierung – einer Phase, in der die technische und produktionsorientierte Differenzierung des Arbeitsprozesses immer stärker wurde – die sozialen Beziehungen zu halten und zu pflegen.

Im intensivierten wirtschaftlichen Austausch erlangte die Konstanz einer sozialen Beziehung für die wirtschaftliche Realität schon einen quantitativ höheren Wert und wurde als Teil der Kultur aufstrebender Bevölkerungsschichten zum schließlich dominierenden Sozialverhalten.

Vor allem durch den Ansatz der Neue Institutionenökonomik wird ein Mittel an die Hand gegeben, dieses Verhaltensmerkmal der kapitalistischen Zeit neu zu bewerten. Das heißt, aufgrund dieses Ansatz ist das Verhalten als Versuch des Sparens der Transaktionskosten im allgemeinen Sinne zu verstehen. Diese allgemeine Annahme zu den Transaktionskosten soll im Folgenden anhand geschichtlicher Beispiele konkretisiert werden.

⁵⁵⁶ Ambrosius, Staat und Wirtschaftsordnung, S. 42.

⁵⁵⁷ „In der Neoklassik ist der Mensch als homo oeconomicus – im Gegensatz zum homo sociologicus – ein ausschließlich zweckrationales Individuum, das seinen Nutzen maximiert. Er verfügt jederzeit kostenlos über sämtliche Informationen, die er für die Bewertung und Auswahl der Güter braucht. Er ist letztlich allwissend. In der NIÖ ist er dagegen aufgrund der Unsicherheit über zukünftige Ereignisse, aufgrund fehlender Informationen und mangelhafter Fähigkeit, diese zu verarbeiten, nur bedingt in der Lage, rational zu handeln. Wie der Mensch seine Möglichkeiten nutzt, hängt im Übrigen nicht nur von den ihm zur Verfügung stehenden Informationen ab, sondern auch davon, wie er sie interpretiert und seine Umwelt wahrnimmt. Langfristig wird diese Umwelt wiederum von seinem Verhalten beeinflusst“. Ambrosius, Staat und Wirtschaftsordnung, S 42.

4. Soziale Beziehungen im Wirtschaftsleben

Vor dem Hintergrund des bürgerlichen Verhaltenskodex ist die Tätigkeit der deutschen Industriellen in Hinblick auf ihre sozialen Beziehungen sehr augenfällig.⁵⁵⁸

Die Forderung nach einem Schutzzolltarif, bei dem der Staat als Gesetzgeber eine wichtige Rolle spielte, ist hierfür ein Beispiel. Für die deutschen Produzenten stellte die durch den wirtschaftlichen Einfluß Englands bedrohte Binnenwirtschaft ein kostbares Gut dar. Die Intervention des Staates kann als Regulierung einer sozialen Beziehung in größeren Dimensionen angesehen werden. Daneben bemühten sich die industriellen Unternehmer, die Transaktionskosten durch persönliche und private Maßnahmen zu kontrollieren. Statt durch öffentliche politische Körperschaften wie Parteien versuchten die deutschen Industriellen durch inoffizielle Interessenverbände ihre Gedanken zum Ausdruck zu bringen; und anstatt offizielle Verfahren einzuhalten, versuchten sie, sich direkt an den König oder die Nationalversammlungen in Frankfurt mit Petitionen zu richten. Das kann eine Folge davon sein, daß sie noch kaum politische Aktivitäten entfaltet hatten. Aber wie man ihren Erklärungen über ihre Tätigkeit in den Interessenverbänden, die neben dem halbpolitischen Institut der Handelskammer bestanden, entnehmen kann, lag der Zweck der Petitionen auch darin, in noch direkteren und persönlichen Kontakt mit den Ansprechpartnern zu treten.

Zu dieser Zeit gehörten zum Beispiel Entscheidungen, die den Bau einer Bahnstrecke betrafen, zu den hoch interessanten Themen für die Industriellen. In den Einzugsbereich der Bahnstrecke zu kommen, bedeutete weniger Transportkosten und weniger Transaktionskosten. Sie erleichterte die Zufuhr von Rohstoffen und ebnete die Verkaufswege zu Kunden usw. Ein weiteres Beispiel sind Bemühungen, Bestellungen für Bauarbeiten zu übernehmen. Auch hier bemühten sich die Industriellen um persönliche Kontakte. Diese persönlichen Handlungen ersetzten Kosten, die sich aus dem Schließen von Verträgen zu nicht bekannten

⁵⁵⁸ Diese Gedanken unterscheiden sich von der marxistischen Interpretation, wonach der Oberbau sich grundsätzlich in Abhängigkeit von der Basis entwickelt. Dabei kommt der Basis die entscheidende Macht zu, d.h. die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt auch die politischen und gesellschaftlichen Bereiche. In den USA gab es Wirtschaftshistoriker, die ähnlich wie die Neue Institutionenökonomik, ihr Augenmerk auf die menschlichen Verhältnisse im Wirtschaftsprozeß richteten. Dabei entdeckten diese Wissenschaftler, daß während der Industrialisierung nicht nur die technischen und maschinellen Veränderungen für die Warenherstellung eine bedeutende Rolle spielten, sondern sie betonten ebenfalls, daß die menschliche Organisation in der Fabrikation noch eindeutiger Wandlungen durchgemacht hat.

potentiellen Vertragspartnern ergeben hätten. Hierfür ist der Unternehmer Haniel, der sich besonders für den Bau der Eisenbahn interessierte, ein repräsentatives Beispiel. Im Zusammenhang mit dem Bau der Eisenbahnlinie besuchte er in den Jahren 1842-1845 den Rheinischen Oberpräsidenten von Schaper, um durch ihn Kontakt mit dem König aufzunehmen und so Einfluß auf den Bau der Bahnlinie zu gewinnen.⁵⁵⁹ Im Jahr 1842 ging Haniel zur Kur nach Wiesbaden. Dort traf er Carl Boninger aus Duisburg, Bürgermeister Pfeiffer aus Essen und einen Herrn Baum aus Düsseldorf. Er bat sie, sich anlässlich einer Vorsprache beim König für ihn zu verwenden, um den Bau einer Bahnlinie in seinem Sinne voranzutreiben.⁵⁶⁰ Als danach die Deputierten des Rheinlandes, darunter auch Haniel, eine Einladung des Königs erhielten, redete Haniel mit ihm über die Wichtigkeit der Frachtgeschäfte für den Transport der Steinkohle.⁵⁶¹ Neben diesem Beispiel kann man in der Autobiographie Haniels viele weitere Sozialbeziehungen mit Politikern und auch mit anderen Unternehmern finden. Mit dem westfälischen Oberpräsidenten von Vincke (1774-1844) war er sogar eng befreundet.⁵⁶² Diese Beziehungen hatten also auch eine praktische Komponente. Als Haniel im Jahr 1825 England besuchte, bat er Watt, den er im Rheinland schon ein Jahr zuvor kennengelernt hatte, sein Atelier und seine Anlagen besichtigen zu dürfen. Zwar ist dieser Besuch nicht zustande gekommen, aber bei späteren Versuchen gelang es ihm trotz der bestehenden gesetzlichen Verbote, von englischen Industriellen Informationen zu bekommen.⁵⁶³ Als Grund dafür sollen frühere Beziehungen ausschlaggebend gewesen sein.⁵⁶⁴

Diese persönlichen Kontakte sind aber nicht nur zu politisch renommierten Personen aufgenommen worden, die in der Wirtschaftspolitik übergeordnete Entscheidungsträger waren, sondern auch zu Berufsgenossen und dies in weit umfangreicherem Maße. Unter Geschäftsmännern wurden diese Kontakte durch die Heranbildung des eigenen Nachwuchses über Generationen gepflegt. Haniel war dafür selbst ein Beispiel. Er arbeitete zunächst in einem Unternehmen in Mainz als Lehrling.⁵⁶⁵ Quirin Croon⁵⁶⁶ verbrachte bei dem Viersener

⁵⁵⁹ Vgl. Spethmann, Hans: Franz Haniel. Duisburg-Ruhrort 1956, S. 249.

⁵⁶⁰ Vgl. Herzog, Bodo/ Mattheier, Klaus J. (Hg.): Autobiographie von Franz Haniel. Bonn 1979, S. 87.

⁵⁶¹ Vgl. Herzog/ Mattheier, Franz Haniel, S. 88.

⁵⁶² Vgl. Herzog/ Mattheier, Franz Haniel, S. 68.

⁵⁶³ Tatsächlich ist diese Verbotsmaßnahme bei der Ausfuhr von Waren aus England nach Außen sehr streng gewesen. Vgl. Herzog/ Mattheier, Franz Haniel, S. 73.

⁵⁶⁴ Vgl. Herzog/ Mattheier, Franz Haniel, S. 72.

⁵⁶⁵ Vgl. Herzog/ Mattheier, Franz Haniel, S. 35.

Seidenfabrikant Preyer und bei Boelling seine Lehrlingszeit.⁵⁶⁷ Diese Tradition rührte einerseits aus dem Zunftwesen her und entsprach andererseits dem institutionellen Verständnis des Bürgertums selbst. Diese Methode zählte somit zu den grundlegenden Vorstellungen des deutschen Wirtschaftsbürgertums im Bereich der Ausbildung: Sie sollte bei befreundeten Fabrikanten gemacht werden.

Die persönlichen Beziehungen hatten sehr häufig unmittelbare Wirkungen und konnten zum Beispiel Verträge, Bestellungen und auch günstige politische Verhandlungen usw. nach sich ziehen. Für solche Kontakte konnten in dieser Zeit immer noch hoch geschätzte Symbole hilfreich sein, zum Beispiel Adelstitel oder der Titel eines Kommerzienrats. Diese Titel hatten dann zwar einen praktischen Verwendungszweck, besaßen aber einen begrenzten Wirkungsraum, da die adligen Werte nicht mit dem zeitgenössischen Wertesystem der Industriellen übereinstimmten. Sie trugen aber doch dazu bei, in engen Kontakt mit politisch entscheidenden Personen zu treten. Trotz der negativen Ansichten über den Adel nutzte Haniel den Adelstitel in seiner praktischen Umgangswelt, weil er dadurch leichter die soziale Distanz überbrücken und persönlich den König besuchen konnte. Das heißt, es wurde ein Netzwerk an Einflüssen geknüpft, wodurch ökonomische Ausgaben eingespart werden konnten. Durch dieses Netzwerk wurde somit auch ökonomisches Kapital geschaffen.

Das kann als eine Strategie gewertet werden, die auf zukünftigen ökonomischen Gewinn ausgerichtet war. Für die Industriellen oder kapitalistischen Unternehmer stellte dies eine Art von Kapital dar. Bemühungen und Verhandlungen mit dem Ziel, Transaktionskosten zu sparen sowie die wirtschaftliche Aktivität für die Akkumulation von Kapital waren zu einem großen Teil soziale Handlungen, die das Wirtschaften und die Lebenskultur betrafen. Sie sagen auch etwas über die Knappheit der finanziell abrufbaren Mittel bzw. deren außerordentlich sparsame Verwendung und konzentrierte Kanalisierung aus. Aus der Sicht von Institutionen handelte es sich dabei um zahlreiche formlose Verhaltensregeln.

In diesem Zusammenhang wird eine Lebenskultur verständlich, in der man darum bemüht war, formlose Verhaltensregeln einzuhalten, die als Bestandteil wirtschaftlicher Überlegungen und Gedanken zu bewerten sind.

⁵⁶⁶ Quirin Croon (1788-1854): Ein Fabrikant für die Baumwoll- und Seidenwaren, Handelskammermitglieder.

⁵⁶⁷ Vgl. Wilden, Josef: Gründer und Gestalter. Düsseldorf 1951, S. 44.

5. Die bürgerliche Familie und ihre Bedeutung für die sozialen Beziehungen

5.1. Soziale Beziehung – Kultur – Familie

Zahlreiche formlose Verhaltensregeln prägen die Gesellschaft als kulturelle Erscheinung, wie zum Beispiel Sitte, Gebrauch und Lebensstil usw. Das heißt, wenn in einer Gesellschaft eine bestimmte Verhaltensregeln typischerweise eingehalten wird, dann kommt in dieser Verhaltensregel ein typisch kultureller Charakter zum Ausdruck. Deshalb ist es bei einer Gesellschaft, die mit einer bestimmten kulturellen Erscheinung charakterisiert werden kann, möglich, diese Gesellschaft mit einer bestimmten kulturellen Haltung in Zusammenhang zu bringen. Eine Darstellung dieses Zusammenhanges sowie die Erklärung des Sinns bestimmter Handlungen sind nötig, um die auf den sozialen Beziehungen aufbauende und auf deren Beibehaltung orientierte Lebenskultur des Wirtschaftsbürgertums zu explizieren. Dieser Zusammenhang findet beispielhaft in der Lebenskultur der Familie seine Bestätigung. Es soll an dieser Stelle nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß es in dem folgenden Abschnitt immer um das Wechselverhältnis von kulturellen Mustern und Wirtschaft geht, nicht allein um die Erforschung der bürgerlichen Familienkultur.

Obwohl in dieser Arbeit die soziale Beziehung gemäß des Ansatzes der Neuen Institutionenökonomik in ihrer sozial-kulturellen Bedeutung interpretiert wird, die gleichzeitig die wirtschaftliche Gewinnorientierung beinhaltet, besteht eine gewisse Schwierigkeit darin, in dem Leben des Wirtschaftsbürgertums dessen Berücksichtigung festzustellen. Bereits bei den formgebundenen Institutionen stößt die Bestimmung ihrer Bedeutung hinsichtlich der Senkung der Transaktionskosten wegen der „kaum zu bewältigenden statistischen“ und enormen methodischen Probleme auf Schwierigkeiten.⁵⁶⁸ Um so schwieriger ist dies bei den formlosen Institutionen, die das menschliche Verhalten bestimmen. Deshalb ist hier die methodische Vorentscheidung getroffen worden, dies durch die kulturelle Charakteristik zu versuchen. Im folgenden soll die Familienkultur exemplarisch als Bestandteil dieser Charakteristik untersucht werden.

⁵⁶⁸ Ambrosius, Staat und Wirtschaftsordnung, S. 186.

5.2. Die bürgerliche Familie als Mittelpunkt der Kultur

In der Bürgertumsforschung wird dem kulturellen und privaten Leben des Bürgertums besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Familie hatte in der Wertehierarchie des Bürgertums in der Mitte des 19. Jahrhunderts einen zentralen Stellenwert.⁵⁶⁹ Für Kocka stellt dieses Familienideal ein wichtiges Element der bürgerlichen Kultur und Lebensführung dar.⁵⁷⁰ Evans beschreibt die Familie als eine Zentrale des bürgerlichen Kulturlebens und Wertesystems im 19. Jahrhundert, weil sich viele kulturelle Tätigkeiten des Bürgertums rund um die Familie abspielten. Die bürgerliche Familie kann gleichsam als Ausdrucksform der bürgerlichen Kultur bezeichnet werden. Die Vorstellung der bürgerlichen Familie war aber, so Reulecke, nicht auf den bürgerlichen Rahmen beschränkt. Als Ideal oder Projekt, als erstrebenswertes Ziel beeinflusste dieses Leitbild schichten- und klassenübergreifend immer mehr Zeitgenossen.⁵⁷¹

Die Entwicklung hin zur bürgerlichen Familie war zudem eng mit den sozialen und wirtschaftlichen Prozessen des 19. Jahrhunderts verbunden. Die Trennung von Arbeitsplatz und Haushalt und das Erreichen eines bestimmten materiellen Einkommensniveaus können als Voraussetzungen für die Entstehung der bürgerlichen Familie bezeichnet werden. Mit diesen Veränderungen der traditionellen Lebenswelt wurde die Grundlage für den modernen bürgerlichen Familienbegriff geschaffen, der noch heute mit einer spezifischen Gefühlsbetontheit verbunden wird.⁵⁷²

Diese Entwicklung beeinflusste nachdrücklich die gesellschaftliche Bewertung der Familie, die im 19. Jahrhundert als „die Grundlage des Staates“ angesehen wurde:⁵⁷³ „Sie bleibt die Grundlage alles edlen menschlichen und bürgerlichen Lebens, alles menschlichen und bürgerlichen Glücks“ (Carl von Rotteck 1837).⁵⁷⁴ Zahlreiche Begriffe, in denen die soziale

⁵⁶⁹ Vgl. Segalen, Martin: Die Industrielle Revolution: Vom Proletarier zum Bürger. In: Burguière, Andre u.a. (Hg.): Geschichte der Familie. Bd. 4. Frankfurt a. M. 1998, S. 32.

⁵⁷⁰ Vgl. Kocka, Bürgertum im 19. Jahrhundert. Bd. 1, S. 27.

⁵⁷¹ Reulecke, Jürgen: Die Mobilisierung der „Kräfte und Kapitale“: der Wandel der Lebensverhältnisse im Gefolge von Industrialisierung und Verstädterung. In: Ders. (Hg.): Geschichte des Wohnens. Bd. 3. Stuttgart 1997, S. 20.

⁵⁷² Vgl. Rosenbaum, Familie als Gegenstruktur, S. 147.

⁵⁷³ Brockhaus, 1834. Zitat nach Schwab, Dieter: Familie. In: Brunner/ Conze/ Kosellseck. Geschichtliche Grundbegriffe. Bd. 2. Stuttgart 1975, S. 289.

⁵⁷⁴ Vgl. Schwab, Familie, S. 289.

Bedeutung der Familie zum Ausdruck kommt, wurden in dieser Zeit geprägt: Familienleben, Familienliebe, Familienheiligtum, Familienglückseligkeit, Familiensittlichkeit, Familienordnung, Familienerziehung, Familienwesen, Familienverfassung und – als Pendant zum Volksgeist – Familiengeist.⁵⁷⁵ Auch die zeitgenössische Wissenschaft betrachtete die Familie als die Grundlage des sozialen Zusammenlebens und als wertvolle gesellschaftliche Institution.

Obwohl der Wert der Familie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in anderen sozialen Gruppen allgemein akzeptiert wurde, prägte er als neue Form von Lebenskultur vor allem die bürgerliche Familie. Zwei für die bürgerliche Familie typische Merkmale sind mit den Begriffen Intimität und Sentimentalisierung (bzw. Emotionalisierung) bezeichnet worden.⁵⁷⁶ Definiert wurde die Familie durch eine über die Eheschließung von Mann und Frau verbundene Zweierbeziehung und die in dieser Beziehung geborenen, aber noch nicht selbständigen Kinder oder – nach einer soziologischen Definition – „die (im allgemeinen) biologische, wirtschaftliche und geistig-seelische Lebensgemeinschaft der Eheleute und ihrer Kinder“.⁵⁷⁷ Bis heute hat sich diese Beziehungsform als Merkmal der bürgerlichen Familie erhalten.

Diese Form ist die nicht mehr teilbare kleinste Struktur. Zunächst sollen die typischen Merkmale der Familie anhand der Eheschließung dargestellt werden. Die bürgerliche Familie rückte bei diesem Akt das Gefühl in den Mittelpunkt. Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde in einer Zeitschrift zugestanden, daß bei der Eheschließung zwar auch materielle Erwägungen eine Rolle spielten, daß aber das „Gefühl“ wichtiger sei.⁵⁷⁸ Rosenbaum nennt dieses Gefühl „vernünftige Liebe“. In den Verlautbarungen des 19. Jahrhunderts zum Thema Ehe wurde außerdem eine geistige Gemeinschaft der Eheleute gefordert, und in der Romantik wurde nicht nur die Zuneigung als Fundament der Ehe betont, sondern ebenso die individuelle geschlechtliche Liebe.⁵⁷⁹

⁵⁷⁵ Vgl. Schwab, Familie, S. 288.

⁵⁷⁶ Emotionalisierung oder Intimität sind nicht auf den bürgerlichen Charakter beschränkt, sondern, nach Ariès, auch bei Aristokratie, reichen Handwerkern und reichen Bauern festzustellen. Vgl. Ariès, Philippe: Geschichte der Kindheit. München/Wien 1975, S. 555.

⁵⁷⁷ Zitat nach Robert Hettlage: Familienreport. München 1998, S. 20.

⁵⁷⁸ Vgl. Rosenbaum, Heidi: Formen der Familie. Frankfurt a. M. 1982, S. 264f.

⁵⁷⁹ Vgl. Rosenbaum, Formen der Familie, S. 266f.

Noch deutlicher als am Beispiel der Eheschließung lassen sich die Merkmale der bürgerlichen Familie am Verhältnis zwischen Eltern und Kindern demonstrieren. Hettlage betont, daß der Kern der Familie zwar die Ehe sei, die Kinder und deren Erziehung aber wesentlich zu diesem Beziehungsgefüge dazu gehörten.⁵⁸⁰ Die zeitgenössische Literatur thematisiert die Problematik der Kindererziehung, wobei auch in diesem Feld die Bedeutung des „Gefühls“ betont wurde. Grausame Prügelstrafen und andere drakonische Strafmaßnahmen wurden als Hauptmittel der Kindererziehung abgelehnt und das emotionale Band zwischen Eltern und Kindern hervorgehoben.⁵⁸¹ Im Verhältnis der Eltern zu den Kindern erlangten Emotionen immer größere Bedeutung. Ariès betont in seinen Forschungen über die Geschichte der Kindheit vom Mittelalter bis zur Gegenwart die Emotionalisierung der Vorstellungen der Eltern von ihren Kindern. Die Sorge der Eltern über die Gesundheit der Kinder verstärkte sich, und das Interesse an der Erziehung der Kinder nahm zu. Nach Ariès verlor der traditionelle Gedanke an die sozialökonomische Kapitalakkumulierung im Eltern-Kind-Verhältnis zunehmend an Bedeutung.

Aber nicht nur das binnenfamiliäre Verhältnis der Eltern zu den Kindern änderte sich, sondern auch das Verhältnis der Familie zu ihrer Umwelt. Ariès hat das an den Beispielen der Einteilung des Hauses, der Reform der Sitten, der Absonderung der Familie von der Dienerschaft oder von Geschäftspartnern etc. geschildert.⁵⁸² Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts verlagerten sich zudem die Hochzeitsfeiern aus der Gemeinde in die Kirche, was darauf schließen läßt, daß die Familie von der öffentlichen und gesellschaftlichen Zone getrennt werden sollte.⁵⁸³

Heidi Rosenbaum unterscheidet bei den theoretischen Arbeiten in der Familiensoziologie nach 1945 zwei Positionen. Die eine begreift die Familie als eine Institution, die andere beschreibt die Familie als Gruppe bzw. System.⁵⁸⁴ In diesem Zusammenhang ist besonders die Richtung von Interesse, die die Familie als Institution ansieht, wobei vor allem die Ansätze von Gehlen und Malinowski berücksichtigt werden müssen. Gehlen und Malinowski

⁵⁸⁰ Vgl. Hettlage, Familienreport, S. 20.

⁵⁸¹ Vgl. Rosenbaum, Formen der Familie, S. 267f.

⁵⁸² Vgl. Ariès, Philippe: Geschichte der Kindheit. München/Wien 1975, S. 550.

⁵⁸³ Vgl. Dülmen, Richard van: Kultur und Alltag in der Frühen Neuzeit. Bd. 1. München 1990, S. 140.

⁵⁸⁴ Vgl. Rosenbaum, Familie als Gegenstruktur, S. 3ff.

bestimmen Institutionen als Maßnahmen zur Stabilisierung der Umwelt. Institutionen sind ambivalent, da sie zwar auf menschliches Handeln zurückgehen, aber eine Eigendynamik entwickeln, das heißt: „die Institutionen, obschon von Menschen ursprünglich, wenn auch nicht zweckhaft geschaffen, verselbständigen sich, emanzipieren sich von ihrem Schöpfer, indem sie eine Eigenstruktur und Eigengesetzlichkeit entwickeln“.⁵⁸⁵

Legt man diese Ansichten zugrunde, kann man die Familie als eine Schutzmaßnahme gegen die Instabilität verstehen. In dieser Funktion ist die Familie als eine Art „Gegenwelt“ zur Gesellschaft angesehen worden, woraus sich auch die Dichotomie von Gemeinschaft und Gesellschaft ableitet. Von der Frankfurter Schule wurde die These vertreten, daß die bürgerliche Familie als irrationale Ruhestelle einen Gegenpol gegen die zunehmende Vergesellschaftung gewesen sei. Diese Einstellung wirkt auch in der Geschichtsschreibung über das Thema Familie fort. So wird der Familie besonders in der Zeit der Industrialisierung, die das Verhältnis von Familie und Gesellschaft tiefgreifend veränderte. In der Forschung über die Auswirkungen der Industrialisierung auf die Familie sind in letzter Zeit neue Ansätze entwickelt worden.⁵⁸⁶ Es wird nicht mehr nur einseitig die negative Auswirkung der Industrialisierung auf die Familie herausgearbeitet, sondern die Wechselwirkung zwischen diesen beiden dargestellt und die zumindest in Teilen aktive Teilnahme der Familie an der Industrialisierung stärker akzentuiert.⁵⁸⁷

Aber nicht nur im Zusammenhang mit der Industrialisierung, sondern auch im Hinblick auf die allgemeine Geschichtsschreibung über das bürgerliche Familienleben ist die These von der Familie als Gegenpol zur Gesellschaft in dieser Ausschließlichkeit nicht mehr zu halten. Rebekka Habermas hat dies in ihrer Untersuchung deutlich gemacht. Zwar geht sie auch auf

⁵⁸⁵ Rosenbaum, Familie als Gegenstruktur, S. 23.

⁵⁸⁶ Es wird betont, daß die Familie im Prozeß der Industrialisierung „nicht immer nur eine passive Instanz ist, sondern im Gegenteil aktiv auf die industrielle Dynamik reagiert“. Vgl. Burguière, Andre u.a. (Hg.): Geschichte der Familie. Bd. 4. Frankfurt a. M. u.a. 1998, S. 13.

⁵⁸⁷ Tamara Hareven kam nach ihren Forschungen über die Beziehungen zwischen Familie und Industrialisierung zu dem Ergebnis, „daß die Familie nicht (wegen des Industrialisierungsprozesses) zusammenbrach, sondern im Zusammenspiel mit dem Industrialisierungsprozeß agierte und dabei ihre eigenen Strategien und ihr eigenes *Timing* verfolgte,...“ Hareven, Tamara K.: Familiengeschichte, Lebenslauf und sozialer Wandel. Frankfurt a.M. /New York 1999, S. 18.

die Emotionalisierung und Innigkeit als Merkmale der bürgerlichen Familie ein;⁵⁸⁸ als Ergebnis ihrer Analysen stellt sie jedoch fest, „daß die die bürgerliche Kultur und Lebensführung bestimmenden Prozesse dynamischer, widersprüchlicher und vielschichtiger waren.“⁵⁸⁹ Die bürgerliche Kultur kann demnach nicht allein durch Emotionalisierung, Sentimentalisierung oder Innigkeit erklärt werden. Habermas kritisiert an der bisherigen Forschung, daß das Leitbild von der Familie, wie es das zeitgenössische Bürgertum idealisiert habe, von den Forschern als Realität angesehen wurde.⁵⁹⁰ Nach Habermas waren die bürgerlichen Familienmerkmale durchaus praktischer und dynamischer Natur.

Es geht hier nicht darum, der bürgerlichen Familie des 19. Jahrhunderts die Merkmale Emotionalisierung und Intimität abzuspüren. Aber es gilt zu beachten, daß diese Merkmale, die tatsächlich einen Teil der familiären Kultur ausmachten, im Laufe der Zeit instrumentalisiert worden sind. Im folgenden soll untersucht werden, ob diese Merkmale mit dem bürgerlichen Lebenszweck in Übereinstimmung zu bringen sind, ob also die Anpassung der bürgerlichen Familie an die Industrialisierung auch mit diesen Merkmalen erklärt werden kann. Am Beispiel des privaten Lebens der Industrieunternehmer soll dieser Zusammenhang analysiert werden.

Bevor im Folgenden die familiären kulturellen Merkmale der Industrieunternehmer betrachtet werden, soll kurz auf den hier benutzten Kulturbegriff eingegangen werden. Es geht dabei nicht um eine feststehende Definition des Begriffes, denn als einer der wichtigsten Begriffe⁵⁹¹ seit dem 19. Jahrhundert für Historiker, Soziologen und Ethnologen ist er stets in unterschiedlicher Weise benutzt worden. Selbst in einem begrenzten Wissenschaftsbereich wie der Geschichte oder Kulturwissenschaft gibt es keine einheitliche Definition des Kulturbegriffes.⁵⁹²

⁵⁸⁸ In Bezug auf die Emotionalität bemerkt sie, daß dieses Merkmal seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert existiere, da ab dieser Zeit in der Familie Gefühle wichtiger waren als materielle Interessen. Vgl. Habermas, *Frauen und Männer*, S. 259.

⁵⁸⁹ Habermas, *Frauen und Männer*, S. 400.

⁵⁹⁰ Diesen Unterschied zwischen Ideal und Realität bemerkte schon Rosenbaum in ihren Forschungen zur Familie. Vgl. Rosenbaum, *Formen der Familie*, S. 263ff.

⁵⁹¹ Vgl. Daniel, Ute: „Kultur“ und „Gesellschaft“. In: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 69.

⁵⁹² Vgl. Daniel, Ute: *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter*. Frankfurt a. M. 2001. Entweder weil die Definition der Kultur (oder Kulturgeschichte) mit den Ansprüchen der wis-

Indes soll deutlich herausgestellt werden, daß in dieser Arbeit die Kultur als „Funktion“ des menschlichen Lebens verstanden wird. Dieser Vorstellung stammt von dem Anthropologen Malinowski. Malinowski hat die Kultur – aufbauend auf der Evolutionstheorie Darwins – als den Zusammenhang von primären und daraus abgeleiteten sekundären Bedürfnissen betrachtet.

Malinowski zufolge gehorcht der Mensch zunächst dem biologischen Naturtrieb, sich selbst und seine Art zu erhalten. Erst wenn diese natürlichen Bedürfnisse befriedigt sind, entwickeln sich aus diesen abgeleitete, weitere Bedürfnisse, die einer höheren kulturellen Dimension zuzurechnen sind.⁵⁹³ Zum Zweck der Befriedigung ihrer verschiedenen Bedürfnisse organisieren sich die Angehörigen einer Kultur nach einem bestimmten Schema, d.h. sie bilden Institutionen aus. Somit ist jede Form der Kultur, in ihren ursprünglichen wie in den daraus abgeleiteten Verhaltensweisen, ein Resultat der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse.

Wenn dieses Verhalten in einer Gesellschaft für eine bestimmte Zeit dessen Fortbestehen und Stabilität sicherstellt, dann kann es als eine kulturelle Erscheinung bezeichnet werden. Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem Fortbestehen und den daraus abgeleiteten kulturellen Verhaltensweisen.⁵⁹⁴ In diesem Zusammenhang wird deutlich, daß in dieser Arbeit nicht die Familie als Form einer eigenständigen Kultur gedacht wird, sondern die bürgerlich familiären Merkmale konkret als eine Kultur zu denken sind, die von dem Wirtschaftsbürgertum konzipiert worden ist. Das heißt, Emotion und Intimität, die von anderen Forscher der Familiengeschichte als übereinstimmende Merkmale festgestellt wurden, beinhalten Funktionen, die sich hinsichtlich allgemeiner lebensweltlicher Strategien als zweckrational erweisen.

senschaftliche Arbeiten eng zu tun hat, oder der definatorische Zugang einfach „die unendliche Mühe intellektueller Aufräumarbeit“ benötigt. S. 8-9

⁵⁹³ Vgl. Malinowski, Bronislaw: Kultur und Freiheit. Wien/ Stuttgart 1951, S. 22ff. Oder Malinowski B.: Die Funktionaltheorie. In: Ders. Eine wissenschaftliche Theorie der Kultur und andere Aufsätze. Zürich 1949, S. 404.

⁵⁹⁴ Dafür ist die folgende Bestimmung von „Kultur“ wichtig: „Culture implies stability; Culture emphasizes conceptual sharing; Culture implies patterning; Culture implies dynamics; Culture implies all aspects of groupe life“. Schein, Edgar H.: What is Culture? In: Frost, Peter J. u.a. (Hg.): Reframing Organizational Culture. Newbery Park/London 1991, S. 245-246.

5.3. Bürgerliche Familie und Geschäft

5.3.1. Familiengeschäft

Die moderne bürgerliche Familienform geht normalerweise mit der Trennung von Haushalt und Arbeitsstätte einher. Erst diese räumliche Trennung begünstigte die Entstehung einer besonderen Familienatmosphäre, die noch heute das Bild von der Familie bestimmt. Die Trennung dieser beiden Bereiche vollzog sich zuerst in der Arbeiterschaft und beim Bürgertum. Beim Bürgertum fiel diese räumliche Trennung mit materiellen Verbesserungen zusammen, wodurch die Familienmitglieder in die Lage versetzt wurden, sich mehr um einander zu kümmern. Dieses Bild ist bisher als allgemein gültiges Bild der bürgerlichen Familien verstanden worden. Aber bei den Industrieunternehmern des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins ist diese Trennung nicht so eindeutig festzumachen; die beiden Bereiche sind nicht nur im räumlichen, sondern auch im emotionalen Sinn sehr eng miteinander verknüpft.

Dies läßt sich bereits anhand mancher Geschäftsnamen feststellen, die das Unternehmen als Familienbetrieb ausweisen. Beispiele sind die am 30. April 1846 gegründete Firma „Hoesch und Söhne“, die im April 1858 gegründete Firma „Gebrüder Hoesch“, „Reinhard und Arnold Mannesmann“, „Gebrüder Boeddinghaus“, „Gebrüder Croon“ und viele andere mehr. Zunkel zufolge wurden diese Familienbetriebe durch die Lehren des Calvinismus und Mennonitentums geprägt und waren deshalb in ihrer Wahrnehmung geschäftlicher Vorteile gehemmt.⁵⁹⁵ Zunkel verbindet die traditionellen Betriebsformen mit dem Streben nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit.

Unter dem Motto Unabhängigkeit und Selbständigkeit wollte die bürgerliche Familie sich gegen die gesellschaftlichen Einflüsse abschotten. Die vielen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Reformen belegen dieses Streben. Unabhängigkeit und Selbständigkeit waren gleichsam die Kernprinzipien des bürgerlichen Lebens: keine Berührung mit der äußeren Welt, gleichgültig ob staatlicher, dienstlicher oder selbständiger wirtschaftlicher Erfolg vorliegt. Deutlich wird der Unterschied zwischen diesen Prinzipien des praktischen Wirtschaftslebens im Vergleich zu den herkömmlichen Wirtschaftsvorstellungen, nach denen der Staat bzw. die Fürsten eine interventionistische Wirtschaftspolitik betrieben. Es

⁵⁹⁵ Vgl. Zunkel, Unternehmer, S. 43.

stellt sich dabei die Frage, ob diese bürgerlichen Prinzipien tatsächlich allein den Erfolg der deutschen Industrialisierung in der Praxis bewirkt haben. Aber in der Realität gab es nicht viele Möglichkeiten, ein Leben in Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu leben. Wie sich in der Entwicklung des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins oder in der Kontroverse über den Zolltarif im Rheinland gezeigt hat, wurden den Industriellen auch andere Lebensmodelle vom Alltag aufgezwungen. Während des Aufbaus des modernen Wirtschaftssystems nahmen die deutschen Industriellen neben der mit der Hoffnung auf Fortschritt zusammenhängenden Wirtschaftsmotivation die Furcht vor der Wirtschaftskraft des Auslandes wahr, und gleichzeitig beharrten sie doch auf dem Streben nach einem wirtschaftlich entwickelten Land. Auf dem deutschen Wirtschaftsmarkt ging die Industrialisierung mit bitteren Nebenwirkungen – wie Arbeitslosigkeit und gesellschaftlichen Unruhen – einher. Die Forderung nach Schutz vor den Einwirkungen des Auslands fiel zusammen mit der Hoffnung auf das möglichst schnelle Erreichen des Status eines konkurrenzfähigen Industrielandes. In der allgemeinen Krise, die auch von gesellschaftlichen Unruhen begleitet war, schien es nötig, dem Staat weitreichendere Aufgaben zuzugestehen. Aber für die Regulierung der gesellschaftlichen Beziehungen wurde noch eine vermittelnde Institution gebraucht; diese Aufgabe wurde von der Familie übernommen.

Bei dem bergischen Gießereibesitzer Hasenclever⁵⁹⁶ bedingten sich geschäftliche und familiäre Entwicklungen gegenseitig. Wie Jung formulierte, erschienen Hasenclever „familiäre Eintracht und gemeinsames Handeln [...] als Garantien für ökonomischen Erfolg und privates Glück.“⁵⁹⁷ Gleichzeitig sollte durch den betrieblichen Erfolg eine gesunde wirtschaftliche Basis mit der Perspektive auf eine selbständige berufliche Existenz und angemessene Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden.⁵⁹⁸ Für die Familie hatte notgedrungen das Geschäft eine zentrale Bedeutung, weil es für den Haushalt der Familie die materielle Grundlage darstellte. Aber was bedeutete zur Zeit der frühen Industrialisierung die Familie für das Geschäft? Unter einem ausschließlich wirtschaftswissenschaftlichen Blickwinkel

⁵⁹⁶ Hasenclever war ein Eisengießereibesitzer in Ehringhausen. Es gibt keinen dokumentarischen Nachweis, daß er dem Rheinisch-Westfälische (Handels- und) Gewerbeverein angehört hat. Aber er war einer der konservativen Schutzzöllner gewesen.

⁵⁹⁷ Vgl. Jung, Michael: Josua Hasenclever – Unternehmer und Gestalter der Moderne. In: Beeck, Karl-Hermann (Hg.): Bergische Unternehmestypen. Im Umbruch zur Moderne. Neustadt a. d. Aisch 1996, S. 167.

⁵⁹⁸ Vgl. Jung, Josua Hasenclever, S. 192.

bleibt die Bedeutung der Familie auf die Funktion als Träger von Kapital beschränkt. Hier ist die Interpretation von Zunkel treffend, wonach die Geschäftsfamilien sich bemühten, ohne Intervention von Außenstehenden selbständig Kapital und Betriebskraft zu erreichen. Diese Interpretation der Familie stützt sich auf die Dichotomie von Gesellschaft und Gemeinschaft.

Wenn man aber die Bedeutung der Geschäftsfamilie im Hinblick auf ihre Rolle in der Gesellschaft und als Mitglied der Gesellschaft untersucht, dann läßt sich diese Dichotomie nicht mehr aufrecht erhalten. Nicht weil die Familie einen von der Gesellschaft getrennten Ruhepol markierte, sondern weil sie selbst ein Teil der Gesellschaft war, gewann die Familie ihre Bedeutung für das Bürgertum. Hier ist die Rolle zu berücksichtigen, die den Familienmitgliedern in zwei unterschiedlichen Bereichen zukam. Zum einen muß die Familie als Leistungsträger betrachtet werden, die einen Teil der Transaktionskosten aufbrachte. Zum anderen stellten die Familienangehörigen eine Brücke zur Gesellschaft dar. Beide Funktionen der Familie sollen im Folgenden ausführlicher behandelt werden.

5.3.2. Die Bedeutung der Eheschließung für das Leben des Industrieunternehmers

Die eheliche Verbindung von Industrieunternehmern mit anderen Unternehmerfamilien oder auch mit Politikern gilt als charakteristisches Merkmal der Unternehmerkultur des 19. Jahrhunderts. Dieses Verhalten läßt sich als ein inkludierendes, gemeinschaftsstabilisierendes Kulturmerkmal des Bürgertums deuten.

Aber in dieser Arbeit werden diese Eheschließungen so verstanden, daß sie für die Geschäftsinhaber eine Ergänzung der geschäftsorientierten Leistungen und eine wichtige Unterstützung im Geschäft bedeuteten. Durch die Heirat verfolgte die Geschäftsfamilie zwei unterschiedliche und wichtige Ziele, nämlich die Sicherung der Weiterführung des Unternehmens und die Bereitstellung einer zusätzlichen Arbeitskraft für das Geschäft. Auch wenn man den Erklärungen von Zunkel über die Charakteristik des traditionellen Familienbetriebs folgt, die sich durch eine zögernde Haltung gegenüber der Integration von Fremden ausgezeichnet habe,⁵⁹⁹ so kann die Eheschließung dennoch als Möglichkeit gesehen werden, zusätzliche Kompetenzen für den Betrieb zu erschließen. Die Aufnahme der Schwiegeröhne in das Geschäft des Schwiegervaters wird häufig als ein Zeichen dafür interpretiert, daß

⁵⁹⁹ Vgl. Zunkel, Unternehmer, S. 43.

das Bürgertum eine offene Haltung gegenüber Neulingen eingenommen habe. Auf der anderen Seite kann sie auch als Merkmal dafür gelten, daß das Wirtschaftsbürgertum eine sehr geschlossene Gruppe darstellte, die nur in der Heirat eine Möglichkeit sah, ihren Besitz zu mehren und den Gewinn zu steigern.

Um vorteilhafte Geschäftsbeziehungen zu knüpfen, gab es keine sicherere und leichtere Möglichkeit als die Eheschließung. Innerhalb der Mitgliedschaft des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins wurde diese Art der Heiratspolitik evident. Franz Haniel war mit August Freiherr von der Heydt verwandt, seine Schwester heiratete Gottlob Jacobi.⁶⁰⁰ August von der Heydt war Bankier und gleichzeitig als preußischer Minister für wirtschaftliche Entscheidungen zuständig. Gottlob Jacobi hat sein Geschäft zusammen mit Haniel betrieben.⁶⁰¹ Nicht nur in unternehmerischer Hinsicht, sondern auch in der Politik war die Familie aktiv. Ein Sohn, Max Haniel, heiratete 1856 Clara von Schaper, deren Vater in den Jahren 1842-1845 Oberpräsident des Rheinlandes war. Die Tochter von Gottlob Jacobi, Clementine, heiratete im Jahr 1830, zu einer Zeit, als es verboten war, Informationen über technische Entwicklungen und Neuerungen aus England auszuführen, den Engländer Nicolas Harvey. Er hat lange Zeit in den Fabriken von Haniel geholfen und die Betriebe verbessert. Er konnte einige der besten englischen Maschinen für Haniel bekommen.⁶⁰² Auch die Familie Hoesch ging Eheverbindungen mit anderen Unternehmerfamilien ein, zum Beispiel mit der Familie Stoltenhoff, und die älteste Tochter von Leopold Hoesch war mit dem Tuchfabrikanten Carl Delius verheiratet. Daniel Heinrich von der Heydt war durch Eheschließung mit der Bankiersfamilie Kersten verbunden.⁶⁰³

Rebekka Habermas hat eine solche Eheschließung anhand der Familiengeschichte von Käthe Roth nachgezeichnet, die durch Heirat in erfolgreiche bürgerliche Kreise aufstieg.⁶⁰⁴ In dieser Familiengeschichte zeigt sich die in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht erfolgreiche Verbindung zwischen Familien von Unternehmern, Politikern sowie auch aus dem Bildungsbürgertum. Solche Familienverbindungen sind Rebekka Habermas zufolge im

⁶⁰⁰ Gottlob Jacobi (1770-1823) war Hüttendirektor der Fürsten von Essen über die Eisenhütte ST, Antonie und Neussen sowie der Kornmühle in Oberhausen.

⁶⁰¹ Vgl. Herzog/ Mattheier, Franz Haniel, S. 70.

⁶⁰² Vgl. Herzog/ Mattheier, Franz Haniel, S. 107.

⁶⁰³ Vgl. Kurzrock, Hans: 200 Jahre „Von der Heydt Kersten & Söhne“. Wuppertal 1954, S. 25.

⁶⁰⁴ Vgl. Habermas, Frauen und Männer, S. 1-9.

Bürgertum kein Einzelfall gewesen; sie verweist dabei auf die Beispiele der Familien Basermann, Schramm und Sattler⁶⁰⁵ und kommt zu dem Ergebnis, daß die Heirat als Strategie des Bürgertums zum sozialen Aufstieg gewertet werden muß.

In Bezug auf die allgemeine bürgerliche Kultur ist die Heiratspolitik als Abgrenzungsversuch gegenüber anderen Schichten interpretiert und häufig als ein charakteristisches Merkmal des Bürgertums bezeichnet worden.⁶⁰⁶ Unabhängig davon, ob die Heiratspolitik als Merkmal der Abgeschlossenheit oder als Abgrenzungsstrategie bezeichnet wird, stellt sich die Frage, welche Funktion ihr im Wirtschaftsleben zukam.

„Wie bereits betont, gingen die wirtschaftlichen Kontakte rheinischer Unternehmer vielfach Hand in Hand mit familiären Beziehungen“, stellt Engelbrecht dieses Verhältnis betreffend fest.⁶⁰⁷ Der von Engelbrecht betonte wirtschaftliche Kontakt, der nicht ausschließlich nur einen wirtschaftlichen Wert hatte, ist im Sinne von Transaktion und Transaktionskosten zu verstehen, d. h. als Austauschverhältnis zwischen Arbeitsabteilungen, Leistungsträgern und Vertragspartnern.

Der Übergang in die Industriegesellschaft bzw. der Industrialisierungsprozeß bedeuteten für die zeitgenössischen Wirtschaftsunternehmen, daß sie die Vermehrung von Beziehungen erlebten, da Industrialisierung gleichbedeutend war mit einer ausgreifenden Diversifizierung, Spezialisierung und damit Aufteilung der Arbeit im technischen und Produktionsbereich. Im Prinzip war jeder dieser Kontakte, wenn man ihn nach rein wirtschaftlichen Aspekten interpretiert, ein Austausch von Aktionen, der wiederum mit Kosten behaftet war. Aber gerade zu Beginn der Industrialisierung gab es noch andere Möglichkeiten für gelungene Transaktionen, denn häufig sind sie durch persönliche Bekanntschaften gemacht worden, wie im Abschnitt 5.4 dieser Arbeit dargestellt wird. Diese nützlichen Bekanntschaften bedeuteten für die Wirtschaftsunternehmen eine Art soziales Kapital. Besonders dieses soziale Kapital wurde durch Heiraten in ein gesichertes Verhältnis transponiert. Dieses Verhältnis muß entsprechend anders interpretiert werden als die traditionelle Blutgemeinschaft.

⁶⁰⁵ Habermas, Frauen und Männer, S. 7.

⁶⁰⁶ „It is plain that the German bourgeoisie was marked by many internal divisions“. Blackburn/ Evans. Bourgeoisie. S. 7f. Vgl. auch Evans. Family and class. In : Blackburn/ Evans. Bourgeoisie, S. 133f.

⁶⁰⁷ Engelbrecht, Herzogtum, S. 177.

5.3.3. Die Bedeutung des Familiennachwuchses für das Geschäft

Die Funktion der Familie lag für den Geschäftsbetrieb also nicht nur in ihrer Rolle als soziale Abgrenzung zur Außenwelt der Familie. Die Familie diente darüber hinaus der Pflege und Nutzung sozialer Beziehungen in der Gesellschaft. Wie der Ansatz von Coase über die Transaktion andeutet, sind die sozialen Beziehungen im Wirtschaftssystem nicht nur hinsichtlich ihrer Quantität, sondern auch wegen ihrer Qualität eine wichtige und unverzichtbare Größe. Im Rahmen dieser sozialen Beziehungen, mit deren Hilfe die Unternehmer bemüht waren, ihre Transaktionskosten zu senken und zu lenken, kam der Familie eine besondere Bedeutung zu, weil sie ein enormes Motivationspotential – nicht zuletzt im Hinblick auf das dauerhafte Ziel der Fortführung eines Familienbetriebes – freisetzen konnte.

Die Fortführung eines Betriebes als Familienunternehmen bot eine ganze Reihe von Vorzügen. Auf Blutsverwandtschaft beruhende Familienverhältnisse waren für eine erfolgreiche Geschäftspolitik eine sichere Basis, weil sie das Risiko falscher Personalentscheidungen und die Personalkosten minderten.

Die Erziehung der Söhne aus Unternehmerfamilien war schon früh auf eine spätere unternehmerische Tätigkeit und Übernahme des väterlichen Geschäftes ausgerichtet. Auf diese Weise konnten wichtige Informationen weiter gegeben werden. Die Söhne standen gleichsam als Symbol für die Familientradition und die Kontinuität des Geschäfts. Schon in der Jugend wurden sie in das Geschäft des Vaters eingebunden, wie das Beispiel von Franz Haniel oder der Brüder von der Heydt zeigt. Daneben scheinen die Eltern großen Wert auf die allgemeine Bildung des Nachwuchses gelegt zu haben. Der Vater von Josua Hasenclever beispielsweise schickte seinen Sohn zur Weiterbildung für ein Jahr in ein Pädagogium,⁶⁰⁸ eine Schulzeit, die sehr oft aus geschäftlichen Gründen unterbrochen werden musste.⁶⁰⁹ Auch wurden die zukünftigen Kaufleute auf Auslandsreisen mitgenommen oder, wie August von der Heydt, ins Ausland geschickt.⁶¹⁰ Das Ziel dieser Erziehung war nicht nur die

⁶⁰⁸ Vgl. Beeck, Karl-Hermann (Hg.): Bergische Unternehmergestalten im Umbruch zur Moderne. Neustadt a. d. Aisch 1996, S.178f.

⁶⁰⁹ Vgl. Herzog/ Mattheier, Franz Haniel, S. 21-27.

⁶¹⁰ Vgl. Wilden, Josef: Gründer und Gestalter. Düsseldorf 1951, S. 166. Kurzrock. 200 Jahre „Von der Heydt Kersten & Söhne“, S. 33f.

Vermittlung von fachlichen Kenntnissen, sondern darüber hinaus wurde die Erweiterung des Netzes sozialer Beziehungen und somit die Senkung der Transaktionskosten erwartet.

Der geschäftliche Nachwuchs ist aber nicht nur durch die Söhne, sondern auch durch das andere Geschlecht als Teil des Familiennachwuchses gesichert worden. Der weibliche Nachwuchs wurde der zeitgemäßen Einstellung folgend in die bürgerliche Rolle der Frau eingeführt. Die Töchter bürgerlicher Familien wurden sehr sorgfältig erzogen und nicht in der Schule, sondern durch Hauslehrer unterrichtet. Die Schwester von Franz Haniel, Sophia Haniel, wurde von dem Hauslehrer Wilhelm Lueg unterrichtet und heiratete ihn später sogar.⁶¹¹ Die Töchter der industriellen Unternehmer gehörten jedoch nicht zur Betriebs- oder Geschäftsleitung. Sie stellten vielmehr Brücken für soziale Verbindungen dar. Die Bedeutung einer Tochter für das Geschäft wurde erst durch ihren Ehemann verwirklicht. Viele Beispiele der bürgerlichen Familiengeschichte zeigen, daß bürgerliche Männer durch Heirat in das Geschäft des Schwiegervaters eintraten und dieses später auch erbten und weiterführten. Bisher hat sich in der Familienforschung das Interesse der Wissenschaft in diesem Zusammenhang weitestgehend auf die Bedeutung der Heirat als Chance für den sozialen Aufstieg der Männer beschränkt.

Im Zusammenhang mit den sozialen Beziehungen besaß die Familie zwei unterschiedliche Vorzüge. Zum einen konnten sich die Familienmitglieder selbst für die geschäftlichen Interessen einsetzen, zum anderen konnte über die Familienmitglieder eine stärkere Verbindung zur Gesellschaft hergestellt werden. Als zweiter Grund kann damit festgestellt werden, daß die soziobiologischen Merkmale einer Familie für die Aufrechterhaltung der sozialen Beziehungen gut geeignet waren.

5.3.4. Die Rolle der Ehefrauen und Witwen im Familienbetrieb

Die Bedeutung der Familie für das Geschäft wird weiterhin deutlich, wenn man die Rolle der Ehefrau für den Familienbetrieb berücksichtigt. Mit der Ausprägung der bürgerlichen Familienform schwand die Bedeutung der Frau im Geschäftsleben fast völlig. Die Konzent-

⁶¹¹ Vgl. Herzog/ Mattheier, Franz Haniel, S. 70.

ration der Frau auf den Haushalt und das Familienleben symbolisierte gewissermaßen die bürgerliche Lebenswelt. In der typischen bürgerlichen Familie beschränkte sich die Aufgabe der Ehefrau auf die Hausverwaltung und die Erziehung der Kinder. Als Verwalterin der häuslich-privaten Ökonomie war die Frau für den Familienhaushalt und die menschlichen Beziehungen innerhalb und außerhalb der Familie zuständig. Aber Budde zeigt in seinen Forschungen auch abweichende Ergebnisse, nach denen die Frauen nicht gänzlich aus der gesellschaftlichen Welt verschwanden. Es soll auch sehr selbstbewußte oder standesbewußte Frauen gegeben haben, die mit dazu beitrugen, das Ansehen des Mannes in der Gesellschaft zu sichern: „Es waren – so wenigstens geht es aus den Selbstzeugnissen hervor – vor allem die Frauen des Bürgertums, die bürgerliches Bewußtsein und Selbstbewußtsein entfalteten, beides nach außen zur Schau stellten und zu seiner Stabilisierung und Stärkung beitrugen.“⁶¹²

Doch nach dem Tod des Geschäftsführers übernahm die Ehefrau eine führende Rolle im Geschäft. Sie war nicht mehr nur Hausverwalterin, sondern wurde neben dem Sohn zur Mitinhaberin des Geschäftes. Josua Hasenclever schrieb, daß nach dem Tod seines Vaters im Jahr 1806 seine Mutter zum Mittelpunkt der Familie wurde.⁶¹³ Dieses Beispiel gilt auch für andere Unternehmer. In der Familie Boeddinghaus gründete die Witwe von Friedrich Boeddinghaus im Jahr 1863 mit ihrem Sohne Fritz die neue Firma „Friedrich Boeddinghaus Wwe & Sohn“.⁶¹⁴ Ein weiteres Beispiel für diesen Typus Frau ist die Mutter von Emma Haas. Sie soll, trotz ihrer früheren zahlreichen Kuraufenthalte, sich „,mit aller Kraft und großem Fleiße dem Geschäft gewidmet’ und es über Jahre gewinnbringend geführt“ haben.⁶¹⁵ Dies ist selbstverständlich, wenn die Kinder noch sehr jung sind, aber auch wenn die Kinder alt genug sind, rückte die Mutter mit dem Tod des Geschäftsherrn in den familiären

⁶¹² Budde, Gunilla-Friederike: Auf dem Weg ins Bürgerleben. Göttingen 1994, S. 182.

⁶¹³ Vgl. Jung, Michael: Josua Hasenclever – Unternehmer und Gestalter der Moderne. In: Beeck, Karl-Hermann (Hg.): Bergische Unternehmestypen im Umbruch zur Moderne. Neustadt a. d. Aisch 1996, S. 166. Hasenclever schrieb: „Jeder von uns glaubte, ihr der nächste zu sein, ohne daß sie eine vorzog und so haben wir es ihr hauptsächlich zu danken, daß unser schönes Familienleben zwischen den Häusern meines Bruders Davids, meiner Schwägerin Bernhard, meinen Schwester Hannchen und Lottchen und dem meinigen in höchst selten gestörter, nie länger als einen Tag getrübtter Einigkeit fortbesteht[...]“ Zitat nach dem oben genannten Artikel, S. 166-167.

⁶¹⁴ Vgl. Boeddinghaus, Wilhelm (Hg.): Die Entwicklung der Firma Wilhelm Boeddinghaus & Cie in Elberfeld. Stadtarchiv Wuppertal Nr. 80. 510, S. 26.

⁶¹⁵ Budde, Auf dem Weg ins Bürgerleben, S. 184.

Mittelpunkt. Welche Bedeutung Witwen für das Gesellschaftsleben solcher Familie hatten, soll im Folgenden dargestellt werden.

Zum einen kann die Mutterrolle von einer anthropologischen Basis aus definiert werden: die Mutter schafft die Basis für die Sicherheit der Kinder. Die Abwesenheit des Hausherrn, der gleichzeitig Geschäftsherr ist, bedeutete eine existentielle Notlage. In dieser Notlage war es die Mutter, die den Kindern Ruhe und Sicherheit vermittelte. Zum anderen kann sie als ein sicherer Mittelpunkt des Familienzusammenhaltes gesehen werden. Im Familiengeschäft waren also alle Familienmitglieder wichtige und stabile Leistungsträger. Sie lebten gemeinsam unter einem Dach, und hier kam der Mutter eine zentrale Rolle zu. Im allgemeinen blieb die Beziehung zwischen den Geschwistern, solange die Mutter noch lebte, stabil, weil sie der Familie einen sicheren sozialen Zusammenhalt garantierte, die damit im Wirtschaftssystem die notwendigen Leistungen erbringen konnte.

Außerdem ist in einer Gesellschaft, in der die soziale Beziehung die wirtschaftliche, gesellschaftliche und auch kulturelle mitbestimmt, ein Familienoberhaupt, gesetzt den Fall, die Familie empfindet die Kontakte zu anderen Familien als wichtiges soziales Kapital, als eine Symbol für solche soziale Beziehung zu deuten. Wenn dieses Familienoberhaupt in der Familie fehlt, muß eine Ersatzperson da sein, die sich für die Aufrechterhaltung der sozialen Beziehungen verantwortlich zeichnet. Diese Substitutionsfunktion kommt der Witwe zu, die außerdem den Zusammenhalt der Familie sichert.

6. Funktion der Familie und bürgerliche Kultur

Da den menschlichen Interaktionen im Wirtschaftsleben eine große Bedeutung zukommt, hat Coase die Wirtschaftswissenschaft als einen Bestandteil der Sozialwissenschaft betrachtet. Sein Ansatz eröffnet zugleich die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Handlungen der menschlichen Akteure besser zu verstehen. Die menschlichen und die sozialen Elemente dürfen also nach Meinung der Neuen Institutionenökonomie nicht vernachlässigt werden. Das Verstehen und Erklären sozialen Handelns sind das zentrale Anliegen der Sozialwissenschaft und besonders der Sozialgeschichte, die hingegen oft den wirtschaftlichen Sinn sozialen Handelns vernachlässigt haben. Zum Verständnis der bürgerlichen Kultur ist es aber notwendig, den Zusammenhang von sozialem und wirtschaftlichem Handeln in den Blick zu nehmen.

In dieser Untersuchung ist versucht worden, die sozialen Beziehungen im bürgerlichen Leben als bewußte und gezielte Handlungen zur Senkung der Transaktionskosten zu interpretieren. Im öffentlichen und politischen Bereich zeigten sich rasch Bemühungen, um in den

Gesamtkosten die Kosten der Transaktion zu senken, wie Ambrosius in seinem Buch „Staat und Wirtschaftsordnung“ dargestellt hat. Aber die dafür verantwortlichen Institutionen finden sich auch im kulturellen Bereichen, gedacht werden kann hier z.B. an die Sitten, Gebräuche und auch die Moral.

Die in Verbindung mit den vielen wirtschaftlichen Aktionen und produktiven Arbeiten durchgeführten wirtschaftlichen Handlungen führten besonders zu Beginn der Industrialisierung zu einer Diversifizierung und Spezialisierung der Wirtschaftstätigkeit, in deren Folge ein gesteigertes Verlangen auf vermehrten Aktions- und Informationsaustausch auftrat. Entweder mußten die Industrieunternehmer dafür mehr Transaktionskosten bezahlen, oder weitere Systeme in ihrem wirtschaftlichen Handlungsbereich einbauen, um solche Austauschprozesse zu regulieren, die in der modernen Wirtschaftswelt unentbehrlich geworden sind. Ein anderes Mittel sah vor, die Kosten durch private Initiativen zu senken. Dies wurde häufig durch die Familienkultur und Familienpolitik der Unternehmer erreicht. Diese Handlungen schafften tatsächlich eine Einflußstruktur, denn in den Interaktionen zeigten sich die sozialen Beziehungen als überaus wirksam. Das kann man in der alltäglichen Kultur der Industrieunternehmer feststellen, die wiederum das Konzept der bürgerlichen Familie als günstigsten Rahmen für die Pflege und Erhalt des sozialen Kapitals nutzten. Besonders mit dem Anfang der Industriegesellschaft war es nicht mehr möglich, sich nur auf die Leistungen oder Informationen zu beziehen, die die Familienmitglieder einbrachten, sondern man war gezwungen, mit immer breiteren Gesellschaftskreisen in Interaktion zu treten. Deshalb trugen die Familienmitglieder mit dazu bei, soziale Beziehungen in der Gesellschaft zu knüpfen, zum Beispiel durch die Aufnahme persönlicher Kontakte oder durch die Nachwuchserziehung.

Dabei waren die Familienmitglieder Garanten für die Tradierung des familiären Gutes und der Familienkultur. In diesem Zusammenhang sind die bürgerlichen Familienmerkmale, Intimität und Emotion, als Stabilisatoren der Bindung zwischen den Familienmitglieder zu interpretieren. Gemäß diesem Kulturverständnis muß die bürgerliche Kultur als ein Adaptionsversuch der deutschen Industrieunternehmer an die technisch-produktiven und gesellschaftlichen Veränderungen verstanden werden. Die Stabilisierung der familiären Netzwerke verschaffte den Unternehmern die Chance, die Transaktionskosten durch den Ausbau und die Pflege ihrer sozialen Beziehungen zu senken und letztlich den wirtschaftlichen Erfolg zu sichern. In diesem Sinn ist die Kultur, die auf diese Funktionen ausgerichtet war, als eine sehr pragmatische Kultur der profitorientierten deutschen Industriellen zu verstehen.

VI. Schlußwort

Geht es um die Schutzzöllner im Deutschland des 19. Jahrhunderts werden meist folgende Punkte diskutiert: die Auseinandersetzung innerhalb des deutschen Zollvereins um die Frage der Einbeziehung Österreichs; die Konfrontation zwischen den am Freihandel orientierten deutschen Handelsstädten und den schutzzöllnerisch orientierten Industriellen; die Spannung zwischen Produzenten und Konsumenten; der Konflikt zwischen den rheinischen Industriellen und den an der liberalen englischen Wirtschaftstheorie geschulten Wirtschaftspolitikern und Beamten; das Aufeinanderprallen von politischen und wirtschaftlichen Interessen etc.

Hier werden die Ansichten der Schutzzöllner hingegen in ihrem zeitgenössischen Kontext verortet und als Reaktion auf die politischen, ökonomischen und sozialen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts interpretiert.

Diese Analyse ermöglicht zunächst eine Kritik einiger Aspekte der bisherigen Forschung.

Innerhalb des Wirtschaftsbürgertums gab es keine einheitlichen Ansichten über die sich vollziehenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen. Dabei beschränkten sich die Meinungsverschiedenheiten keineswegs nur auf die Zollfrage, sondern es gab auch höchst unterschiedliche Haltungen zu allgemeineren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen.

Sowohl die Schutzzöllner als auch die Freihändler bezogen sich auf die internationale wirtschaftliche Entwicklung und die Herausbildung der kapitalistischen Industriegesellschaft. Das kapitalistische System führte zu unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus in den verschiedenen Staaten. Die wirtschaftliche Rückständigkeit verursachte bei den deutschen Industriellen zum einen die Furcht vor der Überlegenheit der englischen Wirtschaft, die durch die Massenfertigung billigere und durch die ausgefeilteren Fertigungsmethoden auch qualitativ bessere Produkte herstellen konnte, zum anderen den Wunsch, es der englischen Wirtschaft gleich zu tun.

Die Dichotomie modern versus rückständig zur Kennzeichnung der freihändlerischen und schutzzöllnerischen Interessen verfehlt die spezifische Situation des 19. Jahrhunderts. Auch die Schutzzöllner strebten eine kapitalistische Industriegesellschaft an, allerdings glaubten sie diese nicht auf dem Weg einer liberalen Freihandelspolitik erreichen zu können.

Als Beispiel für die schutzzöllnerischen Bestrebungen ist in dieser Arbeit ein industrieller Gewerbeverein, den man als Interessenverband charakterisieren kann, analysiert worden.

Durch die Darstellung der Organisationsgeschichte und der im Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbeverein vertretenen Ansichten sollte veranschaulicht werden, wie die deutschen Industriellen versuchten, ihre Meinungen in der Öffentlichkeit zu popularisieren und ihre Interessen in der Politik durchzusetzen. Dabei zeigte sich, daß die wirtschaftliche Entwicklung und der Wandel der Ansichten sowie die Art und Weise der organisatorischen Tätigkeiten in einer engen Beziehung standen.

Das Schlagwort „Schutz der nationalen Arbeit“ bündelte wie ein Brennglas die Ansichten der Schutzzöllner. Zum einen artikulierten sich darin die Furcht vor der wirtschaftlichen Übermacht Englands sowie der Wunsch, auch in Deutschland eine Industriegesellschaft zu etablieren, zum anderen auch die Haltungen zu sozialen und politischen Fragen.

Die Lösung der sozialen Frage wurde von den Schutzzöllnern eng mit der Entwicklung der Industrialisierung verbunden, und man forderte vom Staat eine aktive Mitgestaltung dieses Prozesses. Zudem kam in der Parole vom „Schutz der nationalen Arbeit“ auch ein bestimmtes Verständnis von „Nation“ zum Ausdruck.

Mit dem zunehmenden Fortschreiten des Industrialisierungsprozesses wandelten sich auch die Ansichten der Schutzzöllner, was sich in der Haltung des Rheinisch-Westfälischen (Handels- und) Gewerbevereins zur sozialen Frage zeigt. Nun betonte man die Eigenverantwortlichkeit der Arbeiter für ihre Lage und forderte verschiedene Kontrollsysteme, mit denen die Arbeiterschaft „überwacht“ werden konnte.

Das Wirtschaftsbürgertum wurde hier nicht unter dem normativen Aspekt der Modernisierung interpretiert, sondern sein Handeln wurde als spezifische Reaktion auf eine bestimmte historische Situation gedeutet, in der es den Wirtschaftsbürgern weniger um die Durchsetzung der Moderne ging als um das wirtschaftliche Überleben und den wirtschaftlichen Erfolg.

Mit Hilfe des Begriffs der Transaktion wurde versucht, die Bedeutung auch des anscheinend nicht mit der Wirtschaft in Zusammenhang stehenden Verhaltens der Industriellen für deren wirtschaftliches Handeln zu analysieren. Dabei wurde besonders die Wichtigkeit der sozialen Beziehungen für den wirtschaftlichen Erfolg herausgestellt.

Der Ansatz der Neuen Institutionenökonomie erlaubte es, die Familie mit in die Untersuchung einzubeziehen. Die bürgerliche Familie vermittelte zum einen ein Sicherheitsgefühl und stellte so etwas wie einen Rückzugsort in Zeiten dramatischer gesellschaftlicher, wirt-

schaftlicher und politischer Veränderungen dar, zum anderen wurden hier auch die für die Wirtschaft so wichtigen sozialen Beziehungen geknüpft und gepflegt.

Sowohl die wirtschaftlichen als auch die kulturellen Handlungsweisen der Wirtschaftsbürger standen in einem Zusammenhang und können als Reaktionen auf die rasanten und gewaltigen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts verstanden werden.

VII. Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellen

1.1. Ungedruckte Quellen

Nordrhein-westfälisches Hauptstaatsarchiv

Petition an den König von den Bürgern Düsseldorfs den Schutzzoll der inländischen Industrie betreffend. Nordrhein-westfälisches Hauptstaatsarchiv. Reg.- Düsseldorf Präsidentenbüro 1019.

Offizielles Schreiben Baums [Vors. des Vereins in späteren Jahren] an den Regierungspräsidenten in Minden am 4. Februar 1859. Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv Düsseldorf. Best. Nr. 1031.

Offizielles Schreiben vom Ausschuß des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen an den Regierungspräsidenten am 4. Februar 1859. Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf. Nr. 1031.

Statut des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen im Jahr 1858. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf. Reg.-Aachen 14120.

Offizielles Schreiben vom Ausschuß des Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen an die königliche Regierung in Minden am 28. Februar 1859.

Offizielles Schreiben vom Ausschuß des Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen an die königliche Regierung in Minden am 22. März 1859.

Offizielles Schreiben vom Ausschuß des Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen an die königliche Regierung in Minden am 12. Mai 1859.

Offizielles Schreiben vom Ausschuß des Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen an die königliche Regierung in Minden am 24. November 1859.

Landeshauptstaatsarchiv Koblenz. Best. 403. Nr. 8223

Darlegung der Motive zu dem als Manuscript gedruckten Entwurf des Statuts eines Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins. 21. September 1847.

Offizielles Schreiben des provisorischen Centralcomites des projektierten Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz am 29. Februar 1848.

Haniel Archiv. Duisburg Sig.-Nr.: HAA 410

Appell des provisorischen Comites an die Industriellen zum Schutz der nationalen Arbeit. 15. Dezember 1847.

Statutentwurf für einen Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein vom 1848.

Offizielles Schreiben des Komitees für einen ausreichenden Schutzes der nationalen Arbeit an den Vorsitzenden Franz Haniel. Ruhrort, 26. Januar 1848.

Offizielles Schreiben des Centralcomites über einen ausreichenden Schutzes der nationalen Arbeit an die Zweigvereine. 31. Januar 1848.

- Bericht des Centralcomites an die Zweigvereine. 19. Februar 1848.
- Offizielle Schreiben des Centralcomites an die Zweigvereine. Mai 1848.
- Protokollsauszug einer Generalversammlung am 5. Mai 1848. Anlage A.
- Bekanntmachung über die Generalversammlung vom 23. Mai 1848. 29. Mai 1848
- Abschrift an Franz Haniel vom Hammacher. 2. Juni 1848.
- Bericht der Deputierten über die Tätigkeit in der Nationalversammlung in Frankfurt a. M. vom 24. Juni 1848. Am 26. Juni 1848.
- Schreiben des Centralcomites an ein Zweigverein am 26. Juni 1848.
- Bekanntmachung über eine Generalversammlung am 11. Juli 1848.
- Offizielles Schreiben des Centralcomites. 2. August 1848.
- Bericht der Deputierten an die Mitgliedern vom 16. September 1848.
- Amtliches Schreiben des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten an das Centralcomite des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins am 20 Juni 1849.
- Schreiben des Centralcomites an den Vorstand des Zweigvereins Ruhrort bezüglich der Pariser Gewerbeausstellung. 16. Juli 1849.
- Offizielles Schreiben des Centralcomites an die Zweigvereine am 9. Juli 1850.
- Amtliches Schreiben des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an die Handelskammer in Elberfeld am 8. April 1850.
- Offizielles Schreiben des Centralcomites an den Zweigverein Ruhrort. Am 18. April 1850.
- Offizielles Schreiben des Centralcomites an den Vorstand des Zweigvereins Ruhrort am 1. Juli 1850.
- Offizielles Schreiben des Vorstandes des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen aus Berlin an einen Lokalverein des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins. Am 26. Juni 1850.
- Referat über die Besteuerung des Steinkohlen-Bergbaus. Von Franz Haniel am 6. März 1848./ Correferat über die Besteuerung des Steinkohlen Bergbaues. Von W. Hammacher am 28. Mai 1848.
- Rede eines Deputierten aus Stettin im Ausschuß für Arbeiter-, Gewerbe- und Handelsverhältnisse in Frankfurt a. M. Am 20. Juni 1848.
- Statut des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins von 1851.
- Bericht über die Generalversammlung vom 29. Mai 1848 in Bezug auf einen Plan über eine Leseförderung eines Artikels von Justus Möser.

Historisches Archiv. Köln Best. 1073

Nr. 530: Statut-Entwurf für einen Rheinisch-Westfälischen Gewerbeverein von 1848.

Nr. 551: Die unterzeichneten zu einer Generalversammlung des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins versammelten Handels- und Gewerbetreibenden und andere Staatsbürger der königlich-preußischen Provinz Rheinland und Westfalen an die Hohe deutsche Nationalversammlung vom 29. Mai 1848. Mit Unterschriften.

Nr. 540: Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Entwurf einer Gewerbeordnung und verschiedene diesen Gegenstand betreffende Petitionen und Anträge. Den 26. Februar 1849.

Nr. 551: Freihandel und Schutzzoll. Januar 1849.

Bundesarchiv Frankfurt

VWA (Volkswirtschaftlicher Ausschuß) DB51:

Die unterzeichneten, zu einer Generalversammlung des rheinisch-westphälischen Gewerbevereins versammelten Handels und Gewerbetreibenden und andere Staatsbürger der Königlichen Preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen. [Eine Petition mit Unterschriften] Zsg.9/5496

Petition über den Schutz gegen die Beschränkung des Verkehrs von Prince-Smith. An die Deutsche Nationalversammlung. Den 12. August 1848.

Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund

K3 IHK Bielefeld No.493.

Allerunterthänigste Adresse der unterzeichneten Handels- und Gewerbetreibende der Stadt Elberfeld an den König. Februar 1851.

Petition des Centralcomites des Rheinisch-Westfälischen Gewerbevereins an den Ministerpräsident im Februar 1851.

Aufruf zur Vereinigung der deutschen Freihändler. Den 25. Mai 1870.

Nordrhein-Westfälisches Staats Archiv Detmold. M1 IU. Nr. 79

Offizielles Schreiben vom Ausschuß des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen an die Regierung in Minden am 28. Februar 1859.

Auszug aus dem Protokoll der Generalversammlung des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen vom 7. Februar 1859.

Auszug aus dem Protokoll der Generalversammlung des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen vom 10. Oktober 1859.

Motiv zu dem dem Generalversammlungsprotokolle vom 10. Oktober 1859 annectirten Gesetzentwurf über die Arbeits- und Quittungsbücher.

Entwurf eines Gesetzes über die Arbeits- und Quittungsbücher.

1.2. Gedruckte Quellen

- Amtliches Verzeichniß der aus dem Deutschen Zollverein und Norddeutschland zur Industrieausstellung aller Völker in London eingesandten Gegenstände. Berlin. 1851.
- Boeddinghaus, Wilhelm (Hg.): Die Entwicklung der Firma Wilhelm Boeddinghaus & Cie in Elberfeld. Stadtarchiv Wuppertal Nr. 80.510.
- Der Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen: Die Civilverantwortlichkeit der Transportführer, mit besonderer Berücksichtigung der heutigen Transportanstalten und ihres Verhältnisses zum Handels- und Gewerbebestande. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold. M1 IU. Nr. 79.
- Der Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen: Die Eisenzölle, ihre Bedeutung für die preußische Eisenindustrie und ihr Einfluß auf Volkswirtschaft und Nationalreichtum. Düsseldorf 1859.
- Duckwitz, Arnold.: Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben von 1841-1866. Bremen 1877.
- Florschütz, Albert : Die politischen und sozialen Zustände der Provinz Westfalen während der Jahre 1848-1858. Elberfeld 1861.
- List, Friedrich: Das nationale System der politischen Ökonomie. Stuttgart/Tübingen 1844.
- List, Friedrich: Denkschrift aus dem Jahre 1820 über die wirtschaftliche Lag Deutschlands nach dem napoleonischen Kriegen. In: Steitz, Walter (Hg.): Quellen zur Deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert bis zur Reichsgründung. Darmstadt 1980, S. 33-35.
- Prince-Smith, John: Für und Wider Schutz- und Differenzialzölle. Berlin 1848. Bundesarchiv in Frankfurt.
- Prince-Smith, John: Die Rede des Abgeordneten Prince-Smith gegen Schutzzöllnerische Forderung im preußischen Abgeordnetenhaus (1862)
- Sieyes, Emmanuel Joseph: Was ist der Dritte Stand. Hg. von Otto Dann. Essen 1988.
- Smith, Adam: The Wealth of nations (with an introduction by Andrew Skinner). Harmondsworth 1970/74.
- Stein, Lorenz von: Der Begriff der Gesellschaft und die soziale Geschichte der Französischen Revolution bis zum Jahr 1830. Hildesheim 1959. (Neudruck der Ausgabe von 1921)
- Steitz, Walter (Hg.): Quellen zur Deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert bis zur Reichsgründung . Darmstadt 1980.
- Weber, W.: Der deutsche Zollverein. Leipzig 1871.
- Welcker, Carl: Petition In: Carl v. Rotteck und Carl Welcker: Staats-Lexikon Bd.10. Altona 1848, S. 556-572.
- Zimmermann, Alfred: Geschichte der preußischdeutschen Handelspolitik. Oldenburg/Leipzig 1892.

1.3. Zeitungen, Zeitschriften und zeitgenössischer Jahrbücher

Der Zollverein. 1865-1868.

Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 32. 1820.

Täglicher Anzeiger für Berg und Mark. Elberfeld. 26. Mai 1848, 03. Januar 1850, 20. Januar 1850, 22. Januar 1850, 15. April 1850, 09. Mai 1850, 18. Juni 1850, 07. Juli 1850, 23. Juli 1850, 25. Juli 1850, 15. September 1850, 21. Januar 1851, 02. Februar 1851, 13. Februar 1851, 06. April 1851, 08. Mai 1851, 15. April 1851, 21. Juni 1851.

Elberfeld-Barmer Adressbuch. Jg. 1850, 1855, 1858. Stadtarchiv Wuppertal.

Elberfelder Zeitung 13. Dezember 1847, 17. Dezember 1847 (Beilage), 31. Mai 1848 (Beilage).

2. Darstellungen

Abel, Wilhelm: Der Pauperismus in Deutschland am Vorabend der industriellen Revolution. Dortmund 1966.

Adelmann, Gerhard: Führende Unternehmer im Rheinland und in Westfalen 1850-1914. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 35 (1971), S. 335-352.

Ambrosius, Gerold/Petzina, Dietmar/Plumpe, Werner (Hg.): Moderne Wirtschaftsgeschichte. München 1996.

Ambrosius, Gerold: Institutioneller Wettbewerb im europäischen Integrationsprozeß seit dem 19. Jahrhundert. In: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001). S. 545-575.

Ambrosius, Gerold: Staat und Wirtschaftsordnung. Stuttgart 2001.

Anderson, Eugene N.: The social and political conflict in Prussia 1858-1864. New York. 1968.

Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Berlin 1998.

Ariès, Philippe: Geschichte der Kindheit. München/Wien 1975.

Aubin, Hermann/Zorn, Wolfgang (Hg.): Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 2. Stuttgart 1976.

Aycoberry, Pierre: Freihandelsbewegung in Deutschland und Frankreich in den 1840er und 1850er Jahren. In: Langewiesche, Dieter (Hg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Göttingen 1988, S. 296-304.

Baberowski, Jörg: Nationalismus aus dem Geist der Inferiorität. In: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000). S. 371-406.

Balibar, Etienne: Bourgeois(ie) - Begriff und Realität. In: Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel: Rasse, Klasse, Nation. Hamburg/Berlin 1990. S. 167-189.

Bauer, Franz J.: Bürgerwege und Bürgerwelten. Göttingen 1991.

Beau, Horst: Das Leistungswissen des frühindustriellen Unternehmertums in Rheinland und Westfalen. Köln 1958.

Beck, Hermann: The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia. Ann Arbor Univ. of Michigan 1995.

Beeck, Karl-Hermann (Hg.): Bergische Unternehmergestalten. Im Umbruch zur Moderne. Neustadt a. d. Aisch 1996.

Behr, Hans-Joachim: Quellen zur Bildung und Wirksamkeit sozialer, wirtschaftlicher und politischer Interessengruppen in Rheinland und Westfalen zwischen Vormärz und

- Reichsgründung. In: Düwell, Kurt/Köllmann, Wolfgang (Hg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter Bd. 1. Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung. Wuppertal 1983. S. 304-316.
- Best, Heinrich: Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Göttingen 1980.
- Best, Heinrich: Struktur und Wandel kollektiven politischen Handelns. In: Volkmann, Heinrich/Bergmann, Jürgen (Hg.): Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung. Opladen 1984. S. 169-197.
- Beutin, Ludwig: Geschichte der südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen und ihrer Wirtschaftslandschaft. Lüdenscheid 1956.
- Bickel, Wilhelm: Die ökonomische Begründung der Freihandelspolitik. Zürich 1926.
- Blackbourn, David/Eley, Geoff: Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution. Frankfurt a. M. 1980.
- Blackbourn, David/Eley, Geoff: The Peculiarities of German History. Oxford/New York 1984.
- Boch, Rudolf: Grenzenloses Wachstum? Göttingen 1991.
- Boch, Rudolf: Von der „begrenzten“ zur forcierten Industrialisierung. In: Hans-Jürgen Puhle (Hg.): Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Göttingen 1991. S. 133-155.
- Bollenbeck, Georg: Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters. Frankfurt a. M./Leipzig 1994.
- Borries, Bodo von: Deutschlands Außenhandel 1836 bis 1856. Stuttgart 1970.
- Bonart, Thomas/Peters, Ulrich: Mikroökonomie Kompakt. Wiesbaden 1997.
- Bondi, Gerhard: Historische Betrachtung zum Problem Freihandel und Schutzzoll. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Teil IV. Berlin 1965. S. 76-101.
- Borchardt, Knut: Die Industrielle Revolution in Deutschland 1750-1914. In: Carlo M. Cipolla (Hg.) (Dt. Ausg. hg. von Borchardt, Knut): Europäische Wirtschaftsgeschichte. Bd. 4: Die Entwicklung der industriellen Gesellschaften. Stuttgart 1977. S. 135-202.
- Borchardt, Knut: Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen 1800-1914. In: Aubin, Hermann/Zorn, Wolfgang (Hg.): Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 2. Stuttgart 1976. S. 198-275.
- Born, Heinz (Hg.): Wuppertaler Biographien 9. Folge. Wuppertal 1970.
- Born, Karl Erich/Hansjoachim Henning/Florian Tennstedt (Hg.) Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914. 1. Teil: Von der Reichsgründungszeit bis zur Kaiserlichen Sozialbotschaft (1867-1881). Bd. 1: Grundfragen staatlicher Sozialpolitik. Stuttgart/Jena/New York 1994.
- Borries, Bodo von: Deutschlands Außenhandel 1836 bis 1856. Stuttgart 1970.
- Bossmann, Jürgen: Primat des Handels oder Industrialisierung? Norddeutsches und südwestdeutsches Wirtschaftsbürgertum in der Konfrontation. 1819-1849. Bielefeld 1991 (MS).
- Brown, Donald E.: Human Universals New York/Lissabon 1991.
- Briesen, Detlef/Reulecke, Jürgen u.a.: Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte Rheinlands und Westfalens. Köln 1995

- Brinkmann, Carl: Die preussische Handelspolitik vor dem Zollverein und der Wiederaufbau vor Hundert Jahren. Berlin/Leipzig 1922.
- Budde, Gunilla-Friederike: Auf dem Weg ins Bürgerleben. Göttingen 1994.
- Burguière, Andre u.a.: Geschichte der Familie. Bd. 4. Frankfurt a.M. 1998.
- Bussmann, Walter: Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert. In: Böhme, Helmut (Hg.): Probleme der Reichsgründungszeit 1848-1879. Berlin/Köln 1968. S. 85-103.
- Coase, Ronald H.: The Firm, the Market and the Law. Chicago/London 1988.
- Cobden, Alfred : The Myth of the French Revolution. Aspects of the French Revolution. New York 1968.
- Conze, Werner/Boldt, Hans: Staat und Souveränität. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hg. Von Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck. Bd. 6. Stuttgart 1990. S.1-154.
- Conze, Werner/Zorn, Wolfgang (Hg.): Die Protokolle des volkswirtschaftlichen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung 1848/49. Boppard a. M. 1994.
- Croon, Gustav: Der Rheinische Provinziallandtag bis zum Jahre 1874. Bonn 1974 (Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1918).
- Daniel, Ute: „Kultur“ und „Gesellschaft“. In: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993) S. 69-99.
- Dann, Otto: Die Proklamation von Grundrechten in den deutschen Revolutionen von 1848/49. In: Birtsch, Günter (Hg.): Grund- und Freiheitsrechte im Wandel von Gesellschaft und Geschichte. Göttingen 1981. S. 515-532.
- Dirlmeier, Ulf u.a. Deutschen Geschichte. Stuttgart 1999.
- Dülmen Richard van: Kultur und Alltag in der Frühen Neuzeit. Bd.1. München 1990.
- Eisele-Staib, Ulrich: England und die industrielle Entwicklung in Deutschland. In: Gemeinhardt, Heinz-Alfred (Hg.): Friedrich List und seine Zeit. Reutlingen 1989. S. 184-197.
- Eley, Geoff: Labor History, Social History, Alltagsgeschichte: Experience, Culture, and the Politic of the Everyday - A new Direction for German Social History? In: The Journal of Modern History 61 (1989). S. 297-343.
- Endruweit, Günter (Hg.): Wörterbuch der Soziologie. Bd. 1. Stuttgart 1989
- Engelbrecht, Jörg: Das Herzogtum Berg im Zeitalter der Französischen Revolution. Paderborn u.a. 1996.
- Engels, Friedrich.: Schutzzoll oder Freihandels-System. In: Karl Marx/ Friedrich Engels: Werke. Bd. 4. Berlin 1972. S. 58-61.
- Engels, Friedrich: Der ökonomische Kongreß. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke Bd. 4. Berlin 1972. S. 291-295.
- Engels, Friedrich: Der Freihandelskongreß in Brüssel. In: Karl Marx/ Friedrich Engels: Werke. Bd. 4. Berlin 1972. S. 299-308.
- Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Berlin 1974.
- Engelbrecht, Jörg: Das Herzogtum Berg in Zeitalter der Französischen Revolution. Paderborn/München/Wien/Zürich 1996.

- Erdmann, Manfred: Die verfassungspolitische Funktion der Wirtschaftsverbände in Deutschland 1815-1871. Berlin 1968.
- Evans, Richard J.: Family and class in the Hamburg grand Bourgeoisie 1815-1914. In: Blackbourn, David/Evans, Richard J.: The German Bourgeoisie. London/New York. 1993. S. 115-139.
- Evans, Richard J. (Hg.): The German Family. London 1981.
- Faust, Anselm: Arbeitsmarktpolitik im Deutschen Kaiserreich. Stuttgart 1986.
- Fehrenbach, Elisabeth: Rheinischer Liberalismus und gesellschaftliche Verfassung. In: Schieder, Wolfgang (Hg.): Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz. Göttingen 1983. S. 272-294.
- Fichte, Johann Gottlieb: Hauptverschiedenheit zwischen den Deutschen und übrigen Völkern germanischer Abkunft. In: Ders.: Rede an die deutsche Nation. Hamburg 1978. S. 58-74.
- Fischer, Wolfram: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Göttingen 1972.
- Fliegner, Helmut Alfred: Gewerbevereine in den preußischen Rheinlanden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Bonn 1972.
- Fohlen, Claude: Die industrielle Revolution in Frankreich 1700-1914. In: Carlo M. Cipolla (Hg.) (Dt. Ausg. hg. von Borchardt, Knut): Europäische Wirtschaftsgeschichte. Bd. 4: Die Entwicklung der industriellen Gesellschaften. Stuttgart 1977. S. 84-134.
- Först, Walter: Rheinisch-Westfälische Rückblende. Köln 1967.
- Frevert, Ute: Bürgerlichkeit und Ehre, In: Kocka, Jürgen (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Bd. 3. 101-140.
- Friedrichs, Karl: Freihandel und Schutzzoll bei den rheinischen Liberalen in den zwanziger bis vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Köln 1922.
- Gall, Lothar: Liberalismus und „Bürgerliche Gesellschaft“ In: Historische Zeitschrift Bd. 220. 1975. S. 324--356
- Gall, Lothar: Bürgertum in Deutschland. Berlin 1989.
- Gall, Lothar (Hg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft. München 1993.
- Gall, Lothar: Adel, Verein und städtisches Bürgertum. In: Fehrenbach, Elisabeth (Hg.): Adel und Bürgertum in Deutschland 1770-1848. München 1994. S. 29-44.
- Geißler, Reiner: Kein Abschied von Klasse und Schicht. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48 (1996). S.319-338.
- Gellner, Ernest: Thought and Change. London 1972.
- Gellner, Ernest: Nationalismus und Moderne. Berlin 1991.
- Geuenich, Josef: Geschichte der Papierindustrie im Düren-Jülicher Wirtschaftsraum. Düren 1959.
- Goeser, Karl/Sonntag, Wilhelm v. (Hg.): Friedrich List. Der Kampf um die politische und ökonomische Reform 1815-1825. 2. Teil. Werk I/2. Frankfurt. a. M. 1977.

- Gross, N. T.: Die Industrielle Revolution im Habsburgerreich 1750-1914. In: Carlo M. Cipolla (Hg.) (Dt. Ausg. hg. von Borchardt, Knut): Europäische Wirtschaftsgeschichte. Bd. 4: Die Entwicklung der industriellen Gesellschaften. Stuttgart 1977. S. 203-236.
- Habermas, Rebekka: Frauen und Männer des Bürgertums. Göttingen 2000.
- Hahn, Hans- Werner: Geschichte des Deutschen Zollvereins. Göttingen 1984.
- Haltern, Utz: Die Gesellschaft der Bürger. In: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993). S. 100-134.
- Hansen, Joseph: Gustav von Mevissen. Bd. 2. Berlin 1906.
- Hansen, Joseph: Die Rheinprovinz 1815-1915. Hundert Jahre preußischer Herrschaft am Rhein. Bd. 1. Bonn 1917.
- Hansen, Joseph (Hg.) (bearb. von Heinz Boberach): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830-1850. Bd. 2.2. Köln-Bonn 1976.
- Hardtwig, Wolfgang: Strukturmerkmale und Entwicklungstendenzen des Vereinswesens in Deutschland 1789-1848. In: Otto Dann (Hg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. München 1984. S. 11-50.
- Hardtwig, Wolfgang: Bürgertum, Staatsymbolik und Staatsbewusstsein im Deutschen Kaiserreich 1871-1914. In: Geschichte und Gesellschaft 16 (1990). S. 169-195.
- Hardtwig, Wolfgang: Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500-1914. Göttingen 1994.
- Hareven Tamara K.: Familiengeschichte, Lebenslauf und sozialer Wandel. Frankfurt a. M./New York 1999.
- Hartmann, Stefan (Hg.): Als die Schranken fielen. Der deutsche Zollverein. Berlin-Dahlem/Mainz 1984.
- Hartung, Fritz: Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Stuttgart 1950.
- Hashagen, Justus: Geschichte der Familie Hoesch. Köln 1916.
- Hashagen, Justus: Das Rheinland im Wandel der Zeiten. Bonn 1940.
- Henderson, William O.: Prince Smith and Free Trade in Germany. In: The Economic History Review 2 (1950). S. 295-302.
- Henderson, William O.: Die Industrielle Revolution. Wien/München/Zürich 1969.
- Henderson, William O.: Friedrich List. Düsseldorf 1984.
- Henderson, William O.: Cobden-Vertrag und Handelspolitischer Liberalismus. In: Pohl, Hans (Hg.): Die Auswirkungen von Zöllen und anderen Handelshemmnissen auf Wirtschaft und Gesellschaft vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Stuttgart 1987. S. 221-251.
- Henning, Friedrich-Wilhelm: Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands. Bd. 2. Paderborn 1996.
- Henning, Friedrich-Wilhelm: Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914. Paderborn 1973.
- Hentschel, Volker: Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongreß 1858 bis 1885. Stuttgart 1975.

- Herrmann, Walther: Zur Geschichte der Unternehmerverbände in Europa. In: Wirtschaftshistorischer Verein an der Universität Köln (Hg.): Europa. Erbe und Auftrag. Köln 1951. S. 150-179.
- Herzog, Bodo/Mattheier, Klaus J. (Hg.): Franz Haniel 1779-1868. Bonn 1979.
- Hettlage, Robert: Familienreport. München 1998.
- Hettling, Manfred: Bürgertum und Revolution 1848 – ein Widerspruch. In: Puhle, Hans-Jürgen: Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Göttingen 1991. S. 210-222.
- Hettling, Manfred/Hoffmann, Stefan-Ludwig: Der bürgerliche Werthimmel. Geschichte und Gesellschaft 23 (1997). S. 333-359.
- Hirsch, Helmut (Hg.): Friedrich Engels: Profile. Wuppertal-Barmen 1970.
- Hirshleifer, Jack: Economic Behaviour in Adversity. Brighton 1987.
- Historische Kommission des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde u.a. (Hg.): Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien Bd. 1(1974), Bd. 2(1974), Bd. 3(1974), Bd. 4(1974), Bd. 5(1953), Bd. 11(1983), Bd. 14(1991), Bd. 15(1994). Münster.
- Hobsbawm, Eric J.: Nationen und Nationalismus. Frankfurt a. M. 1991.
- Hoesch AG (Hg.): Eberhard Hoesch (1790-1852): Lebenserinnerungen eines Industriepioniers. Dortmund 1988.
- Hölscher, Lucian: Säkularisierungsprozesse im deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts. In: Puhle, Hans-Jürgen (Hg.): Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Göttingen 1991. S. 238-258.
- Hörmann, Michael: Vom Handelsverein zum Zollverein. In: Gemeinhardt, Heinz A. (Hg.): Friedrich List und Seine Zeit. Reutigen 1989. S. 72-82.
- Iggers, Georg G.: Deutsche Geschichtswissenschaft. München 1971.
- Illner, Eberhard: Bürgerliche Organisierung in Elberfeld 1775-1850. Neustadt an der Aisch 1982.
- Izenberg, Gerald N.: Die „Aristokratisierung“ der bürgerlichen Kultur im 19. Jahrhundert. In: Hohendahl, Peter U./Lützel, Paul M. (Hg.): Legitimationskrisen des deutschen Adels 1200-1900. Stuttgart 1979. S. 233-244.
- Jaeger, Friedrich: Der Kulturbegriff im Werk Max Webers und seine Bedeutung für eine moderne Kulturgeschichte. In: Geschichte und Gesellschaft 18 (1992). S. 371-393.
- Jung, Michael: Josua Hasenclever – Unternehmer und Gestalter der Moderne. In: Beeck, Karl-Hermann (Hg.): Bergische Untermengergestalten im Umbruch zur Moderne. Neustadt a. d. Aisch 1996. S. 163-215.
- Kaeble, Hartmut: Das aristokratische Modell im deutschen Bürgertum des 19. Jahrhunderts. Bielefeld 1986/87 (MS.).
- Kaplan, Barbara Hockey (Hg.): Social change in the Capitalist World Economy. London/Beverly Hills 1978.
- Kaplan, Marion A.: Jüdisches Bürgertum. Hamburg 1997.
- Kaschuba, Wolfgang: „Deutsche Bürgerlichkeit nach 1800: Kultur als symbolische Praxis“. In: Kocka, Jürgen (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Göttingen 1987. S. 9-44.

- Kaudelka-Hanisch, Karin: „The titled businessman“: Prussia commercial councillors in the Rheinland and Westphalia during the nineteenth century. In: Blackbourn, David/Evans, Richard J. (Hg.): *The German Bourgeoisie*. London 1993. S. 87-114.
- Kindleberger, C. P.: *The Rise of Free Trade in Western Europe, 1820-1875*. In: *The Journal of Economic History* 35 (1975). S. 20-55.
- Köster, Johanna: *Der rheinische Frühliberalismus und die soziale Frage*. Berlin 1938.
- Knudsen, Jonathan B.: *Justus Möser and the German Enlightenment*. Cambridge 1986.
- Kocka, Jürgen: *Unternehmer in der deutschen Industrialisierung*. Göttingen 1975.
- Köhler, Manfred: *Die nationale Petitionsbewegung zu Beginn der Revolution 1848 in Hessen*. Darmstadt 1985.
- Köllmann, Wolfgang./Reulecke, Jürgen (Hg.): *Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klasse*. Bd.1, Bd. 2, Bd. 4. Hagen 1980.
- Köllmann, Wolfgang: *Bevölkerung in der industriellen Revolution*. Göttingen 1974.
- Köllmann, Wolfgang: *Pauperismus in Rheinland-Westfalen im Vormärz*. In: Düwell, Kurt/Köllmann, Wolfgang (Hg.): *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung*. Wuppertal 1983. S. 148-157.
- Köllmann, Wolfgang/Reininghaus, Wilfried/Teppe, Karl (Hg.): *Bürgerlichkeit zwischen gewerblicher und industrieller Wirtschaft*. Dortmund 1994.
- Koselleck, Reinhart: *Staat und Gesellschaft in Preußen 1815-1848*. In: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): *Moderne deutsche Sozialgeschichte*. Düsseldorf 1981. S. 55-84.
- Krabbe, Wolfgang R.: *Die Lage der Arbeiter bei staatlichen Auftragsvergaben in Wilhelminischer Zeit*. In: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 22 (1986). S. 157-166.
- Krey, Ursula: *Vereine in Westfalen 1840-1855*. Paderborn 1993.
- Kuczynski, Jürgen: *Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849*. Berlin 1961.
- Kuczynski, Jürgen: *Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 und andere Studien*. Berlin 1960.
- Kuczynski, Jürgen: *Geschichte des Alltags des Deutschen Volkes*. Bd. 3. Berlin/Köln 1981.
- Küchenhoff, G: *Hegel*. In: Erler, Adalbert/Kaufmann, Ekkehard (Hg.): *Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte*. Bd. II. Berlin 1978. S. 30-35.
- Kurzrock, Hans: *200 Jahre „Von der Heydt Kersten & Söhne“*. Wuppertal 1954.
- Lamnek, Siegfried: *Theorien abweichenden Verhaltens*. München 1999.
- Langewiesche, Dieter: *Die Anfänge der deutschen Parteien: Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978). S. 324-361.
- Langewiesche, Dieter: *Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven*. In: *Neue Politische Literatur* 40 (1995) S. 190-236.
- Langewiesche, Dieter: *Vereins- und Parteibildung in der Revolution von 1848/49*. In: Dann, Otto (Hg.): *Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland*. *Historische Zeitschrift Beiheft* 9. München 1984. S. 51-53.
- Langewiesche, Dieter: *Liberalismus in Deutschland*. Frankfurt 1988.

- Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Region. In: Gall, Lothar/Langewiesche, Dieter (Hg.): Liberalismus und Region. München 1995. S. 1-18.
- Lette, Wilhelm Adolf : Über den Zustand der Arbeiter- und Armenbevölkerung in Preußen. Berlin 1857.
- Ley, Michael/Gehmacher, Ernst (Hg.): Das Ende des Nationalismus. Wien 1996.
- Lucke, Doris: Max Weber Revisted. In: Scheuringer, Brunhilde (Hg.): Wertorientierung und Zweckrationalität. Opladen 1990. S. 11-22.
- Lüdtke, Alf: Take off – regionale Entwicklungspfade – Gründerkrise. In: Niethammer, Lutz u.a.: Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. Frankfurt a. M 1990, S. 120-142.
- Lütge, Friedrich: Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Berlin/Heidelberg/New York 1976.
- Luig, K.: Christian Thomasius. In: Erler, Adalbert u.a. (Hg.): Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte. Bd. 5. Berlin 1990. S. 186-195.
- Maier, Dieter: Vom Arbeitsbuch zur Beschäftigtenstatistik. In: arbeit und beruf 10 (1986). S. 307-309.
- Malinowski, Bronislaw: Die Funktionaltheorie. In: Ders.: Eine wissenschaftliche Theorie der Kultur und andere Aufsätze. Zürich 1949. S.20-44.
- Malinowski, Bronislaw: Kultur und Freiheit. Wien/ Stuttgart 1951.
- Marx, Karl.: Die Schutzzöllner, die Freihandelsmänner und die arbeitende Klasse. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke. Bd. 4. Berlin 1972. S. 296-298.
- Marx, Karl: Rede über die Frage des Freihandels. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke. Bd. 4. Berlin 1972. S. 444-458.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Montesquieu LVI. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke. Bd. 6. Berlin 1973. S. 190-196.
- Mieck, Ilza : Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806-1844. Berlin 1965.
- Mommsen, Wolfgang J.: Nationalbewußtsein und Staatsverständnis der Deutschen. In: Ders.: Nation und Geschichte. München 1978. S. 7-26.
- Mommsen, Wolfgang J.: Die Herausforderung der bürgerlichen Kultur durch die künstlerische Avantgarde. In: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994). S. 424-444.
- Mommsen, Wolfgang J.: Der deutsche Liberalismus zwischen „klassenloser Bürgergesellschaft“ und „Organisiertem Kapitalismus“. In: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978). S. 77-90.
- Möser, Justus: Vorschlag zum bessern Unterhalt des Reichskammergerichts. In: Patriotische Phantasien. 2. Teil. Berlin 1868. S. 318-321.
- Niethammer, Lutz u.a.: Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. Frankfurt a. M. 1990.
- Nipperdey, Thomas: Gesellschaft, Kultur, Theorie. Göttingen 1976.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte. München 1983.
- Nipperdey, Thomas: Wehlers Gesellschaftsgeschichte. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988). S. 403-415.
- Nipperdey, Thomas: Kommentar: „Bürgerlich“ als Kultur. . In: Kocka, Jürgen (Hg.): Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Göttingen 1987. S. 143-148.

- Nipperdey: Wie das Bürgertum die Moderne fand. Berlin 1988.
- Nolte, Paul: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800-1850. Göttingen 1994.
- North, Douglass C. : Theorie des institutionellen Wandels. Tübingen 1988.
- North, Douglass C. North: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen 1992.
- North, Douglass C/Thomas, Robert Paul: The Rise of the Western World. Cambridge 1973.
- North, Michael (Hg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. München 1999.
- Olenhusen, Irmtraud Götz von: Rezension zu: Paul Nolte: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800-1850. In: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995). S. 447-454.
- Pierenkemper, Toni: Die westfälischen Schwerindustriellen 1852-1913. Göttingen 1979.
- Pierenkemper, Toni: Gewerbe und Industrie im 19. und 20. Jahrhundert. Oldenburg 1994.
- Pierenkemper, Toni: Umstrittene Revolutionen. Industrialisierung. Frankfurt a. M. 1996.
- Plumpe, Werner: Gustav von Schmoller und der Institutionalismus. In: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999). S. 252-275.
- Puppke, Ludwig: Sozialpolitik und soziale Anschauungen frühindustrieller Unternehmer in Rheinland-Westfalen. Köln 1966.
- Rarisch, Ilse: Der frühindustrielle Unternehmer in den „Epigonen“. In: Büsch, Otto (Hg.): Untersuchungen zur Geschichte der frühen Industrialisierung vornehmlich im Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg. Berlin 1971. S. 515-561.
- Redlich, Fritz: Der Unternehmer. Göttingen 1964.
- Reinicke, Christian: „Forderung des Volkes“. Petitionen im Rheinland 1848/49. In: Dacher, Ottfried/Kleinertz, Eberhard (Hg.): Petitionen und Barrikaden. Rheinische Revolutionen 1848/49. Münster 1998. S. 101-105.
- Reitmayer, Morten: „Bürgerlichkeit“ als Habitus. In: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999). S. 66-93.
- Reppen, Konrad: Märzbewegung und Maiwahlen des Revolutionsjahres 1848 im Rheinland. Bonn 1955.
- Reulecke, Jürgen u.a.: Deutscher Beitrag zum Generalthema „Social movements and culture“ der „International Commission for the history of social movements and structures“ 1993/94 (o.O.).
- Reulecke, Jürgen: Vom Kohlenpott zu Deutschlands „starkem Stück“. Bonn 1990.
- Reulecke, Jürgen: Rheinland-Westfalen von den 1850er Jahren bis 1914: Der Aufbruch in die Moderne. In: Briesen, Detlef/Reulecke, Jürgen u.a.: Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte Rheinlands und Westfalens. Köln 1995. S. 79-128.
- Reulecke, Jürgen: Sozialer Frieden durch soziale Reform. Wuppertal 1983.
- Reulecke, Jürgen: Von der Fürsorge über die Vorsorge zur totalen Erfassung. In: Ders. (Hg.): Die Stadt als Dienstleistungszentrum. St. Katharinen 1995. S. 395-416.
- Reulecke, Jürgen: Auf dem Weg zum modernen Sozialstaat. In: Calließ, Jörg (Hg.): Aufstieg und Fall des Sozialstaates. Rinteln 1999. S. 10-29.
- Reulecke, Jürgen: Frieden zwischen Kapital und Arbeit. In: Stourzh, Gerald/ Grandner, Margarete (Hg.): Historische Wurzel der Sozialpartnerschaft. München 1986. S. 38-52.

- Reulecke, Jürgen: Die Mobilisierung der „Kräfte und Kapitale“: der Wandel der Lebensverhältnisse im Gefolge von Industrialisierung und Verstädterung. In: Ders. (Hg.): Geschichte des Wohnens. Bd. 3. Stuttgart 1997. S. 15-145.
- Richter, Rudolf: Institutionen ökonomisch analysiert. Tübingen 1994.
- Rosenbaum, Heidi: Familie als Gegenstruktur zur Gesellschaft. Stuttgart. 1978.
- Rosenbaum, Heidi: Formen der Familie. Frankfurt a.M. 1982.
- Rosenberg, Hans: Interessenorganisation und wirtschaftspolitischen Umorientierung im Bismarckreich. In: Varain, Heinz Josef (Hg.): Interessenverbände in Deutschland. Köln 1973. S. 162-174.
- Schafmeister, Klaus: Entstehung und Entwicklung des Systems der Politischen Ökonomie bei F. List. St. Katharinen 1995.
- Schambach, Karin: Städtische Interessenvertretungen und staatliche Wirtschaftspolitik. In: Gall, Lothar (Hg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft. München 1993. S. 367-389.
- Schein, Edgar H.: What is Culture? In: Peter J. Frost u.a. (Hg.): Reframing Organizational Culture. London 1991. S. 243-253.
- Schieder, Wolfgang: Sozialgeschichte zwischen Soziologie und Geschichte. Das wissenschaftliche Lebenswerk Werner Conzes. In: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987). S. 244-266.
- Schlieper, Andreas: 150 Jahre Ruhrgebiet. Düsseldorf. 1986.
- Schmidt, Fritz: Die sozialpolitischen Anschauungen des rheinischen Frühliberalismus. Köln 1927.
- Schneider Peter K.: Grundlegung der Soziologie. Stuttgart 1968.
- Schöllgen, Gregor: Handlungsfreiheit und Zweckrationalität. Tübingen 1984.
- Schuhmacher, Martin: Auslandsreisen Deutscher Unternehmer 1750-1851. Köln 1968.
- Schulz, Gerhard: Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung. In: Varain, Heinz Josef (Hg.): Interessenverbände in Deutschland. Köln 1973. S. 25-54.
- Schwab, Dieter: Familie. In: Brunner, Otto u.a. (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 2. Stuttgart 1975. S. 253-301.
- Segalen, Martin: Die Industrielle Revolution: Vom Proletarier zum Bürger. In: Burguiere, André/Klapisch-Zuber, Christian u.a. (Hg.): Geschichte der Familie. Bd. 4. Frankfurt a. M. 1998. S.13-58.
- Sheldon, William F.: The Intellectual Development of Justus Möser. Osnabrück 1970.
- Sieder, Reinhard: Sozialgeschichte auf dem Weg zu einer historischen Kulturwissenschaft? In: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994). S. 445-468.
- Siegenthaler, Hansjörg: Geschichte und Ökonomie nach der kulturalistischen Wende. In: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999). S. 276-301.
- Siegrist, Hannes: Ende der Bürgerlichkeit? In: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994). S. 549-583.
- Siemann, Wolfram: Die deutsche Revolution von 1848/49. Frankfurt a. M. 1985.
- Sombart, Werner: Der Bourgeois. Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen. Köln/Berlin 1988.

- Spethmann, Hans: Franz Haniel. Duisburg-Ruhrort 1956.
- Stone, Lawrence: The Family, Sex and Marriage in England 1500-1800. London 1977.
- Taylor, George V.: Noncapitalist Wealth and the Origins of the French Revolution, In: The American Historical Review 72 (1967). S. 469-496.
- Tenfelde, Klaus: Die Entfaltung des Vereinswesens während der industriellen Revolution in Deutschland (1850-1873). In: Dann, Otto (Hg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. Historische Zeitschrift Beiheft 9. München 1984. S. 55-114.
- Tilly, Charles: Hauptformen kollektiver Aktion in Westeuropa 1500-1975. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977). S. 153-163.
- Tilly, Richard: Unternehmermoral und -verhalten im 19. Jahrhundert. Indizien deutscher Bürgerlichkeit. In: Kocka, Jürgen (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Bd. 2. München 1988. S. 35-64.
- Tilly, Richard: Großunternehmen: Schlüssel zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Industrieländer? In: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993). S. 530-548.
- Ullmann, Hans-Peter: Interessenverbände in Deutschland. Frankfurt a.M. 1988.
- Wallerstein, Immanuel: The Modern World-System I. New York u.a. 1974.
- Wallerstein, Immanuel: Das Moderne Weltsystem. Frankfurt a. M. 1986.
- Walther, Rudolf: Liberalismus. In: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 3. Stuttgart 1982. S. 741-815.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1972.
- Weber, M.: Der deutsche Zollverein. Leipzig 1871.
- Weidenhaupt, Hugo: Aus Düsseldorfs Vergangenheit. Düsseldorf 1988.
- Wendler, Eugen: Friedrich List. München 1989.
- Wilden, Josef: Gründer und Gestalter der Rhein-Ruhr-Industrie. Düsseldorf 1951.
- Wirth, Max: Geschichte der Handelskrisen. Leipzig 1975.
- Wischermann, Clemens: Der Property-Rights-Ansatz und die „neue“ Wirtschaftsgeschichte. In: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993). S. 239-258.
- Wischermann, Clemens: Frühindustrielle Unternehmensgeschichte in institutionalistischer Perspektive. In: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993). S. 453-474.
- Wischermann, Clemens: Westfalens Weg in die Marktwirtschaft – Politik und Unternehmerschaft zu Vinckes Zeit. In: Behr, Hans-Joachim/Kloosterhuis, Jürgen (Hg.): Ludwig Freiherr Vincke – Ein westfälisches Profil zwischen Reform und Restauration in Preußen. Münster 1994. S. 309-323.
- Wischermann, Clemens: Handlungsspielräume der frühindustriellen Unternehmerschaft zwischen Paternalismus und Liberalismus. In: Köllmann, Wolfgang (Hg.): Bürgerlichkeit zwischen gewerblicher und industrieller Wirtschaft. Dortmund 1994. S. 87-96.
- Zieburg, Gilbert: Ausschußwesen und Interessenvertretung in der ersten deutschen Nationalversammlung 1848/49. In: Varain, Heinz Josef (Hg.): Interessenverbände in Deutschland. Köln 1973. S. 55-64.
- Zippelius, Reinhold: Kleine deutsche Verfassungsgeschichte. München 1995.
- Zorn, Wolfgang: Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit (1850-1875). In: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte. Düsseldorf 1981. S. 254-270.

- Zunkel, Friedrich: Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer 1834-1879. Köln/Opladen 1962.
- Zunkel, Friedrich: Das Wachsen der unternehmerischen Verbände in Rheinland-Westfalen in den 1850er Jahren. In: Varain, Heinz Josef (Hg.): Interessenverbände in Deutschland. Köln 1973. S. 65-71.
- Zunkel, Friedrich: Das rheinisch-westfälische Unternehmertum 1834-1879. In: Böhme, Helmut (Hg.): Probleme der Reichsgründungszeit. Köln/Berlin 1968. S. 104-116.